

Bd. V

Termine:

Justizprüfungsamt?

Ja — nein

Falls ja: P — K — V — R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

## Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Landgericht~~ Berlin  
~~Kammergericht~~

### Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. — Vollmacht Bl. —

gegen 1. Baumann,

Josef u.a.

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: **263**

wegen Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im

Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

17 1/67 (Stapoleit. Bln.)

AU 57

Weggelegt

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —



Vorblatt



Bl.

1 - 10	Vernehmung	B ü r g e r, Josef
11 - 24	Vernehmung	B e c k e r, Karl
25 - 51	Vernehmung	S a s s e, Ernst
52 - 66	Vernehmung	R o t h e, Willi
67 - 74	Vernehmung	F r i e d, Otto
75 - 83	Vernehmung	G ä d e, Walter
84 - 107	Vernehmung	H e y m, Johanna
108 - 128	Vernehmung	W e r n e r, Günter
129 - 131	Vernehmung	G o l d k u h l e, Irmgard
132 - 143	Einz.-Fall	B i e r m a n n, Herbert
144 - 145	Vernehmung	T ü b b e c k e, Johanna
146 - 157a	Einz.-Fall	F e h e r, Bela
158 - 162	Einz.-Fall	G e r b e r, Willi
163 - 164	Vernehmung	G e r b e r, Metea
165 - 175	Vernehmung	H e r z b e r g, Sali
176 - 177	Einz.-Fall	L a z a r u s, Felix
198 - 205	Einz.-Fall	L i c h t e n s t a e d t, Max
206 - 209	Vernehmung	L i c h t e n s t a e d t, Wanda
210 - 225	Einz.-Fall	M a t z n e r, Rudolf
226 - 228a	Vernehmung	S e i f f e r t, Peter
229 - 237	Einz.-Fall	M e n d e l s o h n, Martin
238 - 242	Vernehmung	S t e e g e r, Siegrid
243 - 248	Einz.-Fall	S a m e l s o n, Raphael
249 - 251	Vernehmung	S a m e l s o n, Johanna Auguste
252 - 256	Vernehmung	S c h i n d l e r, Margarete
257 - 273	Vernehmung	S a s s e, Karl



Übertragung der Vernehmung vom 5. Oktober 1965  
(Stenogramm)

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt R u n g e  
Justizangestellte Schele

Vorgeladen erscheint der Kriminalsekretär i.R.

Josef B ü r g e r ,  
geboren am 31. Juli 1892 in Unterbach/Düsseldorf,  
wohnhaft in Berlin 41, Rubenstraße 39,

und erklärt:

Mit dem Gegenstand meiner Vernehmung wurde ich vertraut gemacht. Ich bin über mein Zeugnisverweigerungsrecht (§ 52 StPO) sowie darüber belehrt worden, daß ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, deren Beantwortung mich oder meine Angehörigen der Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen würde (§ 55 StPO).

Zur Wahrheit ermahnt, bin ich bereit auszusagen.

Die Niederschrift meiner am 16., 22., 25. und 29. Juni 1965 vor der Kriminalpolizei sowie die<sup>er</sup> am 3. August 1965 vor der Staatsanwaltschaft gemachten Angaben ist mit mir durchgesprochen worden. Ich bestätige die Richtigkeit dieser Aussagen und führe ergänzend aus:

Mein Vorgesetzter im Schutzhaftreferat, der Polizeirat R o t t a u, erhielt im Jahre 1943 die Aufsicht über die Arbeitserziehungslager Wuhlheide und Großbeeren. Diese beiden Lager unterstanden dem Amt VI im Reichssicherheitshauptamt. Dieses hatte die Aufsicht dem Leiter der Staatspolizeileitstelle Berlin übertragen, der sie weiter auf R o t t a u delegierte. Das Bewachungspersonal setzte sich aus SS-, SA- und Schutzpolizei-Angehörigen zusammen. Beide Lager lernte ich anlässlich von Unregelmäßigkeiten,



die dort vorgekommen waren, kennen. Ich mußte dort Vernehmungen durchführen. Ich kann mich erinnern, daß es in den Lagern vereinzelt zu Tötungen kam. Hier-bei handelte es sich allerdings nicht um organisierte vorsätzliche Morde, sondern um Tötungen als Folge von Mißhandlungen. In beiden Lagern befanden sich auch Juden. Diese kamen nach Ablauf ihrer Einweisungszeit in das Lager Oranienburg. Das Lager Großbeeren war in erster Linie für sogenannte "prominente Häftlinge" zuständig.

Das Judenreferat der Staatspolizeileitstelle befand sich zunächst im Polizeipräsidium Alexanderplatz und wurde später in das Gebäude Burgstraße/Oranienburger Straße verlegt. Die Diensträume in der Oranienburger Straße habe ich nur einmal betreten. Dienstliche Kontakte mit dem Judenreferat hatte ich nur dann, wenn Juden in Schutzhaft genommen wurden.

Auf Vorhalt:

Bis 1939 hatte das Judenreferat die Aufgabe, alle Verstöße, die Juden begangen hatten, zu verfolgen. Später kam die Durchführung der Deportationen dazu. Diese Kenntnis habe ich aus dem Schriftwechsel erlangt, der zwischen dem Schutzhaftreferat und dem Judenreferat hin und her ging.

Leiter des Judenreferats war der spätere Kriminaldirektor G a n s . Ich irre mich kaum, wenn ich sage, daß G a n s während der ganzen Zeit von 1937 bis Kriegsende dem Judenreferat vorstand. Mir wird eine in dem Personalheft P St g 3 befindliche Unterschrift vorgelegt (es handelt sich um eine Verfügung über die Einziehung jüdischen Vermögens). Ich bin sicher, daß diese Unterschrift von G a n s stammt, war jedoch bis heute der Meinung, daß sich sein Name mit "z" schreibt. Daß G a n s schon seit 1937 bei der Staatspolizeileitstelle tätig war, kann ich deshalb mit Sicherheit sagen, weil ich - etwa 1938 - mit ihm mehrere Zusammenstöße hatte. In diesem Punkt bin ich mir ganz sicher. Wenn mir gesagt wird, daß G a n s offenbar Leiter der Abteilung IV D gewesen ist, so kann ich das weder bejahen noch verneinen. Mir ist er nur als Leiter des Judenreferats in Erinnerung.



Wenn mir die Namen Kriminaldirektor S c h i f f e r,  
Regierungsrat Dr. S c h l e g e l und Kriminaldirektor  
B a u m a n n als Leiter der Abteilung IV D genannt werden,  
so kann das nur so zusammenhängen, daß diese Genannten  
während einer kurzfristigen Abwesenheit des G a n s als  
Abteilungsleiter eingesetzt waren. Der mir ebenfalls ge-  
nannte Kriminaldirektor G a e d e ist mir nicht bekannt.

Vertreter von G a n s war der Kriminalrat Erich M ö l l e r.  
Diesen habe ich etwa Anfang 1943 persönlich kennengelernt. Er  
muß meines Wissens bis Kriegsende Stellvertreter von G a n s  
gewesen sein. Wer sein Vorgänger war, weiß ich nicht mehr.  
Der mir ebenfalls genannte Kriminalkommissar S t ü b s ist  
mir im Zusammenhang mit seinem Selbstmord bekanntgeworden, er  
kann aber nur im Judenreferat Kriminalkommissar gewesen sein.  
S t ü b s habe ich auch persönlich kennengelernt, und zwar  
kam ich im Zusammenhang mit Schutzhaftfragen mit ihm in Be-  
rührung. Regelmäßig geschah das in der Weise, daß die Akten des Juden-  
mein Dienstzimmer mußten, wenn sie zu meinem Vorgesetzten  
R o t t a u wollten. Mir fällt eben noch ein, daß mir nach  
dem Kriege ein Gasag-Angehöriger erzählte, daß Erich M ö l l e r  
in Marzahn gehängt worden sein soll. Dort war er, das wußte  
ich, Ortsgruppenleiter.

Wenn mir mitgeteilt wird, daß andere ehemalige Kollegen einen  
Regierungsrat bzw. Oberregierungsrat M ü l l e r als Leiter  
des Judenreferats bezeichnet haben, so muß es sich offenbar  
um eine Verwechslung handeln. Ich bin fast sicher, daß damit  
der Oberregierungsrat M ü l l e r gemeint ist, der bis 1935  
Leiter der Staatspolizeileitstelle Berlin war und später Chef  
des Amtes IV im Reichssicherheitshauptamt wurde. Schließlich kann  
ich mich auch noch an einen Kriminalsekretär Otto H a h n er-  
innern, der 1941/1942 im Judenreferat tätig war und im Vorzimmer  
des Kriminaldirektors G a n s saß. Gegen ihn wurde der Vorwurf  
der Bereicherung an jüdischem Vermögen erhoben. Bis 1939 etwa  
setzte mich H a h n mehrfach zur Kontrolle von Veranstaltungen  
der Jüdischen Gemeinde Berlins ein.



Mit der Deportation der Berliner Juden habe ich dienstlich nichts zu tun gehabt. Ich bin auch nicht zu Aktionen herangezogen worden, die die Verbringung von Juden aus ihren Wohnungen in die Berliner Sammelstellen zum Gegenstand hatten. Als etwa 1941 bei den ersten Judendeportationen Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren, wurde ich ein- oder zweimal damit beauftragt, die im Zusammenhang mit der Einziehung jüdischen Vermögens veranlaßten Maßnahmen zu überprüfen. So mußte ich z.B. die ordnungsgemäße Versiegelung beschlagnahmter Wohnungen kontrollieren. Für sämtliche Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Deportation der Juden standen, war allein das Judenreferat zuständig. Nach Ausbruch des Krieges wurde uns anläßlich einer Dienstbesprechung, die regelmäßig einmal im Monat stattfand, ein Befehl bekanntgegeben, wonach die Juden aus Berlin in vorbereitete Reservate im Osten ausgesiedelt werden sollten. Die technische Durchführung der Deportation lag in den Händen von G a n s , der damit von dem Leiter der Staatspolizeileitstelle beauftragt worden war. Diese Tatsache teilte mir R o t t a u mit. Für jede einzelne Deportation wurde im Judenreferat eine Kommission gebildet, zu der je nach Bedarf Beamte aus anderen Abteilungen der Staatspolizeileitstelle herangezogen wurden. Ich selbst habe einer solchen Kommission nicht angehört. Ich war in meiner Eigenschaft als Vorzimmerbeamter insoweit unabhkömmlich. Das traf im übrigen auch auf alle anderen Vorzimmerbeamten zu.

Auf Vorhalt:

Zu diesen Kommissionen wurden alle Dienstgrade vom Kriminalsekretär bzw. Polizeirat abwärts herangezogen. Was diese Beamten im einzelnen machen mußten, weiß ich allerdings nicht.

Ich kann mich erinnern, daß der Kriminaldirektor G a n s bei der Durchführung der ersten Judentransporte die organisatorischen Einzelheiten zunächst mit Funktionären der Jüdischen Gemeinde Berlins besprach. Diese mußten von sich aus die gewünschte Anzahl der zu deportierenden Juden namhaft machen. Das geschah etwa 3 oder 4 x. Später klappte dieses System



nicht mehr - offenbar tauchten mehrere Juden, die deportiert werden sollten, zuvor in der Illegalität unter. Es wurden deshalb Angehörige der Kriminalpolizei eingesetzt, die die zu deportierenden Juden aus ihren Wohnungen holen mußten. Ich kann mich noch erinnern, daß zuletzt die Juden auch aus den Betrieben, in denen sie arbeiteten, abgeholt und anschließend deportiert wurden.

Auf Vorhalt:

Mir ist damals zu keinem Zeitpunkt bekanntgeworden, was in Wirklichkeit mit den in die östlichen Konzentrationslager verbrachten Juden geschah. Offiziell wurde uns immer wieder bedeutet - das geschah auch anläßlich von Vorträgen, die höhere Parteifunktionäre hielten -, daß die Juden in entsprechende östliche Reservate gebracht werden, und daß sie dort nach und nach aussterben sollten. Wurden bei diesen Vorträgen Fragen aus dem Kreis der Zuhörer gestellt, die sich mit dem Schicksal der Juden befaßten, so wurde geantwortet, daß die Juden in diesen Reservaten zum Aussterben verurteilt seien, wenn sie es nicht vorzögen, in die Länder zurückzukehren, wo sie hergekommen seien.

Erst nach Abschluß der großen Deportationen sind uns gewisse Zweifel gekommen, ob die Behandlung der deportierten Juden in den östlichen Konzentrationslagern rechtens war. Diese Zweifel entstanden aufgrund von Fernschreiben, die bei uns eingingen, aus denen sich eine ungewöhnlich hohe Zahl von Sterbefällen der in die Lager eingewiesenen Juden ergab, und zwar nannten diese Fernschreiben hunderte von Todesfällen, die in ganz kurzen Zeiträumen eingetreten waren. Das muß etwa Ende 1943/Anfang 1944 gewesen sein. Ich muß allerdings richtigstellen, daß diese Todesnachrichten sich nicht auf deportierte Juden bezogen, sondern auf solche, die außerhalb der Deportation im Wege der Schutzhaft einweisung in die Konzentrationslager gekommen waren. Hierbei handelte es sich um die Lager Oranienburg, Buchenwald und Ravensbrück. Wurden jüdische Schutzhäftlinge in die Deportation einbezogen, so erhielten wir regelmäßig keine weitere Nachricht über das Schicksal dieser Juden.

Wir wollten <sup>zwar</sup> ~~jedoch~~ auch in diesen Fällen gerne wissen, was mit den Juden geschah, haben jedoch niemals eine sichere Kenntnis vom Schicksal dieser Opfer erhalten. Auch aus dem Osten zurückkehrende SS-Leute, die in der Staatspolizeileitstelle als Sachbearbeiter eingesetzt wurden, drückten sich in diesem Zusammenhang nur unklar aus. Sie sprachen ab und zu von der Ermordung von Juden oder anderen östlichen Bevölkerungsteilen (Polen u.ä.) durch Genickschuß, wollten aber nicht wissen, daß die Deportierten getötet worden sind. Nur durch Abhören von ausländischen Sendern (Beromünster) habe ich erfahren, daß die deportierten Juden in den östlichen Lagern ermordet worden sind. Diese Sender hörte ich zusammen mit R o t t a u , allerdings unbefugter Weise, in dessen Dienstzimmer ab. Das muß ebenfalls 1943/1944 gewesen sein. Ich wiederhole jedoch, daß zu diesem Zeitpunkt die Berliner Aktionen bereits beendet waren. Offiziell durfte über diese Dinge nicht gesprochen werden. Der Leiter der Staatspolizeileitstelle drohte sogar, jeden erschießen zu lassen, der gegen seine Geheimhaltungspflicht verstieß. Wir haben deshalb nur im allervertrautesten Kreise darüber gesprochen und uns Gedanken über die wirklichen Absichten der nazistischen Machthaber gemacht.

Auf Vorhalt:

Über die mir mitgeteilten großen Transporte zu Beginn des Jahres 1943 nach Auschwitz, die regelmäßig rund 2.000 Juden umfaßten, ist mir nichts bekanntgeworden. Ich höre heute davon zum ersten Mal. Ich weiß nur, daß größere Transporte nach dem "Osten" abgingen.

Wenn ich gefragt werde, wer als Angehöriger der Staatspolizeileitstelle denn nun wirklich wußte, was mit den verschleppten Juden geschehen sollte, so kann ich darauf keine Antwort geben. Ich vermute, daß auch die Angehörigen des Judenreferats zum Zeitpunkt der Deportationen über das spätere Schicksal der verschleppten Juden keine genauere Kenntnis besaßen. Keiner der Angehörigen des Judenreferats, mit denen ich gesprochen



habe, deutete auch nur im entferntesten an, daß die Juden in Wirklichkeit ermordet werden sollten. Ich gehe sicher nicht fehl in der Annahme, daß viele versucht hätten, versetzt zu werden, wenn sie gewußt hätten, welchen Zielen die Deportation der Juden diene.

Auf Vorhalt:

Ob die Leiter des Judenreferats oder der Staatspolizeileitstelle genaue Kenntnis über das Schicksal der deportierten Juden hatten, kann ich nicht sagen. Ich vermute aber, daß sie die Zusammenhänge kannten. Mein Vorgesetzter, Polizeirat R o t t a u , hat es bestimmt nicht gewußt; er hätte sonst mit mir darüber gesprochen.

Laut diktiert, genehmigt und  
im Stenogramm unterschrieben

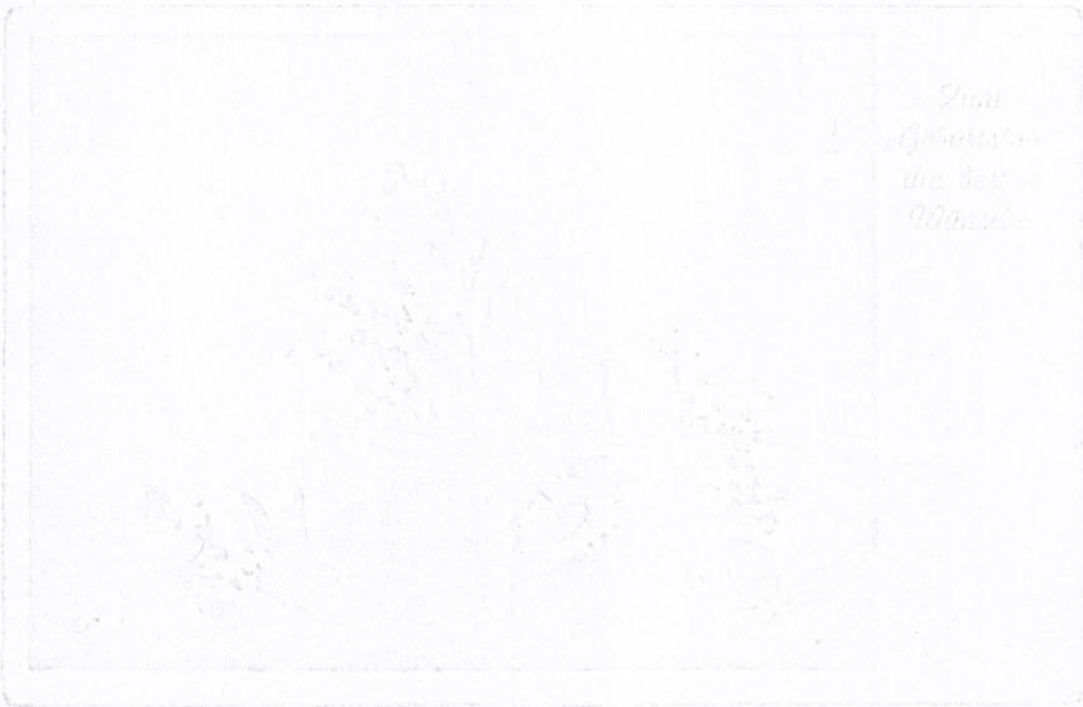
Josef Bürger

Geschlossen:  
Runge, EStA

Für die Richtigkeit  
der Übertragung:

*Schick*

Justizangestellte



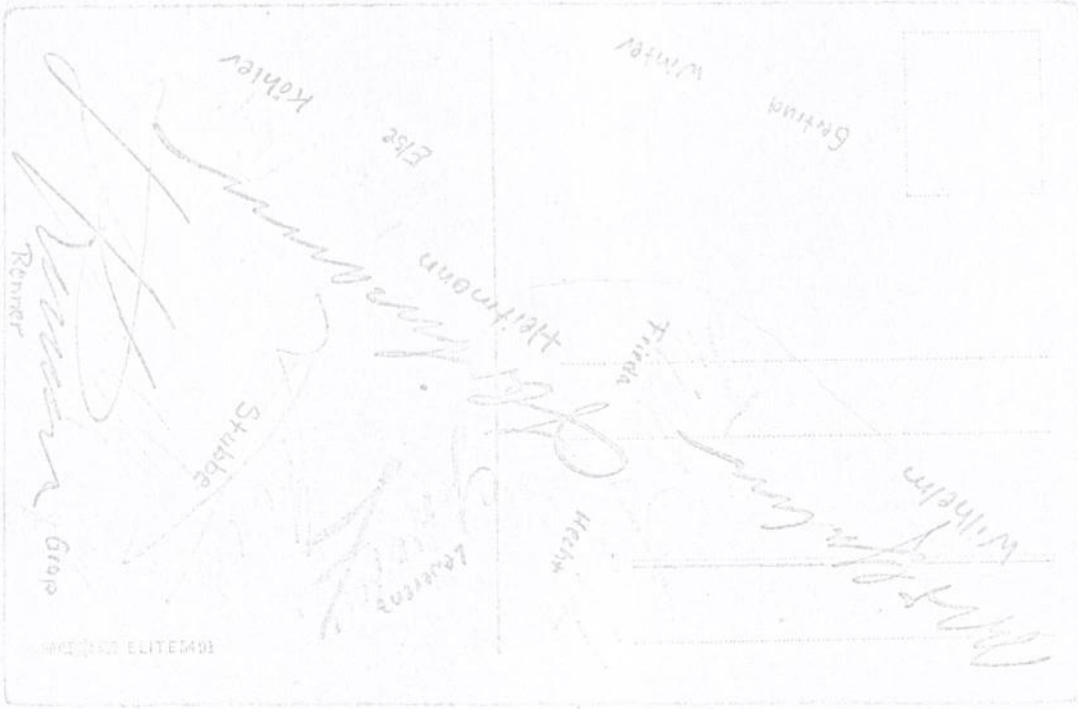
Zum  
Geburts-  
tag der  
Wand

Ein  
Geburts-  
tag der  
Wand

*Behm*  
Behm

*Kohnert*  
Kohnert





Kelbsch Schmidt Decker Kletschmer Benelien  
 Rapp Saffron  
 Jung Palatz Dreher Kiske  
 Jung Palatz Dreher Kiske  
 Seifert Schulz Blasko Kähler  
 Papke Ruthardt Witkowski





Übertragung der Vernehmung vom 16. November 1965  
(Stenogramm)

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt R u n g e  
Justizangestellte Schele

Vorgeladen erscheint der Kriminalsekretär i.R.

Karl B e c k e r ,  
geboren am 22. April 1900 in Bauchwitz Krs. Meseritz,  
wohnhaft in Berlin 49, Dossestraße 10,

und erklärt:

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen. Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir frei steht, mich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit - auch schon vor meiner Vernehmung - einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen (§§ 163a, 136 StPO).

Ich will aussagen.

Hinsichtlich meines Lebenslaufs beziehe ich mich auf meine Angaben vor dem Senator für Inneres, die ich am 6. Februar 1956 machte und die sich in Fotokopie in dem Personalheft PST b 52 Blatt 7-8 befinden. Diese Angaben sind mit mir noch einmal durchgesprochen worden. Ich bestätige ihre Richtigkeit. Ergänzend führe ich aus, daß ich weder der SS noch dem SD und der Partei angehört habe. Eine Uniform habe ich nicht getragen.

Etwa Mitte 1939 wurde ich als Kriminaloberassistent von der Kriminalpolizei zur Stapoleitstelle Berlin abgeordnet. Dort verblieb ich bis Mitte Januar 1943 und trat anschließend zur Kriminalpolizei zurück. Bei der Stapoleitstelle war ich zunächst im Referat Presse, Schrifttum und kulturelle Angelegenheiten tätig, und zwar bis Anfang oder Mitte 1940. Welche Be-



zeichnung das Referat trug, kann ich nicht mehr sagen. Es ist möglich, daß es später die Bezeichnung IV B 7 hatte. Einschließlich der Vorgesetzten gehörten dem Referat etwa 15 Beamte an. Während der Zeit meiner Zugehörigkeit zu dem Referat Presse war der Polizeirat R e i n k e Referatsleiter. Er kann mit Vornamen Albert geheißen haben. Sein Stellvertreter war der Kriminalsekretär R a d t k e . Seinen Vornamen habe ich nicht mehr in Erinnerung, Richard könnte stimmen. Er war ein oder zwei Jahre älter als ich. Er soll im Jahre 1941 oder 1942 eines natürlichen Todes gestorben sein. Wenn ich nach meinen Kollegen aus dem Referat Presse gefragt werde, so erinnere ich mich an den Kriminalsekretär K u t z e r (oder Kutzner). Er kann mit Vornamen Fritz geheißen haben. Sein späteres Schicksal ist mir nicht bekannt. Außerdem erinnere ich mich noch an den Kriminalassistenten Martin B u r k h a r d t . Ihn habe ich im Jahre 1960 wieder in Berlin getroffen. Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, ob B u r k h a r d t dem Judenreferat angehörte. Ich bin fast sicher, daß es nicht der Fall war. Die Diensträume des Referats Presse befanden sich im Polizeipräsidium Alexanderplatz, und zwar in der zweiten oder dritten Etage. Meines Wissens lagen die Räume des Einwohnermeldeamtes darüber.

Dem Referat Heimtücke und gemeinschaftswidriges Verhalten (IV A 3 a und c) habe ich von Mitte 1940 bis Oktober oder November 1941 angehört. In diesem Referat waren etwa 25 Personen beschäftigt. Die Diensträume befanden sich zunächst im Polizeipräsidium und wurden anschließend zur Burgstraße verlegt. Ich kann nicht sagen, auf welchem Stockwerk sie sich in der Burgstraße befanden. Das Gebäude trug außen kein Schild, das auf die Staatspolizei hinwies, jedenfalls kann ich mich nicht daran erinnern. Hinter der Eingangstür im Innern des Gebäudes stand eine Wache in SS-Uniform.

Leiter des Referats Heimtücke war der Kriminalrat Ernst M e n n e k i n g .



Er soll in russischer Gefangenschaft verstorben sein. Sein Nachfolger war der Kriminalrat Eugen R i e d e , der meines Wissens ebenfalls in russischer Gefangenschaft verstarb. R i e d e war noch Referatsleiter als ich zurück zur Kriminalpolizei kommandiert wurde. Stellvertretender Referatsleiter war ein Kriminalkommissar, dessen Name mir nicht mehr erinnerlich ist. Er sprach sächsischen Dialekt und war etwas älter als ich. Er gehörte dem Referat während der ganzen Zeit meiner Zugehörigkeit an. Ich kann mich an folgende Kollegen, die mit mir im Referat Heimtücke beschäftigt waren, erinnern:

Kriminalobersekretär Paul M ü l l e r ;  
er saß im Geschäftszimmer des Referats, war etwas älter als ich, sein Schicksal ist mir nicht bekannt.

Kriminalobersekretär Gustav K u h n e r t ;  
dieser war Tagebuchführer und viel älter als ich. Auch sein Schicksal ist mir nicht bekannt.

Kriminalsekretär Martin B u r k h a r d t .

Kriminalsekretär Josef K i r c h h o f f ;  
diesen habe ich 1960 wiedergetroffen. Mir ist nicht bekannt, daß er zu meiner Zeit dem Judenreferat angehörte. Es könnte aber sein, daß er Angehöriger des Schutzhaftreferats war.

Kriminalsekretär Fritz B a c z i n s k y ;  
ich hörte, daß er während des Krieges umgekommen sein soll. Ich bin fast sicher, daß er zu meiner Zeit mit Judenangelegenheiten nichts zu tun hatte.

Kriminalsekretär Friedrich L ö s s e ;  
auch diesen habe ich noch 1960 gesehen.

Kriminalassistent Helmut W e i r a u c h ;  
er war jünger als ich und soll im Kriege gefallen sein.

Kriminalsekretär Martin S c h l e f k e ;  
von diesem hörte ich, daß er während der Kampfhandlungen in Berlin gefallen sein soll.

An die übrigen Angehörigen dieses Referats kann ich mich nicht mehr erinnern.



Von November 1941 bis Januar 1942 - insgesamt nicht länger als acht Wochen - gehörte ich dem Judenreferat (IV D 1) an. Anschließend kam ich zum Referat Heimtücke zurück. Im Zusammenhang mit Vorgängen von unrechtmäßiger Aneignung jüdischen Vermögens, in die eine Anzahl von Angehörigen des Judenreferats verwickelt war - hierzu gehörte auch der Kriminalkommissar S t ü b s , der sich später erschoss -, wurden mehrere dieser Angehörigen verhaftet. Es entstand deshalb im Judenreferat Personalmangel. Aus diesem Grunde wurde ich - es kann im Juli 1942 gewesen sein - wieder zum Judenreferat versetzt. Diese neuerliche Tätigkeit im Judenreferat dauerte aber nicht länger als vier Wochen.

Dem Judenreferat gehörten etwa 15 bis 20 Personen an, einschließlich der drei oder vier Schreibmaschinendamen. Im Judenreferat war mein Vorgesetzter der bereits genannte Kriminalkommissar S t ü b s , und zwar während der ganzen Zeit meiner ersten Tätigkeit. Ich habe S t ü b s auf der mir vorgelegten Fotografie, die sich in dem Personalheft PSt st 12 befindet, einwandfrei wiedererkannt. An seinen Nachfolger kann ich mich nicht mehr erinnern. Wenn mir gesagt wird, es handle sich hierbei um den Kriminalkommissar S t o c k , so kann das stimmen. Auch S t o c k habe ich auf der mir vorgelegten Fotografie aus dem Personalheft PSt st 5 wiedererkannt. Stellvertreter des Referatsleiters war zunächst der Kriminalobersekretär Franz P r ü f e r . Von diesem hörte ich, daß er sich an den Unterschlagungen jüdischen Vermögens beteiligt hatte und als Untersuchungshäftling in der Haftanstalt Moabit bei einem Fliegerangriff umgekommen sein sollte. Sein Nachfolger war Max S t a r k , der sich nach dem Kriege erhängt haben soll.

Mit folgenden Kollegen habe ich im Judenreferat zusammen gearbeitet:

Kriminalsekretär Walter D o b b e r k e ;  
dieser war schon vor mir bei diesem Referat und gehörte noch dazu, als ich im Januar 1942 wieder zum Heimtücke-Referat zurückging. Als ich zum zweiten Mal zum Judenreferat



kommandiert wurde, war auch Dobberke noch da. Es hieß, daß er mit einer Spezialaufgabe betraut sei; näheres darüber ist mir nicht bekannt geworden.

Kriminalsekretär Kurt H a n s e n ;  
war jünger als ich. Ihm war die Verwaltung der bei den Juden beschlagnahmten Gegenstände (Möbel, Hausrat u.ä.) übertragen. Er gehörte zu den Hauptbelasteten in dem Verfahren gegen Angehörige des Judenreferats wegen Unterschlagung jüdischen Eigentums.

Kriminalsekretär S t a a t z ;  
sein Vorname ist mir nicht rememberlich. Auch er war mit mir unbekannten Spezialaufgaben betraut. Er müßte so alt wie ich gewesen sein. Über sein weiteres Schicksal kann ich keine Angaben machen. Staatz war ebenfalls in die Unterschlagungsaffäre verwickelt.

Kriminalsekretär Ernst P a n k n i n ;  
war in meinem Alter. Die Panknin übertragenen Aufgaben sind mir nicht bekannt geworden.

Die übrigen Kollegen sind meinem Gedächtnis entfallen.

Mir wird jetzt eine Mappe mit Fotografien ehemaliger Angehöriger der Stapoleitstelle Berlin vorgelegt. Ich habe sie mir genau angesehen. Zu folgenden Personen kann ich Angaben machen:

Nr. 9 B o v e n s i e p e n ;  
dieser war zu meiner Zeit Leiter der Leitstelle. Er wurde von dem Oberregierungsrat B o c k abgelöst. Vorgänger von Bovensiepen war Regierungsrat P a n z i n g e r , der der Leitstelle bereits vorstand, als ich dorthin abgeordnet wurde (September 1939).

Nr.10 D o b b e r k e ;  
hierzu habe ich schon Ausführungen gemacht.

Nr.12 E x n e r ;  
der Vorname ist mir nicht bekannt.



Nr.14 H a n s e n ;

auch über diesen habe ich schon Angaben gemacht.

Nr.23 M ü l l e r ;

ich kann jedoch nicht sagen, ob dieser dem Judenreferat angehörte.

Mir wird jetzt eine Anzahl Namen ehemaliger Angehöriger der Stapoleitstelle vorgelesen. Bei folgenden kann ich Angaben machen:

Regierungsrat M ü l l e r ;

sein Vorname ist mir nicht bekannt. Er war, wenn ich mich recht erinnere, Leiter der Abteilung IV A, zu der auch das Referat Heimtücke gehörte. Es handelte sich um einen jungen mittelgroßen Mann, der ab und zu auch Uniform trug.

de B ü h l

(der Name kann aber auch de B u l é gelautet haben); gehörte zunächst dem Referat Heimtücke an und wechselte mit mir zum Judenreferat über. Sein Vorname könnte Walter gewesen sein. Auch de Bühl war an den Unterschlagungen jüdischen Vermögens beteiligt. Er wurde deswegen auch verurteilt und später aus der Staatspolizei entlassen. Er dürfte etwas jünger als ich gewesen sein.

Kriminaloberassistent Kurt G r o s s ;

war mit mir im Judenreferat und lief ständig in Uniform herum (SS-Unterscharführer).

Kriminalsekretär Max K l e i n e r ;

er gehörte dem Referat Presse an. Ich kann nicht sagen, ob Kleiner später zu einer anderen Dienststelle versetzt wurde. Beim Judenreferat habe ich ihn jedenfalls nicht gesehen.

Kriminalsekretär Otto L u k a s i u s ;

dieser gehörte dem Referat Heimtücke an. Auch Lukasius habe ich nicht im Judenreferat getroffen.



1947  
25 7  
17

Kriminalsekretär M a r k e r t ;  
wenn ich gefragt werde, ob dieser Kollege in Wirklichkeit  
M a r q u a r d t hieß, so bin ich fast sicher, daß das  
nicht der Fall ist. Markert gehörte dem Judenreferat an und  
arbeitete eng mit dem Ernst P a n k n i n zusammen. Offen-  
bar waren die beiden auch privat befreundet. Sie trugen den  
Spitznamen "Max und Moritz". Beide saßen in der Nähe des  
Kommissars S t ü b s in einem gesonderten Raum.

Kriminalassistent Wilhelm P a e l e o k e ;  
auch er gehörte dem Judenreferat an. Ich kann nicht sagen,  
mit welchen Aufgaben er dort betraut war.

Kriminalsekretär Gerhard S c h n e i d e r ;  
war Angehöriger des Judenreferats, ein junger Mann, der  
mit ähnlichen Aufgaben betraut war wie ich auch.

Kriminalsekretär Herbert T i t z e ;  
ihn kenne ich schon von der Schutzpolizei her. Ich bin nicht  
sicher, ob er dem Judenreferat angehörte.

Kriminalsekretär Franz Z i l l i a n ;  
dieser war mit mir im Referat Heimtücke. Ob er auch zum  
Judenreferat versetzt wurde, kann ich nicht sagen.

Vermerk:

Unterbrechung der Vernehmung um 15.30 Uhr.  
Herrn B e o k e r wurde mitgeteilt, daß seine Vernehmung  
in etwa vier Wochen fortgesetzt werden soll.

Laut diktiert, genehmigt und  
im Stenogramm unterschrieben

Karl Becker

Geschlossen:  
Runge, EstA

Für die Richtigkeit  
der Übertragung:

*Schick*  
Justizangestellte



Stenogrammübertragung  
des Vernehmungsprotokolls vom 2. Dezember 1965

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt K u n g e ,  
Justizangestellte M a e s e r .

Fortsetzung der Vernehmung  
des Karl B e c k e r vom 16. November 1965

Aus dem Personalheft P St sch 23 (Gerhard S c h n e i d e r ) ist mir die dort befindliche Fotografie vorgehalten worden. Die dargestellte Person stellt nicht den von mir genannten "Schneider", der zu meiner Zeit dem Judenreferat angehörte, dar.

Mir wird noch einmal die Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Staatspolizei-Leitstelle Berlin vorgelegt. Die Mappe ist seit meiner letzten Vernehmung durch mehrere Lichtbilder ergänzt worden. Die folgenden abgebildeten Personen kommen mir bekannt vor:

Nr. 77 (S a s s e)

Ich kann mich erinnern, daß ich dieser Person mehrmals bei der Staatspolizei-Leitstelle Berlin begegnet bin. Ob sie dem Judenreferat angehörte, kann ich nicht sagen.

Nr. 78 stellt den Franz Z i l l i a n dar. Wenn ich mich recht erinnere, kam dieser 1940 oder 1941 von einem Kommando, das in Polen eingesetzt war, zur Staatspolizei-Leitstelle Berlin zurück. Er war, ebenso wie ich, zunächst im Referat "Heimtücke" tätig und wurde mit mir zusammen im November 1941 zum Judenreferat abkommandiert.



27 19

Nr. 79 stellt den Kriminaldirektor G a n s dar.

Auf Befragen:

Nochmals auf den Kollegen D o b b e r k e angesprochen, erinnere ich mich, daß mir während meiner Haft in Sibirien ein Mithäftling, seinen Namen kann ich nicht mehr nennen, erzählte, daß Dobberke mit einer Jüdin, die in dem Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße tätig war, intim befreundet gewesen sein soll. Dobberke habe vor seiner Verhaftung durch die Russen dieser Jüdin eine Aktentasche mit Wertsachen (Schmuckstücke und Ähnliches) zur Aufbewahrung übergeben. Diese Wertsachen sollen einen erheblichen Wert gehabt haben. Dobberke soll in Sorge gewesen sein, ob er diesen "Schatz" wiedersehen werde. Der Name der Jüdin wurde nicht genannt. Dobberke soll wenig später in einem deutschen Konzentrationslager verstorben sein.

Zu meiner Tätigkeit im Judenreferat kann ich folgende Angaben machen:

Ein festes Arbeitsgebiet war mir nicht zugewiesen worden. Unter anderem vernahm ich Juden und Arier, ohne allerdings heute noch sagen zu können, um welche Vorgänge es sich handelte. Mir ist nur noch erinnerlich, daß Juden, die Beschuldigte waren, im Allgemeinen sofort einem Konzentrationslager überstellt wurden, ohne daß zuvor ein besonderer Vorgang angelegt wurde. Wie die übrigen Angehörigen des Judenreferats wurde ich in erster Linie zur Abfertigung der in der Sammelstelle Levetzowstraße verbrachten Juden herangezogen. Das mag etwa fünfzehnmal geschehen sein. Hierbei wurde das von den Juden mitgeführte Gepäck zunächst gewogen - die Juden durften Gepäck nur mit einem bestimmten Gewicht mit sich führen - mit einem Zettel versehen und anschließend nach Wertgegenständen und ähnlichen Dingen durchsucht. Auch fand regelmäßig eine Leibesvisitation statt. Ob die Jüdinnen von weiblichen Angehörigen der Staatspolizei-Leitstelle leibesvisitiert wurden oder ob das auch die männlichen Angehörigen der Staatspolizei besorgten, kann ich nicht



mehr sagen. Meine Tätigkeit bestand vor allem darin, das Gepäck der Juden in Empfang zu nehmen, es mit einem Anhängerzettel zu versehen, auf dem Name und eine laufende Nummer des betreffenden Juden stand, und dann auf seitlich aufgestellte Tische abzulegen, wo sie von anderen Kollegen durchsucht wurden. An der Durchsuchung des Gepäcks beteiligte ich mich bei dieser Gelegenheit nicht.

Zu den im Oktober 1941 einsetzenden Aktionen, die die Festnahme der Juden in ihren Wohnungen und deren Verbringung in die Sammelstelle Levetzowstraße zum Ziele hatten, wurden neben den Beamten der Staatspolizei-Leitstelle Berlin auch Angehörige der Kriminalpolizei und der Schutzpolizei herangezogen. Ich habe jedoch an solchen Aktionen nicht teilgenommen. Ich mußte lediglich - etwa zehnmal - in Begleitung eines Kollegen Juden aus ihren Wohnungen holen, die versucht hatten, sich der Deportation zu entziehen. Die erforderlichen Weisungen hierfür sowie den Zettel mit der jeweiligen Wohnanschrift der zu sistierenden Juden erhielten wir von Kommissar S t ü b s oder seinen Vertreter, P r ü f e r bzw. Max S t a r k . Bei diesen Gelegenheiten wurden die Juden und ihr Gepäck sofort durchsucht. Von Fall zu Fall geschahen diese Einsätze unter Benutzung der zur Verfügung gestellten Kraftwagen oder der öffentlichen Verkehrsmittel.

Als ich das zweitemal zum Judenreferat abkommandiert wurde (Mitte 1942), war die Sammelstelle Levetzowstraße bereits aufgelöst worden und man brachte die Juden jetzt in die Sammelstelle Große Hamburger Straße.

Mit der Zusammenstellung der sogenannten Transportlisten, darunter sind Listen zu verstehen, auf denen die für die Deportation bestimmten Juden notiert wurden, hatte ich nichts zu tun. Ich habe solche Listen aber gesehen und auch in der Hand gehabt. Wenn ich mich recht erinnere, fertigten die weiblichen Angestellten des Judenreferats, deren Namen ich nicht mehr angeben kann, die Transportlisten mit der Schreibmaschine an.



29  
21 11  
203

In der Sammelstelle Levetzowstraße führte ein Regierungsrat <sup>Aus-</sup> Kunze die Aufsicht. Aus seiner Sprache schloß ich, daß er aus Österreich stammte. Er trat hierbei sehr laut auf und erteilte die erforderlichen Weisungen. Soweit ich mich erinnern kann, hielt sich der Regierungsrat Kunze in der Sammelstelle Levetzowstraße während der Zeit meiner Tätigkeit dort regelmäßig auf. Ich kann nicht sagen, ob er mit "Dr. Kunze" angesprochen wurde. Ob ich Kunze auch in der Sammelstelle Große Hamburger Straße gesehen habe, weiß ich nicht mehr. Ich kann auch nicht sagen, ob dieser dem Judenreferat oder der Abteilung IV D angehörte. Meines Wissens war, das sagte ich bereits, der Kriminaldirektor Gans Abteilungsleiter und der Kriminalkommissar Stübs Leiter des Judenreferats. Es könnte sein, daß der Regierungsrat Kunze zusammen mit Gans die Abteilung führte, wobei Kunze zuständig für die Deportationen war, während bei Gans die übrigen Zuständigkeiten verblieben. Wahrscheinlich war es so, daß Kunze mit der Durchführung der im Oktober 1941 einsetzenden Deportationen besonders betraut worden ist. Jedenfalls habe ich Gans weder in der Sammelstelle Levetzowstraße noch in der Großen Hamburger Straße gesehen.

Im Zusammenhang mit der Deportation der Juden fällt mir eben noch folgende Besonderheit ein:

Im November oder Dezember 1941 forderte mich der stellvertretende Referatsleiter <sup>P</sup> ~~Prüfer~~ auf, einen nach dem Osten gehenden Eisenbahntransport von Juden als Transportleiter zu begleiten. Wenn ich mich recht erinnere, dürfte der Transport nach Litzmannstadt oder Theresienstadt gegangen sein. Da mir diese Aufgabe nicht zusagte, bat ich Prüfer unter Vorgabe eines familiären Grundes, mich von dem Auftrag zu entbinden. Daraufhin sagte mir Prüfer wörtlich: "Deswegen brauchst Du Dich nicht zu entschuldigen. Andere reißen sich nach diesem Auftrag." Daraus schloß ich, daß sich mit der Leitung dieser Transporte gewisse Vergünstigungen verknüpften, und daß deswegen die übrigen Angehörigen des Judenreferats solche Transporte begleitet hatten. Wie ich später gesprächsweise hörte, bestanden die Vorteile einer solchen



-30-  
22 12  
204

besonderer  
Transportbegleitung in der Auszahlung ~~xxx~~ Spesen und der Möglichkeit, an den Zielorten Waren, die in der Heimat Mangelware waren, günstig zu erwerben. Mit einigen der Kollegen, die solche Deportationszüge nach Minsk oder Riga begleiteten, habe ich nach ihrer Rückkehr gesprochen. Die Namen meiner Gesprächspartner habe ich allerdings heute nicht mehr in Erinnerung. Sie erzählten übereinstimmend, daß die Juden am Zielort von Bewachungsmannschaften mit Schlägen empfangen und in Lager getrieben wurden, in denen unbeschreibliche Zustände herrschten. Sie selbst hätten zwar die Lager nicht aufsuchen dürfen, jedoch sei schon von außen zu sehen gewesen, daß die zusammengetriebenen Juden auf unvorstellbar unmenschliche Weise behandelt wurden. Außer den Angehörigen des Judenreferats begleiteten auch Angehörige anderer Referate der Staatspolizeileitstelle die Transporte nach dem Osten. Das geschah überall Wahrscheinlichkeit nach nur dann, wenn nicht genug Angehörige des Judenreferats zur Verfügung standen.

Auf Befragen:

Das Judenreferat war zu Beginn meiner Tätigkeit dort zunächst schwach besetzt und wurde später um die doppelte Anzahl von Mitarbeitern verstärkt. Bei besonders großen Aktionen wurden ~~Beamte~~ in erster Linie aus den übrigen Referaten der Abteilung IV D als Aushilfen herangezogen.

Auf Befragen:

Einmal mußte ich einen Transport von Juden von der Sammelstelle Levetzowstraße zum Güterbahnhof Grunewald (in der Nähe der Deutschlandhalle) begleiten. Dort stand ein Güterzug bereit, in den die Juden mit Unterstützung jüdischer Ordner hineingetrieben wurden. Die meisten der Opfer, es waren auch Kinder dabei, weinten und schrien. Als der Zug abfuhr, waren die Güterwagen so überfüllt, daß die Juden praktisch nur darin stehen konnten.

Auf Befragen:

In der Sammelstelle Große Hamburger Straße bin ich meines Wissens nur einmal gewesen, ohne daß ich sagen kann, aus welchem Anlaß.



31  
23/13  
205

Bei dieser Gelegenheit beobachtete ich, wie Juden von Lastwagen zu einem Güterbahnhof transportiert worden sind.

Auf Befragen:

Die für die Deportation bestimmten Juden ahnten, welches Schicksal ihnen bevorstand. Möglicherweise glaubten sie zu Beginn der Deportationen noch an die Erklärung, sie würden im Osten in Gettos untergebracht und zu geeigneten Arbeiten herangezogen. Später dürfte jedoch gerüchteweise durchgesickert sein, was man in Wirklichkeit mit ihnen vor hatte.

Auf Befragen:

Ich hatte damals keine Ahnung, was mit den Juden wirklich geschah. Während der ganzen Zeit meiner Tätigkeit bei der Staatspolizei-Leitstelle Berlin war ich, wie auch viele meiner Kollegen, der Meinung, daß man die Juden im Osten ansiedeln würde. Erst später, während meiner Tätigkeit bei der Eisenbahnfahndung, der ich von Januar 1943 bis Sommer 1944 angehörte, hörte ich gesprächsweise davon, daß die Juden umgebracht wurden. Das wurde mir von aus dem Osten zurückkehrenden Angehörigen der Polizei-Battallione, mit denen ich auf Dienstfahrten zwischen dem Osten und dem Reich ins Gespräch kam, erzählt. Unter anderem berichteten sie, daß die aus dem Reichsgebiet deportierten Juden fast ausnahmslos erschossen oder anderweitig getötet wurden. Ich hielt diese Erzählungen zunächst für Angebereien. Da mir aber von diesen schrecklichen Dingen immer wieder und inhaltlich gleichlautend berichtet wurde, kam ich schließlich zu der Schlußfolgerung, daß alles, was ich über das furchtbare Schicksal der Juden hörte, der Wahrheit entsprechen mußte.

Auf Befragen:

Der Umgangston zwischen den Angehörigen des Judenreferats und den Juden war in der Regel rüde. Beschimpfungen wie "dreckige Judensau" waren an der Tagesordnung. Ich habe jedoch nicht wahrgenommen, daß Juden körperlich mißhandelt wurden.



Auf Befragen:

Gesprächsweise hörte ich damals, daß auf die Ausstellung im Lustgarten "Das Sowjetparadies" ein Sprengstoffattentat verübt worden war. Da unter den Tätern sich auch Juden befunden haben sollten, seien zur Vergeltung mehrere hundert Juden erschossen worden. Die Executionen hätten im Konzentrationslager Sachsenhausen stattgefunden. Aus eigener Erfahrung kann ich zu diesem Ereignis keine Angaben machen. Ich weiß auch nicht, ob die Weisung, die Juden zu erschießen, von der Staatspolizei-Leitstelle Berlin kam. Ich vermute, daß die Execution höheren Ortes angeordnet wurde, wahrscheinlich kam der Befehl aus dem Reichssicherheitshauptamt.

Laut diktiert, genehmigt und im Stenogramm unterschrieben.

Karl Becker

Geschlossen: Runge, EStA

Für die Richtigkeit der Übertragung:

*Lraese*

Justizangestellte



In den Amtsräumen der Kriminalpolizei in Braunschweig erscheint der Angestellte

Ernst S a s s e,  
geb. am 21.2.1909 in Bernburg/Saale,  
wohnhaft in Braunschweig, Kaiserstrasse 36, ist

und sagt, mit dem Gegenstand der Vernehmung bekanntgemacht,  
zur Sache befragt, folgendes: Ich gesteht, worden sind. Einzel-  
Ich darf vorwegnehmen, dass ich bis Oktober 1953 in russ. Kri-  
Kriegsgefangenschaft war und ab 20.4.1954 als Angestellter  
bei der Kriminalpolizei in Braunschweig tätig bin.

Wie aus meinen Personalien zu ersehen ist, wurde ich in  
Bernburg geboren. Meine Eltern waren Ernst-August Sasse und  
Luise geb. Dietrich. Beide Elternteile sind bereits verstor-  
ben. In Salzwedel besuchte ich die Volksschule und absolvier-  
te dort auch anschließend meine 3 1/2 jährige Lehre als  
Autoschlosser. Danach arbeitete ich von Oktober 1926 ( Ende  
der Lehre ) als Autoschlosser in Blankenheim, Bispingen, und  
wieder in Salzwedel. Im März/April 1928 ging ich als Kraft-  
fahrer und Autoschlosser zur damaligen Reichspost nach  
Hannover. In den folgenden Jahren war ich dann in der gleichen  
Position in Peine und Hameln tätig. In Peine habe ich 1934 im April meine erste Ehe geschlossen  
mit Liselotte geb. K o o k e. Dieser Ehe entstammen 5 Kinder.

Im Sommer 1937 absolvierte ich meine Militärzeit bei der  
Flack in Wolfenbüttel und lernte dort den damaligen Kriminal-  
rat S c h t i n g kennen, der ebenfalls seine Reserveübung  
machte. Durch S c h t i n g kam ich dann ab 16.12.1937 als  
Kraftfahrer zur Kriminalpolizei-Leitstelle in Hannover. Nach-  
dem ich die Eignungsprüfung bestanden hatte, nannte ich mich  
Kriminalangestellter im Außendienst und wurde als Kraftfah-  
rer verwandt. In Hannover blieb ich etwa 14 Tage und kam  
dann nach Hildesheim zur dortigen Stapo-Stelle. Leiter dieser  
Dienststelle war S c h t i n g. Wie lange ich dann in Hil-  
desheim geblieben bin, kann ich heute nicht mehr sagen. Auf  
jeden Fall war ich im Frühjahr 1938 bereits als Kraftfahrer  
bei der Stapo-Außenstelle in Goslar tätig. Dort blieb ich  
behalten.

bis zum Herbst 1940 und kam dann zur Grenzpolizei-Schule nach Pretzsch/Elbe und nahm an einem Lehrgang teil, der etwa 6 Monate dauerte. Nach bestandener Prüfung wurde ich Kriminal-Assistent auf Probe und arbeitete als solcher noch bis Ende Mai 1941 in Goslar bei meiner alten Dienststelle. Wohin ich dann kam, kann ich heute nicht mehr sagen. Es kann sein, dass es Döbeln / Sachsen war. Erinnerunglich ist mir in diesem Zusammenhang lediglich, dass dort Kommandos zusammengestellt und in Marsch gesetzt worden sind. Einzelheiten kann ich hierzu nicht mehr sagen. Da Mangel an Kraftfahrern bestand, hatte man mich dort wieder als Kraftfahrer beschäftigt. Dadurch bin ich wahrscheinlich einer Abordnung zu einem solchen Kommando entgangen. Im Dezember 1941 kam ich dann wieder nach Goslar zurück.

Es muß in den ersten Tagen des Januar 1942 gewesen sein, als ich als Kriminalassistent zur Stapo-Leitstelle Berlin versetzt wurde. Hier arbeitete ich zunächst in der Burgstrasse und in der Französischen Strasse im Referat zur Bekämpfung des innerdeutschen Kommunismus. Dieses für etwa ein knappes Jahr. Danach kam ich zum Judenreferat und blieb in diesem bis etwa Anfang 1944. Ab Anfang 1944 wurde ich mit mehreren anderen Beamten eingesetzt um die Mischlinge aus den Wehrmachtsteilen herauszuziehen und im Arbeitsprozess unterzubringen. Eine genaue Bezeichnung der einzelnen Referate kann ich heute nicht mehr geben. Befördert wurde ich lediglich am 20.4.1945 zum Kriminal-Oberassistenten, verbunden mit gleichzeitiger Anstellung auf Lebenszeit. Zum Geschäftsverteilungsplan kann ich gar keine Angaben machen. Selbst dann nicht, wenn mir hierzu Hinweise gegeben würden. So weiß ich heute auch nicht mehr, welches Referatszeichen unser Judenreferat führte.

Leiter des Judenreferats war meiner Erinnerung nach der damalige Kriminalrat M ö l l e r. Nähere Angaben zu seiner Person kann ich nicht machen. Ich könnte auch nicht sagen, woher M ö l l e r gekommen war. Auf jeden Fall habe ich ihn bei den Kämpfen in Berlin noch in der Friedrichstrasse gesehen gehabt.



1129-148  
1129  
27

In diesem Zusammenhang kann ich gleich anführen, dass ich weiter keine Namen nennen kann. Insbesondere nicht solche unserer damaligen Vorgesetzten. Ich habe ein schlechtes Namensgedächtnis und mir sind wirklich weiter keine Namen geläufig. Im Zusammenhang damit sei auch erwähnt, dass ich zu den einzelnen Aufgaben dieser Vorgesetzten nichts weiter sagen kann.

Unsere Aufgaben im Judenreferat waren allgemein gesehen in der Überwachung der Juden zu suchen. Welche einzelnen Abteilungen es dabei gab und welche besonderen Aufgaben diese wahrzunehmen hatten, kann ich ebenfalls nicht mehr sagen. Ich weiß noch nicht einmal, ob wir uns nun Abteilung oder Kommissariat nannten. Zumindest hatte meine Dienststelle die Aufgabe zu überwachen, dass die Juden den ihnen gegebenen Auflagen nachkamen. Ich selbst hatte dabei die Wohnraumregulierung - Umquartierung bei Ausbombung - und allgemein die Kontrolle darüber, dass die Juden bei Alarm in die ihnen zugewiesenen Räume gingen und wie bereits angeführt ihren Auflagen nachkamen. Wurde in diesem Zusammenhang einer der Juden bei uns angezeigt, wurde er vernommen und dann in einem Lager in Berlin untergebracht. Die Vernehmung ging dann über Möller zum RSHA. Was dann damit geschah, weiß ich nicht.

Zugeben muß ich, dass ich damals bereits wußte, dass Juden in bekannte Lager wie Theresienstadt usw. kamen. Wer die Auswahl hierzu traf und alles veranlaßte, weiß ich nicht. Ich nehme an das RSHA.

Trotz der mir in diesem Zusammenhang gemachten Vorhalte kann ich weiter keine sachdienlichen Angaben machen. Hier möchte ich besonders hervorheben, dass ich die reine Wahrheit gesagt habe und wirklich nichts weiter weiß. Die 8 Jahre Kriegsgefangenschaft in Russland haben vieles verwischt und vergessen lassen.

Verbindung habe ich heute lediglich noch mit meinem damaligen Kollegen des Stapo-Leitstelle Berlin

Willi R o t h e,  
heute Polizeimeister in Seesen/Harz.

K. J. 7.12.

Wir hatten in der Mischlingssache zusammen gearbeitet. Weitere Verbindungen habe ich nicht und kann auch keine Anschriften



130 749  
110 28

nennen. Bisher bin ich weder zu einem Spruchkammerverfahren, noch zu einem anderen Verfahren vernommen worden.

Zur Verfolgung meiner Angaben muß ich noch anführen, dass ich nach meiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Januar 1954 in Goslar von meiner ersten Frau schuldlos geschieden worden bin. Im April 1954 habe ich in Goslar meine zweite Ehe geschlossen mit Elfrède geb. Hoffmann. Diese Ehe besteht heute noch. Meine Kinder aus erster Ehe sind alle großjährig und aus zweiter Ehe habe ich keine Kinder.

geschlossen:

Selbst gelesen, anerkannt und unterschrieben:



*Ernst Kraus*  
-----

( Otto ) KOM

Vorgeladen erscheint der Angeklagte bei der Polizeidirektion in Braunschweig

Ernst Kraus, geb. am 21. 2. 1909 Braunschweig,  
wohnhaft in Braunschweig, Kaiserstr. 30  
Tel.: 190 94

und erklärt:

Wie ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen.

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir freisteht, sich zu der Beschuldigung mündlich oder schriftlich zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und ferner, daß ich mich vor meiner Vernehmung einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

(§§ 163a, 136 StPO)

Ich will aussagen.

Die Niederschrift meiner am 23. 11. 1963 vor der Kripo in Braunschweig gemachten Angaben ist mit mir durchgesehen worden, insbesondere soweit sie sich auf meinen Lebenslauf bis zum Eintritt bei der Stapoleit Bln. beziehen. Eine Durchschrift dieser Vernehmungsniederschrift befindet sich auf Bl. 17 - 20 des Personal-Heftes Tat 3 13. Ergänzend

510  
AM  
13129

Der Generalstaatsanwalt z.Zt. Braunschweig, den 22. 6. 1966  
bei dem Kammergericht  
- 1 Js 9/65 (Stapoleit Bln.) -

Gegenwärtig:

Erster Staatsanwalt Runge,  
Kriminalmeister Thieler,  
Justizangestellte Fehler,  
als Protokollführerin

Vorgeladen erscheint der Angestellte bei der Polizeidirektion in  
Braunschweig

Ernst S a s s e , geb. am 21. 2. 1909 Bernburg,  
wohnhaft in Braunschweig, Kaiserstr. 36  
Tel.: 290 91

und erklärt:

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird und welche  
Strafvorschriften in Betracht kommen.

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir freisteht, mich zu der  
Beschuldigung mündlich oder schriftlich zu äußern oder nicht zur Sache  
auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung einen von  
mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

(§§ 163a, 136 StPO)

Ich will aussagen.

Die Niederschrift meiner am 23. 11. 1965 vor der Kripo in Braunschweig  
gemachten Angaben ist mit mir durchgesprochen worden, insbesondere so-  
weit sie sich auf meinen Lebenslauf bis zum Eintritt bei der Stapoleit  
Bln. beziehen. Eine Durchschrift dieser Vernehmungsniederschrift be-  
findet sich auf Bl. 17 - 20 des Personal-Heftes Pst S 13. Ergänzend  
führe-ich-zus



57A  
142  
30 132

- 2 -

Diese vorerwähnten mit mir erörterten Angaben mache ich zum Gegenstand der heutigen Vernehmung. Ergänzend führe ich aus.

Im Juni 1941 wurde ich einem Polizeieinsatzkommando zugeteilt, das in Döbeln in Sachsen zusammengestellt wurde. Ich vermag heute nicht mehr anzugeben, welche Bezeichnung das Einsatzkommando trug. Auch der Name seines Kommandeurs sowie die Namen der mit mir dorthin abkommandierten Polizeibeamten sind mir nicht mehr Erinnerlich. Dieses Einsatzkommando wurde wenig später nach Polen in Marsch gesetzt. Zu diesem Zeitpunkt begann der Feldzug gegen Rußland. Ich fungierte als Fahrer des Spießes, eines Polizeioberhauptsekretdars mit Namen Erich K r o h s e . Dieser war auch vorher in Goslar bei Stapo-Außenstelle Goslar mein Vorgesetzter gewesen. Die übrigen Angehörigen des Einsatzkommandos waren von den verschiedensten Stapostellen abkommandiert worden. Der Einsatzweg des Einsatzkommandos berührte u.a. Brest-Litowsk, Minsk, Smolensk und Orel. Meine Einheit operierte unmittelbar hinter der kämpfenden Truppe, ohne daß ich heute noch angeben könnte, zu welchen Aufgaben sie herangezogen wurde. Da ich immer nur ~~mit~~ dem Spieß zusammen war, habe ich nicht erfahren, was das Einsatzkommando eigentlich tat. Es könnte sein, daß das Einsatzkommando einer Einsatzgruppe unterstellt war, ich kann jedoch nicht sagen, um was für eine Einsatzgruppe es sich gehandelt hat und wer sie führte. Diesem Einsatzkommando habe ich bis Dezember 1941 angehört; im September 1941 befand ich mich für kurze Tage auf Heimaturlaub in Goslar bei meiner Familie.

Frage:

Nahm das Einsatzkommando an der Erschießung von Partisanen und Juden teil?

Antwort:

Ich bin ganz sicher, daß das Einsatzkommando zu solchen Aufgaben nicht herangezogen wurde. Das Einsatzkommando bestand aus etwa 50 Leuten und hatte lediglich die Aufgabe, in den vorgenannten Orten Quartier für die nachfolgende Einsatzgruppe zu machen.

- 3 -

572  
143  
133  
31

Ich bin wegen meiner Zugehörigkeit zu diesem Einsatzkommando im April dieses Jahres durch im Auftrage der StA. Kiel von der hiesigen Kripo als Zeuge vernommen worden. Ich habe nicht mitbekommen, gegen wen sich dieses Ermittlungsverfahren richtete und was man den Beschuldigten -es handelte sich um etwa 15 Personen- vorwarf. Mir wurden lediglich Fragen vorgelegt, die der Identifizierung der Beschuldigten dienen sollten.

Ende Dezember 1941 wurde ich zu meiner Überraschung von Orel zur Stapoleit Bln. in Marsch gesetzt. Ich meldete mich in Berlin bei dem Personalsachbearbeiter im Polizeipräsidium Alexanderplatz, der mir mitteilte, daß ich für einen Dienst in einem Gebäude in der Burgstraße vorgesehen sei. Ich habe mich dort anschließend gemeldet.

Zur SacheB

Der Stapoleit Bln. habe ich von Anfang Januar 1942 bis Kriegsende ununterbrochen angehört. Wenige Tage vor dem Zusammenbruch wurde ich der kämpfenden Truppe zugeteilt und geriet in russische Gefangenschaft, aus der ich erst im Jahre 1953 entlassen wurde.

Bei der Stapoleit Bln. arbeitete ich zunächst -meiner Erinnerung nach für etwa die Dauer von etwa einem halben Jahr- in dem Referat Kommunismus, Marxismus, das die Bezeichnung IV A 1 getragen haben kann. An meine Vorgesetzten und Mitarbeiter aus diesem Referat und an die Aufgaben, die mir dort übertragen worden waren, habe ich heute keine Erinnerung mehr. Behalten habe ich nur noch ein Ereignis, das im Zusammenhang mit einer Ausstellung stand, die im Lustgarten veranstaltet worden war und die Bezeichnung "Das Soget-Paradies" gehabt haben kann. Wenn ich mich recht erinnere, war auf diese Ausstellung durch eine kommunistische Widerstandsgruppe ein Sprengstoffattentat verübt worden. Welche Behörde die Ermittlungen in dieser Sache führte, d.h. das RSHA oder die Stapoleit Bln., habe ich schon damals nicht in Erfahrung gebracht.



Nachdem mehrere der Attentäter verhaftet worden waren, wurde ich zum PolitPräs. Alexander Platz abkommandiert, um das Bewachungspersonal im dortigen Gefängnis, in das die Attentäter eingeliefert worden waren, zu verstärken. Insbesondere mußte ich darauf achten, daß sich die Attentäter nicht untereinander verständigten oder den Versuch machten, sich das Leben zu nehmen. Dieser Bewachungseinsatz dauerte etwa 4 Wochen. Anschließend tat ich wieder in der Burgstraße Dienst. Was aus den Attentätern geworden ist, habe ich nicht erfahren. Auch kann ich nicht sagen, ob diesem Widerstandskreis auch Juden angehörten. Mir ist nicht bekannt geworden, daß wegen dieses Attentates mehrere Hundert Juden als Vergeltungsmaßnahme erschossen worden sind. Nach 1945 erfuhr ich durch Zufall, daß ein Teil der damaligen Attentäter hingerichtet worden seien sollen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1942 wurde ich dem Judenreferat (IV B 1), dessen Diensträume sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Burgstraße befanden, zugeteilt. Nachdem das Gebäude in der Burgstraße ausgebombt worden war - das kann im November 1943 gewesen sein - arbeitete das Judenreferat in einem Gebäude in der Französischen Straße, und zwar bis Kriegsende, weiter.

Als ich im Judenreferat meinen Dienst antrat, könnte der KK Stock leitender Beamter gewesen sein. Später übernahm der KR Müller das Judenreferat. Das war aber erst der Fall, als das Judenreferat in der Französischen Straße residierte. Die meisten Dinge kann ich heute nicht mehr genau rekonstruieren. Daß Müller in der Französischen Straße als Leiter des Judenreferates fungierte, möchte ich jedoch mit Bestimmtheit behaupten. Sowohl in der Burg- als auch in der Französischen Straße waren außer dem Judenreferat noch andere Abteilungen und Unterabteilungen untergebracht. Einzelheiten sind mir jedoch nicht mehr präsent. Ich kann deshalb auch nicht mehr mit Bestimmtheit sagen, wer Leit/der Abtl. war, zu der auch das Judenreferat gehörte. Mir ist in diesem Zusammenhang der KDir. Baumann genannt worden. Es könnte sein, daß dieser Vorge-

574  
145  
135  
33

- 5 -

setzter von Müller war. Mit Bestimmtheit wage ich das allerdings nicht zu behaupten. Im Dienstzimmer Müllers fanden die üblichen Dienstbesprechungen statt, an denen alle verfügbaren Angehörigen des Judenreferates teilnahmen. Gegenstand der Dienstbesprechungen war<sup>en</sup> stets Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Deportation der Juden standen. An diesen Besprechungen, die wöchentlich 2x stattfanden, nahm auch Dobberke teil. Es geschah aber auch, daß andere, gegen die Juden gerichtete Maßnahmen, Gegenstand der Besprechungen waren. Wenn mich nicht alles täuscht, fanden sich im Dienstzimmer Müllers etwa 10 bis 20 Beamte des Judenreferates zu diesen Besprechungen ein. Ob auch Stock dabei war, vermag ich heute nicht mehr zu sagen. Ich bin<sup>in</sup> diesen Zusammenhang auch auf den KK Stübs hingewiesen worden. Es könnte sein, daß dieser gleich im Zeitpunkt meines Eintrittes beim Judenreferat leitender Beamter dort war. Ich bringe S t ü b s aber nur noch in Zusammenhang mit einer Affäre, in die dieser mit mehreren anderen Angehörigen des Judenreferates<sup>verwickelt war</sup>, denen man vorwarf, sich an jüdischem Vermögen unrechtmäßig bereichert zu haben. Wenn mich nicht alles täuscht, hat sich Stübs später wegen dieser Vergehen erschossen; den anderen Angehörigen des Judenreferates wurde der Prozeß gemacht. Wenn ich auf einen K O S K r ü g e r P r ü f e r hingewiesen werde, so glaube ich, daß dieser ebenfalls dem Judenreferat angehört hat; es könnte sein, daß Prüfer Vorgänge bearbeitete, die im Zusammenhang mit Beschlagnahmen jüdischem Vermögen standen. Ich kann mich nicht erinnern, Prüfer in den Sammelstellen Große Hamburger- und Schulstraße gesehen zu haben. Mit der Unterschlagungsaffäre bringe ich ihn nicht in Verbindung; auch kann ich nicht sagen, was aus ihm geworden ist.

Solange das Judenreferat noch in der Burgstraße untergebracht war, arbeiteten dort etwa 20 - 25 Beamte; in der Französischen Straße war das Referat mit weniger Beamten besetzt; dort standen auch weniger Diensträume zur Verfügung (8 - 10).

- 6 -



Solange ich in der Burgstraße Dienst tat, arbeitete ich in einem im 2. Stockwerk gelegenen Zimmer zusammen mit 3 weiteren Beamten und 1 weiblichen Schreibkraft, die Hirtse heißen haben kann (jüngeres unverheiratetes Mädchen; Vorname nicht mehr bekannt). Von meinen 3 Mitarbeitern ist mir nur noch der Name E x n e r erinnerlich, der damals KS war. Außerdem erinnere ich mich noch an den KS S t a r k (Max), der in der Verwaltungsgeschäftsstelle saß, zusammen mit einer Sekretärin, deren Namen ich nicht mehr angeben kann (Wüstenberg?). Wenn ich nach den Namen der übrigen Sachbearbeiter im Judenreferat gefragt werde, so fallen mir nur noch die Namen T i t z e , G e h l k e und K l e i n e r ein. Ich kann jedoch heute nicht mehr angeben, welche Arbeitsgebiete ihnen übertragen worden waren und in welchen Dienstzimmern sie saßen.

Die von mir und meinen im gleichen Zimmer tätigen Mitarbeiter bearbeiteten Vorgänge hatten vor allem unrechtmäßigen Erwerb von Lebensmittelkarten seitens Juden und Nichttragen des Judensterns zum Gegenstand. Mit Maßnahmen, die sich gegen das Vermögen der Juden richteten, hatte ich zu keinem Zeitpunkt etwas zu tun. Um diese Vorgänge bearbeiten und abschließen zu können, war es erforderlich, die betroffenen Juden vorzuladen und zu vernehmen. Auch diese Aufgaben habe ich wahrgenommen. Nach Abschluß der Ermittlungen legte ich den jeweiligen Vorgang mit einem Schlußvermerk versehen dem Dienststellenleiter (Stock?) vor, der nunmehr seinerseits bestimmte, was mit den betroffenen Juden geschehen sollte. In der Regel der Fälle gelangte der Vorgang zu dem Leiter des Sammelagers Gr.Hamburger Straße, Dobberke, der daraufhin veranlaßte, daß der betroffene Jude aus seiner Wohnung abgeholt und <sup>dem</sup> im Sammelager zugeführt wurde.

Auf Befragen:

Bei den von mir vernommenen Personen hat es sich immer nur um Juden gehandelt. Ich kann mich nicht erinnern, einmal einen abgeschlossenen Ermittlungsvorgang an die zuständige StA. abgegeben zu haben. Ich berichtige mich dahingehend, daß ich in den Fällen,

in denen z.B. nicht jüdische Anzeigerstatter auftraten, selbst-  
verständlich auch diese <sup>Personen</sup> vernommen habe.

Auf Befragen:

Es ist natürlich auch vorgekommen, daß von mir vernommene  
Juden, bei denen wegen der von ihnen begangenen strafbaren  
Handlung Flucht- oder Verdunkelungsgefahr begründet war, nach Ab-  
schluß der Vernehmung sofort verhaftet wurden. Auf Veranlassung  
des Dienststellenleiters wurden diese Juden anschließend unmittel-  
bar der Gr.Hamburger Straße zugeführt. Die Verbringung <sup>dieser</sup> Juden  
zur Sammelstelle Gr.Hamburger Straße bedeutete für <sup>sie</sup> diese den  
erste Schritt zur Deportation. Mir war bekannt, daß das Lager  
Gr. Hamburger Straße dazu diente, Transporte zusammenzustellen,  
die nach dem Osten abgingen. Diese Tatsache war mir bei den regel-  
mäßigen Dienstbesprechungen im Judenreferat zur Kenntnis gebracht  
worden.

Auf Befragen:

Von der Existenz einer Sammelstelle in der ehemaligen Synagoge  
Levetzowstraße habe ich weder während meiner Tätigkeit in der <sup>Straße</sup> Burg,  
noch später erfahren. Hiervon höre ich heute zum ersten Mal.

In der Burgstraße tat ich Dienst, so-lange das Gebäude von Bomben-  
angriffen verschont geblieben war. Als es Ende 1943 (November?)  
bei einem Bombenangriff fast restlos zerstört worden war, wurde  
ich zur Sammelstelle Gr. Hamburger Straße abkommandiert. Als  
Lagerleiter fungierte dort der KS Dobberke, der dienstlich jedoch  
nicht mein Vorgesetzter war. Nach wie vor erhielt ich meine  
Weisungen vom Leiter des Judenreferates. Als solcher fungierte  
in der Folgezeit der KR Erich M ü l l e r. Die Diensträume  
des Judenreferates befanden sich von diesem Zeitpunkt an, ich  
sagte es bereits, in der Französischen Straße.



In der Sammelstelle Gr. Hamburger Straße besaß ich ein eigenes Dienstzimmer, in dem ich auch übernachtete. Dort führe ich die Vernehmung von Juden durch, aufgrund von Vorgängen, ähnlich denen, wie ich sie in der Burgstraße bearbeitet hatte. Sofern ich die Vernehmungsprotokolle nicht selbst niederschrieb, wurden sie von einer weiblichen Schreibkraft aufgenommen, an deren Namen ich mich nicht mehr erinnern kann. Ich bin sicher, daß ich der Frau Heym, die damals Sekretärin bei Dobberke war, keine Vernehmungsprotokolle diktiert habe. Frau Heym saß übrigens mit Dobberke zusammen in einem Zimmer. <sup>Neben</sup> dieser Vernehmungstätigkeit bestand meine Aufgabe vor allem darin, Juden aus ihren Wohnungen abzuholen und der Gr. Hamburger Straße zuzuführen. Die hierfür erforderlichen Personalien und Wohnanschriften der Juden erhielt ich von dem Lagerleiter Dobberke. Meines Wissens befand sich in der Gr. Hamburger Straße eine Kartei aller in Berlin lebender Juden - die Angaben über alle in Berlin ansässigen Juden enthielt.

Frage:

Sie

Wieviel Juden haben/während Ihrer Tätigkeit in der Gr. Hamburger Straße aus ihren Wohnungen geholt und zum Lager gebracht?

Antwort:

Etwa Insgesamt etwa 50 - 60 jüdische Personen. Bei der Abholung begleitete mich meistens ein zweiter Stapobeamter; in der Mehrzahl dieser Fälle war es der Kass. Willi Roth. Die Abholung erfolgte unter Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder von der Speditionsfirma Scheffler (Große Präsidentenstraße) gestellten Lastkraftwagen (Höbelwagen?). Ergänzend bemerke ich, daß es sich um einen Zeitraum von etwa 1 Jahr handelt. D.h., ich habe im Laufe eines Jahres höchstens 60 Juden in das Lager Gr. Hamburger Straße gebracht.

Das Sammelager Gr. Hamburger Straße bestand aus einem 2stöckigen Gebäude mit etwa 30 Zimmern in der Größe 3 x 4 qm, die meist voll belegt waren. Die Inhaftierten (Ehepaare, Familien, Greise, kleine Kinder) schliefen auf mitgebrachten Decken. Ich habe nicht beobachtet, daß sie sich auf Stroh lagern mußten. Ich kann nicht sagen, ob die Inhaftierten "wie die Heringe" untergebracht waren. Ich habe daran einfach keine Erinnerung mehr. Ihre Notdurft konnten sie auf dafür vorgesehene Toiletten verrichten. Ich weiß auch nicht mehr, ob die Fenster vergittert waren. Die Türen zu den Zimmern blieben Tag und Nacht unverschlossen. In welcher Weise die im Lager festgehaltenen Juden gepflegt wurden, kann ich heute auch nicht mehr sagen. Ich erinnere mich lediglich noch daran, daß eine Küche vorhanden war, die von einer Jüdin bewirtschaftet wurde (Sperling?).

Das Lager Gr. Hamburger Straße versorgte ein Lebensmittelhändler (Gemüsehändler) mit Obst, Gemüse und Kartoffeln. Dieser hatte sein Geschäft gegenüber dem Lager in der Gr. Hamburger Straße. Es handelte sich um den Kaufmann Kurt Keems, der von seiner Ehefrau Hedwig unterstützt wurde. Ich glaube Frau Keems war die Seele des Geschäfts. Mit dem Ehepaar Keems kam ich im Laufe der Zeit in einen näheren privaten Kontakt. Als Wohnung und Geschäft der Eheleute Keems ausgebombt worden waren, fanden diese im Sammelager Unterkunft. Nachdem ihre Wohnung wiederhergestellt worden war, bezog das Ehepaar Keems seine alten Räume wieder. Von diesem Zeitpunkt an -es könnte Ende 1943 gewesen sein- zog ich zu dem Ehepaar Keems als Untermieter und wohnte in der Folgezeit dort bis zum Zusammenbruch.

Außer Dobberke, Willi Rothe und mir waren im Lager Gr. Hamburger Str. noch die Stapobeamten Alfred Schneider, Wenzel (Erwin); ein älterer Mann), Lachmuth und Titze. Wenn mich nicht alles täuscht, unterstanden Schneider und Wenzel dem Lagerleiter Dobberke unmittelbar; Schneider trug öfter die feldgraue SS-Uniform. Auch ich trug hin und wieder Uniform (SS-Scharführer; graue Uniform). Der mir in diesem Zusammenhang genannte Name Schwöbel sagt mir nichts. Auch Schneider, Wenzel, Lachmuth und Titze hatten in erster Linie die Aufgabe, Juden aus ihren Wohnungen abzuholen und dem Lager zuzuführen. Ich vermag nicht zu sagen, wie



oft das geschehen ist und wie hoch die Zahl der von diesen Stapo-  
beamten abgeholtten Juden war.

Im Lager Gr. Hamburger Straße wurden in gewissen Abständen Juden-  
transporte zusammengestellt. Ich bin außerstande, anzugeben, wie-  
viel Transporte während meiner Tätigkeit im Lager zusammengestellt  
worden sind, in welchen Größenordnungen sich diese Transporte  
bewegten und wie die Durchführung im einzelnen organisiert wurde.  
Soweit ich mich heute noch daran erinnern kann, leitete Dobberke  
die Zusammenstellung der Transporte. Dieser bestimmte anhand einer  
Liste, die unter Zuhilfenahme der Kartei in der sogenannten  
"jüdischen Meldestelle" zusammengestellt worden war, wer dem Tran-  
sport angehören sollte. Diese Kartei verwaltete eine Jüdin mit  
Namen K a p h a e l . Ich vermag auch nicht anzugeben, ob Dobberke  
die erforderlichen Weisungen für die Zusammenstellung und Durch-  
führung der jeweiligen Transporte "von oben" erhielt und ob Dobberke  
oder die Stapoleit Bln. (Leiter des Judenreferates) bestimmte,  
wohin der Transport gehen sollte. Meines Wissens gingen die  
meisten Transporte aus der Gr. Hamburger Straße in das Ghetto  
Theresienstadt. Ob hin und wieder ein Transport nach Auschwitz  
in Marsch gesetzt wurde, kann ich nicht sagen. Ich habe derartiges  
weder beobachtet noch an der Abtransportierung mitgewirkt.

Die Zusammenstellung der nach Theresienstadt abgehenden Transporte  
lag allein in den Händen Dobberkes, der hierbei von den jüdischen  
Ordnern im Lager unterstützt wurde. Etwa 5 - 10 männliche Juden  
waren als Ordner im Lager eingesetzt. Sie unterstanden, wenn man  
das so sagen darf, dem Juden R e s c h k e , der für die innere  
Selbstverwaltung des Lagers durch die Juden verantwortlich war,  
zusammen mit seiner Ehefrau, die den Küchenbetrieb leitete.

Jüdische Ordner trugen gelbe Armbinden und genossen gewisse Ver-  
günstigungen, z.B. durften sie sich frei im Lager bewegen. An die  
Namen der jüdischen Ordner erinnere ich mich nicht mehr; einer  
könnte Hirschfeld geheißen haben .

141 580  
421  
39

- 11 -

War ein neuer Transport fällig, so mußten sich die hierfür bestimmten Juden im Lager an einen bestimmten Ort aufstellen. Sie durften lediglich ihr Handgepäck (Aktentasche, Handtasche) mit sich führen. Ihr größeres Gepäck (Koffer) wurde gesondert transportiert. Ob meine Kollegen Lachnuth, Titz/e, Wenzel, Rothe, und Schneider und ich unmittelbar zur Durchführung der einzelnen Transporte herangezogen wurden, kann ich heute nicht mehr sagen. Ich bin der Meinung, daß Dobberke die Transporte organisierte und sich hierbei lediglich von Reschke und den anderen jüdischen Ordnern unterstützen ließ. Ich kann auch nicht mehr sagen, zu welcher Tageszeit die Transporte im Lager zusammengestellt wurden. Für den Transport der Juden zum Bahnhof standen überdachte Lastkraftwagen der Transportfirma Scheffler bereit. Je nach der Größe des Transportes wurden 5 bis 8 Lastwagen, in denen jeweilig 20 - 30 Personen Platz fanden, eingesetzt. Für besonders alte Juden wurde ein Krankenwagen des jüdischen Krankenhauses angefordert. Das größere Gepäck der Juden fand auf einem zusätzlichen Lastkraftwagen Platz.

Auf Befragen:

Ich kann mich nicht erinnern, daß zu diesen Transporten Möbelwagen eingesetzt worden sind. Die Fahrt zum Bahnhof erfolgte meist in den späten Abend- oder frühen Morgenstunden. Die Juden mußten in den Lastwagen stehen; neben dem Fahrer saß ein Beamter der Stapo und ein jüdischer Ordner. Auch ich bin einige Male mitgefahren, kann aber nicht sagen wie oft das geschehen ist. Ich kann heute nicht mehr angeben, wie der Bahnhof hieß, auf dem die Juden in die Transportzüge verladen wurden. Ich weiß nur noch, daß ich in-Anschluß-an-eine-solche-Kolonnensahrt-zu-einem-Bahnhof-von-Potsdamer-Bahnhof

Bei Transporten nach Theresienstadt bin ich 2 oder 3 mal als Transportbegleiter eingesetzt worden. In diesen Fällen erhielt ich die dazugehörigen Transportpapiere von Dobberke ausgehändigt. Es könnte sein, daß es sich hierbei um die sogenannte Transportlist gehandelt, d.h. eine Liste, in der die deportierten Opfer aufgeführt waren. Es handelte sich um eine Liste von der doppelten

- 12 -



DINA 4 Größe. Es könnte sein, daß ich solche Listen in der Hand gehabt habe. An Einzelheiten vermag ich mich aber nicht mehr zu erinnern. Bei den Transportzügen, die ich nach Theresienstadt begleitete, handelte es sich um Personenzüge mit 8 - 10 Waggons, in denen etwa 400 bis 500 Juden untergebracht waren, die alle Sitzplätze hatten. Für das Gepäck war ein gesonderter Güterwagen angehängt worden. Ich hielt mich während der Fahrt in einem Abteil des ersten Wagens hinter der Lokomotive auf, zusammen mit einigen als Bewachung<sup>er</sup> fungierenden Schutz<sup>polizei</sup>beamten. Diese waren mindestens mit Pistolen bewaffnet; Wachhunde führten sie nicht mit sich. Meines Wissens begleiteten mich nicht mehr als 5 Schupo-beamte. In jedem Waggon war ein jüdischer Ordnungsdienst (Arzt u.ä.) eingerichtet. Den Transportzug hatte man auf einem extra-Gleis eingesetzt; es könnte sein, daß die Verladung durch bewaffnete Schupo-beamte abgesichert wurde. Auch hierbei habe ich nicht beobachten können, daß Hunde eingesetzt wurden. Das Beladen der Personenwagen mußte rasch gehen; Ausschreitungen habe ich hierbei nicht beobachtet. Daß die Juden angetrieben wurden, schnell einzusteigen, war selbstverständlich. Mit Rücksicht auf die angespannte Transportlage während des Krieges, mußte das Transportgleis schnell wieder geräumt werden. Ihre Transportverpflegung erhielten die Juden von der jüdischen Lagerverwaltung zu Beginn des Transportes ausgehändigt. Unterwegs wurden die den Juden weder Verpflegung noch Getränke gereicht. Meines Wissens führten sie alles Notwendige im Waggon mit.

Auf Befragen:

Ich bin ganz sicher, daß ich Güterwagentransporte nach Theresienstadt oder einem anderen Ort im Osten nicht begleitet habe. Ob meine Kollegen aus dem Lager Gr. Hamburger Straße zu Transporten nach Theresienstadt oder Auschwitz herangezogen wurden, kann ich nicht sagen.

143 582  
423  
41

- 13 -

Die von mir begleiteten Transportzüge erreichten meist gegen-  
Vermittag am frühen Morgen den Bahnhof Theresienstadt. Ich kann  
heute nicht mehr sagen, wie lange die Fahrten dauerten. Von dem  
eigentlichen Ghetto habe ich nichts wahrnehmen können; der Bahnhof  
Theresienstadt liegt offenbar außerhalb des Ghettos. Auf dem Bahn-  
hof erwartete mich ein mir unbekannter SS-Obersturmführer, dem  
ich die Transportpapiere übergab. Die Juden durften den Zug nicht  
verlassen. Es könnte sein, daß der Transportzug später in das  
eigentliche Ghetto weitergefahren ist. Beobachtungen in dieser  
Hinsicht habe ich aber nicht machen können. Noch am gleichen  
Tage fuhr ich mit-dem-mich-be- wieder zurück und benützte die  
Gelegenheit, meine Familie in Goslar aufzusuchen. Die Schutz-Be-  
gleitmannschaft ist direkt nach Berlin zurückgefahren. Ich habe  
mich auf dem Bahnhof Theresienstadt immer nur kurzfristig aufge-  
halten. Einkäufe habe ich dort nicht getätigt; die erforderliche  
Marschverpflegung war mir mitgegeben worden.

Frage:

Können Sie sich an die sogenannten Fabrik-Aktionen erinnern?  
D.h. an die Ende Februar bis Anfang März 1943 stattgefundenen  
Aktionen, bei denen in überraschenden Einsätzen die in den Ber-  
liner Rüstungsbetrieben tätigen jüdischen Arbeiter und Arbeiterinn  
abgeholt, zu den Sammellagern gebracht und wenig später deportiert  
wurden? Bei diesen Aktionen wurden etwa 10.000 Juden ohne vor-  
herige Ankündigung aus ihren Betrieben geholt und anschließend  
abtransportiert. An diesen Tagen herrschte in der Gr. Hamburger  
Str. ein unbeschreibliches Durcheinander, da das Lager die plötz-  
lich eingelieferten Juden kaum fassen konnte.

Antwort:

Die Bezeichnung "Fabrik-Aktion" weckt in mir keine Erinnerung;  
auch an das zugehörige Ereignis kann ich mich heute nicht mehr er-  
innern. Wenn mir gesagt wird, daß diese meine Einlassung unglaub-  
haft ist, so muß ich das hinnehmen. Ob ich mich an diesen Tagen  
im Lager Gr. Hamburger Straße aufgehalten habe, weiß ich nicht,

- 14 -



müchte es aber glauben. Wenn mir gesagt wird, daß ein Teil der im Zuge der Fabrik-Aktion abgeholtten Juden in das Sammelager Levetzowstraße (ehemalige Synagoge) gebracht wurde, so ist mir diese Tatsache neu. Ich höre heute zum ersten Mal, daß sich in der Levetzowstraße eine jüdische Sammelstelle befunden haben soll.

Braunschweig, den 23. 6. 1966

W e i t e r v e r h a n d e l t  
- - - - -

Auf Befragen:

Wie ich schon sagte, gab es in der Gr. Hamburger Straße einen jüdischen <sup>Ordnungsdienst</sup> ~~Ordnungsdienst~~ <sup>Oh</sup> ~~Ordnungsdienst~~. Zur Bewachung des Lagers Beamte der Schutzpolizei eingesetzt waren, kann ich nicht sagen. Mir ist in dieser Hinsicht nichts aufgefallen. Für den Lagerleiter Dobberke arbeiteten eine Anzahl jüdischer Spitzel, sog. "Greifer", zu denen z.B. eine gewisse Stella K u b l e r gehörte. Diese Greifer wurden von Dobberke losgeschickt, um untergetauchte Juden ausfindig zu machen und dem Lager zuzuführen. Ich kann mich nicht erinnern, beobachtet zu haben, daß untergetauchte Juden, die von den Greifern aus ihren Verstecken geholt worden waren, ins Lager Gr. Hamburger Straße eingeliefert wurden. Ich kann deshalb auch nicht angeben, was mit diesen Juden nach ihrer Einlieferung geschah. Ich könnte mir vorstellen, daß solche aufgefundenen Juden im Lager Gr. Hamburger Straße sofort vernommen wurden, vermag jedoch heute nicht mehr anzugeben, ob auch ich mich an solchen Vernehmungen beteiligen mußte.

Auf Befragen:

Im Lager Gr. Hamburger Straße befanden sich im Keller keine Haft-

145-584  
425  
43

zellen (Bunker), jedenfalls kann ich mich an eine derartige Einrichtung nicht mehr erinnern. Meines Wissens befanden sich im Keller des Lagers lediglich Luftschutzräume, in denen die ganze Belegschaft des Lagers (Stapobeamte und Juden) bei den Luftangriffen Unterkunft fanden.

Auf Befragen:

An eine im Sommer 1943 stattgefundene, gegen privilegierte Juden gerichtete Aktion bei der etwa 150 Juden dem Lager Gr. Hamburger Straße zugeführt wurden, kann ich mich ebenfalls nicht mehr erinnern. Es könnte allerdings sein, daß ein solches Ereignis zu diesem Zeitpunkt stattfand. Mir ist in diesem Zusammenhang erklärt worden, was unter einem privilegierten Juden zu verstehen ist und unter welchen Voraussetzungen ein solcher Jude seine Sonderstellung verlieren konnte (Verlust des arischen Ehepartners infolge Tod oder Scheidung). Das Gebäude in der Gr. Hamburger Straße wurde bis Anfang 1944 als Judensammellager benutzt. Von diesem Zeitpunkt an diente ein ehemaliges jüdisches Gebäude in der Schulstraße als Sammellager. Dorthin siedelten Dobberke und die übrigen in der Gr. Hamburger Straße tätig gewesenen Stapobeamte über, zusammen mit der restlichen "Besatzung" (Frau Heyn, Frä. Raffael). Wie lange ich in der Schulstraße Dienst tat, kann ich nicht mehr sagen. Ich bin der Meinung, daß ich dort nur kurze Zeit eingesetzt wurde. Es könnte sein, daß ich in der Schulstraße übernachtet habe; an die Räumlichkeiten dort habe ich ebenfalls keine Erinnerung mehr. Zu dieser Zeit wohnte ich als Untermeister bei dem Ehepaar Keems in der Gr. Hamburger Straße. Keems belieferte auch das Lager Schulstraße mit Gemüse und Kartoffeln. Schließlich vermag ich auch nicht mehr anzugeben, ob ich während meiner Tätigkeit in der Schulstraße Juden aus ihren Wohnungen abgeholt und zum Lager gebracht habe und ob von dort Transporte abgingen. Wenn mir gesagt wird, daß im Lager Schulstraße auch die Stapobeamten Voll und Greiner tätig waren, so ist mir auch diese Tatsache nicht mehr im Gedächtnis haften geblieben. Die beiden Namen sagen mir nichts. Schließlich sehe ich mich auch außerstande an-



zugeben, ob ich in der Schulstraße Juden vernommen habe, jedenfalls sind mir Einzelheiten nicht mehr gegenwärtig.

Auf Befragen:

Es könnte sein, daß ich in den Lagern Gr. Hamburger und Schulstr. hin und wieder meine Vorgesetzten Stock und Möller angetroffen habe, die dort aus mir unbekannt gebliebenen Gründen erschienen waren. Daß Stock und Möller bei diesen Gelegenheiten Juden mißhandelten, habe ich nicht beobachten können; derartiges ist mir auch nicht von meinen Kollegen berichtet worden. Unter uns Stapobeamten war Möller als großer "Schreihals" bekannt. Ob Dobberke in seinem Dienstzimmer in der Gr. Hamburger Str. bzw. Schulstraße eine Hundepeitsche aufbewahrte, habe ich nicht feststellen können. Mir ist auch nicht erinnerlich, gesehen oder gehört zu haben, daß Dobberke Juden mißhandelte.

#### Kenntnis von Schicksal der deportierten Juden.

Erst nach Kriegsende habe ich erfahren, daß die aus Berlin evakuierten Juden fast ausnahmslos umgekommen oder ermordet worden sind. Während meiner Tätigkeit bei der Stapoleit Bin. (Judenreferat) ist mir von Amts wegen über das Schicksal der aus den Lagern Gr. Hamburger Str. und Schulstraße abtransportierten Juden keine Mitteilung gemacht worden. Gegenstand der wöchentlichen Dienstbesprechungen war nur die technische Durchführung und Organisation der Juden-Evakulierung. Wenn ich mit meinen Kollegen, insbesondere Willi Rothe darüber unterhielt, was die von uns abtransportierten Juden erwartete, so waren wir der Meinung was-die-Deportationszielorte daß die Unterkunft in den Deportationszielorten zwar nicht gerade angenehm sei, es sich aber keinesfalls um sog. Vernichtungslager handeln würde. Daß es in Auschwitz ein KL gab, habe ich übrigens erst nach Kriegsende erfahren. Für mich war Theresienstadt der Inbegriff für das Endziel aller Deportationen. Dieses Lager oder Getto hatte nach

147 586  
127  
45

meiner damaligen Kenntnis aber keinen schlechten Ruf. Theresienstadt galt als sog. Altersgetto; ich wußte es damals nicht anders, als daß die Insassen dort eines normalen Todes sterben würden. Wenn ich mit Juden über ihr weiteres Schicksal sprach, so merkte ich zwar, daß sie große Angst vor der Verschickung hatten, jedoch hatten sie, soweit ich das beurteilen konnte, keine Vorstellung von dem ihnen zgedachten wahren Schicksal, so wie sich das mir nach 45 darstellte. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an eine Jüdin mit Namen Gerda Schottländer, die sich in ihrer Angst vor der Verschickung an mich wandte mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß sie von diesem Schicksal verschont blieb. Ich habe daraufhin sämtliche Karteiunterlagen, die über Frl. Schottländer existierten, an mich gebracht und vernichtet. Auf diese Weise blieb Frl. Schottländer verschont. Sie ist heute verheiratet mit dem Dipl. Kaufmann Werner Kühnel und wohnt in Goslar, Geheimrat Ebert Str. 9 (Telefon 05 321 / 23672); ihre zweite Wohnung befindet sich in Hannover, <sup>Linzer Str.</sup> ~~Hansroßstr.~~ 7 (Telefon 0511/631320). Ihr Ehemann Werner Kühnel war damals ein sog. Halbjude und besaß ein Tabakwarengeschäft in der Großen Präsidentenstraße. Ob das damalige Frl. Schottländer eine Vorstellung von dem hatte, was sie nach der Deportation erwarten würde, habe ich nicht feststellen können. Es könnte sein, daß sie zu mir gesagt hat "wenn ich deportiert werde, komme ich um". Diese Befürchtung stützte sich auf die Tatsache, daß ihre Schwester (Name unbekannt) vor einiger Zeit deportiert worden war und in einem Lager (Name unbekannt) umgekommen war. Wodurch Frl. Schottländer von dem Tod ihrer Schwester Kenntnis erlangt hat, habe ich nicht erfahren. Über die Art des Todes ihrer Schwester machte mir Frl. Schottländer keine Angaben, jedenfalls kann ich mich nicht mehr daran erinnern. Die ~~§~~ im Lager umgekommene Schwester kann 27 oder 28 Jahre alt gewesen sein. Als ich Frl. Schottländer vor der Deportation bewahrte, handelte ich in der Absicht ~~ein-  
den-Schicksal-ihrer-Schwester-zu-bewahren~~ zu verhindern, daß ihr das Schicksal ihrer Schwester erspart blieb.



148 587  
128  
46

Da das Ehepaar Keems in den beiden Lagern Gr. Hamburger und Schulständig aus-und einging, hatte es von allen dortigen Vorgängen und Ereignissen Kenntnis. Mit Rücksicht auf meinen <sup>privaten</sup> starken Kontakt mit Herrn und Frau Keems kam es nicht selten vor, daß wir uns über die Verhältnisse in den beiden Lagern unterhielten. Auch das Schicksal der verschickten Juden war Gegenstand unserer Gespräche. Es könnte sein, daß die beiden hierbei die Befürchtung zum Ausdruck brachten, daß die evakuierten Juden nicht zurückkehrten. Ich halte es sogar für möglich, daß das Ehepaar Keems die Vorstellung hatte, daß die abtransportierten Juden den Aufenthalt in den Lagern (Theresienstadt) Auschwitz nicht überlebten.

Frage: (um dem Beschuldigten Gelegenheit zu geben, seine obige Einlassung zu berichtigen)  
Hatten Sie ebenfalls die Vorstellung, daß die deportierten Juden in den östlichen Lagern unkommen?

Antwort:

Ich hatte zwar keine konkrete Kenntnis von ihrem wahren Schicksal, vermutete aber, daß sie nicht zurückkommen würden. Jedenfalls hatte ich bei dem Gedanken an ihr Schicksal kein gutes Gefühl.

Wenn ich gefragt werde, ob der Lagerleiter Dobberke Kenntnis von dem wahren Schicksal der Deportierten hatte, so möchte ich sagen, daß dieser eigentlich aufgrund der Tatsache, daß er bedeutend länger im Judenreferat tätig war, über die wahren Zusammenhänge Bescheid gewußt haben mußte. Ich habe mich mit Dobberke über diesen Punkt weder dienstlich noch privat unterhalten; ich hatte wenig Kontakt mit ihm. Dasselbe dürfte von Stock und Müller gelten, da diesen allein aufgrund ihrer vorgesetzten Stellung mehr dienstliche Kenntnis von den Zusammenhängen zufließt. Ob meine Mitarbeiter in dem Lager Gr. Hamburger Str. und Schulstraße über die wahren Vorgänge Bescheid wußten, vermag ich nicht zu sagen.

Nach meinem Weggang von dem Sammelager Schulstraße tat ich bis Kriegsende (d.h. bis zu meinem Einsatz bei den Kämpfen um Berlin Febr. oder März 1945) als Angehöriger des Judenreferates in einem Gebäude in der Französischen Straße Dienst. Dort arbeitete ich mit Willi Rothe in einem Zimmer. 2. Leiter des Judenreferates war während dieser Zeit der KR Erich Müller. In dessen Vorzimmer saß der KOS Stark zusammen mit einer Sekretärin, die Wüstenberg geheissen haben kann. Ich halte es für möglich, daß dem KR Müller seinerseits ein Vorgesetzter übergeordnet war, dem, neben anderen Unterabteilungen auch das Judenreferat unterstand. An den Namen dieses höheren Beamten habe ich keine sichere Erinnerung mehr, es könnte sein, daß dieser Dr. S c h l e g e l hieß. Ob der KK Stock in der Französischen Straße saß, kann ich ebenfalls nicht mehr mit Sicherheit bejahen. Der mir in diesem Zusammenhang genannte Dir. Baumann weckt in mir eine Erinnerung an den Träger eines solchen Namens. Möglicherweise hieß der Vorgesetzte Müllers so. Wahrscheinlich saßen in dem Gebäude in der Französischen Straße noch weitere Beamte, die für Judenangelegenheiten zuständig waren, ich kann jedoch ihren Namen heute nicht mehr angeben.

Willi Rothe und ich bearbeiteten Vorgänge, die ich mit "Mischlingssachen" bezeichnen möchte. Hierbei handelte es sich z.B. um Maßnahmen, die die Entlassung von Söhnen aus Mischlingen aus der Wehrmacht aus Zielen hatten, die daraufhinwirkten, daß Söhne aus Mischlingen aus der Wehrmacht entlassen und im Arbeitsprozeß eingegliedert wurden. Außerdem sorgten wir dafür, daß Mischlingspaare, deren Wohnung ausgebombt worden war, anderweit wieder eine Bleibe fanden. Aus diesen Gründen waren Rothe und ich oft unterwegs, zu Fuß oder unter Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.



150 589  
130  
48

Auf Befragen:

Mir ist erinnerlich, daß sich in einem Gebäude in der Oranienburger Straße einige Dienststellen meiner Behörde befanden. Ich habe dort nicht gearbeitet und kann mich auch nicht erinnern, daß Gebäude betreten zu haben.

Auf Befragen:

Die Bearbeitung von Schutzhaftangelegenheiten gehörte nicht zu meinem Aufgabenbereich. Was unter Einweisung in Schutzhaftlager zu verstehen ist, weiß ich. Ich halte es für möglich, daß auch Juden in Schutzhaft genommen wurden, habe aber dienstlich damit nichts zu tun gehabt.

Auf Befragen:

Was unter "Sonderbehandlung" zu verstehen ist, habe ich erst heute erfahren.

Auf Befragen:

Während meiner Tätigkeit in den Lagern Gr. Hamburger Str. und Schulstraße habe ich nicht wahrgenommen, daß Angehörige des RSHA dort erschienen wären. Die mir in diesem Zusammenhang genannten Namen Brunner, Günther, Wöhrn und Kryschack höre ich heute zum ersten Mal.

Braunschweig, den 24. 6. 1966

W e i t e r v e r h a n d e l t

Mir werden jetzt auszugsweise die Aussagen einiger Zeugen -es handelt sich um Personen, die wegen ihrer rassigen Zugehörigkeit

590  
151 431  
49

(Juden) von den nazistischen Machthabern verfolgt worden waren-  
vorgehalten. Hierbei handelt es sich um Angaben des Harry  
Sehnapp vom 27. 4. 1965 (Bl. 65 P-Heft Pst S 13 soweit  
eckige Klammer), des Gerhard Sinaison vom 17. 5. 65  
(Bl. 73 P-Heft Pst S 13 soweit eckige Klammer), des Kurt  
Naumann vom 19. 7. 1965 (Bl. 88 P-Heft Pst S 13 soweit  
eckige Klammer), des Berthold Rehfeld vom 2.11.65  
(Bl. 100 - 101 Pst- P-Heft Pst S 13 soweit eckige Klammer ) und  
des Bruno Goldstein vom 30. 11. 65 P-Heft-Pst  
(Bl. 128 P-Heft Pst S 13 soweit eckige Klammer). Diese vorge-  
nannten Zeugen behaupten, daß der Stapobemate Sasse sie oder  
andere Juden durch Schläge mit der Hand, der Faust oder durch  
Fußtritte mißhandelt habe. Die diesbezüglichen Bekundungen dieser  
Zeugen sind mir im Wortlaut vorgelesen worden. Ich verzichte  
auf eine nochmalige wörtliche Wiederholung im Protokoll. Zu  
diesen Anschuldigungen nehme ich wie folgt Stellung:

Ich kann mich an die geschilderten Ereignisse heute nicht mehr  
erinnern. Wenn die Zeugen behaupten, von mir geschlagen worden  
zu sein, so will ich sie nicht der Unwahrheit zeihen, kann je-  
doch, da ich an solche Vorfälle nicht die geringste Erinnerung  
mehr habe, hierzu im einzelnen nicht Stellung nehmen. Angenommen,  
die Zeugen sagen die Wahrheit, dann ist mir die Hand habe ich  
mich in einer Situation befunden, die nur unter den damaligen  
Verhältnissen beurteilt werden kann. D.h. ich bin von Natur ein  
gutmütiger Mensch und alles andere als ein "Schläger". Wenn mir  
also damals einmal "die Hand ausgerutscht" ist, so nur deshalb,  
weil ich wegen Überarbeitung, Schlaflosigkeit und dera- durch di  
ständigen Bombenangriffe nervös gemacht, mich in einer psychisch  
Verfassung befand, die es mir nicht möglich machte, mich völlig  
unter Kontrolle zu halten. Ich bedauere diese Vorfälle.

Auf Befragen:

Ich habe nicht beobachtet, daß Dobberke oder die anderen in den



Lagern Große Hamburger und Schulstraße tätigen Stapobeamten inhaftierte Juden mißhandelten. Ich weiß nur aus Gesprächen mit Juden, daß der Stapobeamte Alfred S c h n e i d e r als Schläger gefürchtet war. Die Mißhandlung der Juden durch Stock oder Mäller habe ich ebenfalls nicht beobachtet oder erfahren.

Auf Befragen:

Wenn mir gesagt wird, daß der KDir. Schiffer zeitweise leitende Funktionen in der Burgstraße hatte, in dessen Aufgabenbereich auch Judenangelegenheiten fielen, so kann ich das weder bejahen noch verneinen, ich weiß nur, daß <sup>mir</sup> ein KDir. Schiffer als leitender Beamter g<sup>e</sup> bekannt geworden ist. Ich vermag jedoch über die Dauer seiner Zugehörigkeit zur Burgstraße und die Art seiner Aufgaben keine Angaben zu machen.

Auf Befragen:

Vom Hörensagen erfuhr ich, daß einige der in den Lagern Große Hamburger Straße und Schulstraße inhaftierten Juden Selbstmorde begangen hatten. Einzelheiten vermag ich jedoch heute nicht mehr anzugeben, weder über die Zahl der Selbstmorde noch über die Betroffenen selbst. Ich könnte mir vorstellen, daß Anlaß der Selbstmorde die Angst vor dem ungewissen Schicksal, das mit der Deportation auf sie zukam, war.

Mir wird jetzt eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stapoleit Bln. vorgelegt. Ich habe sie durchgesehen. Folgende Personen erkenne ich wieder:

Nr. 10 : Dobberke

Nr. 12 : Exner

Nr. 16: Krell (?)

153 592  
133  
51

Nr. 18 : Lachmuth (?)

Nr. 22 : Lübbek (?)

Nr. 23 : Möller

Nr. 46 : Stark

Nr. 51 : Stock

Nr. 80 : Bothe

Ich habe zu den gegen mich erhobenen Vorwürfen nach bestem Wissen und Gewissen Stellung genommen und in allen Punkten die Wahrheit gesagt. Weitere Angaben kann ich nicht machen.

Auf Lesen verzichtet, genehmigt und unterschrieben

gez. Ernst Sasse

.....

gez. Runge

gez. Thieler

gez. Fehler



LKPA/Niedersachsen

z.Z. Seesen/Harz, den 24.1.1966

Sonderkommission 2

Durchläufer

521

1942 - März 43, 43-45

Vorgeladen erscheint in den Diensträumen des

Polizeilandreviers Seesen der Führer hierbei, den

Polizeimeister

Willi R o t h e ,

geb.am 19.3.09 in Neusee b.Moschin,

Kr. Posen/West,

in Seesen/Harz, Königsbergerstr.2,

und gibt auf Befragen folgendes an:

Zu Beginn meiner Vernehmung ist der in Frage stehende

Sachverhalt mit mir eingehend erörtert worden. Ich

bin auf die Bestimmungen der §§ 52 u.55 StPO, die

mir so-wie-so dienstlich bekannt sind, außerdem noch-

mals hingewiesen worden. Ich will freiwillig vor der

Kriminalpolizei -Sonderkommission 2- aussagen.

Der der Akte auf Blatt 7 - 9 bereits in Ablichtung

verliegende Lebenslauf ist von mir seinerzeit hand-

geschrieben worden. Ich habe ihn nochmals durchgelesen

und erkenne ihn in vollem Umfange an und habe weiter

nichts mehr dazuzufügen.

Zu Frage 1. -Blatt 15 d.A.

Bereits nach fast elfjähriger Zugehörigkeit zu einer

berittenen Polizeieinheit bewarb ich mich bereits im

Jahre 1940 um Übernahme in den Kriminaldienst,  
weil ich persönlich nicht länger bei der berittenen  
Polizei bleiben wollte.

Ende November 1941 erhielt ich die Einberufung zur  
Kriminalpolizei nach Berlin. Im Dezember 1941 wurde  
ich in Berlin vorstellig und erfuhr hierbei, daß  
es sich nicht um die Kriminalpolizei, sondern um  
die Stapoleitstelle Berlin handelte, wo wir uns  
melden sollten.

Ich wurde zunächst noch einmal auf Urlaub nach Hause  
geschickt und trat dann meinen Dienst offiziell  
im Januar 1942 bei der Stapoleitstelle Berlin am  
Alexanderplatz an.

Ich äußerte zunächst, daß ich eigentlich zur Krimi-  
nalpolizei wollte. Mir wurde jedoch daraufhin er-  
öffnet, daß dort z.Z. keine Stellen frei wären und  
ich später dann zur offiziellen Kriminalpolizei  
überwechseln könnte. Da mir dieses in Aussicht gestellt  
worden war, habe ich zunächst meinen Dienst bei der  
Stapoleitstelle Berlin angetreten.

Zu Frage 2. - Blatt 15 d.A. -

Ich wurde zunächst rein informatorisch beschäftigt  
und kam dabei meiner Erinnerung nach mit folgenden  
Referaten in Berührung:  
1. illegale KPD, 2. Kirchenreferat, 3. Erkennungsdienst.  
Erwähnen möchte ich hierbei, daß ich während meiner  
Durchlaufzeit durch die aufgeführten Referate keine  
eigene Tätigkeit ausübte. Ich wurde, wie gesagt, nur  
rein informatorisch beschäftigt.

Meine Aufgabe bestand darin, d. h. , ausgeübte



Die Durchlaufzeit betrug etwa ein Jahr. Im Dezember 1942 kam ich nach Fürstenberg in Mecklenburg auf eine Schule und wurde für meine lebenslängliche Anstellung beschult. Ende März 1943 kam ich von der Schule in Fürstenberg wieder nach Berlin zur Stapoleitstelle zurück. an Sedit zu verpflichten.

Zu Frage 3. - Blatt 15 d.A.-

Mein Dienstgrad beim Eintritt in die Stapoleitstelle Berlin im Januar 1942 war Krim.Oberass. z.Pr. Nach Rückkehr von der Schule in Fürstenberg behielt ich meinen Dienstgrad bei, es entfiel lediglich der Zusatz: zur Probe.

Zu Frage 4. - Blatt 15 d.A.-

Befördert wurde ich während meiner Tätigkeit bei der Stapoleitstelle Berlin nicht. Ich behielt meinen Dienstgrad als Krim.Oberass. bis zum Kriegsende.

Zu Frage 5. - Blatt 15 d.A.-

Nach meiner Rückkehr von der Schule in Fürstenberg zur Stapoleitstelle Berlin wurde ich dem Judenreferat zugeteilt. Bei diesem Referat blieb ich bis zum Schluß. Wir waren meiner Erinnerung nach etwa 4 - 5 Mann. Leiter dieses Referats war m.E.nach der Kriminalrat M S l l e r. Direkten Kontakt hatte ich mit ihm nicht. Seinen Vornamen weiß ich nicht, dsgl. auch nicht, wo er her kam. Mir ist nur in Erinnerung, daß er SS-Uniform trug und vier Sterne im Spiegel hatte. Wer sein Vertreter war, weiß ich nicht. Ich bearbeitete das Sachgebiet "Mischehen". Meine Aufgabe bestand darin z.Bsp. , ausgebombte

115  
55

Mischehen wieder unterzubringen, d.h. diese wieder bei Mischehen unterzubringen, wo noch Platz war. Außerdem kam dann seinerzeit ein Befehl von Himmler, Söhne aus Mischehen, die bereits bei der deutschen Wehrmacht dienten, herauszuziehen und bei der "Organisation Todt" zu verpflichten.

Weiterhin hatte ich einige Male Vernehmungen von Juden durchzuführen, die dabei angetroffen worden waren, daß sie den vorgeschriebenen Stern nicht trugen.

Mir ist in Erinnerung, daß ich einmal wegen einer derartigen Vernehmung vom Leiter des Referats, M ö l l e r , aufs gröblichste zurechtgewiesen wurde, weil ich angebl. die Vernehmung zu lahm abgefaßt hätte. Mir wurde von M ö l l e r erklärt,

daß ich die Vernehmungen in derartigen Fällen in der Weise zu machen hätte, daß ausreichende Gründe vorhanden waren, den Betreffenden "abzuschieben".

Meine persönliche Auffassung betreffs des "Abschiebens" ist die, daß M ö l l e r bezwecken wollte, daß der jüdische Teil einer Mischehe vom arischen Teil getrennt wurde und demzufolge der Schutz, den der Betreffende durch den arischen Teil noch genoß, entfällt.

Ich kann versichern, daß ich mich bei nachfolgenden Vernehmungen in dieser Richtung genau so verhalten habe, wie ich es bereits vorher getan hatte, d.h.,

daß ich die Betreffenden weiterhin korrekt nach ihren Angaben vernommen habe und nichts "hineinkonstruiert" habe, was dem Betreffenden zum Nachteil gereicht hätte.



Andere Tätigkeiten, als die eben von mir aufgezählten,  
habe ich innerhalb des Referats nicht ausgeführt.  
Aktenzeichen sind mir nicht mehr bekannt.

Zu Frage 6. - Blatt 15 d.A.- Ich bin informiert worden,  
daß es kein solches Aktenzeichen gegeben haben  
kann.

Zu dieser Frage kann ich beim besten Willen keine  
Angaben machen. Darüber ist mir nichts bekannt.

Zu Frage 7. - Blatt 15 d.A.- Ich habe zu keinen anderen Kollegen, außer  
dem Herrn [Name], Kontakt gehabt.

H.E. nach war das Referatszeichen für das Judenreferat  
IV - B 5 .

Zu Frage 8. - Blatt 15 d.A.- Bekannt.

Hierzu habe ich bereits Angaben zu der Frage 5. gemacht.

Zu Frage 9. - Blatt 15 d.A.- Ich war zu der Zeit in  
Berlin verweilt und war als Haupt-  
amtlich. Die Aufgaben des Judenreferates  
sind mir nicht geläufig. Es wird sicherlich noch andere  
Aufgabengebiete gegeben haben, ausser das Referat in  
verschiedene Abteilungen untergliedert war. Mir sind  
jedoch beim besten Willen keine anderen Aufgabengebiete  
der anderen Abteilungen bekannt.

Zu Frage 10. - Blatt 15 d.A.-

Leiter des Referats und mein direkter Vorgesetzter  
war, wie bereits gesagt, Kriminalrat M 8 1 1 e r .  
Ich weiß weiter nichts über ihn. Von meinem früheren  
Kollegen S e s s e habe ich nur gehört, daß M 8 1 1 e r

M 8 1 1 e r tot e-in soll.  
Andere Vorgesetzte sind mir nicht bekannt.

Zu Frage 11. - Blatt 15 d.A.-

Hierüber bin ich im einzelnen nie informiert worden,  
so daß ich hierzu keine konkrete<sup>n</sup> Angaben machen  
kann.

Zu Frage 12. - Blatt 15 d.A.-

Ich habe zu keinem meiner früheren Kollegen, außer  
Ernst S e s s e, wh., Braunschweig, Kaiserstr. 36,  
heute mehr Verbindung.

Zu Frage 13. - Blatt 15 d.A.-

Mir sind keine Anschriften ehemaliger Kameraden  
der Stapo-Leitstelle Berlin bekannt.

Zu Frage 14. - Blatt 15 d.A.-

Ich bin etwa im November 1947 vor dem Spruchgericht  
in Stade wegen meiner Zugehörigkeit zu der Stapo-Leit-  
stelle Berlin vernommen worden; und zwar als Beschul-  
digter. Die Anklage damals lautete m.W. derart,  
daß mir als Angehöriger der Stapo-Leitstelle Berlin  
von Juden deportationen gewußt haben müßte. Ich bin  
auch von dem Spruchgericht in Stade, soweit ich  
mich erinnere, zu 6 Wochen oder 6 Monaten Gefängnis  
verurteilt worden. Die Strafe galt jedoch durch die  
bereits erlittene Internierungshaft als verbüßt.

Zu dem Fragenkomplex auf Blatt 15 R. möchte ich  
mich wie folgt äußern:  
Es ist mir verständlich, daß mein Name wiederholt  
von jüdischen Zeugen in deren Vernehmungen genannt  
worden sein soll. Das erklärt sich daraus, daß ich



dienstlich wiederholt in den jüdischen Sammellagern in der Hamburger u. in der Schulstr. zu tun hatte. Erwähnen möchte ich vorerst, daß zu allererst nur das Lager in der Hamburger Straße existierte. Dieses Lager wurde dann verringert und es blieb dort nur eine Küche und Unterkunft für einzelne jüdische Ordner. Das Lager in der Schulstraße wurde danach errichtet, d.h. also, daß das eigentliche Lager Gr. Hamburger Str. jetzt das Lager Schulstr. wurde.

Ich habe zu Beginn meiner Vernehmung angegeben, daß ich von Anfang an bis zum Schluß beim Judenreferat verblieb. Das ist auch insofern zutreffend, bis auf eine Vorübergehende Abordnung zu einer anderen Tätigkeit. Das war m.E. nach etwa vom Sommer 1943 bis zum Jahresanfang 1944. Während dieser Zeit mußte ich einen anderen Kollegen vertreten, der mit den Sammellagern Gr. Hamburgerstr. und Schulstraße zu tun hatte.

Meine Aufgabe während dieser Zeit bestand darin, daß ich mit jüdischen Ordnern die zur Evakuierung vorgesehenen Juden aus deren Wohnung in Berlin abholen und in das Sammellager Gr. Hamburger Straße begleiten mußte.

Es handelte sich meistens um kleinere Transporte von ca. 10 Personen, die immer abgeholt und ins Sammellager gebracht wurden.

Ich möchte hierbei erwähnen, daß die Abtransporte in das Sammellager ohne jede Gewaltanwendung und in Ruhe und Ordnung von statten gingen. Die meisten der zu Abtransportierenden waren schon vorher durch ihre jüdischen Gemeinden informiert worden.

Meine Aufgabe bestand lediglich darin, mit den jüdischen Ordnern mitzufahren, in die Wohnungen der Betroffenen zu gehen, ihnen zu eröffnen, daß der Abtransport in das Sammellager Gr. Hamburger Straße ansteht und nach Verlassen ihrer Wohnungen deren Wohnungstüren zu versiegeln.



Der Abtransport wurde mit geschlossenen Wagen durchgeführt. Ich habe dann die Betreffenden lediglich im Lager abgeliefert. Im Lager selbst hatte ich nichts mehr zu tun.

Es ist durchaus so, daß ich mich auch ab und zu einmal vorübergehend im Lager aufgehalten habe. Ich bin dabei jedoch nicht dienstlich tätig geworden, sondern habe mich lediglich, wenn keine Abholungen heranstanden, im Tageszimmer aufgehalten. Bei dieser Gelegenheit habe ich mich ab und zu mit einem der dort bereits anwesenden Juden unterhalten. Ich habe auch bei dieser Gelegenheit dem einen oder anderen Juden, soweit es mir möglich war, persönliche Wünsche, wie Nachholung von vergessenem Gepäck, erfüllt.

Bei dem Lager in der Gr. Hamburger Str. handelte es sich m.E. nach um ein ehemaliges Altersheim. Die Juden waren dort in den reichlich vorhandenen Einzelzimmern menschenwürdig untergebracht. Es war jedenfalls so, daß in dem Lager keine unmenschlichen Zustände herrschten.

Das war jedenfalls meine ganze Tätigkeit in Verbindung mit den Sammellagern Gr. Hamburger Str. und Schulstr.

Hinsichtlich der angegebenen Zugbegleitung kann ich folgendes angeben:

Meiner Erinnerung nach bin ich ein einziges Mal als Begleiter eines Transportes nach Theresienstadt eingesetzt worden. Es handelte sich hierbei um einen einzigen Personenwagen der damaligen Reichsbahn, mit dem die Juden mit ihrem Gepäck nach Theresienstadt gebracht wurden. Dieser Personenwagen wurde an einen offiziellen Personenzug angehängt. Außer mir waren noch zwei Schutzpolizeibeamte zur Begleitung eingesetzt. Das Kommando bzw. die Verantwortung für den Transport war mir übertragen worden. Ich hatte auch die Transportpapiere in einem versiegelten Umschlag bei mir. Wir hatten unsere Plätze im gleichen Wagen wie die Juden. Der Transport ging ohne Zwischenfälle vonstatten.



Wir kamen in der Dämmerung in Theresienstadt an. Dort wurde der Personenwagen abgehängt, und ich übergab die Transporttiere an einen bereits anwesenden Uniformierten.

Um was für einen sich es hierbei handelte, kann ich nicht angeben. Ich nehme aber an, daß es sich um einen von der SS handelte.

Vom Lager Theresienstadt selbst habe ich nichts gesehen. Ich bin mit den beiden Schutzpolizeibeamten auf dem Bahnhof verblieben und mit dem nächsten Gegenzug wieder nach Berlin zurückgefahren.

Um was für ein Lager es sich in Theresienstadt handelte, war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt. Ich habe auch bis zu diesem augenblicklichen Zeitpunkt noch nicht erfahren, daß in Theresienstadt Juden umgebracht worden sind.

Ich habe allerdings damals noch in Berlin auf der Stapoleitstelle Briefe von Juden gesehen, die diese aus Theresienstadt geschrieben hatten.

Von sog. "Evakuierungszügen", die unter den Gestapo-angehörigen angebl. beliebt gewesen <sup>sein</sup> sollen, ist mir während meiner Zugehörigkeit zur Stapoleitstelle in Berlin nichts bekannt geworden. Ich möchte jedoch der Annahme sein, daß derartige Züge bereits vor meiner Zugehörigkeit zur Stapoleitstelle vorstatten gegangen sein können. Denn zu meiner Zeit war ja die Evakuierung schon so gut wie abgeschlossen.

Zu Frage a)-Blatt 15 B.-

Zu dieser Frage kann ich keine Angaben machen. Darüber ist mir nichts bekannt.

Zu Frage b)-Blatt 15 B.-

Ich habe zuallererst, nachdem ich aus russ. Gefangenschaft kam, 1947 im Lager Sandboitel durch Aufklärungsschriften der Lagerleitung von den Geschehnissen in den KL erfahren.

*Handwritten signatures and notes at the bottom of the page.*

804  
181  
61

Zu Frage c) - Blatt 15 R.-

Darüber ist mir nichts bekannt geworden.

Zu Frage d) - Blatt 15.R.

Hierzu kann ich nur angeben, was ich bereits zu dem Fragenkomplex hinsichtlich meiner angebl. Tätigkeit in den Sammellagern Gr.Hamburger Str. und Schulstr. angegeben habe. Hinsichtlich der angebl. lebensbedrohenden Weise, wie die Juden in den Eisenbahnzügen untergebracht worden sein sollen, kann ich nur sagen, daß mir darüber nichts bekannt geworden ist.

Den einzig von mir begleiteten Transport von Berlin nach Theresienstadt habe ich bereits geschildert.

Ein ehemaliger Kriminalrat G a n s ist mir nicht bekannt.

Zum Abschluß meiner Vernehmung möchte ich noch erwähnen, daß ich seinerzeit am 3. Dezember 1947 vom Engländer

in Sandbostel entlassen wurde, nachdem ich mich durch Vermittlung meiner Schwester mit dem ehemaligen Besitzer des "Zigeunerkeller" in Berlin, Kurfürstendamm, in Verbindung setzen konnte, der mir daraufhin eine Bestätigung seiner Abholung durch mich und mein dabei gezeigtes Verhalten zukommen ließ. Ich wurde dann, nachdem ich dieses Schreiben dem Engländer unterbreitete, entlassen. Ich konnte hinterher auch noch den Namen des Besitzers des "Zigeunerkeller" erfahren. Sein Name war K u n t s c h e r r s u n d K. war Jude und wurde seinerzeit von mir im Rahmen der von mir bereits geschilderten Aktionen aus seiner Wohnung in Berlin abgeholt. Ob K. heute noch lebt, weiß ich nicht. Das Schreiben von ihm habe ich noch im Besitz.

Weiter kann ich keine Angaben mehr machen.

*Henkel*  
(Henkel) KM

gelesen, genehmigt und unterschrieben  
*Th. Lome*



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
B e r l i n  
- 1 Js. 9/65 (Stapoleit.Bln.)

z.Zt. Seesen, den 20. Juni 1966.

545  
102  
M2  
62

Gegenwärtig:  
Erster Staatsanwalt Runge  
Krim.-Meister Thieler  
Justizangestellter Peglau  
als Protokollführer.

Vorgeladen erscheint der Polizeimeister

W i l l i R o t h e

geb. am 19. 3. 1909 in Neusee b. Moschin Krs. Posen/West  
Seesen a. Harz, Königsberger Str. 2 wohnhaft,

und erklärt:

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass es mir freisteht, mich zu der Beschuldigung mündlich oder schriftlich zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.  
(§§163a, 136 StPO).

Ich will aussagen.

Die Niederschrift meiner am 24. 1. 1966 vor der Kriminalpolizei beim Polizeiabschnittsrevier Seesen gemachten Angaben ist mit mir durchgesprochen worden. Ich bestätige die Richtigkeit dieser Aussage und führe ergänzend aus:

Ich erkläre, dass ich niemals Mitglied der NSDAP war. Auf Grund meiner Teilnahme an der Besetzung Österreichs, an der ich als Schutzpolizist teilnehmen musste, wurden wir von der 7. SS.-Reiterstandarte automatisch übernommen. Ich habe mich jedoch damals niemals als reguläres SS-Mitglied betrachtet und habe weder Beitrag bezahlt, noch hatte ich einen Mitgliedsausweis. Ich war niemals Uniformträger der SS. Zu Beginn des Krieges wurden Angehörige der berittenen Berliner Schutzpolizei zu einer Schwadron zusammengefasst. Ich befand mich ebenfalls darunter und wurde in Polen und dann später zu Beginn des Russlandfeldzuges zur Partisanenbekämpfung eingesetzt. Es trifft zu, dass ich im Dezember 1941 auf Grund meiner Bewerbung für den Dienst in der Kriminalpolizei gegen meinen Willen zur Stapoleitstelle Berlin abkommandiert wurde. Nach erfolgter Ausbildung bei den einzelnen Abteilungen und auf der Schule Fürstenberg 1/Mecklenburg kehrte ich Ende März 1943 zur Stapoleitstelle Berlin zurück. Nach meiner Meldung auf dem Polizeipräsidium in Berlin wurde ich dem damaligen Judenreferat zugeteilt. Ich kann heute nicht mehr mit Sicherheit angeben, ob es sich zu diesem Zeitpunkt in der Burgstrasse oder bereits in der Französischen Strasse befand.

546  
63 103  
113

Ich habe mich bei einem Kriminalrat Möller melden müssen, der mich gleich zur Grossen Hamburger Str. weiterschickte. Mir war bisher unbekannt gewesen, dass sich dort ein sogenanntes Sammellager für jüdische Bürger befand.

Ich bin auch heute noch der Meinung, dass die Dienststellenbezeichnung IV - B 5 gelaute hat. Die Bezeichnung IV B 1 ist mir trotz angestrengter Überlegung nicht mehr erinnerlich.

In der Gr. Hamburger Strasse musste ich mich bei dem Leiter des jüdischen Sammellagers, KS. Dobberke, melden, der mich auch mit meinem zukünftigen Arbeitsgebiet vertraut machte. Erinnerlich ist mir noch, dass ausser Dobberke und mir ein gewisser KS. Wenzel dort seinen Dienst versah. Als Schreibkraft für Dobberke arbeitete eine Frau Heim.

Ich kann heute nicht mehr mit Sicherheit angeben, wie stark dieses Lager mit Juden belegt war. Ich bin der Meinung, dass es höchstens zeitweilig 70 - 80 Personen waren.

Ich habe den Auftrag von Dobberke erhalten, anhand von Listen in Berlin wohnhafte Juden aus ihren Wohnungen abzuholen und sie dem Lager Gr. Hamburger Strasse zuzuführen. Ich glaube mich erinnern zu können, dass ausser mir noch der vorerwähnte Wenzel mit der gleichen Aufgabe betraut worden ist. Als Hilfskräfte standen mir mehrere jüdische Ordner zur Seite, die jeweils nach erfolgter Abholung die Gepäckstücke zum Fahrzeug tragen mussten. Meine Aufgabe bestand hauptsächlich darin, die nun leer gewordenen Wohnungen zu versiegeln. Ich habe jedes Mal den Eindruck gehabt, dass ich die abzuholenden Juden in einem vorbereiteten Zustand vorfand. Von wem diese Leute über die bevorstehende Abholung informiert worden waren, weiss ich nicht. Die Abholung erfolgte jedes Mal ohne Schwierigkeiten. Selbstmordfälle sind mir nicht bekannt geworden. Ich kann heute nicht mehr sagen, wie oft ich mit der Abholung von Juden aus ihren Wohnungen beauftragt worden war. Diese Abholungen gingen meiner heutigen Erinnerung nach etwa vom 1. April 1943 laufend durch bis zum Jahresende. In jedem Falle bekam ich von dem Lagerleiter Dobberke eine Handliste, die ich mit dem jüdischen Ordner Dr. Jacob besprach und gleichzeitig die einzelnen Gegenden zusammenfasste. Nach Namen befragt, kann ich mich lediglich an die Ordner Kurt Naumann und an einen gewissen Zwyrn sowie an Dr. Jacob erinnern, die unter meinem Kommando als Gepäckträger fungieren mussten.



Die Juden wurden in jedem Falle mit ihrem Gepäck mittels eines Möbelwagens von ihren Wohnungen zum Sammellager Gr.-Hamburger Strasse gebracht. Ich kann mich lediglich nur noch an einen Fahrer dieses Wagens mit dem Vornamen Gustav erinnern, der von einer mir nicht mehr bekannten Privatfirma zur Verfügung gestellt wurde. Ich kann mich nicht erinnern, dass sich in irgend einem Falle besondere Vorkommnisse abgespielt haben. Ich habe noch in Erinnerung, dass gelegentlich eine Frau geweint hat, weil sie nun ihre Wohnung verlassen und einem unbekannten Schicksal entgegen gehen mußte. Ich war in jedem Falle bestrebt gewesen, die Angelegenheit so menschlich wie möglich abzuwickeln und den abzuholenden Juden auch genügend Zeit bei der Zusammenstellung ihres Gepäcks zu lassen. In einem Falle habe ich es sogar gestattet, dass der betreffende Jude Zeit und Gelegenheit bekam, sich mit seinem Treuhänder und mit der slowakischen Gesandtschaft in Verbindung zu setzen. Es handelte sich hierbei um den Karl Kutschera, 1947 wohnhaft Berlin W 15, Kurfürstendamm 26. Herr Kutschera hat mir die vorerwähnte Angelegenheit mit einem Schreiben vom 15. 9. 1947 bestätigt. Dieses Schreiben habe ich hier im Original zur Einsichtnahme vorgelegt. Wie ich bereits in meiner ersten Vernehmung zu Protokoll gegeben habe, sind mir während meiner Tätigkeit im Lager Grosse Hamburger Strasse keine Fälle von Mißhandlungen jüdischer Bürger bekannt geworden. Obwohl ich einen gewissen Einblick in das Lager gehabt habe, kann ich nur wiederum bestätigen, dass die dort festgehaltenen Juden menschenwürdig untergebracht waren.

Auf Befragen: Es trifft zu, dass ich etwa im Sommer 1943 von dem Lagerleiter Dobberke beauftragt worden bin, einen Transport jüdischer Bürger von Berlin nach Theresienstadt zu begleiten. Meiner heutigen Erinnerung nach fuhr der Transport morgens gegen 08.00 Uhr vom Anhalter Bahnhof ab und kam etwa nach 12stündiger Fahrzeit in Theresienstadt an. Der Transport wurde zusammengefasst und im letzten Wagen des Zuges untergebracht. Es handelte sich um einen Personenwagen, indem ausreichend Platz vorhanden war. Meiner heutigen Erinnerung nach bestand der Transport aus etwa 50 Juden zumeist Ehepaare jeden Alters, besonders ist mir noch in Erinnerung, dass darunter einige Zahnärzte waren. Vor Abfahrt hatte mir Dobberke einen versiegelten Umschlag mit den Personalien <sup>der Juden</sup> (vermutlich) mitgegeben.

65 548  
105  
125

Zur Unterstützung wurden mir 2 Angehörige der Schutzpolizei mitgegeben. Ich bin heute der Meinung, dass die beiden nur mit Pistolen bewaffnet waren. Von welcher Dienststelle sie herkamen, wusste ich nicht. Ich könnte darüber heute keine Hinweise geben. Erinnerung ist mir, dass der Lagerleiter Dohberke ebenfalls auf dem Bahnhof zugegen war. Der Zug hielt meiner heutigen Erinnerung nach direkt in Theresienstadt. Damit meine ich jedoch nicht, dass Lager selbst, sondern es war der reguläre Bahnhof, der sich ausserhalb des eigentlichen Lagers befunden haben muss. Ich hatte den Auftrag, dort einem uniformierten SS-Angehörigen, mit dem ich höchstens 10 Minuten Kontakt hatte, diesen versiegelten Umschlag zu übergeben. Der letzte Wagen, worin die Juden saßen, wurde von dem regulären Zug abgehängt und verblieb auf dem Bahnhof. Was dann weiter mit den Juden geschah, weiß ich nicht. Ich musste am gleichen Abend mit den beiden Angehörigen der Schutzpolizei nach Berlin zurückfahren.

Ich habe mich zwar mit den Juden im Zug unterhalten, jedoch wurde ich niemals gefragt, was in Theresienstadt selbst los sei. Ich hätte darauf auch gar keine Antwort geben können, da mir selbst unbekannt gewesen ist, welches Schicksal die Juden in Theresienstadt zu erwarten hatten. Auch späterhin habe ich über das wahre Schicksal der nach Theresienstadt verbrachten Juden nichts in Erfahrung gebracht. Dies war meiner Meinung nach der einzige SS-Transport, den ich überhaupt begleitet habe. Es kann vielleicht zutreffen, dass Wenzel und der KS Titze ebenfalls Transporte begleitet haben, und zwar nach Theresienstadt.

Mir war bekannt, dass vom Sammellager Gr. Hamburger Strasse Transporte nach Auschwitz abgingen. Dienstlich hatte ich damit nichts zu tun. Mir sind deshalb auch Einzelheiten nicht bekannt geworden. Über das Schicksal der nach Auschwitz abtransportierten Juden ist mir bis Kriegsende ebenfalls nichts bekannt geworden. Anlässlich eines dienstlichen Unterrichtes machte der Kriminalrat Scholz die Andeutung, dass die in Auschwitz zusammengefassten Juden später im Osten angesiedelt werden würden. Erst nach Kriegsende habe ich die ganze Wahrheit erfahren.

Wie bereits erwähnt, war ich etwa bis Ende 1943 im Lager Grosse Hamburger Strasse tätig und kam dann in das Dienstgebäude des Judenreferats Französische Strasse. Leiter des Judenreferates war Kriminalrat und SS-Sturmabführer Möller. Leiter des Geschäftszimmers war der KOS Stark. Ausserdem sass in diesem Zimmer eine mir namentlich nicht mehr bekannte Schreibdame. Der Name Wüstenberg sagt mir in diesem Zusammenhang nichts.



549  
66 106  
126

Meines Wissens nach wurden von unserem Referat 3 - 4 Zimmer in diesem Gebäude belegt. Ob auch noch andere Dienststellen der Stapoleitstelle Berlin in dem Gebäude untergebracht waren, kann ich nicht sagen. Ich saß mit dem KOA Sasse gemeinsam in einem Zimmer und waren <sup>hier</sup> auch auf dem gleichen Sachgebiet tätig. Mein Sachgebiet habe ich bereits in meinem Protokoll vom 24. 1. 1966 erläutert. Ich kann heute nicht mehr konkret angeben, ob innerhalb des Judenreferates mehrere Sachgebiete bearbeitet wurden. So kann ich z. B. nicht mit Bestimmtheit angeben, ob und von wem illegal lebende Juden bearbeitet wurden. An die Namen der im Judenreferat beschäftigten Beamten vermag ich mich heute nicht mehr zu erinnern. Von den mir vorgehaltenen Namen weckt lediglich der Name Titze und Exner Erinnerungen. Genaue Angaben kann ich in diesem Zusammenhang aber auch nicht machen. Wer zu meiner Zeit Leiter der Staatspolizeistelle Berlin war, ist mir entfallen.

Mir wird jetzt eine Mappe mit Lichtbildern ehem. Angehöriger der Stapoleit Berlin vorgelegt. Ich habe sie durchgesehen. Folgende Personen können wir bekannt vor:

Nr. 10	Dobberke
Nr. 12	Exner
Nr. 23	Möller
Nr. 46	Max Stark
Nr. 77	Sasse

Auf Verlesen versichert, genehmigt und unterschrieben:

gez, Willi Rothe

gez. Runge  
gez. Thieler  
gez. Peglau



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht Berlin  
- 1 Js 9/65 - (Stapoleit. Bln.)

67 410  
Fürstenfeldbruck, den 13. April 1966

Gegenwärtig:

Erster Staatsanwalt R u n g e  
Kriminalmeister T h i e l e r  
Justizangestellte U h l  
als Protokollführerin

Vorgeladen erscheint der Rentner

Otto Fried,  
20.4.1905 in Josefsdorf Krs. Kattowitz geb.,  
Wildenroth über Grafrath Krs. Fürstenfeldbruck,  
Moorenweiser Strasse 8 wft.

und erklärt:

Mit dem Gegenstand meiner Vernehmung wurde ich vertraut gemacht.  
Ich bin über mein Zeugnisverweigerungsrecht (§ 52 StPO) sowie  
darüber belehrt worden, dass ich die Auskunft auf solche Fragen  
verweigern kann, deren Beantwortung mich oder meine Angehörigen  
der Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen würde (§ 55 StPO).  
Zur Wahrheit ermahnt bin ich bereit auszusagen.

Meine Eltern waren sogenannte Volljuden - die Mutter verstarb 1924,  
mein Vater ist 1934 gestorben-. Ich hatte zwei Geschwister und  
zwar einen Bruder mit Namen Martin, der 1939 in Montevideo ver-  
starb, und eine Schwester namens Erna die im Jahre 1918 oder 19 K  
einen gewissen Lewi heiratete, der später verstarb. Dieser Ehe  
entstammte ein Junge mit Namen Kurt. Meine Schwester verheiratete K  
sich 1936 wieder mit einem sogenannten Arier mit Namen B e h r e n s .  
Als der Junge im Alter von 21 Jahren zu einem der ersten Transporte  
nach Riga aufgerufen wurde - ich kann heute nicht mehr sagen in  
welchem Jahr das geschah - schloss sich meine Schwester diesem  
Transport freiwillig an. Sie war der Meinung, ihrem Sohn auf diese  
Weise helfen zu können. Ich kann mich erinnern, dass damals die  
zu Reportierenden auf die zuständigen Polizeireviere kommen mussten.  
Ich habe meine Schwester mit ihrem Sohn bei diesem Gang begleitet.  
Man hatte den Opfern gesagt, sie würden im Osten zum Arbeitseinsatz  
gebracht werden.



68-90  
411

Meine Schwester und ihr Sohn führten in einem Rucksack die not-  
wenigsten Bekleidungsgegenstände mit sich. Was mit ihnen auf  
dem Polizeirevier und später geschah, habe ich nicht erfahren.  
Über ihr Schicksal ist mir offiziell nichts bekannt geworden.  
Ich vermute, dass sie beide verstorben sind.

Ich habe seit 1919 in Berlin gelebt. Im Jahre 1925 heiratete ich  
eine sogenannte Arierin - die Ehe wurde 1946 geschieden -. Ich  
lernte den Beruf eines Damenkonfektionärs und arbeitete bis 1937  
als selbständiger Handelsvertreter. Zu diesem Zeitpunkt wurde  
das Geschäft, für das ich bis dahin tätig gewesen war, arisiert.  
Ich schlug mich in der Folgezeit schlecht und recht durch und  
wurde etwa 1940 zur Zwangsarbeit in der Bli Berliner Rüstungsindustrie  
herangezogen. Ich musste in der Firma Seidel in der Bülowstrasse  
Lederwaren für das Militär herstellen. In diesem Betrieb arbeitete  
ich bis zu meiner Deportation. In Berlin wohnte ich mit meiner Frau  
im Bezirk Charlottenburg, Philippistrasse 8.

Anfang des Jahres 1943, den genauen Zeitpunkt kann ich heute nicht  
mehr angeben -, wurden sämtliche in der Firma Seidel beschäftigten  
Zwangsarbeiter von uniformierter und bewaffneter SS aus dem Betrieb  
geholt. Bis dahin war ich als Sternträger unbehelligt geblieben.  
Die uniformierte SS erschien an diesem Tage gegen 8 oder 9.00 Uhr  
morgens und riegelte sämtliche Zugänge zu dem Betrieb ab. Wir  
wurden aufgefordert, unsere Arbeitsstelle zu verlassen und wurden,  
so wie wir waren, auf 2 oder 3 offene Lastwagen verladen, die auf  
dem Hof des Betriebes standen. Wenn mich nicht alles täuscht,  
waren von dieser Aktion etwa 200 jüdische Zwangsarbeiter dieses  
Betriebes betroffen. Schon einige Tage vorher wurde davon gemunkelt,  
dass eine solche Aktion gestartet werden solle. Aus diesem Grunde  
tauchten auch einige der Zwangsarbeiter noch rechtzeitig unter,  
und leben zum Teil heute noch. In diesem Zusammenhang fällt mir  
der Name einer Frau Rosa M a r c u s ein, die ebenfalls in  
der Firma Seidel dienstverpflichtet war und der Deportation entgangen  
ist. Sie wohnt heute in Berlin-Charlottenburg, Bleibtreu-Str. 32  
und betätigt sich als Rechtsbeistand in Entschädigungssachen. Sie  
müsste in der Lage sein, weitere Glaubensgenossen benennen zu können,  
die denen es auf ähnliche Weise gelang, der Deportation zu entgehen.



Nachdem wir auf die Lastwagen getrieben worden waren verzögerte sich die Abfahrt ~~um~~ etwa 1 Stunde, da ein Opfer sich versteckt hatte und deshalb im ganzen Betrieb gesucht werden musste. Man fand ihn schliesslich unter einem Tisch, wo er sich verborgen hatte.

Die Lastwagen fuhren uns zur Hermann-Göring-Kaserne in Reinickendorf. Ich kann allerdings heute nicht mehr sagen, ob wir in einem Kasernengebäude, oder nur in einem Gebäude ausserhalb der Kaserne untergebracht wurden. Es handelte sich jedenfalls um eine grosse Halle; ich hatte den Eindruck, dass das Gebäude zuvor als Kraftfahrzeughalle benutzt worden war. Nach meiner Schätzung waren in der Halle knapp 1000 Menschen eingepfercht. Die Halle wurde sofort wieder verschlossen. Wir mussten die Nacht in völliger Dunkelheit und unter menschenunwürdigen Verhältnissen zubringen. Eine Gelegenheit zum Schlafen bestand nicht. Am nächsten Morgen wurden die Türen wieder geöffnet und wir erhielten von Angehörigen der jüdischen Gemeinden eine warme Suppe. Anschliessend liessen uns die uniformierten SS-Leute antreten, ~~nachdem~~ <sup>mit den</sup> die Partner von Mischehepaaren, ~~die gesondert gehalten wurden, ausgesondert wurden.~~ Es handelte sich hierbei um mehr als 100 Personen, zu denen auch ich gehörte. Uns wurde mitgeteilt, dass wir von der Evakuierung ausgenommen würden. Die übrigen wurden zu Transporten zusammengestellt. Das Transportziel wurde nicht bekannt gegeben. Wir Mischehepartner wurden wieder auf Lastwagen verladen und zur Rosenstrasse gebracht. Dort befand sich ein früheres Gemeindehaus der jüdischen Gemeinde Berlin. Auch dort waren eine Vielzahl jüdischer Opfer auf engstem Raume untergebracht. Als wir in der Rosenstrasse eintrafen, befanden sich bereits mehrere hundert Menschen dort, die man in anderen Berliner Sammellagern ausgesondert und zur Rosenstrasse gebracht hatte. Darunter befanden sich auch Angehörige privilegierter Mischehen. Ich blieb etwa 4 oder 5 Tage in dem Gebäude in der Rosenstrasse. Während dieser Zeit fanden vor dem Gebäude Protestaktionen der arischen Ehefrauen der inhaftierten jüdischen Partner statt. Auch kam es vor, dass Pakete mit Lebensmitteln durch die Fenster geworfen wurden. Als Folge dieser Protestaktionen wurde ich mit 24 anderen Leidensgenossen - es handelte sich um Gleichaltrige - auf dem Hof zusammengerufen und von einem SS-Sturmführer Schneider zu Arbeitseinsätzen eingeteilt.



Jedenfalls stellte man uns unsere weiteren Aufgaben so dar. Bei diesem Schneider handelte es sich um einen relativ jungen Mann (etwa 25 Jahre) der dort die führende Rolle spielte. Schneider betätigte sich als brutaler Schläger. Ich hatte beobachten können, wie er mit einem Knüttel - es könnte ein Gummiknüttel gewesen sein - wahllos auf die dort festgehaltenen Menschen einschlug. Nach dem Kriege hörte ich, dass dieser Schneider von den Russen erschossen worden sein soll, angeblich in dem Lager Schulstrasse. Wir ausgesonderten 25 Mischehepartner wurden auf einen geschlossenen Lastwagen gebracht, nachdem man unsere Namen mit Schreibmaschine aufgenommen hatte. Von der Rosenstrasse wurden wir zum Bahnhof Putlitz-Strasse gebracht. Dort stand bereits der Deportationszug unter Dampf. Mit Ausnahme des Wagens für die Begleitmannschaft, die in einem Personenwagen mitfahren, bestand der Zug nur aus Güterwagen. Ich fand mit weiteren 50 Opfern in einem der Güterwagen unter unmenschlichen Verhältnissen Platz. Wir erhielten noch etwas Brot und Margarine, dann wurden die Wagen verschlossen. In dem Güterwagen konnten wir nur sitzen - zum Liegen war kein Platz vorhanden. Die Notdurft mussten wir in einer Tonne verrichten, deren Inhalt nur das schmale Fenster entleert wurde. Nach 12 oder 15 Stunden Fahrt in dem ungeheizten Zug kamen wir in Auschwitz an.

Auf Wunsch des Zeugen Fortsetzung der Vernehmung um 14.00 Uhr in der Wohnung des Zeugen.

Unter Hinweis auf seinen labilen Gesundheitszustand bat der Zeuge um Unterbrechung der Vernehmung und Fortsetzung in seiner Wohnung.

Schon während der Fahrt ahnte ich, dass es nach Auschwitz gehen sollte. Diese Befürchtung bestätigte sich dann auch wirklich. Mir war bekannt, dass das Konzentrationslager Auschwitz als sogenanntes Vernichtungslager galt, jedenfalls sprach man davon, dass die Überlebenschance dort im Gegensatz zu dem Getto Theresienstadt sehr gering sei. Wenn ich mich recht erinnere, wurde mein Wagen auf der Rampe in Auschwitz als letzter ausgeladen. Zusammen mit meinen 24 anderen Mischehepartnern wurde ich in einer Baracke des Nebenlagers Monowitz geführt. Dort erklärte uns ein SS-Führer - meines Wissens handelte es sich um einen Scharführer - dass wir uns in einem Vernichtungslager befänden und hart zu arbeiten hätten.



Nach etwa 2 Tagen wurden wir zu Arbeiten eingeteilt. Unsere Aufgabe bestand darin, am Aufbau der bei Monowitz zu errichtenden IG Farben Zweigwerke mitzuwirken. Insbesondere mussten wir Zement tragen <sup>mit einer</sup> bis zu 300 Ztr. pro Tag und Kopf. Nach etwa 4 Wochen Haft in Auschwitz wurde ich zusammen mit ~~meinen~~ <sup>24</sup> Anderen Leidensgenossen, denen sich etwa 10 weitere Mischlinge anschlossen zu unserer aller Überraschung mit Entlassungspapieren versehen und zum Bahnhof gefahren. Drei meiner Leidensgenossen, die ursprünglich den Transport aus Berlin angehört hatten, waren in der Zwischenzeit erkrankt und blieben in Auschwitz. Ich habe nicht erfahren, was aus ihnen geworden ist. Wir wurden mit einem regulären Schnellzug unter geringfügiger Bewachung nach Berlin gefahren. Auf dem Bahnhof Friedrichstrasse wurden wir von bewaffneter SS und Gestapo-Beamten in Zivil in Empfang genommen. Unter Schlägen wurden wir in einen Polizeiwagen getrieben und landeten im Keller in der Burgstrasse. Dort befanden sich Teile der Staatspolizei-Leitstellen Berlin. Im Laufe der Nacht wurden wir nacheinander zur Vernehmung geführt. In den Vernehmungszimmern befanden sich als Leiter der Vernehmung der Kommissar Stock sowie der von mir bereits genannte Gestapo-Mann Schneider mit 2 jüngeren weiblichen Schreibkräften, die Protokoll führten. Ausserdem war ein höherer Wehrmachtsoffizier - ich hielt ihn für einen General - anwesend, der der Vernehmung schweigend zuhörte. Ebenso wie die anderen Inhaftierten wurde auch ich nach meinen Erlebnissen in Auschwitz gefragt. Die Anwesenheit des höheren Wehrmachtsoffiziers habe ich mir später in der Weise zu erklären versucht, dass dieser als Beauftragter der Wehrmacht Auskunft über die Art und Weise der Behandlung der in Auschwitz Inhaftierten erhalten wollte. Wahrscheinlich <sup>/Häftlinge</sup> sollte er sich davon überzeugen, dass <sup>/aus dem Lager Auschwitz</sup> zurückkommen konnten und dass dort einigermaßen menschenwürdige Verhältnisse herrschten. Es ist auch denkbar, dass meine und <sup>Entlassung aus Auschwitz</sup> die meiner anderen Leidensgenossen <sup>auf die Intervention unserer</sup> arischen Ehepartner zurückzuführen ist. Ich erkläre allerdings ausdrücklich, dass ich diese Zusammenhänge lediglich vermutete. Offizielle Bestätigungen habe ich in dieser Hinsicht bis heute nicht erhalten.



394  
72475

Wenn ich nach den Namen der Mithäftlinge gefragt werde, die mit mir von Berlin nach Auschwitz transportiert worden sind, so fallen mir die folgenden ein:

R o s e n t h a l     Heinz

B r i n n i t z e r      ?

S t e r n                      Max

B l a u s t e i n e r Kurt

W o l f f                      Ferdinand

Soweit mir bekannt ist, leben die Vorgenannten noch und zwar zum Teil in Berlin, zum Teil in Amerika. Ihre jetzigen Wohnschriften kann ich allerdings nicht angeben. Sollte mir die Anschrift des ein oder anderen später noch einfallen, so werde ich sie zu dem vorgenannten Aktenzeichen ~~Mitteilung~~<sup>An</sup> geben. Am Morgen des nächsten Tages wurden wir von der Burgstrasse in das Arbeitserziehungslager ~~Zoozoo~~ Großbeeren verbracht. Dort wurden wir zunächst für 2 Tage in einer abgesonderten Baracke festgehalten und anschliessend zu Arbeiten eingeteilt. Im Arbeitserziehungslager Großbeeren wurden wir etwa 6 Monate festgehalten. Einige meiner Leidensgenossen waren während dieser Zeit infolge Hungertypus verstorben.

Von Großbeeren wurde ich mit dem Rest der aus Auschwitz zurück-  
gekehrten Gruppe sowie etwa 50 russischen Fremdarbeitern zunächst  
nach Dresden und von dort in das damalige Protektorat Böhmen  
und Mähren und zwar in die Gegend von Wattenberg transportiert.  
Dort mussten wir eine Ausweichstelle des Reichssicherheitshaupt-  
amtes - sie befand sich in einem Schloss - einrichten. ~~Dieser Ausweichstelle~~  
~~der Ausweichstelle~~ Führer dieser Ausweichstelle war ein  
Hauptstaatsführer W e b e r . Von Max S t e r n hörte ich,  
dass Weber heute in Norddeutschland leben soll. 2 Monate nach  
dem Attentat auf Hitler wurde ich zusammen mit W Ferdinand Wolf  
und einigen russischen Arbeitern nach Berlin zurückgebracht.



395  
73416

Dort kam ich in das Lager Schulstrasse, und wurde bis zu meiner Befreiung im April 1945 festgehalten. Leiter des Lagers Schulstrasse war der SS-Führer Dobberke. Der Entlassung lag eine generelle Anweisung der Gestapo zugrunde.

Von Max Stern hörte ich, dass dieser etwa 14 Tage nach mir von Wartenberg nach Berlin zurückgekommen ist. Er wurde in dem Gebäude in der Oranienburgerstrasse von einem ~~früher~~ höheren SS-Führer in Empfang genommen. An den Namen dieses SS-Führers, der zu dieser Zeit Leiter der Behörde in der Oranienburgerstrasse war, kann ich mich nicht erinnern. Dieser misshandelte Max Stern und bedrohte ihn mit seiner Pistole. Wenn ich gefragt werde, ob dieser SS-Führer Bock hiess, so kann ich das mit Bestimmtheit nicht bejahen. Ich habe nur erfahren, dass dieser Mann damals der Leiter der Behörde in der Oranienburgerstrasse war.

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an ein Zusammen-  
treffen mit dem SS-Sturmabfuhrer Möller in einem  
Gebäude in der Französischen Strasse. Dort musste ich  
- Ende 1944 oder Anfang 1945 - Arbeiten verrichten, und er-  
fuhr bei dieser Gelegenheit, dass Möller dort als leitender  
Beamter fungierte. Möller trug SS-Uniform.

Der von mir bereits benannte Dobberke stellte die Transporte  
nach Auschwitz und Theresienstadt zusammen. Ich habe Dobberke  
mehrmals zu Gesicht bekommen. Während meines Aufenthaltes  
in der Schulstrasse, Gerüchtweise hörte ich dass Dobberke  
2 Sekretärinnen hatte von denen die eine Jüdin war. Meines  
Wissens hiess die letztere Raphael. Die andere könnte Heim  
geheissen haben. Ich glaube mich zu erinnern, dass auch gesagt  
wurde, Dobberke habe mit <sup>der</sup> Heim ein Verhältnis.



74396  
477

Mir wird jetzt eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Staatspolizeistelle Berlin vorgelegt. Ich habe sie durchgesehen.

Mir kommt lediglich die unter Nr. 23 abgebildete Person bekannt vor. Meiner Erinnerung nach handelt es sich hierbei um den von mir benannten Sturmangführer Müller.

Mir sind eine Anzahl Namen ehemaliger Angehöriger der Staatspolizeistelle Berlin genannt worden. Von den folgenden ist mir bekannt geworden, dass sie an den Maßnahmen gegenüber den Berliner Juden beteiligt waren:

Max Stark  
Adolf Exner  
Fritz Gogol  
Oswald Greiner  
Lachmuth  
Ernst Sasse  
Herbert Titz  
Franz Zilian

Die Vorgenannten <sup>Namen</sup> ~~erfährte~~ <sup>erfährte</sup> lediglich von Berliner Leidensgenossen. Mit keinem dieser Personen bin ich selbst zusammengetroffen. Sie waren aber als ~~Gestapo~~ Gestapo-Männer, die sich gegenüber Juden unrühmlich hervortaten in aller Munde.

Mir fällt eben noch ein, dass der CDU-Abgeordnete Blumenfeld, der, wenn ich mich recht erinnere, eine leitende Position in der Hamburger Verwaltung inne hat, zeitweise mit mir zusammen in der Schulstrasse inhaftiert war. Das muss im Jahre 1944 gewesen sein. Blumenfeld hielt sich etwa 4 Monate in der Schulstrasse auf.

Auf Befragen:

Wenn ich gefragt werde, zu welchem Zeitpunkt mir bekannt wurde, dass die aus Berlin deportierten Juden einer systematischen Vernichtung zugeführt wurden, so möchte ich sagen, dass seit etwa Mitte 1942 unter meinen Glaubensgenossen von einem solchen Schicksal der deportierten Opfer die Rede war.

Auf Niederschrift genehmigt

gez. Otto Fried

gez. Runge  
EstA

gez. Thieler  
KM

gez. Uhl  
stv. Urk. Beamte



V e r h a n d e l t:

Vorgeladen erscheint der kaufm. Angestellte

Walter G ä d e,  
geb. 3.8.06 in Lübeck,  
wohnhaft in Lübeck, Packenburger Allee 25b

und erklärt:

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir im Zuge der Vorbesprechung bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde mir eröffnet, daß ich im Sinne des § 52 StPO als Angehöriger das Recht zur Zeugnisverweigerung habe und gemäss § 55 StPO die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mir selbst oder meiner im § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgungen zuziehen würde.

Ich bin bereit, vor der Kriminalpolizei wahrheitsgemässe Angaben zu machen und wissentlich nichts zu verschweigen.

Wegen meines Lebenslaufes beziehe ich mich auf den von mir selbst am 21.4.1947 in Eselheide geschriebenen Lebenslauf (Bl. 13 bis 15 d.A.), der meine polizeiliche und politische Tätigkeit sowie meine familiären Verhältnisse beinhaltet.

Im Januar 1944 bin ich von der Sicherheitspolizei-Außenstelle Pinsk zur Stapo-Leitstelle Berlin versetzt worden. Ich mußte jedoch solange auf dieser Dienststelle verweilen, bis ein Ersatzmann, nämlich ein Kommissar Klaube von der Stapo-Leitstelle Berlin in Pinsk sich zum Dienst gemeldet hatte. Klaube hieß mit dem Vornamen Gerhard. Sein Schicksal ist mir nicht bekannt. Ich höre heute erstmalig, daß er 1945 gefallen sein soll.

So kam es, daß ich meinen Dienst bei der Stapo-Leitstelle Berlin erst in der 2.Hälfte Februar 1944 antreten konnte.

Ich meldete mich bei dem damaligen Leiter der Stapo-Leitstelle Berlin, Regierungsdirektor Wilhelm Bock, der mich erst für ein paar Tage in meine Heimatstadt Lübeck beurlaubte.



Bock und ich kannten uns schon von Lübeck her und wir waren befreundet. Er war bereits vor der Machtübernahme SS-Sturmführer. Später übernahm er ~~ein SS-Standarte~~ einen SS-Sturmbann und ich wurde sein Adjutant. Bock wurde 1933 kommissarischer Leiter der Kripo Lübeck und nach Konsolidierung der Verhältnisse zum Kriminaldirektor der Kripo und der später gegründeten Geheimen Staatspolizei Lübeck ernannt. Mit Verreihlichung der Polizei wurde er nach Berlin versetzt und preußischer Kriminaldirektor.

Zirka Januar 1945 wurde auf Befehl des RSHA aus den Angehörigen der Stapo- und Kripo-Leitstelle Berlin die Kampfgruppe Bock als aktiver militärischer Kampfverband gegründet. Mit den laufend zu dieser Einheit aus aufgelösten östlichen Dienststellen der Stapo und Kripo, die nach Berlin kamen und in die Kampfgruppe Bock eingegliedert wurden, umfasste die Kampfgruppe Bock zum Zeitpunkt ihres Einsatzes im April 1945 ca. 14 Kompanien. In die Kampfgruppe waren auch eingegliedert Wehrmachtsteile. Es handelt sich hier vornehmlich um eine Sicherungskompanie, die von der Wehrmacht bei der der Stapo-Leitstelle eingegliederten Briefprüfstelle Wachtdienst versah. Der Hauptmann dieser Wehrmachtskompanie, dessen Namen ich nicht mehr weiss, ist, soweit ich mich entsinne, gelegentlich eines Einsatzes im Stadtinnen zusammen mit dem zu meiner Kompanie gehörenden Kommissar Brtholl gefallen.

Bock, der Kommissar Ebeling und ein dritter mir unbekannter Kampfgruppenangehöriger wurden im Garten des RSHA, in dessen Garten sich der Befehlsbunker der Kampfgruppe befand, in einer Nacht Ende April 1945 durch eine detonierende Granate schwer verletzt. Ebeling wurde als Schwerverwundeter in das Luftfahrtministerium und Bock in den Lazaretttrakt der Reichskanzlei gebracht. Am nächsten Tage habe ich Bock aufgesucht und ihn mit Verbänden versehen und auf einer Trage liegen sehen. Gesprochen habe ich ihn nicht. Am nächsten Tage war ich wiederum in der Reichskanzlei und konnte feststellen, daß Bock, der angeblich Lungendurchschläge und Beinverletzungen durch die Granatexplosion davongetragen hatte, noch lebte.

Ob er besinnungslos war, weiss ich nicht; jedenfalls kam es zu einem Gespräch nicht. Später habe ich von dem sowohl Bock als auch mir befreundeten SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Wilhelm Mohnke erfahren, daß Bock den Russen bei der Besetzung der Reichskanzlei nicht lebend in die Hände gefallen ist. Mohnke ist ebenfalls Lübecker und aus der Lübecker allgemeinen SS, von der er später zur Leibstandarte überwechselte, hervorgegangen. Meines Wissens lebt er heute in Lübeck. Seit einigen Jahren unterhalte ich keine Verbindung mehr mit ihm.

Bezüglich Bock habe ich bereits vor einigen Jahren vor dem Amtsgericht in Lübeck über die wahrscheinliche Todesfolge seiner Verwundung Aussage gemacht. Der Anlass hierzu war m.W. der von der Ehefrau geltend gemachte Versorgungsanspruch als Hinterbliebene.

Wenn mir nun vorgehalten wird, daß ein Zeuge bekundet habe, daß Bock und mir ein Ausbruchversuch in Berlin-Spandau in Richtung Norden geglückt sei, so muß ich dieser Zeuge in der Person erheblich geirrt haben. In den Kampftagen in Berlin ist meinerseits bezüglich Bock kein Irrtum möglich, da ich ohne jede Ausnahme jeden Tag und jede Nacht mit ihm zusammen war. Der Zeuge muß sich entweder in der Sache ganz bestimmt aber in der Person des Bock und mir irren. Ein Ausbruchversuch der letzten kampffähigen Einheiten fand nur am 2.5.1945 nachts über die Weidendammbrücke statt. Dieser Durchbruchversuch ~~En~~bloc scheiterte. M.W. sind nur zwei oder drei Königstigerpanzer mit Besatzungen durch die Sperrfeuerschleusen der Russen Richtung Nordosten durchgebrochen. Über die Panzerbesatzungen und ggf. Gäste kann ich keine Angaben machen. Am 3.5.1945 morgens um 4,00 Uhr wurde das Durchbruchunternehmen von der Kampfkommandantur abgeblasen und den Einheitsführern Befehl erteilt, ihre Mannschaften zu entlassen.



Über den ehemaligen Kriminaldirektor Wipper befragt, kann ich folgendes angeben:

Vom Hörensagen habe ich in den letzten Kriegstagen erfahren, daß Wipper im Zuge einer scharfen Auseinandersetzung mit Bock, die in dem vorerwähnten Befehlsbunker stattgefunden haben soll, auf Bock mit seiner Dienstpistole geschossen, aber nicht getroffen hat. Daraufhin sei unter Vorsitz von SS-Sturmbannführer Senne (Vertreter von Bock), der Volljurist war, ein Standgericht gebildet und Wipper zum Tode verurteilt worden, und zwar durch Erschießen. M.W. ist Wipper anschließend im Garten des RSHA von einem Exekutionskommando erschossen worden. Worum es sich bei der angeblichen scharfen Auseinandersetzung zwischen Bock und Wipper gehandelt hat, weiß ich nicht und habe auch darüber nichts erfahren.

Wenn ich gefragt werde, ob der KK Ebeling auf Befehl des Bock den Wipper erschossen haben soll, so kann ich dies nicht bestätigen. Ich kann auch nicht sagen, wen Bock mit der Erschließung des Wipper beauftragt hatte.

Wie bereits eingangs erwähnt, habe ich nach meinem Urlaub den Dienst im Februar 1944 bei der Stapo-Leitstelle Berlin angetreten. Bock wollte mir die Leitung des Jugendreferates und die Bearbeitung von Disziplinarangelegenheiten übertragen. Die Bearbeitung dieser Disziplinarangelegenheiten umfasste hauptsächlich SS- und Polizeigerichtsverfahren gegen Angehörige der Stapo-Leitstelle, die sich widerrechtlich beschlagnahmte Sachen und Werte aus ehemals jüdischem Eigentum angeeignet hatten. Ich lehnte die Leitung dieser vorher erwähnten Dienstgeschäfte strikt ab und gab Bock zu verstehen, daß ich dann lieber wieder zurück nach Russland gehen würde. Nach einer harten Auseinandersetzung mit Bock über diese Angelegenheit willigte er ein und gab mir Anweisung das Sachgebiet "Ausländische Arbeiter" zu übernehmen. Diese Dienststelle befand sich im ehemaligen jüdischen Altersheim in der Oranienburger-Straße und beinhaltete sachlich a l l e Angelegenheiten die politisch politizzeilich und kriminalpolizeilich mit den ca. 480.000 in Berlin tätigen ausländischen



Arbeiter anfielen. Ich möchte betonen, daß sich meine Dienststelle nicht in der Burgstraße befand, sondern - wie bereits erwähnt - in der Oranienburger-Straße. Als ich meinen Dienst bei der Stapo-Leitstelle antrat, war das Dienstgebäude in der Burgstraße bis auf ein<sup>81</sup> Gefängnistrakt ausgebombt.

Es trifft keinesfalls zu, daß ich zur damaligen Zeit jemals Leiter des sogenannten Judenreferates war. oder auch nur sonderauftragsgemäss Judensachen bearbeitet habe. Wenn dies durch Zeugen bekundet worden ist, so müssen sich diese<sup>9</sup> Zeugen hinsichtlich der Person gewaltig geirrt haben.

Mir fällt ein, daß ich zu Beginn meiner Tätigkeit mit einem PKW in Berlin umhergefahren bin, um mir auftragsgemäss die zum Judenreferat gehörenden Objekte anzusehen. Ich trug fast immer die Uniform eines SS-Hauptsturmführers. Bei dieser Gelegenheit habe ich<sup>mir</sup> ein jüdisches Krankenhaus in der Nähe der Telefunkenwerke im Berliner Norden angeschaut und auch das jüdische Sammellager in der Großen Hamburger-Str. auftragsgemäss studienhalber betreten. Im Lager Gr. Hamburger Straße wurde ich von einem mir namentlich nicht mehr bekannten Stapo-Angehörigen herumgeführt. Der Bau machte auf mich einen relativ tristen Eindruck. Die größeren Zimmer waren voll mit Menschen belegt. Irgendwelche Erläuterungen über die Herkunft und Absicht, was mit den Inhaftierten geschehen sollte, wurden mir dabei nicht gegeben. Den Namen des Lagerleiters kann ich heute nicht mehr nennen.

Zur Erläuterung meines kompromißlosen Verweigerens der Übernahme des Judenreferates führe ich an, daß hierzu maßgeblich bestimmend war, was ich während meines Russlandeinsatzes hinsichtlich der Behandlung und Erledigung der Judenfrage gesehen bzw. gehört habe.

#### Auf Befragen:

Es trifft zu, daß meiner Ansicht nach die sogenannte Judenaktion im Februar 1944 in Berlin noch nicht abgeschlossen war. Dieses schließe ich daraus, weil das Haus in der Hamburger -Str. noch vollbelegt war. Inwieweit die Kenntnisse über das tatsächliche Schicksal der deportierten Juden allgemein auch auf andere Angehörige der Stapo-Leitstelle zu übertragen wäre, kann ich nicht sagen. Bock selbst kam aus Rußland zur Stapo-



Leitstelle Wien und von dort aus nach Berlin. Er müßte ebenfalls gewußt haben, welches Schicksal die jüdische Bevölkerung tatsächlich durchmachen mußte.

Hinsichtlich des Aufbaues der Stapo-Leitstelle Berlin kann ich mich nur anhand der leitenden Personen orientieren. Ich war Leiter des Sachgebietes "Ausländische Arbeiter". Die Dienststellenbezeichnung ist mir im Laufe der Jahre entfallen. Ich habe nur noch vage ~~XXEE~~ die Dienststellenbezeichnung IV 1 in Erinnerung.

Wenn mir hier gesagt wird, daß meine Dienststellenbezeichnung IV D 3 b gelautet haben soll, so glaube ich, daß dies nicht zutrifft, zumindestens nicht für den Zeitpunkt, wo ich in Berlin dem Sachgebiet "Ausländische Arbeiter" vorstand. Ich bin der festen Meinung, daß die Dienststellenbezeichnung kurz vor oder nach meinem Eintreffen generell geändert worden ist. Ich möchte hierzu bemerken, daß die Stellenbezeichnungen nach dem Geschäftsverteilungsplan des RSHA sachgebietsmäßig umbenannt worden sind (Beispiel: Schellenberg IV / 6).

Polizeirat Rottau Leiter Arbeitserziehungslager und Schutzhaft.  
Kriminalrat Erich Möller:

Ich glaube, daß dieser die Bearbeitung der Kirchen und Judenfrage zu verantworten hatte.

Kriminaldirektor Baumann:

der auch in der Französischen-Str. saß, hat meiner Erinnerung nach den Komplex Marxismus geleitet.

Kriminaldirektor Wipper:

war Leiter "Opposition - Reaktion".

Polizeirat Jung:

Personal und Verwaltung.

Die vorgenannten Personen kamen wöchentlich einmal zur Dienstbesprechung bei Bock zusammen. Der Stellvertretende Leiter, Regierungsrat Senne, gehörte ebenfalls zu diesem Kreis.

Wenn die von mir vorbezeichnete Sachgebietsverteilung mit dem formellen Geschäftsverteilungsplan nicht übereinstimmen sollte, was anzunehmen ist, so sehe ich als Begründung hierfür an, daß der als sehr eigenwillig bekannte Bock nach freiem Ermessen und jeweiligen Gegebenheiten die Dienststellenorganisation so gestaltet hat, wie er es für richtig hielt.

Hierbei wurde von ihm keinerlei Rücksicht auf herkömmliche Dienstgrade und beamtenrechtliche Ansprüche genommen. So hatte er mich als Dezernatsleiter z.B. mit den Abteilungsleitern gleichgestellt.

Auf Befragen:

Mein direkter Vorgesetzter im Bezug auf den sachlichen Ablauf der Vorgänge war der Regierungsrat und SS-Sturmabführer Senne. Bock hatte sich um Einzelheiten meines Dienstbereiches nicht gekümmert. Meine Vorträge mußte ich dem erwähnten Senne halten.

Zu meiner Dienststelle gehörten die Kriminalkommissare  
Krause, Fritz  
Wörle, Vorname unbekannt  
Casper, Fritz  
und ein mir nicht mehr bekannte Kriminalinspektor älteren Jahrgangs.

Zwischenzeitlich ist mir gerade noch eingefallen, daß der Kriminaldirektor Lipik Leiter der Abwehr war.

Als Sachbearbeiter meines Dezernats kann ich folgende Namen nennen:

Freitag (Piontek) (KS)  
Lavonne (KS)  
Kullat (KS)

In meinem Vorzimmer fungierte als sogenannter Spieß der Berliner August Geisler. Seine Dienstbezeichnung war KOS. Außerdem fungierte als Arrestverwalter KOS Arthur Behrend. Geisler soll noch leben und in Berlin<sup>-D</sup> pandau wohnen, und zwar in seiner alten Wohnung. Casper soll verschollen sein und das Schicksal der übrigen ist mir nicht bekannt.

An den Namen Erwin Sartorius habe ich keine Erinnerung. Ich kann mich nicht erinnern, daß ein Mann dieses Namens Kartei-führer meiner Dienststelle war. Ich saß im 1.Stockwerk des Gebäudes Oranienburger-Straße. Meinem Fenster gegenüber befand sich das Haupttelegrafentamt. Meine Sachbearbeiter und überhaupt das Sachgebiet waren ausschließlich in diesem Gebäude untergebracht. Angehörige des Judenreferates waren zu meiner Zeit in diesem Gebäude weder untergebracht, noch irgendwann



mal dort gearbeitet.

Wenn mir gesagt wird, daß Sartorius seine Kartei auf dem Dachboden zu bearbeiten hatte, so ist mir dieses völlig unbekannt. Es dürfte sich hierbei um ein erhebliches Mißverständnis handeln, denn mir ist überhaupt nicht bekannt, daß innerhalb meines Arbeitsgebietes eine besondere Kartei geführt wurde. Soweit ich mich erinnern kann, befand sich die Zentralkartei im Polizeipräsidium Alexanderplatz. Dort verblieb das Original, während der Durchschlag zur Zentralkartei RSHA ging.

Von meiner Dienststelle wurden alle kriminellen Delikte aufgefangen, bei denen Täter ausschliesslich Ausländer waren, gleich welcher Nationalität. Beim Eingang dieser Anzeigen wurden die Vorgänge gesiebt, und zwar in rein kriminelle Delikte und Delikte mit politischem Hintergrund. Die rein kriminellen Delikte wurden von uns an die Kripo-Leitstelle Berlin zur Weiterbearbeitung abgegeben, während die anderen Vorgänge auf meine Sachbearbeiter je nach Sachgebiet verteilt wurden. Meine Kommissariatsleiter hatten nicht bestimmte Sachgebiete, sondern bestimmte Nationalitätsgruppen zu bearbeiten. So war z.B. Krause verantwortlich für die Täter westeuropäischer Länder, Wörle für osteuropäische Länder. Von Casper kann ich nichts sagen, weil er erst neu nach Absolvierung seines KK-Lehrganges zu uns abgeordnet wurde. Auch kann ich nicht mehr sagen, welches Sachgebiet der von mir bereits erwähnte ältere Kriminalinspektor verwaltet hat. Unter diesem gleichen maßgeblichen Faktor wurde auch das Sachgebiet 'Ausländische Arbeitsverweigerer' bearbeitet.

Soweit ich mich heute noch erinnern kann, gab es für eine Einweisung in ein AL keine starr gebundenen Richtlinien. Meine Kompetenz durfte eine Einweisung für die Dauer von 21 Tagen nicht überschreiten. Der Reg. Rat S e n n e konnte eine Einweisung über diese Zeit oder auch eine Einweisung in ein KL vorschlagen. Die Entscheidung lag in jedem Falle beim RSHA.

477  
1304  
83

Soweit ich seinerzeit die Lage der Dinge übersehen konnte, war das RSHA der Stapoleitstelle Berlin gegenüber absolut weisungsberechtigt.

Mir wird eine Lichtbildmappe ehemaliger Angehöriger der Stapoleitstelle Berlin zur Durchsicht vorgelegt.

Ich erkenne folgende abgebildete Personen mit Sicherheit wieder:

Bild - Nr. 20 - Lawonn, Ks, bereits erwähnt;

" " 23 - Möller, KR, bereits erwähnt;

" " 36 - Rethfeld, KK, ist verstorben, verheiratet mit der damaligen Stenotypistin Frl. BLÄSING;

" " 51 - Stock, ich kann nicht mehr sagen, woher ich den Vorgenannten kenne; es kann sein daß ich ihn nach dem Kriege in irgend einem Internierungslager kennengelernt habe.

Meinen ehemaligen Sachbearbeiter F r e i t a g habe ich erst nach Namensnennung wiedererkannt.

Mit mir wurde nochmals der Komplex der Deportierung Berliner Juden durchgesprochen. Ich habe weder von Mißhandlungen noch von anderen Grausamkeiten gegenüber den noch in Berlin verbliebenen Juden gehört.

Mit der Einziehung und Beschlagnahme jüdischer Vermögen <sup>in Berlin</sup> hatte ich nie etwas zu tun gehabt. Ich kann auch nicht sagen welche Abteilung der Stapoleitstelle damit beauftragt worden ist. Der Name Polizeirat P r o k o p sagt mir in diesem Zusammenhang nichts. Ich war immer der Meinung, daß er mit R o t t a u zusammengearbeitet hat.

.....selbstgelesen, genehmigt u. unterschrieben

gez.

.....Walter G ä d e.....

Geschlossen:

gez.

(Thieler), KM



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht Berlin  
- 1 Js 9/65 (Stapoleit. Bln.)

593  
1252  
84  
z.Zt. Braunschweig, den 14.6.1966

Gegenwärtig:

Erster Staatsanwalt Runge  
Kriminalmeister Thieler  
Justizangestellte Fehler  
als Protokollführerin

Vorgeladen erscheint die Hausfrau

Johanna H e y m , geb. Mühle  
geb. am 10. 1. 1914 in Berlin,  
Braunschweig, Malertwete 3 wohnhaft,  
Telefon 43 385

und erklärt:

Mit dem Gegenstand meiner Vernehmung wurde ich vertraut gemacht.  
Ich bin über mein Zeugnisverweigerungsrecht (§ 52 StPO) sowie darüber belehrt worden, daß ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, deren Beantwortung mich oder meine Angehörigen der Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen würde (§ 55 StPO)

Zur Wahrheit ermahnt bin ich bereit auszusagen.

Ich bin seit dem 23. 7. 1938 mit dem Studienrat Alfred Heym verheiratet; der Ehe entstammt ein Mädchen im Alter von 13 Jahren.

Ende Februar oder Anfang März 1943 wurde ich in Berlin dienstverpflichtet und durch das zuständige Arbeitsamt an die Stapoleit Bln. vermittelt. Ich arbeitete dort als Kanzleiangestellte bis Kriegsende.

Bei der Stapoleit.Bln. wurde ich zunächst für etwa 14 Tage in der Kanzlei im Polizeipräsidium Alexanderplatz zwecks Einarbeitung beschäftigt. Anschließend mußte ich mich in einem Gebäude in der Burgstraße bei dem KOS Stark melden. Stark schickte mich in das Judensammellager in der Großen Hamburger Straße, wo ich als Kanzlei<sup>Bis</sup>angestellte eingesetzt werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich noch keine Ahnung, daß sich dort ein Judensammellager befand. Die Vorstellung, ~~e~~ in einem solchen Lager zu arbeiten, bereitete mir Unbehagen und ich weigerte mich deshalb dort anzutreten. Meine Weigerung hatte jedoch keinen Erfolg.

In dem Lager Große Hamburger Straße fungierte der KS Dobberke, Walter als Lagerleiter; bei ihm meldete ich mich zum Dienstantritt. Dobberke war etwa 1,68 m groß, etwas älter als ich und blondhaarig. Später stellte ich fest, daß der KOS Stark eine Art Vorgesetzter von Dobberke war.

Bei meinem Dienstantritt in der Großen Hamburger Straße herrschte großer Betrieb. Juden und Beamte der Stapoleitstelle gingen in dem Dienstzimmer Dobberkes aus und ein. Später erfuhr ich, daß an diesem Tage die Vorbereitungen für den Abtransport einer größeren Anzahl von Juden im Gange war. Diese Vorbereitungen liefen schon seit einigen Tagen. Hierbei handelte es sich um eine der sogenannten Fabrik-Aktionen, d.h. um die Deportation von Juden, die bis dahin in den Berliner Fabrikbetrieben gearbeitet hatten und nun ebenfalls evakuiert wurden. Da ich mit den Dingen noch nicht vertraut war, wurde ich in den ersten Tagen meiner Zugehörigkeit zur Stapoleitstelle Bln. kaum mit Arbeiten beschäftigt. Mir war zwar ein Arbeitsplatz im Dienstzimmer des KS Dobberke zugewiesen worden, jedoch saß ich während der ersten 8 Tage "nur so herum". Später mußte ich etwa 800 bis 1000 liegengebliebene Akten alphabetisch ordnen. Hierbei handelte es sich um Vorgänge, die in erster Linie Anfragen über den Verbleib von Juden enthielten. Sodann diktierte mir Dobberke die Antworten auf die Anfragen. Während meiner Tätigkeit in der Großen Hamburger Straße bestand meine Hauptaufgabe darin, Protokolle über Vernehmungen von Juden zu schreiben. Diese



Vernehmungen führte allein Dobberke durch. Ich habe niemals beobachtet, daß ein anderer Beamter der Stapoleit Bln. Juden in der Großen Hamburger Straße vernahm. Allerdings kam es ab und zu vor, daß Juden zu Vernehmungen in der Burgstraße abgeholt wurden. Ich kann nicht sagen, wer die Vernehmungen in der Burgstraße durchgeführt hat. Die in der Burgstraße vernommenen Juden wurden anschließend wieder zur Großen Hamburger Straße zurücküberstellt, jedenfalls ist mir nicht bekannt geworden, daß Juden nach einer solchen Vernehmung nicht mehr zurückkamen. Mir fällt eben noch ein, daß einige der von Dobberke durchgeführten Vernehmungen dazu dienten, festzustellen, ob es sich um einen sogenannten privilegierten Juden handelte. Darunter verstand man einen Volljuden, der mit einer Arierin verheiratet war, aus deren Ehe mindestens 1 Kind hervorgegangen war, das evangelisch erzogen wurde. Traf das zu, so geschah es, daß der Jude wieder entlassen wurde. Nach und nach stellte ich im übrigen auch noch fest, daß es sich bei den in der Großen Hamburger Straße inhaftierten Juden fast ausnahmslos um solche handelte, die von den bis dahin stattgefundenen Deportationen nicht erfaßt worden waren. Entweder weil sie untergetaucht waren oder weil es sich um privilegierte Juden handelte. In meinem Schreibtisch befand sich unter anderem eine Liste mit Juden, die unter dem persönlichen Schutz Görings standen. Diese Liste enthielt etwa 100 bis 200 Namen -in erster Linie Künstler und Künstlerinnen-; sie mußte vor jeder Deportation bei der Namensüberprüfung der zum Abtransport anstehenden durchgesehen werden.

Außer dem KS Dobberke waren folgende Gestapobeamte in der Großen Hamburger Straße tätig:

Willi R o t h e, ein etwa 30 jähriger Mann, der meist die schwarze SS-Uniform trug. Nach meinem Eindruck war sein dienstlich Einfluß im Lager gering; er könnte KA gewesen sein.

Felix L a c h m u t h , könnte SS-Unterscharführer gewesen sein, trug regelmäßig die Uniform der Waffen-SS. Seine-Dienstbezeichnung war-ebenfalls Mir ist nicht bekannt geworden, daß Lachmuth Beamter war, ich bin fast sicher, daß er nur im Angestelltenverhältnis stand. Laut Mitteilung von Dobberke wurde er nach 6 Monaten Tätigkeit in der Großen Hamburger Straße zur Partisanenbekämpfung nach Griechenland in Marsch gesetzt. Ich habe ihn später nicht wieder angetroffen.

Erwin W e n z e l , war KS und etwa 50 Jahre alt; ich habe ihn nie in Uniform gesehen. Wenzel wohnte damals in Berlin-Glinicke; im September 1945 wurde ich ihm auf einer russischen Kommandatur, die in der Nähe des Prenzlauer Berges lag, gegenübergestellt. Wenzel wurde von den Russen aus der Haft vorgeführt, damit ich ihn identifiziere. Wenn mich nicht alles täuscht, war Wenzel während der ganzen Zeit meiner Tätigkeit in der Großen Hamburger Straße Ernst---S-a-s-s-e dort beschäftigt. Ich kann heute nicht mehr sagen, welche Funktionen Wenzel übertragen worden sind, nachdem ich ihn aus den Augen verloren hatte. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß Wenzel von KS Titze (Herbert) abgelöst wurde.

Herbert T i t z e , KS, war etwa 10 Jahre älter als ich und trug keine Uniform. Es ist möglich, daß Titze noch für eine kurze Zeit in der Großen Hamburger Straße tätig war. Sicher bin ich mir in diesem Punkte aber nicht; es könnte auch sein, daß ich mit ihm lediglich in der Sammelstelle Schulstraße zusammengetroffen bin. Eben fällt mir noch ein, daß ich Titze kurz vor dem Zusammenbruch (März oder April 1945) als Häftling in der Großen Hamburger Straße Ernst---S-a-s-s-e in erster Linie in der zu dieser Zeit/ausländische Arbeitsverweigerer untergebracht waren, wiedersah. Ich hatte an diesem Tage dienstlich dort zu tun. Titze bat mich, für ihn bei Polizeirat Rottau zu intervenieren. Ich habe nicht erfahren können, weshalb Titze inhaftiert worden war; wir konnten auch nur kurze Zeit miteinander sprechen. Im Jahre 1950



597  
1256  
88

- 5 -

Ernst S a s s e , teilte mir mit, daß er kaufmännischer Angestellter sei; trug keine Uniform und war nur kurze Zeit in der Großen Hamburger Straße tätig; genauere Angaben kann ich in diesem Zusammenhang heute nicht mehr machen. Ich weiß nur, daß er mit einem Gemüsehändler befreundet war, der das Lager mit Kartoffeln und Gemüse belieferte. Dieser Gemüsehändler hatte seinen Laden auf der gegenüberliegenden Straßenseite der Großen Hamburger Straße. Mit Bestimmtheit kann ich sagen, daß Sasse im Lager Schulstraße nicht tätig geworden ist. Bis heute habe ich nichts wieder von ihm gehört.

Alfred S c h n e i d e r , trug regelmäßig Uniform, ohne daß ich sagen kann, um was für eine Uniform es sich gehandelt hat. Über sein Beschäftigungsverhältnis kann ich keine Angaben machen. Meines Wissens ist er ebenfalls nur kurzfristig in der Großen Hamburger Straße beschäftigt worden und wurde anschließend zur nach Frankreich versetzt.

Rothe

Die vorgenannten, d.h. Lachmuth, Wenzel, Titze, Sasse/und Schneider unterstanden Dobberke in dessen Eigenschaft als Lagerleiter. Ihre Aufgaben bestanden hauptsächlich darin Juden aus ihren Wohnungen oder-Unterschlupfen abzuholen und dem Sammlager zuzuführen. Ich möchte meine Angaben dahingehend verbessern, daß mir lediglich bekannt geworden ist, daß die vorgenannten im Außendienst tätig waren, d.h. sich selten im Lager aufhielten. Meine Vermutung geht deshalb dahin, daß sie in erster Linie Juden aus ihren Wohnungen abholten. Darüberhinaus vermute ich, daß diese Beamten sich um die bewegliche Habe der zum Lager gebrachten Juden kümmerten. Diese bewegliche Habe (Koffer, Lebensmittel u.ä.) wurde ebenfalls im Lager abgegeben, registriert und zum Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg geschickt oder dem Lazarett in der Schulstraße zugeführt. Mir ist nicht bekannt geworden, daß die vorgenannten Gestapobeamteten untergetauchte Juden festnahmen. War der Unterschlupf eines untergetauchten Juden durch eine

- 6 -

anonyme Anzeige bekannt geworden, so wurde das "jüdische Fahndungskommando", d.h. Juden, die sich zu Spitzeldiensten hergaben und auch "Greifer" genannt wurden von Dobberke eingesetzt. Diese "Greifer" holten den sich verborgen haltenden Juden aus seinem Versteck und lieferten ihn in der Sammelstelle ab. Sie waren mit amtlichen Ausweisen der Stapoleitstelle Bln. ausgestattet. Anschließend vernahm Dobberke die eingelieferten Juden, insbesondere deshalb, um die Anschriften weiterer, sich versteckt haltender Juden herauszubekommen. Die Protokolle über diese Vernehmungen, ich sagte es schon, nahm ich auf. Um die Aussagefreudigkeit zu steigern, versprach Dobberke ihnen, dafür zu sorgen, daß sie nach Theresienstadt kommen, wenn sie weitere brauchbare Angaben über sich versteckt haltende Juden machen würden. Diese zugesagte Vergünstigung führte meist zum Erfolg. Ob Dobberke später auch Wort gehalten hat, kann ich nicht sagen, möchte es aber glauben.

Das Lager Große Hamburger Straße war ursprünglich ein jüdisches Altersheim gewesen. Es wurde bis Februar 1944 als Judensammelstelle benutzt. Anschließend wurden dort ausländische Arbeitsverweigerer inhaftiert.

Es handelte sich um einen langgestreckten zweistöckigen Bau, zu dem ein jüdischer Friedhof gehörte, der jedoch nicht mehr benutzt wurde. Dem Komplex schloß sich eine ehemalige jüdische Mittelschule an. Als jüdischer Lagerleiter fungierte der ehemalige Rektor der Mittelschule Max Reschke, unterstützt von seiner Ehefrau, die die-Bewirtschaftung-des-Lagers-leitete neben der jüdischen Lagerköchin Sperling für die Verpflegung der Häftlinge sorgte. Max Reschke wurde 1955 aus russischer Haft entlassen; das hat er mir selbst mitgeteilt. Im Lager wurden die Juden zu Transporten zusammengestellt, ausgenommen solche Personen, bei denen nicht zweifelsfrei feststand, ob es sich um Juden handelte. Diese sogenannten unklaren Fälle wurden von jeder Deportation zurückgestellt und konnten deshalb überleben. Deportationszielorte waren Auschwitz und Theresienstadt. Über die abgefertigten Transporte mußte jeweilig Bericht an den Leiter der Leitstelle, Bock, erstattet werden. Diese Berichte diktierte mir Dobberke etwa 1x im



599  
1258  
90

- 7 -

Monat. Ich bin heute nicht mehr in der Lage, Angaben über den Umfang dieser Transporte zu machen. Ich weiß nur noch, daß die für Theresienstadt bestimmten Transporte 50 bis 100 Personen umfaßten. Die Listen mit den Namen der zu deportierenden Juden wurden von einer inhaftierten Jüdin mit Namen Käthe Löwenberg (oder Löwenfeld) mit Schreibmaschine geschrieben. Wer im Einzelfall deportiert werden sollte, bestimmte Dobberke. Dieser stellte anhand einer Kartei die Namen der zu deportierenden zusammen. Diese Namenskartei verwaltete eine inhaftierte Jüdin mit Namen Martha Raffael. Über jeden der eingelieferten Juden (Jüdin) wurde eine Karteikarte angelegt, sofern diese noch nicht vorhanden war. Bei dieser Kartei handelte es sich um die sogenannte jüdische Meldestelle, bei der alle in Berlin wohnenden Juden, soweit sie bekannt geworden waren, erfaßt waren. Ich vermag nicht anzugeben, wie groß die Zahl der karteimäßig erfaßten Juden war.

Im Lager Große Hamburger Straße standen den Beamten der Stapoleit<sup>en</sup> nur 3 Räume zur Verfügung: In dem einen Raum saß<sup>en</sup> Dobberke und ich. In einem anderen Raum befand sich die Kartei über bereits deportierte Juden. Diese Kartei verwaltete eine Angestellte der Stapo mit Namen Charlotte Richart, die damals im Bezirk Weißensee (Wisbyerstraße?) wohnte und etwas älter als ich war. Ich habe sie nach dem Zusammenbruch nicht wieder gesprochen. In dem dritten Zimmer saß wie bereits geschildert, die Jüdin Martha Raffael mit der jüdischen Meldestelle. Frau/<sup>lein</sup>Raffael verwaltete die jüdische Meldestelle schon vor meinem Eintritt bei der Stapo und ist dort bis Kriegsende beschäftigt gewesen. Soweit mir bekannt geworden ist, heiratete sie später einen jüdischen Zahnarzt, der seinerzeit ebenfalls Häftling in der Großen Hamburger Straße war.

Während Theresienstadt unter den jüdischen Häftlingen als "gutes Lager" galt, war Auschwitz gefürchtet. Nach den Äußerungen der Jüden

- 8 -

sollte es ein reines Arbeitslager sein, in dem die Häftlinge zu unmenschlichen Arbeiten herangezogen würden. Jeder fürchtete sich davor, nach Auschwitz verschickt zu werden. Daß es sich bei dem Lager Auschwitz um ein Vernichtungslager handelte, war mir bis Kriegsende nicht bekannt geworden. Meines Wissens hatten auch die anderen Angehörigen der Stapoleit Bln., die im Lager Große Hamburger Straße beschäftigt waren (einschließlich Dobberke) keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen in Auschwitz. Ob die inhaftierten Juden wußten, was sie in Auschwitz erwartete, kann ich nicht sagen. Aus Unterhaltungen mit jüdischen Häftlingen entnahm ich, daß auch diese sichere Kenntnis über die Zustände in Auschwitz nicht hatten. Zu diesen gehörte z.B. Kurt Naumann, der Häftling in <sup>der</sup> ~~Lager~~ Große Hamburger Straße und Schulstraße war und für Dobberke und mich Besorgungen erledigte.

In der Großen Hamburger Straße wurden die Juden auf die verschiedenen Zimmer verteilt und schliefen dort auf der blanken Erde sofern sie nicht eigene Decken mitgebracht hatten. Während der sogenannten Fabrik-Aktionen, ~~oder~~ als bei der auch eine Vielzahl privilegierter Juden verhaftet worden waren, waren die einzelnen Zimmer überbelegt. Zur Bewachung des Lagers waren 4 - 5 Beamte der Schutzpolizei dauernd im Lager tätig. Sie hielten sich am Eingang zum Lager in einer Wachstube auf. Außerdem waren mehrere jüdische Ordner mit Aufsichtsaufgaben betraut. Ich kann heute nicht mehr sagen, um wieviel Ordner es sich handelte. Sie waren auf den beiden Etagen verteilt und trugen Armbinden mit <sup>einer entsprechenden</sup> ~~der~~ Aufschrift. Die Fenster im Erdgeschoß waren vergittert. Ob das bei den Fenstern des 1. Stockwerkes der Fall war, kann ich heute nicht mehr sagen.

War ein Judentransport zusammengestellt, so fuhren abends (ab 22 Uhr) Möbelwagen vor, in die die Juden steigen mußten. Ich habe einige Male beobachten können, wie Juden mit diesen Möbelwagen abgeholt wurden. In diesen von mir beobachteten Fällen standen die Juden dichtgedrängt in dem Möbelwagen. Die Benutzung von Möbelwagen geschah aus Tarnungsgründen. Ich kann nicht sagen, wer diese



601  
1260  
92

- 9 -

"Möbeltransporte" begleitete. Mit Hilfe der Möbelwagen wurden die Juden zum Anhalterbahnhof gefahren. Dort warteten standen Züge bereit, die sie aufnahmen. Ging der Eisenbahntransport nach Theresienstadt, so wurden Personenwagen benutzt; bei Transporten nach Auschwitz setzte man Güterwagen ein. Ab und zu überwachte Dobberke die Verladung in die Eisenbahnzüge. Zu diesem Zwecke fuhr er mit einem Krankenwagen des jüdischen Krankenhauses zum Bahnhof. Einmal nahm mich Dobberke mit. Bei dieser Gelegenheit konnte ich beobachten, daß der nach Auschwitz bestimmte Güterzug weit außerhalb des Bahnhofgeländes wartete. Der Güterzug kann aus 5 Wagen bestanden haben. Ich habe die vollständige Beladung des Güterzuges nicht abgewartet, sondern bin nach Eintreffen des ersten Möbelwagens nach zur Dienststelle zurückgefahren. Ich habe deshalb lediglich feststellen können, wie ein Güterwagen mit Juden beladen wurde. Der Güterwagen muß nach meinem Dafürhalten derartig vollgepfropft worden sein, daß die Opfer nur stehen konnten. Nachdem noch ein Kübel mit Kaffee oder Wasser in den Wagen geschoben worden war, wurde die Tür verschlossen und mit einer Eisenstange verriegelt.

Unterbrechung der Vernehmung 16.30 Uhr.

Frau Heym ist damit einverstanden, daß die Vernehmung am Donnerstag, den 16. 6. 1966, 8.30 Uhr bei der Staatsanwaltschaft in Braunschweig fortgesetzt wird.

Die Zeugin verzichtet auf erneute Ladung.

Braunschweig, den 16.6.66

602  
1261  
93

W e i t e r v e r h a n d e l t

- - - - -

Bei allen Judentransporten, die aus den Lagern Große Hamburger Straße und Schulstraße abgingen, führte Dobberke die Aufsicht. Hierbei wurde er von 2 Beamten unterstützt. Ob das Bahngelände, von dem die Transportzüge abgingen, durch Polizeibeamte abgesichert wurde, kann ich nicht sagen. Wie ich schon sagte, habe ich ein einziges Mal die Beladung eines Güterzuges auf dem Anhalterbahnhof - und auch nur <sup>den</sup> zu Beginn der Beladung - beobachtet. Mir ist nicht erinnerlich, hierbei gesehen zu haben, daß das Gelände des Bahnhofes, von dem der nach Auschwitz bestimmte Güterzug abgehen sollte, durch uniformierte Polizeibeamte abgesperrt und gesichert wurde. Ich habe nur Dobberke, 2 mir namentlich nicht bekannte Angehörige der Stapoleit Bln. sowie 4 oder 5 uniformierte Schutzpolizisten wahrgenommen. Diese vorgenannten Beamten organisierten die Beladung des Güterzuges.

Auf Befragen:

Mir fällt eben noch ein, -es mag im Sommer 1943 gewesen sein- daß ich einmal -es mag im Sommer 1943 gewesen sein- den Einsatz einer Vielzahl von Angehöriger der Stapoleit Bln. (mindestens 30 - 40 Beamte) im Zusammenhang mit einer gegen Privilegierte Juden gerichtete Aktion miterlebt habe. Hierbei handelte es sich um jüdische Mischehepartner, deren Privilegierung durch besondere Umstände (Scheidung oder Tod des Arischen Teiles) weggefallen war. Mehr als 100 solcher Juden, die der Privilegierung verlustig gegangen waren, waren von dieser Aktion betroffen worden. Sie wurden von den eingesetzten Stapobeamten aus ihren Wohnungen abgeholt und zur Großen Hamburger Straße gebracht. Zu diesem Zwecke hatten die abholenden Beamten Zettel mit der jeweiligen Wohnanschrift der betroffenen Juden ausge-



603  
1262  
94

- 11 -

händig erhalten. Diese Zettel waren zuvor von der "jüdischen Meldestelle" des Lagers anhand der dort geführten Kartei auf Veranlassung von Dobberke, der die Liste mit den Namen der betroffenen Juden besaß, ausgeschrieben worden. Ich vermag heute nicht mehr zu sagen, wie lange diese Abhol-Aktion dauerte, möchte aber meinen, daß sie nicht länger mehr als 2 Tage umfaßte. War einer der abzuholenden Juden nicht angetroffen worden, so wurde der Zettel mit der Wohnanschrift an Dobberke zurückgegeben, nachdem der Beamte einen entsprechenden Vermerk darauf gesetzt hatte. Ob die Stapobeamten die Wohnungen der abzuholenden Juden allein oder in Begleitung eines weiteren Polizeibeamten aufsuchten, vermag ich heute nicht mehr mit Sicherheit zu sagen, möchte letzteres aber annehmen. Diese "nicht mehr" privilegierten Juden sind nach meiner Erinnerung ohne Ausnahme nach Theresienstadt deportiert worden. Mir ist nicht bekannt geworden, daß sie von dort wieder nach Berlin zurückgekommen wären. Erst nach Kriegsende erfuhr ich - von wem kann ich nicht sagen -, daß ein Teil dieser jüdischen Opfer (es handelte sich in der Mehrzahl der Fälle um ältere Frauen) das Kriegsende überlebten und in die Schweiz emigrierten.

Auf Befragen:

Wer die aus Berlin abgehenden Transportzüge begleitete, kann ich nicht sagen. Mir ist nur erinnerlich, gehört zu haben, daß regelmäßig zwei Polizeibeamte sich bei Dobberke meldeten und angaben, daß sie beauftragt seien, Transportzüge zu begleiten. Wenn mich nicht alles täuscht, handelte es sich hierbei um Stapobeamte in Zivil. Dobberke hat meines Wissens nur ein einziges Mal einen nach Theresienstadt abgehenden Transportzug begleitet. Dobberke erzählte mir nachträglich, daß er das Getto Theresienstadt nicht betreten hat, sondern mit

- 12 -

Im Februar 1944 wurde das Gebäude in der Großen Hamburger Straße nicht mehr als Judensammelstelle benutzt. Von diesem Zeitpunkt an wurde es als Haftlager für sogenannte Arbeitsverweigerer verwendet. Es trug die Bezeichnung "Ausländer-Lager", da vor allem ausländische Arbeitsverweigerer dort festgehalten und vernommen wurden. Meines Wissens hatte die Große Hamburger Straße bis Kriegsende diese Funktion. Ich halte es für möglich, daß das "Ausländer-Lager" weiterhin der Stapoleit Bln. unterstand.

Die Dobberke übertragenen Aufgaben (Führung eines Judensammel-lagers) wurden jetzt -meines Wissens bis Kriegsende- in einem Gebäude in der Schulstraße wahrgenommen. Alle in der Großen Hamburger Straße beschäftigten Beamten, Angestellten und jüdischen Hilfsarbeiter wurden mit zur Schulstraße hinübergewonnen. Als weiterer Angehöriger des Judenreferates stieß der ein gewisser Oswald Greiner hinzu. Es handelte sich um einen großen schlanken, grauhaarigen Mann, der regelmäßig die schwarze SS-Uniform trug. Welchen SS-Rang er bekleidete, kann ich nicht sagen; es kann sich um keinen so hohen Rang gehandelt haben. Wie lange Greiner und mit welchen Funktionen er in der Schulstraße tätig war, kann ich nicht sagen. Mir fällt eben ein, daß Greiner erst nach meinem Weggang von der Schulstraße dort tätig wurde.

Das in der Schulstraße als Sammelager benutzte Gebäude gehörte ursprünglich zum angrenzenden jüdischen Krankenhaus, dessen Leiter ein jüdischer Arzt mit Namen Dr. Lustig war. In der Schulstraße hatte lediglich Dobberke ein eigenes Dienstzimmer, in dem auch ich untergebracht war. In zwei anderen Zimmern war die "jüdische Meldestelle" und die von Frau Richart geführte Kartei untergebracht. Im übrigen spielte sich der Tagesablauf genauso wie in der Großen Hamburger Straße ab.

in der Mehrzahl der Fälle  
Von der Sammelstelle Schulstraße gingen/nur Transporte nach  
Auschwitz ab. Die Sammelstelle Schulstraße bestand aus 2 voneinander



getrennten Gebäuden. Sie waren von einem Torbogen, von dem aus man die Gebäude betreten konnte, getrennt. Rechts lag das kleinere, in dem die Verwaltung untergebracht war. Das linke Gebäude ( vom Eingang aus betrachtet ) enthielt im Erdgeschoß die Wachstube für die Schutzpolizei , das sogenannte "jüdische Büro", in dem Reschke und ein weiterer Jude mit Namen Meyer (?) sowie Frau Käthe Löwenberg (oder Löwenfeld) saßen und die Kleiderkammer. Im 1. Stockwerk befanden sich die Häftlingszellen, Ich kann nicht sagen, wie viele es waren.

Auf Befragen:

Wenn mir gesagt wird, daß in der Schulstraße ein weiterer Stapo-beamter <sup>mit Namen V o l l x</sup> tätig war, so kann ich nur sagen angeben, daß mir dieser Name bekannt vorkommt. Ich habe jedoch keine Erinnerung an die dazugehörige Person und kann deshalb auch nicht sagen, ob es sich um einen Angehörigen der Stapoleit Bln. oder um einen Juden handelte.

Wie in dem Lager Große Hamburger Straße lag auch in der Schulstraße die Bewachung in den Händen von 4 oder 5 uniformierten Schupo-beamten, die im Erdgeschoß des großen Gebäudes untergebracht waren. Außerdem liefen mehrere jüdische Ordner herum. Meines Wissens war die Schulstraße im Gegensatz zur Großen Hamburger Straße wenig belegt; die Häftlinge verblieben relativ lange im Lager, da es eine gewisse Zeit dauerte, bis ein neuer Transport zusammengestellt worden war. Möglicherweise gingen jeden 2. Monat Transporte nach Auschwitz ab; sie umfaßten in der Regel nicht mehr als 50 jüdische Opfer.

Auf Befragen:

Die Namen der zu deportierenden Juden wurden auf sogenannten Transportlisten mit Schreibmaschine aufgeführt. Es handelte sich um überbreite Listen, die nur auf Schreibmaschinen mit entsprechenden breiten Wagen geschrieben werden konnten. Diese sogenannten Transportlisten fertigte die von mir bereits genannte Käthe Löwenberg

(oder Löwenfeld) an; im Lager Schulstraße arbeitete diese in dem Büro, das Max Reschke unterstand. Ich halte es für möglich, daß die Aufstellung der Transportlisten auch im Lager Große Hamburger Straße in Händen der Frau Löwenberg (oder Löwenfeld) lag.

Auf Befragen:

Auf die mir vorgehaltenen Aussagen des Zeugen Hans-Herbert Totenkopf vom 19. Mai 1965 (Bl. 24R im Personalheft Fritz Rahn - PSt R 7- ), die wörtlich wie folgt lautet:

"Am 1.3.45 wurde meine damalige Verlobte und jetzige Ehefrau, Edith T. geb. Sparr, 1.10.20 Demmin/Pom. geb., festgenommen und im Lager Gr.Hamburger Str. inhaftiert. Von diesem Zeitpunkt an wurde ich dann mehrmals vernommen. Ebenso meine spätere Ehefrau, die zu diesem Zweck zur Schulstr. gebracht wurde. Dies geschah in zwei Fällen durch den in der Lichtbildmappe unter lfd. Nr. 33 abgebildeten H'Scharf R a h n . Dieser war auch bei den Vernehmungen zugegen. Ich betone ausdrücklich auf besondere Befragung, daß ein Irrtum in der Person nicht vorliegt. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß meine Vernehmungen stets durch den SS-Stubaf Möller geleitet wurden. Die dabei anwesenden Gestapoleute Dobberke, Rahn und Greiner verhielten sich völlig passiv. Als Schreibkraft fungierte Frau H e i m ."

gebe ich an:

Während meiner Tätigkeit in den Lagern Große Hamburger Straße und Schulstraße ist mir ein Stapobeamter mit Namen Fritz R a h n nicht begegnet, jedenfalls erinnere ich mich nicht daran, diesen Namen während meiner Tätigkeit bei der Stapoleit Bln. gehört zu haben. Wenn der Zeuge Totenkopf angibt, daß seine Verlobte am 1. 3. 1945 festgenommen und in das Lager Große Hamburger Straße verbracht worden sei, so muß er sich irren. Zu diesem Zeitpunkt wurde das Lager Große Hamburger Straße nicht mehr als Judensammelstelle benutzt. Auch kann ich mich nicht erinnern, in Gegenwart des SS-Sturmabführers M ö l l e r ein Protokoll über die Vernehmung eines Juden geführt zu haben. Meine Tätigkeit in der Schulstraße endigte im Juni 1944. Ich halte es deshalb zwar nicht für ausgeschlossen, daß ich noch zu einem späteren Zeitpunkt



607  
1266  
98

- 15 -

aushilfsweise als Schreibkraft zu einer Vernehmung von Juden herangezogen wurde, bin jedoch ganz sicher, daß der SS-Sturmabführer M ö l l e r den Vernehmungen nicht beiwohnte <sup>bezw.</sup> <sup>nicht</sup> oder mir diktierte. Möller war, das ist mir noch rememberlich, zeitweise leitender Beamter bei der Stapoleit Bln., dem auch das Judenreferat unterstand. Möller wurde von uns in der Schulstraße als Vorgesetzter angesehen.

Auf Befragen:

Zu den als "Greifer" bezeichneten jüdischen Spitzeln, die ihre Glaubensgenossen aus ihren Verstecken holten, gehörten:

I s a a k s o h n  
Stella K ü b l e r  
Ne u w e c k  
Eugen K a h n

Juni

Wie schon gesagt, war ich nur bis ~~Jan~~ 1944 in der Sammelstelle Schulstraße tätig. Wegen Judenfreundlichkeit wurde ich strafversetzt und arbeitete in der Folgezeit bis Kriegsende in einem Referat, das Arbeitsverweigerer in die Arbeitserziehungslager Wuhlheide und Groß Beeren einwies. An die Referatsbezeichnung habe ich heute keine Erinnerung mehr. Wenn mir gesagt wird, daß es ein Referat mit der Bezeichnung "Arbeitserziehungslager-Einweisung" (IV C 2 D) gab, so könnte es sich um dasjenige Referat gehandelt haben, in dem ich Dienst tat. Mein Vorgesetzter war der Polizeirat S t r u w e , der seinerseits wieder dem Polizeirat R o t t a u unterstand. Ich habe allerdings nur Vorgänge bearbeitet, die die Entlassung von Häftlingen aus den beiden vorgenannten Lagern zum Gegenstand hatten. Ich sollte zwar zunächst im Vorzimmer des Chefs der Behörde, Standartenführer B o c k arbeiten, konnte das aber mit Erfolg verhindern.

- 16 -

Bock soll bei den Kämpfen um Berlin umgekommen sein.

Schicksal der aus Berlin deportierten Juden.

Während meiner Tätigkeit bei der Stapoleit Bln. habe ich weder anhand von dienstlichen Vorgängen noch auf andere Weise erfahren, daß die aus Berlin deportierten Juden umkamen oder ermordet wurden. Erst nach Kriegsende ist mir insoweit die volle Wahrheit bekannt geworden. Wie bereits angedeutet, hatte ich die Vorstellung, daß Theresienstadt ein leichtes und Auschwitz ein schweres Lager mit unangenehmen Lebensbedingungen sein sollte. Ich habe allerdings bis Kriegsende niemals Kenntnis darüber erlangt, daß deportierte Juden wohlbehalten zurückkehrten. Nur einmal erzählte mir Dobberke, daß aus dem Lager Große Hamburger Straße im Zuge der sogenannten Fabrik-Aktion etwa 10 oder 12 Juden nach Auschwitz deportiert worden waren, ohne daß für diese Deportation die erforderliche Voraussetzung vorlag. Dobberke drückte sich <sup>delinghaus</sup> aus, daß hier ein Versehen passiert sei und daß diese Juden auf Veranlassung höherer Stellen wieder von Auschwitz nach Berlin in Marsch gesetzt worden seien. Sie kamen jedoch nicht wieder in das Lager Große Hamburger Straße, sondern wurden sofort in das Arbeitserziehungslager Wuhlheide eingeliefert. Ich weiß nicht, was später aus ihnen geworden ist. Da nach meinem Dafürhalten diese irrtümlich deportierten Juden sofort hätten freigelassen werden müssen, wunderte ich mich, daß man sie in Wuhlheide unterbrachte. Bei der Unterhaltung mit Dobberke stellten wir deshalb die Vermutung an, daß diese Juden Dinge in Auschwitz gesehen hatten, über die sie unter keinen Umständen mit anderen sprechen sollten. Um was für "Dinge" es sich hierbei handelte, war uns allerdings nicht klar. Wir meinten, daß es sich um für die in Auschwitz festgehaltenen Juden unangenehme Situationen handelte. Keinesfalls hatten wir die Vorstellung, daß die Juden in Auschwitz vergast würden. Hätte man das mir gegenüber behauptet, so hätte ich das nicht geglaubt. Dasselbe gilt von Dobberke



Dieser hat mir gegenüber mit keiner Andeutung zu erkennen gegeben, daß er von dem wahren Schicksal der aus Berlin deportierten Juden Kenntnis hatte. Seine in diesem Zusammenhang gemachten Bemerkungen gipfelten bestenfalls in dem Hinweis: "In Auschwitz muß es nicht schön sein". Auch die in den Lagern untergebrachten Juden hatten keine Vorstellung von dem sie erwartenden Schicksal. Häufig kam es vor, daß Juden von mir wissen wollten, wie es in Auschwitz oder aussähe. Ich habe ihnen keine befriedigende Antwort geben können.

Auf Befragen:

Im Laufe der Zeit bin ich Dobberke auch privat etwas näher gekommen, insbesondere deshalb, weil er nach Ausbombung seiner Wohnung<sup>für</sup> einige Monate in der Wohnung meiner Eltern im Bez. Prenzlauer Berg unterkam. Seine Ehefrau wohnte noch 1950 in seiner früheren, inzwischen wieder ausgebauten Wohnung Berlin-Neu-Tempelhof. Etwa im Mai 1945, d.h. nach dem Zusammenbruch, erfuhr ich durch Zufall, daß Dobberke mit einer jüdischen Krankenschwester, die im jüdischen Krankenhaus Iranische Straße, beschäftigt war, ein Verhältnis gehabt haben soll. Meines Wissens machte mir der frühere Augenarzt im jüdischen Krankenhaus Dr. H i r s c h = f e l d hiervon Mitteilung. Ich kann nicht sagen, wie diese jüdische Krankenschwester hieß.

Nach dem Zusammenbruch wurde Dobberke von einem Juden ("Bully Schott" dem es gelungen war aus Auschwitz zu flüchten, bei den Russen denunziert und anschließend festgenommen. Das erzählte mir Schott gelegentlich eines Besuches beim Magistrat von Berlin, wo ich nach Kriegsende arbeitete. Während meines Aufenthaltes im KL Sachsenhausen, in das ich nach Kriegsende eingeliefert worden war, hörte ich, daß Dobberke in einem KL in Posen verstorben sein soll. Bei dieser Gelegenheit sprach man auch davon, daß sich Dobberke während seiner Tätigkeit als Lagerleiter am jüdischen Vermögen unrechtmäßig bereichert haben sollte. Einzelheiten sind mir allerdings nicht bekannt geworden. Auch kann ich nicht sagen, wer mir über das

spätere Schicksal Dobberkes Mitteilung machte.

Auf Befragen:

Der Lagerleiter Dobberke unterstand dienstlich dem Leiter des Judenreferates, das sich zunächst in der Burgstraße und später in der Oranienburger Straße befand. Dort saßen der von mir bereits genannte KOS Stark, der seinerseits wieder dem KK Stock unterstand. Stock habe ich einige Male im Lager Große Hamburger Straße bei Inspektionen gesehen. Wenn mich nicht alles täuscht, wurde er später nach Ungarn versetzt. Ein Frl. Blaesing arbeitete als Schreibkraft in der Burgstraße und könnte Stocks Sekretärin gewesen sein. Ich kann nicht sagen ob Frl. Blaesing im Vorzimmer des Leiters des Judenreferates saß. Ich habe sie ebenfalls im Lager Gr.Hamburger Straße gesehen, wenn sie KK Stock begleitete. Das kann 2 oder 3mal der Fall gewesen sein. Ich erinnere mich, daß Frl. Blaesing bei dem in der Gr.Hamburger Straße inhaftierten Juden "nicht gut angeschrieben" war, ohne daß ich sagen könnte, worin der Grund dieser Antipathie lag.

Oberster Chef in Judenangelegenheiten war der KR Erich Möller, der die Uniform eines SS-Sturmabführers trug, sicher bin ich mir in diesem Punkte allerdings nicht. Ob Möller Vorgesetzter von Stock war, kann ich nicht sagen. Ich halte es für möglich, daß Möller Stock in dessen Eigenschaft als Leiter des Jugendreferates zu einem Zeitpunkt, den ich heute nicht mehr angeben kann, ablöste. Ich habe Möller mehrmals bei Inspektionen des Lagers in der Schulstraße gesehen; daß er im Lager Gr.Hamburger Straße auftaucht wäre, ist mir nicht erinnerlich. Ich vermute deshalb, daß Stock dem Judenreferat nicht mehr angehörte, als ich in der Schulstraße tätig war. Schließlich erinnere ich mich noch an einen KDir. Baumann, den ich einmal in der Burgstraße oder in der Oranienburger Straße gesehen habe. Ich kann nicht sagen welche Stellung, Aufgaben und Funktionen Baumann hatte. Er ist mir als vornehmer, höflicher Mann in Erinnerung.



In diesem Zusammenhang fallen mir noch die Namen W ö h r n , G r y s c h a c k und G ü n t h e r , die <sup>ein</sup>-möglicherweise im Frühjahr 1944- im Lager Schulstraße auftauchten. Meines Wissens führte Wöhrn eine Inspektion des jüdischen Krankenhauses durch. Er könnte Parteiuniform getragen haben und war unter den inhaftierten Juden gefürchtet, ohne daß ich sagen könnte, warum man vor ihm Furcht hatte. Gesprächsweise wurde mir gesagt, daß Wöhrn in einem Gebäude <sup>als Amtmann</sup> in der Kurfürstenstraße/residiere. Gryschack soll ebenfalls in der Kurfürstenstraße gesessen haben; über Günther sind mir Einzelheiten nicht bekannt geworden. Gryschack besuchte eines Tages Dobberke privat und bat diesen um zur Verfügungsstellung jüdischer Arbeitskräfte, die ihm bei seinem Hausbau unterstützen sollten. Günther, ein großer schlanker Mensch, der SS-Uniform trug, besuchte ebenfalls eines Tages Dobberke in der Schulstraße. Dobberke erzählte mir hinterher, daß Günther ihn vor Starke gewarnt habe, der ~~steh~~ ihn angezeigt habe. Ich habe damals nicht in Erfahrung bringen können, was dieser Anzeige zugrundegelegen haben soll, und weiß es auch heute noch nicht.

Auf Befragen:

Meiner Vorstellung nach gehörten W ö h r n , G r y s c h a c k und G ü n t h e r der Stapoleit Bln. an. Daß es in Berlin <sup>ein</sup> RSHA gab, habe ich erst im Jahre 1945 erfahren. Für mich war alles Stapoleit Bln..

Aus meiner Tätigkeit als Sekretärin von Dobberke ist mir noch ~~er-~~innerlich, daß dieser Vorgänge, die sogenannte kriminelle Handlungen von Juden (Rassenschande, Schwarzhandel u.a.) zum Gegenstand hatten, an das Judenreferat in der Burgstraße abgegeben werden mußten. Dobberke führte in diesen Fällen auch keine Vernehmungen durch. Später weigerte er sich, solche Vorgänge abzugeben mit der Begründung, er wolle endlich einmal als ordentlicher Kriminalist tätig werden.

612  
1271  
103

### Mi~~sh~~andlung von Juden:

Mir ist bekannt, daß die in den Lagern Gr. Hamburger und Schulstraße inhaftierten Juden gelegentlich geschlagen wurden. Ich war Augenzeuge (1 mal), als Dobberke im Lager Schulstraße einer Jüdin mit der Hand ins Gesicht schlug. Die Jüdin, -ich glaube es handelte sich um eine Halbjüdin- (ein noch junges Mädchen) hatte ihn beleidigt oder herausgefordert. Es könnte sein, daß sie "SS-Schwein" zu ihm sagte. Die Geschlagene kam später in das KL Ravensbrück, ob das auf Veranlassung von Dobberke geschehen ist, kann ich nicht sagen, möchte es bezweifeln. Dobberke nahm den Vorfall nicht besonders ernst. Er schimpfte und tobte zwar, ließ es aber dabei bewenden. Außerdem wurde mir noch von einem Fall berichtet, wonach Dobberke einen Juden mit Namen Zajdmann geschlagen haben soll. Es könnte sein, daß mir der Betroffene den Vorfall erzählt hat. Anlaß der Mi~~sh~~andlung war, wie erzählt wurde, eine Schieber-affäre, in der Zajdmann eine große Rolle spielte. Einzelheiten sind mir nicht bekannt geworden.

Als Schläger besonders in Erinnerung ist mir der Stapobeamte S c h w ö b e l . Er könnte mit Vornamen Georg heißen haben. Schwöbel war Angehöriger des Judenreferates, er saß in der Burgstraße und erschien ab und zu im Lager Gr. Hamburger Straße, ohne daß ich sagen kann, aus welchem dienstlichen Anlaß er dort auftrat. Möglicherweise führte er Vernehmungen durch. Schwöbel, ein noch junger gutaussehender Mann <sup>mi~~sh~~handelte</sup> schlug vor allem Jüdinnen. Das war Gespräch unter den jüdischen Häftlingen. Von Schwöbel hieß es "er schlägt". Besonders erinnere ich mich an die Mutter einer inhaftierten Jüdin, die eines Tages bei mir erschien und sich heftig darüber beschwerte, daß ihre Tochter von Schwöbel geschlagen worden sei. Ich kann nicht sagen, welche Körperschäden die Geschlagenen Opfer erlitten. Wenn Anzeichen dafür vorhanden waren, daß bei einer Vernehmung der Jude oder die Jüdin geschlagen werden sollte, habe ich regelmäßig das Zimmer verlassen.



Auf Befragen:

Dobberke verwahrte in seinem Dienstzimmer auf einem Schrank eine Hundepeltsche. Ich habe niemals beobachtet, daß er damit Juden geschlagen hat. Daß die Juden beschimpft wurden ("Judensau" u.ä.) war Gang und Gebe. Ich kann jedoch nicht sagen, daß die Mißhandlung der Häftlinge zur Tagesordnung gehörte. Allerdings bestanden strenge Vorschriften hinsichtlich des Umganges mit Juden. So durften wir z.B. Juden nicht mit "Herr" anreden.

Führte Schwöbel im Lager Vernehmungen durch, so schrieb er die Protokolle selbst. Ich habe jedenfalls für ihn nicht geschrieben. Wenn mir in diesem Zusammenhang der Name W ü s t e n b e r g genannt wird, so glaube ich mich zu erinnern, daß eine Frau dieses Namens für den KOS Stark schrieb.

Auf Befragen:

Nach meinem Weggang von der Sammelstelle in der Schulstraße nahm ein Frä. K l u d a s meine Stelle ein. Meines Wissens handelte es sich um ein junges Mädchen, das damals nicht älter als 17 Jahre war.

Unterbrechung der Vernehmung am 16.6.1966, 13.00 Uhr.

Fortsetzung am 21. oder 23. 6. 1966 , 9 Uhr.

## W e i t e r v e r h a n d e l t

-----

## Auf Befragen:

Mit Schutzhaft-Sachen hatte ich nichts zu tun. Was unter "Schutzhaft" zu verstehen ist, wußte ich. Während meiner Tätigkeit im Referat "Arbeitserziehungslager - Einweisung", das nach meiner Erinnerung die Bezeichnung IV 6b 2 trug, als ich dort hinkam (Juni 1944), habe ich Vorgänge, die "Sonderbehandlung" zum Gegenstand hatten, nicht bearbeitet. Meine Kenntnis von der Bedeutung einer "Sonderbehandlung" stammt geht-auf-ein-Ermittlungsverfahren- gewann ich noch während meiner Tätigkeit in der Großen Hamburger Straße. Ohne mich an den genauen Zeitpunkt erinnern zu können klärte mich Dobberke eines Tages über die Bedeutung auf. Ich halte es für möglich, daß ich damals zufällig einen roten DINA 4 Bogen zu Gesicht bekam, in dem die "Sonderbehandlung" einer Person angeordnet war. An den Namen der betroffenen Person habe ich keine Erinnerung mehr. Es könnte sein, daß es sich um einen Juden gehandelt hat. Angesichts dieses roten Schriftstückes habe ich mich mit Dobberke über die "erfreuliche" Tatsache, daß jemand Vergünstigungen erhalten sollte, unterhalten. Jedenfalls konnte ich mir unter "Sonderbehandlung" nur eine begünstigende Behandlung vorstellen. Wenn mich nicht alles täuscht, sagte ich damals zu Dobberke: "Das ist aber nett, daß man Juden, wenn sie krank sind, irgendwie besser behandelt". Daraufhin lachte mich Dobberke aus und bedeutete mir, daß es sich bei der Anordnung einer "Sonderbehandlung" in Wirklichkeit um ein Todesurteil handeln würde. In diesem Zusammenhang fällt mir noch ein Ereignis ein, in dem der Volljude Dr. K a u f m a n n eine Rolle spielte. Dieser Dr. Kaufmann, der in privilegierter Ehe mit einer Arierin lebte, wurde eines Tages in das Lager Gr. Hamburger Straße eingeliefert, da man ihm vorwarf, daß er an illegal lebende Juden falsche Ausweise und Lebensmittelkarten verkauft zu haben.



Seine Vernehmungen leitete Dobberke; praktisch diktierte Dr. Kaufmann seine Aussage selbst. Er gestand, in großem Umfange Handel mit Personalausweisen und Lebensmittelkarten betrieben zu haben. Sein Zulieferer der Lebensmittelkarten war ein bestechlicher Leiter einer Kartenstelle. Dr. Kaufmann blieb etwa 3 - 4 Monate im Lager Gr. Hamburger Straße und wurde anschließend in das KL Sachsenhausen verbracht. Später teilte mir Dobberke mit, daß Dr. Kaufmann dort "sonderbehandelt" worden sei. Da ich jetzt wußte, was "Sonderbehandlung" bedeutete, war mir klar, daß Dr. Kaufmann in Sachsenhausen hingerichtet worden war.

Mir sind eine Reihe von Namen ehemaliger Angehöriger des Judenreferates der Stapoleit Bln. vorgelesen worden. Von den folgenden möchte ich behaupten, daß sie an-~~den~~-~~gegen~~-~~die~~-~~Berliner~~-~~Juden~~-~~ge~~-~~richteten~~-~~Maßnahmen~~-~~beteiligt~~-~~waren~~ in der Burg- oder Oranienburger Straße gearbeitet haben, ohne daß ich sagen kann, daß sie dem Judenreferat angehörten:

E x n e r

G o g o l l (machte lx in dem Lager Schulstraße in Abwesenheit von Dobberke Nachtwache)

K l e i n e r

Mir wird jetzt eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stapoleit Bln. vorgelegt. Ich habe sie durchgesehen. Folgende abgebildete Personen kommen mir bekannt vor:

Nr. 10: Dobberke

Nr. 12: Exner

Nr. 18: Lachmuth

Nr. 23: Möller

Nr. 46: Stark

Nr. 51: Stock (besuchte ab und zu Dobberke in der Gr. Hamburger Str.)

646  
1275  
107

Nr. 68: Schwöbel

Nr. 77: Sasse

Nr. 80: Hothe

Auf Befragen:

Wenn ich gefragt werde, wer Leiter der Stapoleit Bln. war, so erinnere ich mich nur an den von mir bereits genannten B o c k . Der/<sup>Name</sup> B o v e n s i e b e n sagt mir nichts. Wer als Stellvertreter Bocks fungierte, kann ich nicht sagen. Mir fällt eben noch ein, daß in der Burgstraße ein höherer Beamter als Vorgesetzter von Stock gesessen haben muß, an dessen Namen ich jedoch keine Erinnerung mehr habe. In seinem Vorzimmer arbeitete eine jüngere Dame, von der mir nur noch der Vornahme V i l m a <sup>erinnerlich</sup> ist. Wenn mir gesagt wird, daß es sich bei dem höheren Beamten um den Regierungsrat Dr. S c h l e g e l gehandelt haben kann, so weckt dieser Name zwar eine vage Erinnerung bei mir,<sup>ich</sup> kann ~~ich~~ jedoch trotz intensivem Nachdenkens nicht bestätigen, daß dieser höhere Beamte diesen Namen trug.

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

gez. Johanna Heym geb. Mühle . . . . .

gez. Runge

gez. Thieler

gez. Fehler



1 - A - KI 3

550/66

562

108

XXXX 8.20. Kassel

25.8.

66

auf Vorladung

ist

Kassel, Menzelstr.

32

K o r n e r

~~Hilmar~~ Hans-Günther, Kerner

23.6.03

Bronberg

Bronberg

Wien

Folen

Ingenieur und Amtmann

Kriminalkommissar

Sachbearbeiter

nicht bekannt

Eeregolt



verheiratet

109

Lrika geb. Loede

nie unseitig

Hausfrau

3 Kinder

28, 25, 23 Jahre

Carl Werner  
Oberfeuerwerker a.D.

verst. 19 5

Hedwig geb. Herzberg  
Hausfrau

Blü.-Lichtenrade, Augsburg Str.  
8

Deutschland

keine

Ausw. d. BRD Nr. B 7 131 550

v. 12.7.62 Pol.-Verw. Kassel

Führersch. Kl. 3 v. 3.1.51

Liternr. 2/51 Pol.-Sch. Fulda

keine



I. Belehrung

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen.

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir freisteht, mich zu der Beschuldigung mündlich oder schriftlich zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.  
(§§ 163 a, 136 StPO)

Ich bin bereit Aussagen zu machen.

II. Noch zur Person

In dem mich betreffenden Vorgang (Pers.-Heft PSt w 10) befindet sich auf Bl. 8 ein handgeschriebener Lebenslauf, der mit mir durchgesprochen wurde und in allen Punkten zutreffend ist. Jedoch möchte ich, um Mißverständnisse auszuschalten, bemerken, daß ich erst nach der Machtübernahme unfreiwillig von der damaligen politischen Abteilung I A als Krim.-Ang. zur Stapostelle Berlin, Sitz nicht mehr bekannt, versetzt worden bin.

Im übrigen beziehe ich mich auf meinen Lebenslauf, den ich bereits in meinem Protokoll vom 4.3.1965 angegeben habe. Ich wurde an diesem Tage durch Herrn Gerichtsass. F r e i s e und KM G i e r a h n zum Az.: OstA Kiel - 2 Js 355/64 in Sachen Stapostelle Frankfurt/Oder als Zeuge gehört. Beschuldigt wird in diesem Verfahren der ehem. Reg.-Rat Heinz R i c h t e r wegen NSG-Verbrechen.

Ich bitte doch darum, aus Zeitersparnisse dieses Protokoll von der OstA Kiel anzufordern und meiner Akte beizufügen.

Ich möchte jedoch nochmals ergänzend zufügen, daß ich lediglich den Angleichungsdienstgrad eines SS-H'Stuf, wie Bl. 5 meines Pers.-Heftes mit Datum v. 30.1.42 ausweist, ohne mein Zutun erhalten habe. Mir war auch niemals bekannt, daß ich Mitglied der Partei gewesen bin, obwohl Bl. 4 d. Akte lediglich eine Aufnahme am 10.2.1942 beantragt worden ist.

Die Aufnahme in die NSDAP dürfte seinerzeit von den Pers.-Chef der Stapoleit. Bln., PR J u n g, in die Wege geleitet worden sein, denn er ließ mich eines Tages zu sich kommen und machte mir Vorhaltungen, weil ich im Jahre 1942 noch nicht Parteimitglied war.



Ich habe Berlin im Jan. 1943 verlassen und von einer Parteimitgliedschaft nie wieder etwas gehört.

Wenn Bl. 6 meiner Pers.-Akte ausweist, daß ich im Jahre 1942 das KvK II.Kl. m. Schw. verliehen bekommen habe, so vermag ich über den Grund der Verleihung keine Angaben zu machen. Mir wurde die auszugsweise Abschrift aus dem Befehlsbl. des Chefs der Sipo und des SD, Nr. 50 v. 20.12. 1941, 2. Jahrgang über die Richtlinien für die Verleihung der Kriegsverdienstkreuze vorgelesen, insbes. die Richtlinien für die Verleihung des KvK II. Kl. m. Schw.

Es kann sein, daß ich das KvK für die Bekämpfung ausländischer Nationalsozialistisch gesinnter Splittergruppen, wie etwa die Gruppe Bandera, verliehen bekommen habe.

Ich möchte noch erklären, daß ich in den Jahren 1939 bis 1945 niemals an einem Einsatz außerhalb des Reiches teilgenommen habe.

Etwa 1945 oder 1946 wurde in Fulda, Az. nicht mehr bekannt, ein Spruchkammerverfahren gegen mich durchgeführt. Ich wurde in die Stufe V - nicht betroffen - eingestuft.

Ich stehe heute als Antmann im Beamtverhältnis beim Gewerbeaufsichtsamt in Kassel. Ich bin nicht wieder-eingestellter Beamter, sondern habe als kleiner Angestellter bei der Behörde angefangen, ohne daß mir meine vorherige Dienstzeit angerechnet worden ist.

### III. Zur Sache

Die Zeit meines Eintritts (ungewollte Übernahme) in die Geheime Staatspolizei, ist mir so vage in Erinnerung, daß ich mich zeitlich nicht mehr konkret festlegen kann. Es kann zutreffen, daß ich im Jahre 1933 bereits als KK zur Stapoleit. Bln. versetzt worden bin. Ich stand bis etwa 1940 dem Sachgebiet "Homosexualität" vor. Die Dienststelle befand sich im PP Berlin Alexanderplatz. Ich kann mich heute an <sup>die</sup> Dienststellenbezeichnung nicht mehr erinnern. Mein Vorgesetzter u. Abt.-Leiter war ein Reg.-Rat M ü l l e r, dessen Vornamen ich heute nicht mehr weiß. Zu diesem Zeitpunkt war ein Dr. B l u - m e Leiter der Stapoleit. Bln. Sein Nachfolger, ab wann weiß ich nicht mehr, war der SS-Stubaf (Reg.-Rat oder Ober-Reg.-Rat?) B o v e n s i o p o n.



Sein Vertreter war ein SS-Stubaf L a n g e ( Dr. ? ), der jedoch etwa 1941 oder Mitte 1942 zum Osteinsatz kam.

B o v e n s i o p e n wurde etwa Ende 1942 nach Dänemark oder Holland versetzt. Ich habe noch dunkel in Erinnerung, daß sein Nachfolger ein gewisser B o c k war. Ich habe ihn nur ganz kurz kennengelernt, als er sich bei Übernahme der Dienststelle vorgestellt hat. Ich glaube mich noch erinnern zu können, daß zwischen B o v e n s i o p e n und B o c k ein SS-Stubaf namens F i s c h e r die kommissarische Leitung der Stapoleit. Bln. übernommen hat. Über seine Herkunft und über sein weiteres Schicksal ist mir nie etwas bekannt geworden.

Auf Befragen:

Etwa Ende 1940 habe ich das Kommissariat mit dem Sachgebiet "Überwachung der ausländischen nationalsozialistischen Splittergruppen" übernommen. ( Bandera, Pfeilkreuzler, Eiserner Garde ) Das Dienstgebäude befand sich in der Burgstr.; in 1. Stock war mein Dienstzimmer.

Frage:

Herr W e r n e r, gehörten zu Ihrem Arbeitsbereich auch die Sachgebiete "Ausländische Arbeitsverweigerer" und "Emigranten" bzw. "Aberkennung der Staatsangehörigkeit".

Antwort: (selbst diktiert)

Mit Emigranten und Aberkennung der Deutschen Staatsangehörigkeit hatte ich arbeitsmäßig nichts zu tun. Wenn mir eine Kopie über die Aberkennung der Deutschen Staatsangehörigkeit mit meiner Unterschrift vorgelegt wird (Bl. 12 meiner Pers.-Akte, betr. die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit für Helene A p p e l b a u m, weil sie Mischling I. Grades war), so kann ich es mir nur so erklären, daß der eigentliche Sachbearbeiter, dessen Name mir heute nicht mehr geläufig ist, abwesend war und ich deshalb mit i. V. unterzeichnet habe. Das Sachgebiet Arbeitsverweigerer wurde damals von einem KOS B e h r e n d t geführt. B. bekam seine Anweisungen über die Behandlung der aufgegriffenen ausl. Arbeitnehmer von dem Gestapo. Die Ausländer wurden vernommen und entweder zurückgeführt zum Arbeitgeber oder mit "Familienmitgliedern zusammengebracht oder in ein AEL gebracht.



Noch Antwort: (selbst diktiert)

Wenn eine Einweisung eines ausl. Arbeiters nach gewissen Richtlinien erforderlich geworden ist, so mußte der zuständige Sachbearbeiter erst nach Rücksprache mit KGS B e h r e n d t oder KK G u b a l k e, der kurze Zeit (paar Monate) Vorgesetzter von B e h r e n d t war, einen bestimmten Ent-wurf anfertigen ~~mußte~~ und einer zuständigen Stelle des RSHA zuleiten. ~~mußte~~ Dort wurde erst über eine Einweisung entschieden.

Mir war als KK zwar die Verfahrensweise bekannt, jedoch habe ich nie etwas damit zu tun gehabt. Da ich, wie bereits erwähnt, mit der Überwachung bestimmter ausl. Gruppen zu tun hatte, hatte ich natür<sup>lich</sup> zu dem Sachgebiet "Arbeitsverweigerer" einen gewissen Kontakt, weil ich ja zur Erfüllung meiner Aufgaben einen großen Kreis V-Leute benötigte.

Auf Befragen:

Ich vermag heute nicht mehr anzugeben, welche Bezeichnung meine U-Abteilung bzw. die Abteilung führte. An die Bezeichnung IV D vermag ich nicht wirklich nicht mehr zu erinnern. Als ich etwa 1940 oder 1941 zur Burgstr. kam, war etwa bis Herbst 1941 Dr. F r e i s e Leiter der Abteilung. Dieser Abt. unterstanden mein Sachgebiet, die bereits erwähnten Sachgebiete und das Judenref. sowie die Bekämpfung des "Kommunismus-Markismus". Ich kann mich noch erinnern, daß Dr. F r e i s e nach Beginn des Rußlandfeldzuges die Durchsuchung der russ. Handelsmission und des Konsulates verantwortl<sup>ich</sup> leitete. Der Nachfolger von Dr. F r e i s e war der KK G a n s, der früher sich speziell mit der Bekämpfung des "Kommunismus-Markismus" zu befassen hatte. G a n s blieb nur ein paar Monate, bis etwa Anfang 1942, Leiter dieser Abt. und wurde dann zum Amt VI zum RSHA versetzt. Als Nachfolger, ebenfalls nur für ein paar Monate, fungierte ein gewisser S c h i f f e r als Abt.-Leiter, der dann Knoll u. Fall aus mir unbekannten Gründen weg-kam und ein Dr. K u n z als neuer Abt.-Leiter eingesetzt wurde. Dr. K u n z war mein letzter Abt.-Leiter während meiner Tätigkeit bei der Stapoleit. Bln. Als ich aus Berlin weg-ging, stellte sich mir ein SS-Stubaf H ö l l e r vor, der mir eröffnete, nunmehr mein Sachgebiet mit zu übernehmen.



474  
567  
114

Auf Befragen:

Es war mir natürlich bekannt, daß sich in der Burgstr. , ich glaube im 3. Stock, das sog. Judenref. befunden hat. Zu meiner Zeit, als ich zur Burgstr. kam, bis zu seinem Tode war KK S t ü b s Leiter dieses Referats. Als Angehörige des Judenref. sind mir noch folgende Namen erinnerlich:

P r ü f e r, KOS, er war die rechte Hand von S t ü b s, so, wie ich es damals gesehen habe.

H a n s e n, KA oder KOA, er war noch ein relativ junger Beamter.

Vom Hörensagen habe ich erfahren, daß der KK S t ü b s wegen angebl. Unterschlagung jüdischen Eigentums eines Tages zu einer Vernehmung mit einem Pkw abgeholt worden sein soll. Während dieser Fahrt mit dem Pkw, so habe ich es gesprächsweise mitbekommen, soll er eine Liliput-Pistole aus dem Hosenumschlag genommen und sich damit erschossen haben. Der Abt.-Leiter war zu diesem Zeitpunkt Dr. K u n z und B o v e n s i e p e r Leiter der Stapoleit. Bln. Dieser Vorfall muß sich meiner heutigen Erinnerung nach Frühherbst 1942 abgespielt haben. Einige weitere Angehörige darunter P r ü f e r, Hansen und der PR L e s s m a n n sowie der POI S c h u l z, dessen Vorname mir heute nicht mehr geläufig ist, hingen mit unter diesem Verdacht. Festgenommen wurden P r ü f e r, H a n s e n, Dr. K u n z ( ich möchte mich hier nicht festlegen ) und der PR L e s s m a n n, dem die Verwaltung ~~unterstand~~ unterstand. Der POI S c h u l z, dessen Vorgesetzter L e s s m a n n war, erzählte mir in Schwetig, daß sich L. vor seiner Festnahme versucht habe sich das Leben zu nehmen. L. soll jedoch die Pistole falsch an den Kopf und <sup>sich</sup> nur verletzt haben.

Vorhalt:

Herr W e r n e r, Ihnen soll zeitweise stellvertretend auch das Judenref. IV D 1 unterstanden haben, und zwar immer dann, wenn der ordentliche Vorgesetzte krank oder in Urlaub war.

Der Zeuge will sie auf einem Lichtbild einwandfrei wiedererkennen haben.

Antwort: (selbst diktiert)

Den Vor erwähnten Vorhalt muß ich ganz entschieden ablehnen,



da ich offiziell me. W. Vertretungen für das Judendenz. nicht übernommen habe. Ich habe während meiner damaligen Tätigkeit nie erfahren, welche Bestimmungen für den Leiter des Judendenz. etwa bestanden. Ich weiß deshalb auch nicht, nach welchen Grundsätzen etwa Fragen der Evakuierung jüd. Bevölkerungskreise aufgestellt worden sind oder was sonst für Anweisungen dem Abt.-Leiter oder Sachgebietsleiter zugegangen sind. Wenn ein Zeuge, der mich angebl. auf einem Bild wiedererkannt haben will behauptet, daß ich in Krankheitsfällen oder im Urlaub den KK S t ü b s vertreten habe, so muß er sich irren. Bei meiner ganzen Einstellung zum NS-Staat und damit auch zur Judenfrage, <sup>hätte</sup> ich auch innerlich Dinge abgelehnt, die mit meinem Gefühl für Menschlichkeit Anstand, nicht im Einklang zu bringen war. Ich war innerhin seit 1930 Mitglied der SPD. Wenn der Zeuge seine Behauptung aufrecht erhalten sollte, müßte er sie auch begründen können. Ich kannte den KK S t ü b s vom gemeinsamen Weg zur Kantine beim Mittagessen. Wir sind auch manchmal zur Dienstbesprechung zum Amtsleiter B o v e n s i e p e n gegangen.

Auf Befragen: (selbst diktiert)

Es ist auch vorgekommen, daß ich mich auf dem Wege über allgemeine politische Dinge aber nicht über die eigentlichen dienstlichen Belange mit S t ü b s unterhalten habe.

Auf Verhören:

Noch Antwort: (selbst diktiert)

Darüber, daß <sup>sich</sup> ich über meine vorstehenden Angaben die Wahrheit gesagt habe, soweit sie die ständige Vertretung des Sachbearbeiters betr. der Judenangelegenheit, bitte ich, zu meiner Entlastung ehemalige Beamte meines Sachgebietes zu hören. Mir sind noch Namen, wie KOS P i n g e l (Vorzimmer), KOS R o t z e l l, KS K r o h n u. mein ehemaliger Abt.-Leiter Dr. F r e i s e bekannt.

Nach dem Tode des KK S t ü b s hat das Sachgebiet "Juden" ein KK W ö r n o r, Vorname unbekannt, übernommen, den ich dadurch kennengelernt habe, weil er sich bei mir im Amtszimmer bei seinem Dienstantritt als neuer Leiter des Judenref. vorgestellt hat.



Er war etwa Ende 20 oder Anfang 30 Jahre alt, ca. 178 cm groß, dunkelhaarig und schlank. Woher er kam, weiß ich heute nicht mehr. Ich habe keinen anderen Leiter des Judenref. danach mehr kennengelernt.

Ich möchte die Möglichkeit nicht ausschließen, daß ich evtl. Vertretungsweise im Einzelfall irgendwelche Schriftstücke mit meinem Namen abgezeichnet habe, die aber wichtige Entscheidungen auf alle Fälle ausschlossen; schon deshalb, weil ich mit der Materie und auch mit den Richtlinien gar nicht vertraut war.

Ich erkläre, wahrheitsgemäß, daß ich die Diensträume einschließlich des Büroraumes von KK S t ü b s niemals betreten habe.

Auf Befragen: (selbst diktiert)

Ich erkläre weiterhin, daß, falls ich tatsächlich im Einzelfalle in Vertretung des Sachgebiets des KK S t ü b s eine Unterschrift geleistet haben sollte (nicht im Urlaub oder Krankheitsvertretung) sich diese Unterschrift nir bezogen haben kann, etwa auf den Entzug der pers. Freiheit oder auf Eingriffe in Bezug auf den Aufenthalt oder die Wohnung oder sonstige Maßnahmen, weil ich dazu einmal nicht befugt war und zweitens auch deshalb nicht tätig werden konnte, weil mir die dazu notwendigen Bestimmungen unbekannt waren.

Frage:

Haben Sie zeitweilig den Abt.-Leiter vertreten?

Antwort: (selbst diktiert)

Diese Frage kann ich mit ruhigen Gewissen mit nein beantworten, weil die Vertretung des Abt.-Leiters nie von einem KK, sondern immer entweder von einem anderen Abt.-Leiter oder vom Leiter der Stapoleit. oder von dessen Vertreter vorgenommen wurde.

Ich vermag jedoch nicht ein praktisches Beispiel anzugeben, da die Zeit schon zu lange zurückliegt.

Auf Vorhalt: (selbst diktiert)

Es trifft zu, daß man mir ~~im~~ Anfang Jan. 1943 vor-



Noch auf Vorhalt:

geworfe-n hat, mich unrechtmäßig in den Besitz jüd. Eigentums gesetzt zu haben und diese Affäre meine Strafversetzung nach dem AEL Schwetig, Nebenstelle der Stapo Frankfurt/Oder, bewirkt hat. Von Jan. 1943 bis <sup>etwa</sup> März 1943 war ich vom Dienst suspendiert und verbrachte die Zeit zu Hause.

Als ich nach Schwetig kam, befanden sich schon die Beamten K i e n e r t und H e i l a n d im Lager, und zwar als Vernehmungsbeamte. Beide sind aus mir unbekannten Gründen ebenfalls dorthin strafversetzt worden. Bei dem POI S c h u l z lag die Vermutung nahe, daß <sup>er</sup> in der Angelegenheit L e s s - m a n n mit verwickelt war.

Der Grund meiner Strafversetzung war folgender:

Anlässlich eines Mittagessens mit KK S t ü b s erzählte ich ihm, daß ich mir bei einem Gebrauchtwarenhändler ein Wandbild gekauft habe und ich mich nunmehr mit dem Gedanken trage, gebrauchte Möbelstücke und auch einen <sup>P</sup> Teppich dort zu kaufen. Selbst weiterdiktiet)

Dabei deutete KK S t ü b s an, daß seines Wissens auch ab und an Einrichtungsgegenstände aus Wohnungen oder Lagern verkauft werden, die aus jüd. Besitz herrührten. Diese Gegenstände würden, wenn sie verkauft werden dürften, zunächst von bestimmten Herrn der Jüd. Gemeinde in B e r l i n taxiert, dann zum Verkauf freigegeben. Der Erlös würde der Jüd. Gemeinde zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder wieder zufließen. Von dieser Kaufmöglichkeit hätten schon einige höhere Beamte Gebrauch gemacht. Der Amtsleiter wüßte von diesen Dingen ( B o v e n - s i e p e n ). KK S t ü b s sagte mir, wenn er ~~nur~~ mal wieder von so einer Gelegenheit Kenntnis erhielte, würde er mich benachrichtigen.

Ich kaufte einen Teppich, ein Glasschränken und drei kleine Blumentische. Den Kaufpreis, etwa ein paar hundert Mark, übergab ich H a n s e n, der mir dafür eine Quittung übergab, die den Stempel der Jüd. Gemeinde und eine unleserliche Unterschrift trug.

Auf Befragen: (selbst diktiert)

Als ich KK S t ü b s fragte, woher diese Gegenstände wohl stammen mögen, weil es mich immerhin interessierte aus welcher



Quelle sie herrührten, erklärte mir Herr S t ü b s, daß die ehem. jüd. Eigentümer durch Selbstmord aus dem Leben geschieden sind.

Frage:

Haben Sie Herrn S t ü b s gefragt, warum diese Juden Selbstmord begangen haben?

Antwort:

Es wären ältere Leute gewesen, die sich aus Lebensüberdruß mit Gas vergiftet hätten.

Auf Befragen: (selbst diktiert)

Als politisch Andersdenkender habe ich mich gehütet Herrn S t ü b s bei unseren wenigen Zusammenkünften darüber zu befragen, welche weiteren Maßnahmen etwa gegen die jüd. Bevölkerung bzw. welches Schicksal die Juden zu erwarten hatten. S t ü b s war wie Moltke ein großer Schweiger.

Frage:

Ist Ihnen in Erinnerung, daß sich anlässlich der Dienststellenleiterbesprechung der Amtsleiter, ein Abt.-Leiter, KK S t ü b s oder ein anderer leitender Beamter abfällig verletzend, beleidigend, zynisch usw. über Juden im Einzelfall oder über die Juden schlechthin, besonders über das zu erwartende Schicksal geäußert hat?

Antwort:

Die Besprechung beim Amtsleiter fand in unregelmäßigen Abständen statt. Spezielle Fachfragen wurden nicht behandelt. Diese wurden nur in Verbindung mit dem Abt.-Leiter direkt mit B o v e n s i o p e n besprochen. Die Judenangelegenheit war "Geheime Reichssache" und kann deshalb nur entweder an den zuständigen Abt.-Leiter oder an den KK S t ü b s direkt ergangen sein. Ich kann ~~nur~~ nicht ~~bestimmen~~, ~~ob~~ einige Beamte in ungehöriger Form den Juden gegenübergetreten sind. Ich habe dergartiges nie erlebt, weil ich zum Judenref. keinen dienstlichen oder privaten Kontakt hatte.

#### IV. Verfolgung der Berliner Juden

Mit der Beschlagnahme und Einziehung jüd. Vermögen habe ich nie



etwas zu tun gehabt.

Selbst diktiert:

Obwohl mir hier vorgehalten worden ist, daß fast alle Angehörigen der Stapoleit. Bln. zu sogn. Abholaktionen herangezogen worden sind, möchte ich von mir selbst und den Beamten meines Nachgebiets (Überwachung ausl. NS-Gruppen) sagen, daß wir für Judenaktionen in der Zeit, in der ich dieses Gebiet hatte, niemals herangezogen worden sind. Das mag vielleicht daran gelegen haben, daß nach Dienstschiuß die betreffenden Beamten viele Treffen mit V-Leuten durchführen mußten, die sich teilweise in die späten Abendstunden hinstreckten. Wenn mir in diesem Zusammenhang die Aussage eines Zeugen, der auf dem Nachgebiet "Arbeitsverweigerer" tätig war, vorgehalten wird - es handelt sich um die Angaben im Pers.-Heft PSt f 13 -, so kann ich nur sagen, daß es durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, daß diese Beamten zur Abholung der Juden aus ihren Wohnungen herangezogen worden sind. Dieser B-Abt. stand ich nicht vor. Es mag zutreffend sein, daß Angehörige der Stapoleit. Bln. mit der Abholung der Juden aus ihren Wohnungen beauftragt worden sind, jedoch kann ich dafür keine konkreten Fälle angeben. Ich habe auch nie von meinen Dienstvorgesetzten einen Auftrag bekommen, Beamte zu derartigen Aktionen abzustellen.

Wenn ich nunmehr gefragt werde, ob ich Mißhandlungen jüd. Bürger in der Burgstr. erlebt oder gehört habe, so muß ich dies von mir aus verneinen. Ich möchte damit sagen, daß es nicht ausschließt, daß es tatsächlich vorgekommen ist.

Wenn Zeugen Schreie oder Schläge gehört haben wollen, so müßten sie dies auch notfalls bezeugen können. Bei mir kam so etwas niemals vor und ich hätte den Beamten auch davon gesagt. Ich hätte auf meiner Dienststelle unmenschliches Verhalten nicht geduldet.

Auf Befragen: (selbst diktiert)

Über die Tötung von Juden im Osten habe ich folgendes erfahren:

Etwa Ende 1941 kam mein Schwager, der bei den Panzern diente, aus Rußland auf Urlaub. Dabei erzählte er u. a., daß er auf einer seiner Fahrten einen Güterzug begegnet wäre, der voll



Menschen war. Es war <sup>auf</sup> einer Bahnstation. Sein Kamerad hat sich mit einem Mitglied des Begleitkommandos unterhalten und festgestellt, daß es Juden waren. An den Zug wurde keiner herangelassen. Nach den Angaben der Wachtsoldaten, war der Zug auf dem Weg in ein Lager. Später hörte ich beim Abhören ausl. Sender, daß die Juden eingebracht und zum großen Teil umgebracht worden sind.

Die Judenangelegenheit bei der Stapoleit. Bln. war ein Tabu. Ich hätte es niemals gewagt, offen mit einem Kollegen darüber zu sprechen oder das von meinem Schwager und vom ausl. Sender Gehörte, weiterzuerzählen.

Auf Befragen:

Das RSHA war meiner heutigen Erinnerung nach durchaus befugt, der Stapoleit. Bln. Weisungen zu erteilen. Ich glaube mich sogar erinnern zu können, daß das Amt IV Festnahmen bestimmter Personen und die Überstellung verlangte, sofern es für notwendig erachtet worden ist. Ob das RSHA die Bearbeitung großer Fälle für sich in Anspruch genommen hat, weiß ich nicht. Ich kann mich noch vage erinnern, daß z. B. die Bearbeitung der "Roten Kapelle" vom RSHA durchgeführt worden ist, und zwar vermtl. in einem Gebäude in Steglitz (Wrangelstr.?). Dies habe ich von einem, mit der Angelegenheit vertrauten, KR G i e r i n g, erfahren.

Frage:

Konnte ein Amt des RSHA unter Umgehung des Leiters Stapoleit. direkt einer Abteilung oder U-Abteilung, Weisungen erteilen?

Antwort:

Das halte ich nicht für möglich. Ich habe einen derartigen Fall nie kennengelernt.

Mir wird jetzt eine Mappe mit Lichtbildern von ehem. Angehörigen der Stapoleit. Bln. vorgelegt. Ich habe sie durchgesehen. Zu folgenden abgebildeten Personen kann ich Angaben machen:

- Bild-Nr. 9 Bovensiepen; Leiter der Stapoleit bis Ende 1942.  
" 14 Hansen; Angehöriger des Judenref. Mir war bisher nicht bekannt, daß er von einem SS- und Pol.-Gericht wegen Untreue jüd. Eigentums zum Tode verurteilt worden ist.  
" 19 Dr. Lange; war noch zum Zeitpunkt des Beginns



484  
574 121

Bild-Nr.22 Lübeck;

des Rußlandfeldzuges Stellvertr. von  
Bovensiepen. Kam später nach Riga.

" 23 Möller;

war mein Mitarbeiter auf dem Sachgebiet  
Honos. war erst KK und dann KR und SS-Stubaf  
sowie "Alter Kämpfer". Mir war nicht be-  
kannt, daß er dem Judenref. angehört hat.

" 32 Prokop;

leitender Verw.-Beamter in FP an Alex.,  
den ich nur vom Sehen her kannte.

" 37 Rothmann;

Reg.-Rat und SS-Stubaf. Ich glaube, daß  
er eine Zeitlang das Kirchenref. hatte.

" 51 Stock;

KK beim Ref. "Kommune". Er saß eine Zeit-  
lang in der Burgstr. Ich habe nicht ge-  
wußt, daß er dem Judenref. vorgestanden  
hat.

" 66 Chantre;

Reg.-Rat und SS-Stubaf. Er war Leiter  
irgendeiner Abt. und wurde zu Beginn des  
Krieges versetzt.

" 79a Gans;

bereits erwähnt.

Auf Befrag-en:

Die Stapoleit. Bln. war mit Angehörigen des SD durchsetzt, die  
auch den anderen Beamten gegenüber besondere Überwachungsfunk-  
tionen wahrzunehmen hatten. Meiner Meinung nach hatten sie Be-  
richte über das Verhalten und Stimmungsberichte zu fertigen.  
Ich möchte abschließend noch erklären, daß der Begriff "jüd.  
Sammellager" <sup>me</sup> bis zum heutigen Tage unbekannt war. Diese Lager,  
w.z.B. in der Gr. Hamburger Str., Levetzowstr. (Synagoge) und  
Schulstr. sowie andere, habe ich in meinem Leben nie betreten  
noch davon gehört.

Ich bin mir nicht bewußt, ~~zwischen 1941 und 1944~~ <sup>ich</sup> daß in meinem  
Leben jemals eine unmenschliche Unrechtstat begangen habe,  
insbes. vermag ich mit ruhigem Gewissen anzugeben, daß ich mich  
niemals an einem NS-Verbrechen beteiligt habe.

gez. selbst

..... gelesen, unterschrieben und genehmigt

Geschlossen:

Hans-Günther W e r n e r

gez. Thieler

(Thieler), KOM

Chm



V e r h a n d e l t

STAPOLEIT. BLN.  
SCHUTZHAFT  
1 JS 1/67

Vorgeladen erscheint der Ingenieur und Amtmann

Hans - Günther W e r n e r,  
23.6.1903 in Bromberg geb.,  
Kassel, Menzelstr. 32 whft.

und erklärt :

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir im Zuge der Vorbesprechung bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde mir eröffnet, daß ich im Sinne des § 52 StPO als Angehöriger das Recht zur Zeugnisverweigerung habe und gem. § 55 StPO die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mir selbst oder einem meiner in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde.

Zur Wahrheit ermahnt, bin ich bereit auszusagen.

Ich bin bereits am 25.8.1966 zum Komplex Stapoleit. Berlin ( Deportation jüdischer Bürger Berlins ) verantwortlich vernommen worden und habe in diesem Zusammenhang ausführliche Angaben zu meinem Lebenslauf und zu meiner Tätigkeit bei der vorgenannten Behörde gemacht.

Ich möchte mich auf diese Angaben beziehen und mache sie auch zum Gegenstand der heutigen Vernehmung.

Mit Schreiben vom 30.12.1966 des Generalstaatsanwaltes bei dem Kammergericht, Erster Staatsanwalt R u n g e , wurde mir mitgeteilt, daß das Verfahren ( 1 Js 9/65 - Stapoleit. Berlin ) gegen mich eingestellt worden ist.

Die Niederschrift meiner am 25.8.1966 gemachten Angaben ist mir heute zum Durchlesen vorgelegt worden. Ich bestätige die Richtigkeit und habe zu diesem Komplex nichts mehr hinzuzufügen.

Ich möchte einleitend noch einmal kurz meine dienstliche Tätigkeit bei der Stapoleit. Berlin schildern. Nach Beendigung des KK - Lehrganges in Berlin - Charlottenburg im Jahre 1938 bin ich als KK von der regulären Kriminalpolizei zur Stapoleit. Berlin versetzt worden.



Ich möchte mich hierbei nicht mit Sicherheit festlegen, denn es könnte sein, daß ich in der ersten Zeit, ich weiß nicht wie lange, dorthin abgeordnet wurde. Ich habe jedenfalls niemals Kenntnis über meine Versetzung zu dieser Behörde erhalten. Bis etwa Ende 1940 unterstand mir im PP Alexanderplatz das Sachgebiet " Homos " sowie "Auswüchse " in der lesbischen Liebe ". Im Anschluß daran wurde ich mit der Leitung des Fachreferates " Bekämpfung ausländischer NS- gesinnter Splittergruppen " betraut, wobei mir außerdem auch die Beobachtung und der Nachrichtendienst dieser Gruppen mit Hilfe von V - Leuten oblag. Die Dienststellenbezeichnung kann ich nach so langer Zeit nicht mehr konkret angeben. Ich weiß mit Sicherheit, daß sich unsere Diensträume im 1. Stock eines Gebäudes in der Burgstr. befand und daß der Dr. F r e i s e Leiter der Abteilung war. Dem vorerwähnten Fachreferat stand ich bis zu meiner Strafversetzung in das AEL Schwetig, im Januar 1943, vor. Ich möchte noch bei dieser Gelegenheit auf Befragen hinzufügen, daß zu dem Zeitpunkt meiner Strafversetzung der ORR B o v e n s i e p e n nicht mehr Leiter dieser Behörde war, sondern etwa ab Herbst oder Ende 1942 wegen der bekannten Unterschleife im Judenreferat " zu Hause bleiben mußte ".  
~~Ich habe nach dieser Zeit~~ Nach dieser Zeit wurde meiner Erinnerung nach ein SS - Stubaf B a h r ( phon. ) - auch B a z r - damals Leiter der Ausländerabteilung im RSHA - vertretungsweise mit der Leitung der Stapoleit. Berlin beauftragt. Der Name Dr. V e n t e r sagt mir in diesem Zusammenhang nichts. Als neuen Leiter der Stapoleit. Berlin habe ich für kurze Zeit dann den ORR B o c k kennengelernt und habe diesen nach meiner Strafversetzung nie wieder gesehen. Ich hatte mit B o c k etwa zweimal dienstlichen Kontakt, und zwar im Zusammenhang mit den Vorwürfen, die man mir machte, als ich Hausrat aus jüdischem Besitz von der Jüdischen ~~Gemeinde~~ Gemeinde gegen Quittung käuflich erwarb. Ich möchte mit der vorerwähnten Schilderung berichtigen, daß der SS - Stubaf <sup>Schiffer</sup> F i s c h e r , den ich in meinem Protokoll vom 25.8.1966 erwähnt habe, nicht den ORR B o v e n s i e p e n , sondern für kurze Zeit den KR G a n s als Abteilungsleiter abgelöst hat. Einige Zeit zuvor wurde Dr. F r e i s e von dem KR G a n s abgelöst. Es muß so etwa ein paar Wochen nach Beginn des Rußlandfeldzuges gewesen sein. Über die Tätigkeit des mir unterstellten Fachreferates habe ich bereits in meinem Protokoll vom 25.8.1966 ausführlich berichtet.



Ich erkläre auf Befragen, daß ich in meinen von mir geführten Fachreferaten dienstlich weder mit Juden noch Mischlingen als Täter zu tun gehabt habe.

Auf Befragen :

Mir ist ein sogn. Ergänzungsgesetz zum damaligen Nürnberger Gesetz nicht mehr bekannt, wonach Juden und Zigeuner, die als Täter in Betracht kamen, außerhalb der deutschen Gerichtsbarkeit gestellt wurden und evtl. Ermittlungsakten nicht an die Justiz weitergeleitet werden durfte. Wenn mir gesagt wird, daß Straftaten jüdischer Bürger ausschließlich mit staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet werden mußten, so entzieht sich dies meiner Kenntnis, weil es außerhalb meines Fachgebietes lag.

Auf Befragen :

Über die seinerzeit gegen Juden verhängten Beschränkungen war mir bekannt, daß die Juden an ihrer Kleidung einen gelben Stern tragen mußten. Bei meinen ziemlich häufigen Besuchen von öffentlichen Veranstaltungen, z. B. Konzerte und Theater, habe ich niemals sogn. Sternträger gesehen. Diese Kennzeichnung hatte zweifellos zur Folge, daß dieser Personenkreis aus dem normalen öffentlichen Leben herausgenommen werden sollte. Die Beschränkungen im einzelnen sind mir nicht bekanntgewesen. Ich wiederhole nochmals, daß ich meine Angaben im Protokoll vom 25.8.1966 wahrheitsgemäß gemacht habe und niemals vertretungsweise das Judenreferat geleitet habe und außer der Akte, die die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit einer gewissen Helene Appelbaum zum Inhalt hatte, keine weiteren Akten ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~, soweit es meine Erinnerung zuläßt, zu Gesicht bekommen habe.

Wenn mir hier ein Schnellbrief des Reichsministers des Innern vom 15.9.1941 - Dok.-Band I ( 1 Js 1/67 ), Seite 76 - zur Einsicht vorgelegt wird, das die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung von Juden vom 1.9.1941 RGBI. I, Seite 547 zum Inhalt hat, wonach vorsätzliche Verstöße gegen diese Verordnung grundsätzlich mit Schutzhaft zu ahnden waren, so kann ich mich an die Kenntnisnahme der vorerwähnten Verordnung nicht mehr erinnern. Ich bin der Meinung, daß diese Polizeiverordnung nur den dafür zuständigen Polizeidienststellen und Referaten der Stapoleit. Berlin zugänglich gemacht wurde. Ich habe niemals einen Verstoß gegen diese Verordnung während meiner Tätigkeit bei der Stapoleit. Berlin und auch späterhin niemals kennengelernt.



Noch auf Befragen :

Jedenfalls hat man mir keine Akten, die die Schutzhaft - Einweisung jüdischer Bürger betraf, vorgelegt, denn dazu fehlten mir die fachlichen Voraussetzungen und, so vermute ich, die Kenntnisse über bestimmte Richtlinien und Vorschriften. Ich bin der Meinung, daß während der Abwesenheit des Ref.-Leiter für jüdische Angelegenheiten das zuständige Geschäftszimmer allein mit dieser Materie fertig geworden ist. In dem Fall, der die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit betraf, mußte wohl unbedingt die Unterschrift eines leitenden Beamten vorhanden sein, weil m. E. diese Akte über das RSHA zum Innen- und Außenministerium geleitet werden mußte.

Wie bereits erwähnt, habe ich gelegentlich während der Mittagspause bzw. auf dem Wege zu Dienstbesprechungen mit dem Leiter des damaligen Judenreferates, KK S t ü b s, private Unterhaltungen geführt. Ich habe S t ü b s anlässlich einer dieser Zusammenkünfte gefragt, was in Theresienstadt mit den Juden eigentlich geschehe. Er antwortete mir, daß die Juden dort ein erträgliches Leben führen würden; aber es gäbe noch andere Lager, worüber er nicht Bescheid wissen wollte. Namen derartiger Lager hat S t ü b s dabei nicht genannt. Ich merkte auch, daß ihm die Unterhaltung über dieses Gebiet unangenehm war. Er war über Einrichtungen des KL Theresienstadt gut im Bilde.

Auf Befragen :

Ich hatte den Eindruck, daß gerade die Judenangelegenheit und alles, was damit im Zusammenhang stand, geheim gehalten wurde. Herr S t ü b s wird sich demzufolge auch gehütet haben, mir Einzelheiten über Schutzhaft - Einweisungen jüdischer Bürger zu erzählen.

Auf Befragen :

Ich vermag absolut nicht anzugeben, welche staatspolizeilichen Maßnahmen gegen Juden ergriffen wurden, die gegen irgendwelche Beschränkungen verstoßen hatten. Wenn mir hier gesagt wird, daß bei Juden bereits der lächerlichste Grund zum Anlaß genommen wurde eine Schutzhaft - Einweisung einzuleiten, so habe ich darüber während meiner Tätigkeit bei der Staatspolizei. Berlin keinerlei Kenntnisse gehabt. Über diese staatspolizeilichen Maßnahmen, nämlich die Verbringung jüdischer Bürger in Schutzhaft, könnten nur der zuständige Referatsleiter, KK S t ü b s und die nacheinander tätiggewesenen Abteilungsleiter Dr. F r e i s e, KR G a n s, SS-Stubaf S c h i f f e r und der Dr. K u n z Kenntnis gehabt haben.



Außerdem dürften natürlich die Leiter der Stapoleit. Berlin, Dr. B l u -  
m a s, ORR B o v e n s i e p e n und ORR B o c k sowie deren Ver-  
treter präzise Kenntnisse über die Einleitung und Durchführung derarti-  
ger Schutzhaft - Einweisungen gehabt haben.

Ich möchte nochmal erwähnen, daß Dr. F r e i s e etwa ab Ende 1940  
bis etwa Ende 1941 Abteilungsleiter bei der Stapoleit. Berlin war und ihm  
u. a. auch das Referat für jüdische Angelegenheiten unterstellt war.  
Anschließend wurde er als Polizei - Attache nach Lissabon versetzt. Sein  
Dienstzimmer befand sich ebenfalls in der Burgstr. Ich kann jedoch nicht  
sagen, ob es sich im 1. Stock befand.

Über den allgemeinen formellen Ablauf der Schutzhaft - Einweisungen ist  
mir noch in Erinnerung, daß diese Maßnahme von dem zuständigen Sachbe-  
arbeiter in schwerwiegenden Fällen angeregt wurde. Die Akte ging natür-  
lich über meinen Tisch und anschließend zum Abteilungsleiter. Welcher  
Geschäftsgang anschließend eingeleitet wurde, vermag ich nicht anzuge-  
ben; Auch nicht wer über die Schutzhaft - Einweisung endgültig zu ~~entscheid~~  
entscheiden hatte. Ich möchte damit betonen, daß ich hier nicht mißver-  
standen werde und damit sagen will, daß laufend derartige Akten über  
meinen Tisch gegangen sind. Ich möchte vielmehr damit sagen, daß es so  
gewesen wäre, wenn ein derartiger Vorgang mir zur Durchsicht vorgelegt  
worden wäre. Ich kann mich lediglich an zwei Schutzhaft - Fälle erinnern,  
die gegen zwei Angehörige der damals politisch tätig gewesenen Bandera -  
Gruppe verhängt wurden. Diese beiden Personen sind uns von einer ande-  
ren Dienststelle überstellt worden. Über das weitere Schicksal dieser  
Personen ist mir nichts bekanntgeworden, da der Vorgang an das RSHA  
abgegeben wurde.

Mit mir wurde nochmals der gesamte Komplex durchgesprochen. Weitere An-  
gabe kann ich dazu nicht machen.

Abschließend wird mir eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger  
der Stapoleit. Berlin zur Durchsicht vorgelegt. Folgende Personen habe  
ich wiedererkannt:

Bild Nr. 9 - B o v e n s i e p e n, ORR;  
Leiter der Stapoleit. Bln. bis En-  
de 1942.

Bild Nr. 14 - H a n s o n, KS;  
Angehöriger des Judenref. Vermittelte mir  
den Kauf der Haushaltsachen aus jüdischem  
Besitz.



- Bild Nr. 19 - Dr. L a n g e, RR;  
war bis zu Beginn des Russlandfeldzuges  
Vertreter von B o v e n s i e p e n.
- Bild Nr. 22 - L ü b c e c k, KS;  
war mir als Sachbearbeiter bei den "Homos "  
bekannt.
- Bild Nr. 23 - M i l l e r, KR;  
ihm mußte ich vor meiner Strafversetzung  
nach Schwetig alle Akten und Schlüssel über-  
geben.
- Bild Nr. 32 - P r o k o p, IR;  
Verwaltungsbeamter im PP am Alexanderplatz.
- Bild Nr. 37 - R o t h m a n n, RR;  
zeitweiliger Leiter des Kirchenrefe-  
rates.
- Bild Nr. 51 - S t o c k, KK;  
ich kannte ihn nur als Leiter des Ref. Kommu-  
nismus.
- Bild Nr. 79 - G a n s, KR;  
war Abteilungsleiter, dem auch das Judenref.  
unterstand.
- Bild Nr. 99 - Dr. B l u m e, ORR;  
war vor B o v e n s i e p e n der Leiter  
der Stapoleit. Bln.
- Bild Nr. 130 - Dr. F r e i s e, RR;  
Abteilungsleiter und ihm unterstand eben-  
falls in dieser Eigenschaft das Juden-  
ref.
- Bild Nr. 182 - K r o h n, KS;  
Sachbearbeiter in meinem Referat.
- Bild Nr. 226 - P i e c z o n k a, POS;  
Sachbearbeiter und Verwaltungsbeamter  
bei PR L e s s m a n n.
- Bild Nr. 246 - S c h i f f e r, KDir;  
war kurze Zeit mein Abteilungsleiter u.  
Nachfolger von G a n s. Ich habe ihn  
etwas dicker in Erinnerung.
- Bild Nr. 379 - S c h u l z e, POL;  
war die rechte Hand von Lessmann und wurde  
ebenfalls zum AEL Schwetig strafversetzt.  
In diesem AEL befanden sich nur Fremd-  
arbeiter aus den östlichen Ländern.
- Bild Nr. 261 - S t ü b e, KK;  
bereits erwähnt.
- Bild Nr. 421 - B o c k, ORR;  
bereits erwähnt.

gez. selbst

..... gelesen, genehmigt und unterschrieben

Geschlossen:  
gez. Thieler  
Thieler, KOM

gez. Hans-Günther W e r n e r  
.....



V e r m e r k :

In seiner zeugenschaftlichen Vernehmung ließ Herr W e r n e r grundsätzlich sein Unwissen über die mit ihm durchgesprochenen Komplex erkennen. Demzufolge war seine Aussagefreudigkeit zeitweilig stark gehemmt. So behauptete er in der Vorbesprechung zunächst, daß ihm die Deportation der jüdischen Bürger aus Berlin nicht bekannt gewesen sei. Erst auf mehrere Vorhalte und den Hinweis auf seine Angaben vom 25.8.1966 schwächte er sein Nichtwissen ab und erklärte lediglich, nicht den vollen Umfang der Deportation gekannt zu haben und benutzte die bisher nicht gebrauchte Formulierung "judenfrei machen". Die ihm gestellten Fragen beantwortete er mit äußerster Vorsicht und hielt sie stets im allgemeinen Rahmen, so daß er mehrfach angehalten werden mußte, präzisere Angaben zu machen. Herr W e r n e r ließ durch sein Verhalten erkennen, daß man sein evtl. Wissen vorerst nicht beweisen kann. Über die Fragen, die ihm kritisch erschienen, machte er sich stets auf einem Zettel Notizen, so z. B. über die damals gegen Juden verhängten Beschränkungen und die damit verbundenen staatspolizeilichen Maßnahmen.

Nach den Ausführungen des Herrn W e r n e r soll ein gewisser SS - Stubaf B a h r (phon.) zwischen ORR B o v e n s i e p e n und ORR B o c k für kurze Zeit mit der kommissarischen Leitung der Stapoleit. Berlin beauftragt worden sein. Diesbezügliche Erkenntnisse liegen nicht vor und können erst nach Eintreffen in Berlin ausgewertet werden.

*Thieler*  
(Thieler) KOM

*Chmielorz*  
(Chmielorz) POW

1 Berlin 42, den 7.9.1967

V e r m e r k : .

Als Leiter des Ausländerreferats beim RSHA wurde ein SS - Stubaf B a h r (phon.) nicht ermittelt. Dagegen konnte der ehemalige Leiter des Referats IV D 4 beim RSHA Bernhard B a a t z , 19.11.1910 in Dörnitz geb., Duisburg - Fückingen, Am Heidelberg 56 whft., z. Zt. zum Verfahren 1 Js 4/64 in U - Haft in Berlin, ermittelt werden. Es bedarf jedoch noch der Klärung, ob B a a t z mit dem Obengenannten identisch ist. StA'in Frl. BILSTEIN erhielt fernmündlich Kenntnis.

*Thieler*  
(Thieler) KOM



Vernehmungsniederschrift

- Zeuge -

Auf Vorladung findet sich bei der Dienststelle die verh.  
Hausfrau

G o l d k u h l e Irmgard,  
geb. Rahn, geb. 26.10.1925  
in Fraustadt/Schles., deutsch,  
wohnhaft in München 27,  
Stuntzstraße 11, Tel. 48 62 81,

ein und gibt folgendes an:

"Der Grund meiner heutigen Vernehmung wurde mir bekannt-  
gegeben und ich bin bereit, wahrheitsgemäß auszusagen.

Am 1.4.1942 wurde ich als Schreibkraft für die Geheime  
Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Alexander-  
platz, dienstverpflichtet. Dort war ich bis zum Zusammen-  
bruch im Jahre 1945 als Schreibkraft tätig. Während meiner  
Zugehörigkeit zu dieser Dienststelle wurde ich bei ver-  
schiedenen Abteilungen eingesetzt. So u.a. auch beim Juden-  
referat (IV D 1). Bei dieser Dienststelle war ich glaublich  
3/4 bis 1 Jahr tätig. An den genauen Zeitpunkt kann ich mich  
jedoch heute nicht mehr erinnern. Das Judenreferat befand  
sich meiner Erinnerung nach in der Burgstraße.

Wenn mir heute gesagt wird, daß ich am 24.8.1942 von der  
Dienststelle I A 4 zu IV D 1 (Judenreferat) versetzt worden  
bin, so kann ich nur sagen, daß ich mich an diesen Zeit-  
punkt nicht mehr erinnern kann.

Meine ehem. Vorgesetzten beim Judenreferat sind mir heute  
nicht mehr rememberlich. Ich kann mich nur noch an die Sach-  
bearbeiter S t a r k (e) und K u r z , die beide Kriminal-  
sekretäre waren, entsinnen. Ich mußte für die beiden



Vernehmungen schreiben. Welcher Art die damaligen Vernehmungen waren und die Gründe, die zu ihnen führten, sind mir heute nicht mehr erinnerlich.

Nach Verlassen des Judenreferates hatte ich mit den dort Tätigen keine Verbindung mehr.

Zu nachfolgenden Fragen, die meinen Vater, Willi Rahn, geb. 30.10.1897, wohnhaft in Berlin 42, Greneweg 6, betreffen, wurde ich über mein Zeugnisverweigerungsrecht gem. § 52 StPO belehrt. Ich erkläre, daß ich Angaben machen werde. Meines Wissens nach war mein Vater Angehöriger der Kriminalpolizei in Berlin. Er war nie beim Judenreferat tätig. Mein Vater war bis 1954 in Waldheim in russischer Gefangenschaft und wurde nach seiner Rückkehr wieder bei der Kriminalpolizei Berlin eingestellt. Dort war er bis zu seiner Pensionierung tätig.

Am Anfang meiner Tätigkeit beim Judenreferat wurde ich in der Kartei eingesetzt. Dort mußte ich Karteikarten schreiben. Später war ich dann, wie bereits gesagt, für die mir noch erinnerlichen Sachbearbeiter S t a r k (e) und K u r z , beide Kriminalsekretäre, als Schreibkraft tätig.

Der ehem. SS-H'Scharf. u. KOAss. S c h w ö b e l ist mir noch erinnerlich. Sch. hatte das Zimmer neben Kriminalsekretär K u r z . Meines Wissens nach schrieb sich S c h w ö b e l seine Vernehmungen selbst. Beide Zimmer waren durch eine Wand abgetrennt. Es waren Einzelzimmer. Wenn S c h w ö b e l Vernehmungen durchführte, so konnte man aus seinem Zimmer des öfteren schimpfende Worte in lauter Tonart vernehmen. Mir war bis heute nicht bekannt, daß er Häftlinge, vornehmlich Frauen, bei seinen Vernehmungen mißhandelt haben soll. Ich selbst habe soetwas nie gesehen. Kurze Zeit nach Kriegsende im Jahre 1945 wurde mir von einem namentlich nicht mehr bekannten Juden, der ebenfalls im Judenreferat tätig war, mitgeteilt, daß S c h w ö b e l tot sei. Genaueres konnte er mir aber auch nicht sagen.

Ich kann mich heute noch erinnern, daß kurz nach meiner Versetzung zum Judenreferat Zimmer im 2. und 3. Stock versiegelt waren. Die Gründe dafür habe ich zuerst nicht gewußt. Später wurde gemunkelt, daß sich Angehörige des Judenreferates an jüdischem Eigentum bereichert haben sollen. Genaueres darüber habe ich jedoch nie erfahren.

Wenn mir heute gesagt wird, daß sich an diesen Bereicherungen der MOS P r ü f e r , KS H a n s e n und der Leiter unserer Dienststelle, KK S t ü b s , beteiligt haben sollen, so kann ich nur sagen, daß ich mich an den Namen S t ü b s noch erinnern kann. S t ü b s , der Leiter unserer Dienststelle war, soll sich erschossen haben. Ich habe ihn jedoch nie gesehen. Wer nach diesem Vorfall die Dienstaufsicht übernahm, ist mir nicht bekannt. Ob es KK W ö r n e r , KK W e r n e r oder KK S t o c k war, kann ich nicht angeben. Die Namen dieser Leute sind mir nicht Erinnerlich.

In den jüdischen Sammelagern Synagoge, Levetzowstraße und Große Hamburger Straße war ich nicht eingesetzt. Den Grund hierfür führe ich auf mein damals noch jugendliches Alter zurück.

Während meiner russischen Haft von Mai 1945 bis Januar 1950 wurden mir weder Angehörige der Stapoleitstelle Berlin noch Originalakten dieser Dienststelle vorgehalten.

Mehr kann ich zur Sache nicht angeben."

Im Diktat mitgehört,  
genehmigt u. unterschrieben:

*Friedrich Goldschmidt*  
.....

Aufgenommen:

*Hartmann*  
Hartmann, KM  
Nbst. 7421

/Ost.



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

132  
1 Berlin 21, den 1.8. MAI 1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 Js 7/65 (RSHA)

An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;  
hier: Schutzhaftverhängung gegen jüdische Bürger

Sehr geehrte Herren!

Ich darf um Mitteilung bitten, ob sich aus den dortigen Unter-  
lagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Per-  
son ergibt:

B i e r m a n n , Herbert

geboren am 6.8.1907 in ?

letzter Wohnort: Berlin,  
Senefelder Str. 30 oder  
Alt - Hüttendorf,  
Haus auf der Höhe

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage  
*Nagel*  
(Nagel)  
Staatsanwalt

Sch

168  
bitte wenden



Kra.

Antwort des ISD Arolsen

T/D 950 967

Arolsen, den 7. Juni 1967

Sehr geehrte Herren!

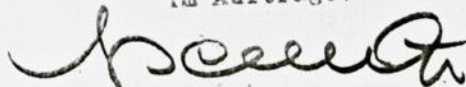
In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

BIERMANN, Herbert, geboren am 6. August 1907, letzter Wohnort: Alt Hüttendorf, Haus auf der Höhe, Name der Ehefrau: Johanna BIERMANN, ist am 26. September 1943 im KL. Auschwitz verstorben.

Geprüfte Unterlagen: Liste von verstorbenen Juden, aufgestellt am 16. Oktober 1943 von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin; Zählkarte der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; Schreiben der jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin, Friedhofsverwaltung; Karteikarte des A.J.D.C. Berlin, ausgestellt nach dem Kriege.

Mit vorzüglicher Hochachtung

im Auftrage:



G. Pecher



An



den Herrn Oberfinanzpräsidenten  
Vermögensverwertungsstelle.

Der Oberfinanzpräsident

Berlin, N.W., 40.

14 NOV 1944

Alt-Moabit No143.

Der Standesbeamte des  
Standesamts Angermünde, den 13.11.1944.

Zum dortigen Ersuchen vom 10. 11. 1944.

- Aktenzeichen: 05205 T 68-

Das obige Ersuchen wegen Uebersendung einer  
Sterbeurkunde des Herbert Israel Biermann, zu-  
letzt wohnhaft in Alt-Hüttendorf ist dem Herrn  
Standesbeamten in Alt-Hüttendorf, Kreis Angermünde,  
zuständigkeitshalber weitergesandt.

I. V.  
*H. V.*



Der Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg  
„Vermögensverwertungsstelle“

Sprechstunden 9-13 Uhr, außer Mittwoch und Sonnabend  
Postscheckamt Berlin Konto Nr. 79185  
Reichsbank Berlin Nr. 1/1111

Berlin NW 40, 10. November 1944  
Alt-Moabit 143-  
Fernsprecher: 35 66 61 DP. 55 8.69

Bücher 217 203

Akt.Z.: O 5205 T. 68

Der Verstorbenen hat Hauptwohnung  
in Berlin NW 40, in Alt-Moabit 143-  
gehabt eine Kammervilla am Forstweg 1, die  
er seit seinem Auszug in Alt-Moabit 143-  
gehabt hat.

Betrifft: Einziehung von Vermögenswerten verstorbenen Juden

Der Jude - Die Jüdin: Piermann, Jakob Israel  
geb. am ..... in ..... zuletzt wohnte  
in Alt-Moabit 143- Forstweg 1  
ist am 26. 9. 43 verstorben.

Der Vollziehungsbeamte H. W. Wessenberg wird beauftragt, Feststellungen über den Nachlass des - der - obigen Verstorbenen zu treffen.

- a) Welches war die letzte Wohnung? Berlin, Forstweg 1, 143-10  
Falls im Krankenhaus, im Heim oder in der Anstalt verstorben, ist die letzte Wohnung vorher festzustellen. Wohnung in Berlin, Forstweg 1, 143-10  
geb. am 1. 1. 1907, gest. am 26. 9. 1943
- b) Wo befindet sich der Nachlass? in Berlin, Forstweg 1, 143-10  
auf Grundbesitz, Eigentum des Verstorbenen  
Sollten Einrichtungsgegenstände vorhanden sein, so sind diese zu beschreiben und der Nachlassbogen in doppelter Ausfertigung vorzulegen.
- c) Ist die Wohnung vermietet? Nein, der Verstorbene wohnte dort selbst  
und von wem? .....  
Wer ist Vermieter? Kann nicht in Betracht kommen  
Wie hoch war der monatliche Mietzins? .....  
Sind oder waren Untermieter ( - bis wann) vorhanden und wie heißen sie? Nein  
Der Verstorbene hat in Berlin, Forstweg 1, 143-10
- d) Sind Erben zu ermitteln, die über den Nachlass Auskunft geben können?  
nicht erforderlich

Grasse  
14. 11. 44



(2) Angermünde

Chm.





137  
M 19

V e r h a n d e l t

im Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Amsterdam  
am 12. Februar 1962.

Vor dem Unterzeichneten

zu Beurkundungen ermächtigten, Konsul Dr. Ernst-Günther Koch,  
erschien heute, sich durch niederländischen Reisepaß Nr. E 759 000,  
ausweisend:

der Lohnbuchhalter Werner Joseph Biermann,  
wohnhaft in Amsterdam,  
Valeriusstr. 169 II

und erklärt:

"Mein Bruder Herbert Biermann, geb. am 6.8.1907 in Berlin, ist  
ausweislich der Akte des Oberfinanzpräsidenten von Brandenburg  
am 7.8.1943 im Sammellager Auschwitz verstorben. Er hatte seinen  
letzten Wohnsitz in Berlin, Sennefelder Str. 30 und besass die  
deutsche Staatsangehörigkeit. Er hat keine Verfügungen von Todes-  
wegen hinterlassen.

Ich bin der einzige Bruder des Erblassers. Aus der Ehe unserer  
Eltern sind zwei Kinder hervorgegangen:

- 1) mein Bruder Herbert Bierman,
- 2) ich selbst, Werner Joseph Biermann.

Unser Vater Ludwig Biermann ist am 21.3.1925 in Berlin Wallnertheater-  
strasse verstorben. Unsere Mutter Margarethe Biermann geb. Joseph  
ist von ihrem letzten Wohnsitz in Berlin, Winststr. 35 nach dem  
Osten deportiert worden und ist verstorben. Sie gilt als am 8.5.45  
verstorben.

Der Erblasser war in erster und einziger Ehe verheiratet mit  
Johanna Naujoks. Aus der Ehe sind keine Kinder hervorgegangen.  
Nach Par. 1925 in Verbindung mit Par. 1931 BGB ist der Erblasser  
beerbt worden

- 1) von seiner Ehefrau Johanna Naujoks, jetzt verheiratete  
Tübbeke, wohnhaft in Berlin-O, Winststr. 30,  
zur Hälfte des Nachlasses,



138 M 13

- 2) seiner Mutter, Frau Margarethe Biermann geb. Joseph, verstorben am 8.5.45  
zu 1/4 des Nachlasses,
- 3) von mir, seinem Bruder Werner Joseph Biermann, wohnhaft in Amsterdam, Valeriusstr. 169  
zu 1/4 des Nachlasses .

Meine Mutter Frau Margarethe Biermann ist von mir, ihrem einzigen überlebenden Sohn beerbt worden. Eine Erbrechtsverhandlung nach meiner Mutter ist dem Entschädigungsamt Berlin in der Entschädigungssache nach Margarethe Biermann - Reg.Nr. 150 132 - eingereicht worden. Daher fällt der Nachlass meines verstorbenen Bruders

- 1) zur Hälfte an seine vorgenannte Ehefrau,
- 2) zur Hälfte an mich Werner Joseph Biermann.

Andere Personen, durch die wir von der Erbfolge ausgeschlossen würden oder durch die unser Erbteil gemindert würde, sind und waren nicht vorhanden. Ein Rechtsstreit über das Erbrecht ist nicht anhängig.

Über die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung belehrt, versichere ich hiermit an Eidesstatt, dass mir nichts bekannt ist, was der Richtigkeit meiner vorstehenden Angaben entgegensteht.

Beim Entschädigungsamt Berlin ist unter dem Aktenzeichen Reg.Nr. 374 666 - ein Antrag auf Wiedergutmachung anhängig.

5 Wörter

v. An-  
t.

Vor vgu

Adam,

12.2.62

Koch

Konsul

Ich beantrage die Erteilung eines ausschliesslich auf ~~das im~~ die Ansprüche nach dem BEG ~~Inland befindliche Vermögen~~ beschränkten Erbscheins des vorgenannten Inhalts. Ich bitte, den Erbschein kostenfrei zu erteilen und eine Ausfertigung dem Entschädigungsamt Berlin zu dem vorgenannten Aktenzeichen zu übersenden."

Diese Verhandlung wurde dem Erschienen vorgelesen, von ihm genehmigt und wie folgt eigenhändig unterschrieben.

Beurkundungsregister Nr. 258

Gebührenfrei BEG

Werner Joseph Biermann

Geschlossen:

(Dr. Ernst-Günther Koch)

Konsul



EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

Ich, Unterzeichneter,

der Lohnbuchhalter Werner Joseph Biermann,  
wohnhaft in Amsterdam,  
Valeriusstr. 169, II,

kenne die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung und die Folgen einer falschen Erklärung. Ich bin davon unterrichtet worden, dass meine Erklärung dem Entschädigungsamt in Berlin eingereicht werden soll, und dass diese Behörde zur Entgegennahme von eidesstattlichen Versicherungen berechtigt ist.

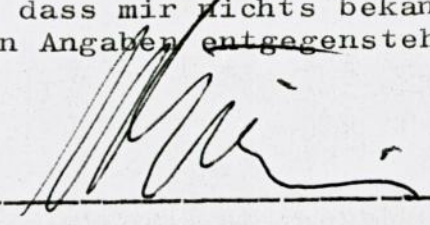
Dies vorausgeschickt, erkläre ich das Folgende an Eidesstatt:

"Mein Bruder Herbert Biermann ist am 6.8.1907 in Berlin geboren worden. Da er schwerhörig war, besuchte er eine Spezialschule für Schwerhörige in Berlin. Nach Absolvierung der Volksschule erlernte er das Schneiderhandwerk. Ich glaube mich zu erinnern, dass er seine Lehrstelle bei der Firma Radawsky in Berlin hatte. Mit Sicherheit kann ich das aber nicht angeben. Ich weiss wohl, dass er ein sehr guter Damenschneider war und daher auch ein entsprechendes Einkommen hatte. Er war auch in den schlechtesten Zeiten, zur Zeit der Wirtschaftskrisis, stets beschäftigt, weil er ein guter Fachmann war.

Eine Zeit lang blieb er im Hause unserer Mutter in der Winststrasse 35 wohnhaft, aber schon einige Jahre vor seiner Eheschliessung nahm er sich eine eigene Wohnung. Er wohnte zuletzt in der Sennefelder Str. 30, soweit ich weiss, in eigener Mietwohnung. Im Jahre 1934 heiratete er zum ersten Mal. Seine Ehefrau war Johanna Naujoks jetzt wiederverheiratete Tübbeke, wohnhaft in Berlin-O, Winsstr. 30. Die Ehe ist kinderlos geblieben. Schon nach kurzer Ehe wurde er im Frühjahr 1935 verhaftet, weil er illegale Propaganda gegen den Nat-Soz. verbreitet hatte. Er wurde vom Volksgerichtshof zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Jahre 1943 wurde er wegen seiner jüdischen Abstammung nach Auschwitz deportiert. Dort ist er am 7. 8.1943 verstorben."

Ich versichere nochmals an Eidesstatt, dass mir nichts bekannt ist, was der Richtigkeit meiner vorstehenden Angaben entgegensteht.

Amsterdam, den 12. Februar 1962



b.v.



140

Um-

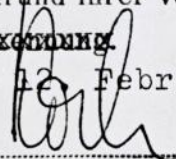
Verstehende eigenhändige Unterschrift de. 5

Herrn Joseph Werner BIERMANN,

Amsterdam - - - - -

beglaube ich hiermit auf Grund ihrer vor mir  
erfolgten Vollziehung / ~~Anerkennung~~

Amsterdam, den 12. Febr. 196 2



(Unterschrift)

Konsul

Beurk.-Reg.

Nr. 257

Cebühr Tarif

50 frei BEG

beim Generalkonsulat  
der Bundesrepublik Deutschland





# Sterbeurkunde

M36 G 1

(Standesamt II Auschwitz \_\_\_\_\_ Nr. **CXLII/57**)

**Der Schneider Herbert Israel Biermann** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ **mosaisch** \_\_\_\_\_

wohnhaft **Berlin NO, Senefelderstraße Nr. 35** \_\_\_\_\_

ist am **3. August 1943** \_\_\_\_\_ um **11-Uhr-00** Minuten

in **Auschwitz, Kasernenstraße** \_\_\_\_\_ verstorben.

D ~~er~~ Verstorbene war geboren am **6. August 1907** \_\_\_\_\_

in **Berlin** \_\_\_\_\_

(Standesamt \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_)

Vater: **Ludwig Biermann** \_\_\_\_\_

Mutter: **Margarete Biermann geborene Josev** \_\_\_\_\_

D ~~er~~ Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet **mit Johanna**  
**Biermann geborene Nanjoks** \_\_\_\_\_



Auschwitz, den **6. September** 194 **3**

**Der Standesbeamte**  
**In Vertretung**

\_\_\_\_\_

N  
Gebühr RM **-30**

~~Gebührenfrei~~



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Gesch.-Nr. 1 P AR 9/66

Bitte bei allen Schreiben angeben!

1 Berlin 21, den 28. April 1966

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11, App. 663

(Im Innenbetrieb: 933)

Sprechstunden: Montags bis Freitags von 8.30-12.00 Uhr



An das  
Entschädigungsamt Berlin

Betrifft: Entschädigungsantrag Herbert B i e r m a n n ,  
geboren am 6. August 1907 in Berlin

Bezug: Dortiges Schreiben vom 22. Februar 1966  
- III A/B 24, Reg.Nr. 374 666 -

Es ist mir leider nicht möglich, Ihnen eine Abschrift des Urteils oder der Anklageschrift des Verfahrens gegen den Obengenannten im Jahre 1937 vor dem Volksgerichtshof zu übersenden.

Das hiesige Archiv hat mir das Folgende mitgeteilt:

"Wie durch Nachfrage beim hiesigen Strafregister festgestellt wurde, handelt es sich bei der Verurteilung des Herbert Biermann um das Aktenzeichen  
17 J. 187/36 Volksgerichtshof Berlin (2.Senat).

Akten des früheren Volksgerichtshofs lagern nicht im hiesigen Archiv. Evtl. Document Centre? "

Das Document Center -US-Mission- Berlin hat mir unter dem 11. März 1966 mitgeteilt, daß sich über den eingangs Genannten keine Unterlagen dort befinden, also auch keine Teile der Akten des s.Zt. gegen ihn anhängigen Strafverfahrens vor dem Volksgerichtshof.

Nach dem mir vorliegenden Strafregisterauszug ist Hermann B i e r m a n n wie folgt bestraft worden:

Am 6.8.1937 - 2.Senat des Volksgerichtshofs Berlin -  
17 J 187/36 - wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens - 83/ II+III Ziff.1+3, 32,47 StGB. -  
zu 15 Jahren Zuchthaus - 10 Jahren Ehrverlust -  
Anrechnung von 16 Monaten U-Haft.

Ich bedaure, Ihnen keine andere Mitteilung machen zu können.

Eine Möglichkeit bestünde noch, ggf. bei den Strafanstalten anzufragen, in denen Herr B i e r m a n n s.Zt. eingesessen



hat, ob dort noch irgendwelche ~~Anklage~~ Aktenteile  
(Urteils- bzw. Anklageabschriften) vorhanden  
sind. Dazu wäre es nötig, daß Herr B i e r m a n n  
angibt, wo er s.Zt. in Untersuchungshaft bzw. in  
Strafhaft eingesperrt hat.

Im Auftrage:

( Gruhner )  
Erster Staatsanwalt

Kü



Entsch  
III A/B 24

Reg.Nr.: 374 666  
(nach Herbert Biermann)

144 43  
Berlin, den 22. Februar 1966  
Zim: 322 App: 653

V e r h a n d e l t

Nicht vorgeladen erscheint

Frau Johanna T ü b b e c k e  
verw. Biermann geb. Naujoks,  
geboren am 5. April 1910 in Posen,  
wohnhafte: Berlin 55, Prenzlauer Allee 109,  
ausgewiesen durch: Zeitweilige Personalbescheinigung  
der Deutschen Demokratischen Republik, AZ No 745317,  
ausgestellt am 24. Januar 1966,

mit dem Gegenstand der Verhandlung vertraut und erklärt:

"Mein Schwager,

Herr Werner Josef B i e r m a n n ,

hat seinerzeit Entschädigungsansprüche wegen Schadens an Freiheit nach Herbert Biermann geltend gemacht und war abgelehnt worden, weil er als Bruder des Verfolgten angeblich nicht anspruchsberechtigter Erbe ist.

Ich, als Witwe des Verstorbenen, mache diesen Anspruch erneut geltend.

Mein verstorbener Ehemann, Herbert Biermann, galt als Jude im Sinne der ehemaligen Nürnberger Gesetze. Ich selbst bin sogenannte Arierin. Aus dieser Ehe haben wir keine Kinder. Mein Ehemann, Herbert Biermann, ist aus politischen und aus rassistischen Gründen von den Nationalsozialisten verfolgt worden.

Am 30. Januar 1936 wurde er in unserer gemeinsamen Wohnung in Berlin N 58, Senefelder Str.30, festgenommen. Er wurde unter dem Vorwurf des Hochverrats angeklagt und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe verbüßte er teilweise im Zuchthaus Brandenburg, bis er Anfang 1943 in das KL Auschwitz deportiert wurde. Dort verstarb er nach der vorliegenden Sterbeurkunde

am 3. August 1943.

Ich und mein Schwager, Josef Werner B i e r m a n n beantragen für die Zeit

vom 30. Januar 1936 bis zum 3. August 1943 (Tod)

Entschädigung wegen des ihm zugefügten Freiheitsschadens.

Ich - als Witwe - und der Bruder des Verstorbenen, Josef Werner Biermann, sind als Erben zu je 1/2 des Nachlasses festgestellt.  
(M 25)

Ich beabsichtige nicht, meinen Wohnsitz von Berlin (Ost) nach Berlin (West) zu verlegen.

Ich möchte bemerken, daß ich keinerlei Unterlagen über die Frei-



heitsentziehung meines Mannes besitze."

v.

g.

u.

x Johanna Triebert geb Kanjoko

g.

w.

o.

Stulz



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

146  
1 Berlin 21, den 18. MAI 1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 Js 7/65 (RSHA)

An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;  
hier: Schutzhaftverhängung gegen jüdische Bürger

Sehr geehrte Herren!

Ich darf um Mitteilung bitten, ob sich aus den dortigen Unterlagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Person ergibt:

F e h e r , Bela

geboren am 5.5.1875 in Ungarn

letzter Wohnort: Berlin - Steglitz,  
Altmarktstr. 16

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage  
*Nagel*  
(Nagel)  
Staatsanwalt

T 1795

Sch



Kra.

Antwort des ISD Arolsen

T/D 950.969

Arolsen, den 7. Juni 1967

Sehr geehrte Herren!

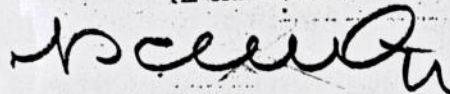
In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

FEHER, geb. JONAS, Bela, geboren am 5. Mai 1875 in Ungarn, letzter Wohnort: Berlin, Altmarkstr. 16, ist am 22. Februar 1943 verstorben (Ort nicht angeführt).

Geprüfte Unterlagen: Liste von verstorbenen Juden, aufgestellt am 11. März 1944 von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin. Karteikarte des A.J.D.C. Berlin, ausgestellt nach dem Kriege.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(im Auftrage:

  
G. Pecher



21. Juli 1944.

148

Betrifft: Einziehung von Vermögenswerten verstorbener Juden

Der Jude - Die Jüdin Lea Fieber geb. Jonas  
geb. am 5.5.1875 in Ungarn zuletzt wohne-  
haft gewesen in Berlin-Hegelitz Altkönigstr. 16 ist am  
22.2.44 ~~41~~ 43 verstorben.

VZg.

WZg.

Der Vollziehungsbeamte Behn wird  
beauftragt, Feststellungen über den Nachlaß des - der - obigen Verstorbe-  
nen zu treffen.

a.) Welches war die letzte Wohnung? Auschnitt  
Falls in Krankenhaus, in Heim, oder in der Sammelstelle verstorben,  
ist die letzte Wohnung vorher festzustellen.

b.) Wo befindet sich der Nachlaß? Auschnitt

Sollten Einrichtungsgegenstände vorhanden sein, so sind diese zu schät-  
zen und der Schätzungsbogen in doppelter Ausfertigung vorzulegen.

c.) Ist die Wohnung versiegelt? Nein Wenn ja, seit wann und von  
wen?

Wer ist Vermieter? Franz

Wie hoch war der monatliche Mietzins? 50 RM

Sind oder waren Untermieter, (bis wann?) vorhanden und wie heißen sie?

d.) Sind Erben zu ermitteln, die über den Nachlaß Auskunft geben können.

In Auftrag

Warten!



149

Auszugsweise Abschrift aus der Entschädigungsakte Blatt 10  
nach Bela F e h e r

Am 12. Sept. 1942 wurde mein Mann, durch geschickte Intrige, von der Gestapo, inhaftiert weil er Jude war.

Ich unterließ keinen Versuch, bei der Gestapo, vorzusprechen um zu erfahren, warum dies geschehen.

Die vielen Schmähungen und Erniedrigungen, die ich dadurch ausgesetzt war, und die Antwort, wir sammeln die Juden ein, und zuletzt, die Nachricht, daß mein Mann in "Auschwitz" verstorben sei. Am 22.2.1943

Alles dieses, hatte meine Nerven, so verwirrt, einen Nervenschock, nach dem anderen, kam dazu, daß SS. und Gestapo wiederum, in meine Wohnung, kamen, und meinen Mann holen wollten. Er war schon tot.

gez. Elsbeth Feher  
Steglitz, Altmarktstr. 16

F.d.R.d.a.A.

*Rathmann*  
(Rathmann) PHw

I - A - KI 3

Berlin, den 9.7.1968

V e r m e r k:

Nach Angaben von Frau Elisabeth F e h e r in der Entschädigungsakte nach ihrem im KL Auschwitz verstorbenen Ehemann Bela F e h e r, wurde dieser am 12.9.1942 von der Stapo Bln. verhaftet.

Als Grund für die Festnahme ist angegeben, daß der Betroffene von der Luftschutzwaritn seines Wohnhauses in Berlin - Steglitz, Altmarktstr. 16 bei der Gestapo denunziert worden sei.

In der Zeit vom 12.9.42 bis 25.1.43 sei der Betroffene bei der Gestapo Burgstr. und im Gefängnis Invalidenstr. inhaftiert gewesen.

Danach



Danach wurde er in das KL Auschwitz gebracht, wo er am 22.2.43 verstarb.

*Schultz.*  
(Schultz) KOM



Es ist demnach keine Frage, dass die in der  
Lith. in. Buchst. die Tage nicht mehr zu erwarten. Selbst, wenn  
nirgend, wissen, was für ein Fels in der Zukunft ist, was keine  
mutter mit der Sprache wird, die in der Zukunft der der  
Lith. Buchst. zu erwarten ist, was Er. Weiss die Zukunft  
ist. Fern. Weiss, was früher war, was die Zukunft mit der Fels  
zu erwarten ist.



inhalts. Frau Felix und ihre Kinder haben gesehen, dass Sie  
nicht zu Frau. Wie sie mich. Sie haben am 28. 9. 25.  
im gleichen Sinne.

152

Fragen in Brief. In NSDAP sind Frau Felix  
nicht, haben sie überhaupt kein Interesse. Ich habe mich  
nicht bewegt der Freude gekommen, meine Hoffnung  
zu demjenigen.

Sie sind nicht bekannt ist, wurde Frau Felix von  
der Jugend gegeben. Der weitere Verlauf ist nicht mehr zu  
bekannt.

Demnach muss ich mir, das Er. Wie sie den Sinn, nicht  
bekannt ist, wenn sie der Hauptbegriffen für die erste Bewegung.  
Licht Er. Wie, Frau Felix muss Bewegung, nicht zu geben mich  
mit seiner Frau glücklich zusammen leben

Friedrich





4 2899  
Sterbeurkunde

G 2 436  
~~BEF~~

(Standesamt S t e g l i t z von Berlin Nr. 1885/1955)

Die Elsbeth Emilie Marie F e h é r geborene  
J o n a s, ohne Beruf - - - - - evangelisch,

wohnhaft in Berlin-Steglitz, Birkbuschstraße 27,

ist am 6. November 1955 um 1 Uhr 30 Minuten

in Berlin -Lankwitz im Städtischen Krankenhause

Steglitz - - - - - verstorben.

D ie Verstorbene war geboren am 18. Februar 1884 - -

in Berlin. - - - - -

(Standesamt Berlin 7b, jetzt Nr. 420/1884)  
Friedrichshain von Berlin

D ie Verstorbene war - ~~nicht~~ - ~~verheiratet~~ die Witwe des  
Buchdruckers Béla F e h é r. - - - - -

Berlin -Lichterfelde, den 7. November 1955.

Der Standesbeamte

In Vertretung

*[Signature]*



(Siegel)

Ko



Labandlung.

Am 18. 2. 1884 bin ich in Leoben angekommen.

*Lin. nungulif. nuyon.*

Längste des Huls 1 1/2 Fuß. Auf der Transformation,  
kam in 1 1/2 Fuß. in die Frühlings Pflanzung  
später haben sie die Pflanzung, die in dem als  
Larve überlebt.

1899 floß in die Ehe mit Béla Fehér 5. 5. 1875 in  
Bekes. Er ist in Ungarn geboren, als Vater eines einzigen  
Sohnes, der 3 Jahre alt ist. Er ist ein Landwirt und  
hat ein Grundstück in Budapest, das er in der  
Stadt verkauft hat.

Um sich seine Kenntniss zu erweitem, besonders  
in der europäischen, griechen, römischen, arabischen  
Literatur.

1904 sent to old Botanical. Thuffenbach is in Uptown.  
Dawson is, now at lib 1941. Siding west.

Davidson war, wie er bis 1941 aktiv war.  
Er war sozialdemokratisch, verantwortlich für seine  
Organisation, im Verband der Lehrer und Christen  
Er war jüdischer Nationalist.

Er wurde jüdischer Kollaborateur.  
Auf einer Anzeige wurde er gemeldet. Am  
12. September 1942 wurde er von der Gestapo, die in der  
Abteilung Kommando war, in der  
Abteilung Kommando war, in der

Vorsatz bestätigt.  
die Gasten kommt mir ein Name, zuweilen in der  
Polizei. Prüferin und später in der Polizei. Früher  
in die Inspektion. 54. (Juli 13.) so die übrigen finden  
indiv. werden. So wird dort die Nummer (3079 F)  
zu dem Beginn dort. In

[illegible]

finden vorgeordnet. Ein Koffer zum  
Vermitteln, sprach ich in der Linienstraße bei der "Gasthaus" aus  
hiesiger Landkarten über mich. Als ich in  
Gasthaus mein Mann wieder sah. Letzter in seiner  
Zusammenkunft, Krieger zum wiederholten, erregte.  
denn konnte man ihn mit der Dilemma, nach  
H. L. Anweisung. (Der mein Mann, der aus, habe ich  
oft mit ihm viel vorgefallen. Bei der  
Gasthaus vorgefallen. Mein Mann vorgefallen lange Zeit.



du wilst ich, von der Polizei die Freiheit,  
 das meine Mann in R. L. in Aussicht  
 zu stellen sei.  
 Ich danke dir, die Arbeit. Und ich von dir  
 ich wilst ich mich, aber eine Arbeit. Und ich  
 ungenügend.

Der Todestag war der 22. 2. 1943.  
 Es war die junge Zeit von meinem geliebten  
 Mann. Es war die junge Zeit von mir mit dem  
 Mann zusammen zu leben. Hier mit immer  
 wieder gesammelten Energie, erfrischte ich ab bei  
 der "Gefahr" und setzte ich frei zu bekommen.  
 zuletzt fingen wir an. Es ist ein Kind, ein  
 Kind in R. L.

Die junge Zeit, die ich, das sind meine Arbeit,  
 immer beim Arzt und leider stellen sich. Ich  
 danke, und die Arbeit. Und ich, das  
 meine Mann Arbeit sind. Und ich nicht in  
 Zukunft, mit dem Leben zu leben.

Das ist das, das sind wieder fassen ich.  
 und die letzte Zeit, die meine Mann dringender  
 ist in meine Arbeit, danke ich mich.  
 Und ich nicht der diese Arbeit, das ist das.  
 Und ich nicht der diese Arbeit, das ist das.  
 Und ich nicht der diese Arbeit, das ist das.

Ich danke dir, die Arbeit.  
 das sind die Arbeit, die Arbeit.  
 danke, das ist, danke, danke.

Robert Anker. Elisabeth Fehér geb. Jonas.  
 Nr. 15335. Haglitz. Altmühlstr. 16.



## Sterbeurkunde

G 1

9

(Standesamt II Auschwitz \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_)

Der Arbeiter Bela Feher \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ glaubenslos früher mosaisch \_\_\_\_\_

wohnhaft Berlin-Steglitz, Altmarkt Nr. 16 \_\_\_\_\_

ist am 22. Februar 1943 \_\_\_\_\_ um 11 Uhr 15 Minuten

in Auschwitz, Kasernenstrasse \_\_\_\_\_ verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 5. Mai 1875 \_\_\_\_\_

in Bekes Gyula, Ungarn \_\_\_\_\_

(Standesamt \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_)

Vater: Martin Feher \_\_\_\_\_

Mutter: Rosalie Feher geborene Schwartz \_\_\_\_\_

Der Verstorbene war - nicht - verheiratet mit Elisabeth Feher  
geborene Jonas \_\_\_\_\_

Auschwitz, den 21. März \_\_\_\_\_ 1943.

Der Standesbeamte  
In Vertretung

Gebührenfrei



V e r m e r k:

Die Witwe des Bela F e h e r ist am 6.11.1955 verstorben;  
Eine Sterbeurkunde liegt vor, s. Bl. A 36.

Die Erbeserin, Frau Else S c h ö s s e r , geb. Albrecht,  
10.6.98 Saarbrücken geb., ist ebenfalls verstorben. Der Tod  
ist beim Standesamt Schöneberg von Berlin unter der Reg.Nr.  
2323/1966 beurkundet.

Erich S c h m o o c k, 20.11.97 Posen geb., der eine Erklä-  
rung für Frau F e h e r abgab, s. Bl. A 10 , starb am 16.6.67.  
Der Tod ist beurkundet beim Standesamt Zehlendorf von Berlin  
unter der Reg.Nr.: 1504/1967.

Sterbeurkunden über diesen Todesfall sind angefordert.

  
(Schultz) KOM



157a

G

## Sterbeurkunde

(Standesamt Schöneberg von Berlin Nr. 109/1959.)Erich Karl Schmooch, - - - - -  
- - - - - evangelisch, - -wohnhaft in Berlin-Steglitz, Kissinger Str. 2a,  
-/-ist am 11. Januar 1959 - - - - - um 18 Uhr 25 Minuten  
in Berlin-Schöneberg - - - - -  
verstorben.D er Verstorbene war geboren am 20. November 1897 - - -  
in Sankt Lazarus in Posen. - - - - -D er Verstorbene war verheiratet mit Ida Maria - -  
Schmooch geb. Janello. - - - - -  
-/-Berlin - Schöneberg, den 19. Juli 1968Der Standesbeamte  
In Vertretung

Kath

Gebührenfrei zum amtlichen Gebrauch



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21, den 18. MAI 1967 158  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 Js 7/65 (RSHA)

An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;  
hier: Schutzhaftverhängung gegen jüdische Bürger

Sehr geehrte Herren!

Ich darf um Mitteilung bitten, ob sich aus den dortigen Unterlagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Person ergibt:

G e r b e r , Willy.

geboren am 5.2.1892 in Berlin  
letzter Wohnort:

Hohen Neuendorf b. Berlin,  
Cartonweg Nr. 4

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage

*Nagel*  
(Nagel)  
Staatsanwalt

Sch

bitte wenden



Kra.

Antwort des ISD Arolsen

T/D 3030 589

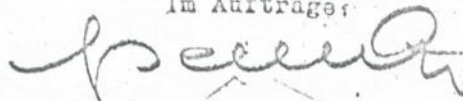
Arolsen, den 7. Juni 1967

Sehr geehrte Herren!

Anliegen übersenden wir Ihnen eine beglaubigte Fotokopie eines Berichtes vom 14. Mai 1959, ausgestellt für die umseitig genannte Person.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage:



G. Pecher

Anlage : 1





COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE

SERVICE INTERNATIONAL DE RECHERCHES

3548 Arolsen - République fédérale d'Allemagne

INTERNATIONAL TRACING SERVICE

INTERNATIONALER SUCHDIENST

3548 Arolsen - Federal Republic of Germany

3548 Arolsen - Bundesrepublik Deutschland

Téléphone: Arolsen 434 • Télégrammes: ITS Arolsen

160

Herrn Regierungspräsidenten  
- Entschädigungsbehörde -

14. Mai 1959

H I L D E S H E I M  
Schuhstrasse 3

Unser Zeichen  
T/D 303 589

Ihr Zeichen  
I EB 221 434 a

Ihr Schreiben vom  
20. Oktober 1958

Betrifft: GERBER, Willy, geboren am 5. Februar 1892 in Berlin.

In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

GERBER, Willy, geboren am 5. Februar 1892  
in Berlin, Staatsangehörigkeit: deutsch,  
Beruf: Bankbeamter, Arbeiter, letzter Wohn-  
ort: Hohenneuendorf, Gartenweg 4, oder  
Privatstr. 4, ist am 17. Juli 1943 ver-  
storben (Sterbeort nicht angeführt).

Geprüfte Unterlagen: Zählkarte der Reichs-  
vereinigung der Juden in Deutschland; Liste  
von verstorbenen Personen, aufgestellt von  
der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizei-  
stelle Berlin.

Nach Mitteilung des Sonderstandesamtes Arolsen ist eine Beurkundung  
des Sterbefalles infolge des fehlenden Sterbeortes nicht möglich.

Sollten in Zukunft neue Informationen eingehen, werden wir Sie unauf-  
gefordert benachrichtigen.

Kra.



Die Übereinstimmung der Fotokopie mit dem  
Original wird hiermit beglaubigt.

Arolsen, den 8. Juni 1967



*H. H. H. H.*  
Leiter des Archivs  
des  
Internationalen Suchdienstes



Sterbeurkunde

(Standesamt II Auschwitz Nr. \_\_\_\_\_)

Der Bankkontrollleur Willy Israel Gerber

mosaisch

wohnhaft Hohen-Neuendorf bei Berlin, Gartenweg Nr. 4

ist am 17. Juli 1943 um 10 Uhr 30 Minuten

in Auschwitz, Kasernenstrasse verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 5. Februar 1892

in Berlin

(Standesamt \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_)

Vater: Philipp Gerber, zuletzt wohnhaft in

Berlin

Mutter: Rosa Gerber geborene Freimann, zuletzt

wohnhaft in Berlin

Der Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet mit Mita Gerber

geborene Thiem

Auschwitz, den 21. August 1943



Der Standesbeamte  
*[Signature]*

C 251, C 252 (mit Elternangabe bzw. ohne Elternangabe).  
N Verlag für Standesamt-Formen G. m. b. H., Berlin SW 61, Gitschiner Straße 109.  
Verlag für kommunale Schrifttum und Vordrucke Kurt Gruber, Kattowitz. B 0202 [C 251 | C 252]  
*[Signature]*



V e r h a n d e l t

Fernmündlich bestellt, erscheint die Hausfrau

Meta Gerber geb. Thiem,  
12.12.12 Kamern Krs. Jerichow geb.,  
1 Berlin 52,  
General-Woyner-Str. 43 wohnh.,  
Tel.: 412 73 43,

und erklärt nach Belehrung gem. §§ 52, 55 StPO folgendes:

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir bekanntgegeben.  
Ich bin bereit, die gewünschten Angaben zu machen.

Im Jahre 1935 heiratete ich meinen Ehemann

Willy Gerber,  
5.2.1892 Berlin geb.,  
Bankkaufmann,

und sog. Volljude.

Wir wohnten seinerzeit, und zwar bis zur Festnahme meines Ehemannes in Hohenneuendorf.

Unserer Ehe entstammt eine Tochter, die am 28.10.1942 geboren wurde. Da ich sog. Arierin bin, galt unsere Ehe als privilegierte Mischehe. Aus diesem Grunde brauchte mein Mann nicht den Judenstern zu tragen.

Durch die NS-Maßnahmen durfte mein Mann seinen Beruf ab Oktober 1937 nicht mehr ausüben; er mußte in Hohenneuendorf Zwangsarbeit verrichten.

Am 9.3.1943 erhielt mein Mann eine Postkarte der Stapostelle Potsdam, wonach er sich am 10.3. dort zu melden hätte. Von dort kehrte er nicht mehr zurück. Ich rief am nächsten Morgen bei der Stapostelle an und man bestätigte mir, daß mein Mann dort



sei. Mein Einwand, daß er in privilegierter Mischehe lebe, wurde mit der Bemerkung, das macht nichts, er ist als Jude in Erscheinung getreten, abgetan. Ich erhielt lediglich die Erlaubnis, meinen Mann wöchentlich einmal zu besuchen und konnte ihm dabei frische Wäsche und Lebensmittel mitbringen. Ich möchte berichtigen. Wöchentlich einmal gab ich Wäsche und Lebensmittel ab, Sprecherlaubnis erhielt ich in der Zeit vom 10.3. bis 10.5.1943 vier oder fünf Mal.

Ich habe mehrere Versuche bei der Stapostelle Potsdam unternommen, die Freilassung meines Ehemannes zu erwirken, jedoch stets ohne Erfolg. Ich wandte mich dieserhalb auch an einen Berliner Rechtsanwalt, damit dieser sich für die Freilassung verwenden sollte. Nachdem ich ihm aber die ganze Angelegenheit erklärt hatte, lehnte er es ab, in meiner Sache tätig zu werden, da die Angelegenheit von vornherein aus aussichtslos zu betrachten wäre.

Am 10.5.1943 kam mein Mann dann zum Konzentrationslager Auschwitz. Ich selbst habe bei der Stapostelle Nachfrage gehalten, wo mein Mann hingekommen ist. Man sagte mir, er sei in das Konzentrationslager Auschwitz gekommen und dürfe nach 6 Wochen an mich schreiben und ich müsse mich jetzt daran gewöhnen, allein mit allem fertig zu werden.

Aus dem Arbeitslager Auschwitz-Birkenau erhielt ich von meinem Mann 1 Postkarte. Vorher habe ich allerdings vom KL Auschwitz die Mitteilung erhalten, daß mein Mann dort an einer Lympfdrüsenvergiftung verstorben wäre. Diese Benachrichtigung bekam ich allerdings nicht schriftlich, sondern sie wurde durch einen Polizeibeamten unserer örtlich zuständigen Polizeidienststelle überbracht. Von Auschwitz selbst bekam ich eine Aufstellung über den Nachlaß meines Ehemannes, der am 17.7.1943 verstorben ist.

Sowohl die Postkarte als auch die Aufstellung müßte ich noch zu Hause in meinen Papieren haben. Ich werde sie zur Verfügung stellen und bin damit einverstanden, daß Ablichtungen davon zu den Ermittlungsakten genommen werden. Alsdann bitte ich um Rückgabe meiner Unterlagen.

gez.	Geschlossen:	selbst	..... gelesen, genehmigt, unterschrieben:
	Schultz		gez. Meta G e r b e r
	.....		.....
	(Schultze) KOM		



*Willy Gerber  
Hohen Neuendorf bei Berlin  
Gartenweg Nr. 4*



*Meta Gerber  
Hohen Neuendorf  
Gartenweg 4*

*25.6.43  
Hohen Neuendorf  
Gartenweg Nr. 4  
Hohen Neuendorf bei Berlin  
Gartenweg Nr. 4*

Name *Gerber Willy* Nr. *122581*  
Geboren *5. 2. 92* Gestorben *17. 7. 43*

# Verzeichnis der Nachlass-Sachen

Koffer	Kragen	<i>6</i> Taschentuch
Aktentasche	Binder	Ziertuch
	Fliege	Handtuch
Hut	Halstuch	
<i>1</i> Mütze		Bürsen
<i>1</i> Mantel	<i>1</i> Schuhe	Kamm
<i>1</i> Rock	Stiefel	Spiegel
Jacke	Pantoffeln	Messer
<i>1</i> Hose	<i>3</i> Strümpfe	Schere
Weste		Nagelfeile
<i>1</i> Pullover	<i>1</i> Sockenhalter	Feuerzeug
	Ärmelhalter	Geldbörse
<i>2</i> Hemda	Hosenträger	Brille/Etui
<i>3</i> Unterhosen	Leibriemen	Schlüssel/Ring
Alaunstein	Seifennapf	Brieftasche
Hautcreme	Seife	Fotos
Rasierapparat	Zahnbürste	Pass
Rasiermesser	Zahnpasta	Inv. Vers. Karte
Rasierklingen		Aufrechnungsbesch
Rasierpinsel		Füllhalter
Rasierseife		Drehbleistift
Rasiercreme		

Fran *Gerber Meta* Ausgefertigt am *23. 9. 1943*  
*Hohen Neuendorf bei Berlin* von *Hohen Neuendorf*  
*Gartenweg Nr. 4* *11. 10. 43*



Prezgefängnis

Potsdam, den 18. April 1944

Liebe gute Meta!

Es geht mir gut und bin ich  
gesund und hoffe zu Hause allen voll

Bringe doch bitte ein leeres Bullen-  
Futtern mit, liegt im Vertikow. Auch  
Seife und Mähzeug könnte ich brauchen  
und den Mägelknipper.

Wenn Du mal verhindert bist  
herzukommen kannst Du auch mit  
der Post schicken.

Ist Renate immer artig?  
Hier vergehen die Tage im gleichen  
Takt und voller sind auch der Tag  
erhoffen da wir uns wiedersehen.

Bleibe Du lieber Freuchen nur  
gesund und mutig und schreibe mal  
von Dir und der Kleinen. Grüße bitte Ruth.  
Auch sende Du viele herzliche Grüße  
und Küsse auch für Renate.

Dein Willy

Ich wünsche Euch ein gesundes Osterfest

Willy  
Stettin  
am 12/18

Wartburg 4

Stettin Alexanderstr. 1 Berlin



Meta  
Stettin

Willy

1646





Frau

Meta Gerber

Hohen-Neuendorf bei Berlin  
Gartenweg Nr.4

Der Standesbeamte  
des Standesamts II  
Auschwitz, Kreis Bieleitz



164c



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

165  
1 Berlin 21, den 18. MAI 1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 Js 7/65 (RSHA)

An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;  
hier: Schutzhaftverhängung gegen jüdische Bürger

Sehr geehrte Herren!

Ich darf um Mitteilung bitten, ob sich aus den dortigen Unterlagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Person ergibt:

**H e r z b e r g , Sali**

geboren am 25.2.1880 in Hanau

letzter Wohnort: Berlin W 30,  
Berchtesgardener Str. 2/3

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage

*Nagel*  
(Nagel)  
Staatsanwalt

1209

Sch

bitte wenden



Kra.

Antwort des ISD Arolsen

T/D 950 971

Arolsen, den 7. Juni 1967

Sehr geehrte Herren!

In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

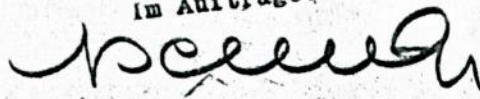
HERZBERG, Salli, geboren am 25. März 1880 in Kesselstadt, letzter Wohnort: Berlin, Berchtesgadenerstr. 2/3, ist am 24. Juli 1943 verstorben (Ort nicht angeführt).

Abweichungen: Geburtsmonat, Geburtsort.

Geprüfte Unterlagen: Liste von verstorbenen Juden, aufgestellt am 1. April 1944 von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin; Karteikarte des A.J.D.C.Berlin, ausgestellt nach dem Kriege.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage:

  
G. Pecher

*Wiel. datum?*



14  
G 1, G 2

# Sterbeurkunde

(Standesamt II Auschwitz Nr. \_\_\_\_\_)

Der Angestellte Sali Israel Herzberg

mosaisch

wohnhaft Berlin W.30, Berchtesgadenerstrasse Nr.2-3

ist am 24. Juli 1943 um 01 Uhr 15 Minuten

in Auschwitz, Kasernenstrasse verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 25. Februar 1880

in Hanau

(Standesamt \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_)

Vater: Julius Herzberg, zuletzt wohnhaft in

Hanau

Mutter: Kathe Herzberg geborene Goldschmidt,

zuletzt wohnhaft in Hanau

Der Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet mit Helene Herzberg

geborene Schenk

Auschwitz, den 21. August 1943



Der Standesbeamte

*J. J. J.*

C 251, C 252. Sterbeurkunde (mit Elternangabe bezw. ohne Elternangabe).

N Ver. f. d. Standesämter G. m. b. H., Berlin SW 61, Gitschiner Straße 109.

Ver. f. d. Standesämter G. m. b. H., Berlin SW 61, Gitschiner Straße 109. Vordrucke Kurt Gruber, Kattowitz. B/0262

G 251 | C 252



DR. KARL LEONHARD  
RECHTSANWALT UND NOTAR

Postscheck: Berlin-West 73128  
Bankkonto: Nr. 176 096,  
Bank für Handel und Industrie A.G.,  
Berlin W 15, Kurfürstendamm 179

Eing. bestätigt

10. Feb. 1956  
*hnt*

C1 168  
Berlin W 15, den 6. 2. 1956

Bleibtreustraße 24  
(Ecke Kurfürstendamm)  
Telefon: 91 43 69

L/W. 4411

8. FEB. 1956

An das  
Entschädigungsamt Berlin

B e r l i n W 35  
Potsdamer Str. 186

Betr.: Reg. Nr. 12 515

In der Entschädigungssache Helene Herzberg nach  
Sally Herzberg überreiche ich anliegend: *631 nr. Herzberg*  
Den Antrag auf Entschädigung wegen Schaden an der Freiheit, als  
Belege füge ich bei:

- 1.) Sterbeurkunde,
- 2.) Schreiben des KZ Auschwitz vom 16.10.1943,
- 3.) Schreiben der Gestapo vom 8.4.1943,
- 4.) Karte des Postamtes 17 vom 14.10.1943,
- 5.) Aufklebeadresse.

Ich bitte dringend darum, mir diese Unterlagen nach Einsicht-  
nahme und Prüfung möglichst bald wieder zurückzugeben.

*Leonhard*  
Rechtsanwalt

6 Anlagen

*Kartei Karte bericht. M. M. M.*

*Statistik*



An das

Entschädigungsamt Berlin



stat. erfaßt

Register-Nr.: 12515 92121

169

## Schaden an Freiheit (§§ 16 und 17 BEG)

### I. Angaben über den Verfolgten:

Familienname: Herzberg Vorname: Sally

Bei Frauen Mädchenname: -----

geb. am 25.2. 1880 in Hanau-Kesselstadt Kreis: Frankfurt

Gegenwärtige Anschrift: verstorben

### II. Angaben über den Freiheitsentzug:

1. Ich war meiner Freiheit beraubt: -----

Art der Haft (Anstalt, Lager, Strafbatl.)

von 12.9.41 bis 7.1.43 in Sternenträger

von 8.1.43 bis 24.7.43 in KZ Auschwitz

von -- bis -- in

2. Ich habe illegal gelebt:

VON / bis / in

VON / bis / in

### III. Nachweise:

1. Ich bin Inhaber des PrV-Ausweises auf Grund des Gesetzes vom 20. 3. 1950 über die Anerkennung als politisch, rassisch oder religiös Verfolgte(r) \*) Sterbeurkunde, Schreiben der Gestapo 8.4.43, Schreiben Auschwitz v.16.10.43, Postkarte v.14.10.43, Aufkle- des amtlichen Ausweises als Opfer der nationalsozialistischen Sondergesetzgebung (graue Karte) \*) beadresse ausgestellt am: ----- mit der Nummer: -----

Sämtliche Unterlagen werden beigelegt  
liegen bei meinen Anerkennungsakten \*)

2. Ich besitze keinen der vorgenannten Ausweise und lege folgende Nachweise für die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen erlittene Haft vor:

### IV. Antrag:

Ich beantrage für die erlittene Freiheitsberaubung bzw. Aufenthalt in der Illegalität von insgesamt 686 Tagen Haftentschädigung.

Ich erkläre hiermit, daß alle in der vorstehenden Anmeldung enthaltenen Angaben nach meinem besten Wissen und Gewissen genau, vollständig und der Wahrheit entsprechend gemacht worden sind. Die Bestimmungen des § 2 des Bundesergänzungsgesetzes (Verwirkungsvorschriften) sind mir bekannt.

Berlin, 31.1.1956  
(Ort und Datum)

  
(Unterschrift)

### Anlagen:

\*) Nichtzutreffendes streichen!



# Sterbeurkunde

G 1

(Standesamt II Auschwitz \_\_\_\_\_ CXXXVIII103/1943  
Nr. \_\_\_\_\_)

Der Angestellte Sali Israel Herzberg \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ mosaisch \_\_\_\_\_

wohnhaft Berlin W. 30, Berchtesgadenerstrasse \_\_\_\_\_

Nr. 2-3 \_\_\_\_\_

ist am 24. Juli 1943 \_\_\_\_\_ um 01-15-Uhr \_\_\_\_\_ Minuten

in Auschwitz, Kasernenstrasse \_\_\_\_\_ verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 25. Februar 1880 \_\_\_\_\_

in Hanau \_\_\_\_\_

(Standesamt \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_)

Vater: Julius Herzberg, zuletzt wohnhaft in

Hanau \_\_\_\_\_

Mutter: Käthe Herzberg geborene Goldschmidt,  
zuletzt wohnhaft in Hanau \_\_\_\_\_

Der Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet mit Helene-  
Herzberg geborene Schenk \_\_\_\_\_



Auschwitz, den 8. September 1943

Der Standesbeamte  
In Vertretung

N \_\_\_\_\_

Gebühr RM \_\_\_\_\_

Gebührenfrei



Verwaltung  
Konzentrationslager Auschwitz  
Eff. Az: 14/113316 143

Auschwitz O/S., den 6 X. 1943 194  
Telefon Nr. 65.  
Bahnhof: Auschwitz (Oświęcim)  
Postcheckkonto Breslau-Nr. 4356

Betrifft: Nachlassachen des verst. Häftlings Nr. 113316  
Herzberg Sali, geb. 25.2.80

Anlagen: Eine Empfangsbestätigung.

An die Frau  
Hella Herzberg  
Berchtesgadenerstr. 2-3  
Berlin W30

Als Postpaket wird heute der Nachlass des am 24.7.43 im hie-  
sigen Lager verstorbenen vorgenannten Häftlings zur weiteren Ver-  
fügung übersandt. (Nachlasspaket ist besonders gekennzeichnet.)  
Die Anschrift der Angehörigen lautet:

Ein Nachlassverzeichnis liegt dem Paket bei.  
Es wird gebeten, die beigefügte Empfangsbestätigung unterschrie-  
ben zurückzusenden.

Der Leiter der Verwaltung  
des Konzentrationslagers Auschwitz  
i. A.

Sturmführer

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin  
Stapo IV C 2 a

Berlin, den 8. April 1942<sup>x3</sup>

An das  
Polizeigefängnis im Polizeipräsidium

H.Nr. 811.I

h i e r

(Ehefrau)

Herrn/Frau/Fräulein exx. Helene. H. e. r. z. b. e. r. g. geb. Schenk  
wird hiermit Sprecherlaubnis am 8.4. 1942<sup>3</sup> für die Dauer  
von 10. Minuten in Gegenwart eines Beamten für den dort  
einsitzenden Schutzhäftling Sali. Israel. H. e. r. z. b. e. r. g.  
, ..... erteilt. Grund: Bankzfragen.

Im Auftrage:

Formular IV Nr. ....  
Sprecherlaubnis 109



Postamt 17 (Schles. Bhf.)

PA

172  
Llu, den 14 Oktober 1943

Das Paket Nr. 006 aus Kupferwitz O/S. Gewicht 6,950 kg  
an Frau Heller Herzberg in Llu, W. 30 Berchtesgadenstr. ?  
Absender (möglichst genau) Konzentrationslager Kupferwitz O/S. Olla.  
Heller Herzberg ist infolge mangelhafter Verpackung beschädigt  
hier eingegangen.

Mängel der Verpackung:

Die Umfüllung war zu pfusch

~~Die Aufgabe-Pflicht wird gebeten, dies dem Absender mitzuteilen.~~

Die Verpackungskosten werden auf dem Paket angerechnet. Die Zustell-Pflicht wird gebeten, die Vereinnahmung zu prüfen (ADA V, 2 § 76, XV).

L. M.  
Goskowski

Abs.: Konzentrationslager Auschwitz O/S.

113 316

Abt. G. E. V.

Frau Hella

Herzberg

Berlin W. 30

Herzberg Geli  
geb. 25.2.1810

Berchtesgadenerstr. 2-3



## Ausfertigung



# Verhandelt

Berlin , am 3. August 1956.

Vor dem unterzeichneten Notar in Berlin W 15, Bleibtreustr. 24.

Dr. Herbert Fischer  
als amtlich bestelltem Vertreter des Notars Dr. Karl Leonhard  
erschien heute

Frau Helene Herzberg geb. Schenk  
aus Berlin-Friedenau, Stubenrauchstrasse 51/52.

Die Erschienenene ist dem Notar von Person bekannt.

Sie wurde über die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung und über die Strafbarkeit der Abgabe einer fal-



schen eidesstattlichen Versicherung belehrt.

Die Erschienenene erklärte,

Mein Ehemann Sally Herzberg hat in der Zeit vom 19. September 1941 bis zum 7. Januar 1943, d. h. bis zum Tage seiner Inhaftierung, ständig den Judenstern in der Öffentlichkeit getragen. Ich habe ihm selbst diesen Stern auf seine sämtlichen Kleidungsstücke (Jacketts und Mäntel) aufgenäht. Er ist nie ohne diesen Stern ausgegangen. Auch sogar in der Wohnung hat er ständig den Stern getragen.

Dieses kann notfalls auch das Ehepaar früherer Fabrikbesitzer Max Herz und Ehefrau Hedwig, beide wohnhaft jetzt in Berlin N 65, Iranische Straße 3, Jüdisches Altersheim, bestätigen. Mit diesem Ehepaar sind wir über 30 Jahre eng bekannt.

Das Protokoll ist von dem Notar vorgelesen, von der Beteiligten genehmigt und eigenhändig unterschrieben worden:

gez. Helene Herzberg, geb. Schenk

gez. Dr. Herbert Fischer

Notarvertreter

Kostenrechnung

Geschäftswert: 2.000.-- DM

Gebühr §§ 26, 43 I 15,-- DM

Umsatzsteuer 0,60 DM

15,60 DM

gez. Dr. H. Fischer

Notarvertreter



Die vorstehende unter Nummer 195/1956 der Urkundenrolle  
eingetragene Verhandlung wird hiermit zum ersten Male aus-  
gefertigt und diese Ausfertigung der

Frau Helene Herzberg geborene Schenk,

Berlin-Friedenau, Stubenrauchstraße 51-52

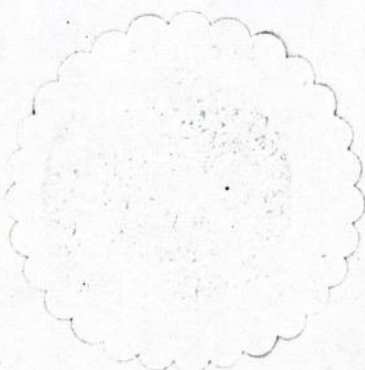
erteilt.

B e r l i n, den 8. August 1956.

Dr. Leopold  
Notar

durch seinen amtlich bestellten Vertreter

*J. Schubert*  
N o t a r





1759

G

# Sterbeurkunde

(Standesamt Schöneberg von Berlin Nr. 264/1958)

Anna Gertrude Helene Herzberg geb.  
Schenk, ----- evangelisch,

wohnhaft in Berlin-Friedenau, -----  
Stubenrauchstraße 51-52, -----

ist am 23. Januar 1958 ----- um -6- Uhr ----- Minuten

in Berlin-Friedenau -----

verstorben.

Die Verstorbene war geboren am 12. August 1878 -----

in Danzig. -----

Die Verstorbene war Witwe von Sali -----

Herzberg. -----

-/-

Berlin - Schöneberg, den 21. August 1968



Der Standesbeamte  
In Vertretung

*Koch*

Gebührenfrei zum amtlichen Gebrauch



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

176  
1 Berlin 21, den 18. MAI 1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 Js 7/65 (RSHA)

An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;  
hier: Schutzhaftverhängung gegen jüdische Bürger

Sehr geehrte Herren!

Ich darf um Mitteilung bitten, ob sich aus den dortigen Unter-  
lagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Per-  
son ergibt:

**L a z a r u s , Felix**

geboren am 22.9.1880 in Berlin

letzter Wohnort: Berlin - Alt Gliencke oder Grünau,  
Sachsenstr. 18

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage

*Nagel*  
(Nagel)  
Staatsanwalt

T 207

Sch

bitte wenden



Kra.

Antwort des ISD Arolsen

T/D 950 973

Arolsen, den 7. Juni 1967

Sehr geehrte Herren!

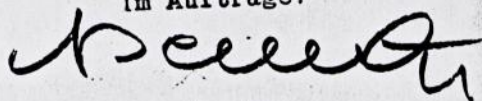
In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

LAZARUS, Felix, geboren am 22. September 1880,  
letzter Wohnort: Berlin-Grünau, Sachsenstr. 18,  
ist am 26. August 1943 verstorben (Ort nicht ange-  
führt).

Geprüfte Unterlagen: Liste von verstorbenen Juden, aufge-  
stellt am 1. April 1944 von der Geheimen Staatspolizei,  
Staatspolizeileitstelle Berlin; Karteikarte des A.J.D.C.  
Berlin, ausgestellt nach dem Kriege.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage:



G. Pechar



Der Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg  
„Vermögensverwertungsstelle“

Sprechstunden 9-13 Uhr, außer Mittwoch und Sonnabend  
Postscheckamt Berlin Konto Nr. 79185  
Reichsbank Berlin Nr. 1/1111

Akt.Z.: O 5205- T 207-Lazarus

Berlin NW 40, 25. Juli 1944.  
Alt-Moabit 143  
Fernsprecher: 35 66 61  
App. 855  
Zim. 217

Standesamt  
Berlin-Treptow  
Eing. 29. Juli 1944  
Treptow  
Ber.-Johannisthal  
Bismarckstr. 18.

An das  
Standesamt

18.8.44  
Betrifft: Einziehung von Vermögenswerten verstorbener Juden

Das Vermögen des Juden - der ~~Jude~~ - Elis. Hans Lazarus  
Friedberg  
geboren am 22.9.1880 in ..... zuletzt  
wohnt in Ber.-Grünau, Ruffinstr. 18. ist, § 2 des 13.  
Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 1. Juli 1943 (RGBl. IS 722) gem., dem  
Reich verfallen. Die Verwaltung und Verwertung des verfallenen Vermögens liegt  
dem Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg ob.

Der Jude - Die Jüdin - ist am 26.8.1943 verstorben.  
Der Sterbeort wird wahrscheinlich sein - ins - letzter Wohnsitz gewesen sein.  
Ich



5 179

St. II Melbamt  
15. AUG. 1944

Standesbeamte  
des Standesamts

Berlin-Cropf Ich bitte, mir eine gebührenfreie Sterbe-Urkunde zu meinem obigen  
in Berlin-Johannisthal Aktenzeichen zu übersenden.

Königstr. 14  
Berl. 171. 569.

21. SEP. 1944

Urschriftlich

Im Auftrag

dem Einwohnermeldeamt Berlin

mit der Bitte um Feststellung des Sterbe-  
ortes und Weiterleitung an das zuständige  
Standesamt. Hier kann nichts ermittelt werden.  
Abgabennachricht ist erteilt.

Berlin-Johannisthal, den 3. August 1944.

In Vertretung:

*[Signature]*

233. Polizeibüro  
26. AUG. 1944  
Berlin-Altglienicke  
Alt-Glieniche

Vordr. T 2

Felix Israel Lazarus, 22.9.80 Berlin geb. ist hier seit dem 10.11.39 in  
Berlin-Altglienicke, Sachsenstr. 18 gemeldet. L. ist vor längerer Zeit  
von der Stapo abgeholt worden. Sein Verbleib ist hier unbekannt.

8/p Schma



115

Felix Lazarus geb. als Sohn des Rentiers  
Isidor Lazarus am 22 Sept. 1888. in Berlin.  
Beruf Kaufmann, betreibt viele Jahre Papier-  
großhandel bis zu seiner Verheiratung mit  
Emilie Margarete Fetting mit der er von  
1912-1943 in Berlin-Grünau Laksenstr. 18  
ein Villengrundst. besaß.

In der Ehe wurde ein Sohn geb. Walter 1912.

Am 17. April 1943. wurde er von Leuten <sup>(Felix Lazarus)</sup>  
die mit gütwilliger Weise in unserem Hause  
Wohnung gesüßten, bei der Gestapo Blue-Brigade  
Zimmer 306 denunziert, worauf er ins Arbeitslager  
Wühlheide kam u. von dort ins Kz. Lg. Aushaus  
wo er am 26. Aug. 43. starb.

Denunzianten sind Rudi Fritz jetzt 32 Jahre  
alt u. seine Frau Eva Fritz geb. Pögel jetzt  
30 Jahr alt, welche v. Ostsektor Berlin-Grünau in  
die Westzone Frankfurt/M. geflohen sind. (Ich habe beim  
Einwohner Meldeamt befragt in Frankfurt/M. mit  
dem Bescheid dort nicht gemeldet.) Er soll jetzt Zei-  
tungsreporter sein.

Emilie Lazarus geb. Fetting.



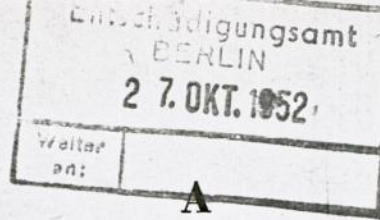
Am 27. Nov. 43. wurde ich von diesem  
Frei Leiden ebenfalls bei der Ge. Kam. Pr.  
Brückstr. Zimmer 144 angezeigt, doch ich  
hatte das große Glück an einem sehr  
verständigen Beamten zu kommen, der  
mich frei ließ.

Emilie Lazarus.



An das

Entschädigungsamt Berlin



Reg.-Nr.:

66096 182

41

## Schaden an Leben (§§ 15, 16 Abs. 7)

für die Witwe, Lebensgefährtin — auch bei Erwerbsfähigkeit ohne Feststellung der Erwerbsminderung —  
für den Witwer, die Eltern, Elternteile und sonstige Verwandte der aufsteigenden Linie bei Bedürftigkeit,  
für Voll- und Halbwaisen, elternlose Enkel bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, darüber hinaus, solange  
Ausbildung andauert, längstens bis zum vollendeten 24. Lebensjahr.

Ein Anspruch auf Htbl.-Rente besteht nur, wenn der Tod in ursächl. Zusammenhang mit der Verfolgung eingetreten ist!

### I. Verfolgter:

1. Felix Lazarus  
geboren am 22. Sept. 1880 in Berlin  
zuletzt polizeilich gemeldet — wohnhaft — gewesen: Berlin - Grima - Alt - Glienicke  
ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — getrennt lebend seit: 1911
2. a) Im ursächlichen Zusammenhang mit der Verfolgung getötet, verschollen  
b) Im ursächlichen Zusammenhang mit der Verfolgung in den Tod getrieben  
c) Während der Deportation oder Haft oder in unmittelbarem Anschluß daran gestorben, verschollen  
d) An den Folgen der Körper- oder Gesundheitsschädigung gestorben  
am: 26. Aug. 43.  
[Hierbei der Stadtverwaltung Aachen]  
(Nichtzutreffendes streichen!)
- Angaben mit Unterlagen über Tag, Monat, Jahr und Ort sowie die Art der Beschädigung/Verfolgung  
Reinigung  
17. April 1943 verhaft.  
26. Aug. 43. versch. durch Schussw.  
Konz. Lg. Aachen
- Angaben und Nachweise von wem (Anschrift), aus welchem Grunde und in welchem Zeitraum eine Behandlung erfolgte, welcher Arzt den Körperschaden bzw. den Tod festgestellt hat
3. Todesursache (Totenschein, Sterbeurk. mit Heiratsvermerk beifügen!)
4. a) Nachweis über den Grund der politischen — religiösen — rassischen — weltanschaulichen Verfolgung/Verhaftung? Für  
b) Grund der Auswanderung?  
c) Angaben über die Person (Name und Anschrift), die den Toten angezeigt oder mißhandelt hat  
Rudi Fritz früher wohnhaft  
Eva Fritz Berlin - Grima  
geb. Pögel Lohnsenstr. 18
5. Hat der Verfolgte bereits Rente wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit nach § 16 Abs. 2 Ziff. 2 EntschGes. bezogen?
- Unter welcher Register-Nr.?
6. Von welcher Stelle, in welchem Zeitraum und unter welchem Aktenzeichen hat der Verstorbene eine Rente, Versorgung, Pension erhalten?

Vom Antragsteller nicht ausfüllen!  
Nachweis Blatt  
= Bl. 34/39

### II. Antragsteller: (Witwe, Lebensgefährtin — Eltern — Elternteil)

1. Emilie Lazarus geb. Felling  
(Zuname, bei Frauen auch Mädchenname, Vorname)  
(Verwandtschaftsverhältnis zum Verfolgten)  
geb. am 17.7.1890 in Alt - Glienicke  
Staatsangehörigkeit: Preuß.  
ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden  
getrennt lebend — wiederverheiratet seit: 23.11.39  
Jetziger Wohnort: Straße, Haus-Nr. (Staat) Kohlenschütz, Aachen  
Richterich Thirtheich 1
2. Wurde die Ehe nachträglich auf Grund des Berliner Gesetzes vom 30. 11. 1950 oder des Bundesgesetzes vom 23. 6. 1950 anerkannt? (Heiratsurkunde beifügen!)

s. Bielle 98  
a/o. Besuche 376 B  
Aachen, Eifelstr.  
s. H. M. S. Z.  
G. Imdahne



3. Waisen — elternlose Enkel —

(beifügen: Geburtsurkunde mit Namen der Eltern — falls über 18 Jahre alt und noch in der Ausbildung stehend, auch Nachweis der Ausbildung) —

Vom Antragsteller  
nicht ausfüllen!

Nachweis Blatt

Name	Vorname	Geb.-Dat.	ehelich außerehelich Enkelkind	Anschrift seit 9. 2. 1951
------	---------	-----------	--------------------------------------	------------------------------

- a) .....  
b) .....  
c) .....  
d) .....

4. a) Ist die Waise ledig — verheiratet? .....  
b) Ist die Waise so gebrechlich, daß sie sich nicht selber unterhalten kann? .....

5. Genaue Anschrift des Vormundes der Waise — Bestallung g. R. beifügen! —

6. Einkommensverhältnisse des Antragstellers (bei Eltern einschl. des Ehegatten)

brutto netto

a) Einkommen aus Arbeit . . . . . mtl. DM .....

b) Einkommen aus Vermögen (Haus-Grundbesitz) . . mtl. DM ..... 18.-

c) Wird bereits eine Rente / Versorgung / Pension  
gezahlt? . . . . . mtl. DM .....

Von welcher Stelle? *Gemeindeamt Rindfleisch lg. Aachen*

Seit wann? *1.11.51. Wohlfahrt 57.- Finanzielle Betreuung*

Unter welchem Aktenzeichen? *f. pol. rass. relig. Verfolgung 28.50 mtl.*

d) Bei welcher Stelle sind etwa auch Versorgungs-, Renten-, Pensionsbezüge beantragt

worden? *Wiederopferungsamt*

e) Welche Miete / Untermiete ist seit 1. 3. 1951 mtl. zu zahlen? *35.-*

(Nachweis beifügen!)

f) Welche Einnahmen sind seit 1. 3. 1951 aus Untervermietung mtl. entstanden? .....

(Nachweis beifügen!)

g) Von wem bzw. welcher Stelle und seit wann haben Sie noch weiteres Einkommen? .....

In welcher Höhe mtl.?

h) Seit wann und in welcher Höhe beziehen Sie Sozialunterstützung — Arbeitslosenfürsorge-

unterstützung? (Nachweis beifügen!)

7. Welche Verwandten entziehen sich etwa der Unterhaltsverpflichtung? *keine*

Ich nehme davon Kenntnis, daß die seit 1. 3. 1951 gewährte Sozial- oder Arbeitslosenfürsorgeunterstützung dem Sozial- oder Arbeitsamt erstattet wird.

Ich versichere mich, jede Änderung meiner Familien- und Einkommensverhältnisse unverzüglich dem Entschädigungsamt mitzuteilen.

Ich ermächtige alle Ärzte — auch Krankenanstalten — unter ausdrücklicher Aufhebung der Schweigepflicht dem Entschädigungsamt Auskünfte über die frühere Behandlung und die durch die Verfolgung verursachten und mit dieser bzw. mit dem Tod in Zusammenhang stehenden anderen Leiden zu erteilen.

*Kohlentheil lg. Aachen 8.22. Okt 52.*  
(Ort und Datum)

*Emilie Lazarus*  
(Unterschrift)  
*i. Fetting*

Anlagen:



27. OKT. 1952.

Register-Nr.: .....

C

nd 18)

Angaben über den Verfolgten:

Familienname: Lazarus Vorname: Felix

geb. am 22 Sept. 1880 in Berlin Kreis .....

Angaben über den Freiheitsentzug:

1. Ich war meiner Freiheit beraubt: Arbeitslager Wühlheide  
Art der Haft (Anstalt, Lager, Strafbau) Arbeitslager

von 17. April 43 bis 26. März 43. in .....

von ..... bis ..... in .....

von ..... bis ..... in .....

von ..... bis ..... in .....

1. Ich bin Inhaber des PrV-Ausweises auf Grund des Gesetzes vom 20. 3. 1950 über die Anerkennung politisch, rassisch oder religiös Verfolgte\*)

des amtlichen Ausweises als Opfer der nationalsozialistischen Sondergesetzgebung (graue Karte)\*

ausgestellt am: ..... mit der Nummer: .....

Sämtliche Unterlagen werden beigelegt liegen bei meinen Anerkennungsakten \*).

2. Ich besitze keinen der vorgenannten Ausweise und lege folgende Nachweise für die aus politischer rassistischen oder religiösen Gründen erlittene Haft vor:

IV. Ich beantrage für die erlittenen Freiheitsberaubung bzw. Aufenthalt in der Illegalität von insgesamt thb. 131 Tagen Haftentschädigung gemäß §§ 17 und 18 des Entschädigungsgesetzes.

Ich erkläre hiermit daß alle in der vorstehenden Anmeldung enthaltenen Angaben nach meinem besten Wissen und Gewissen genau, vollständig und der Wahrheit entsprechend gemacht worden sind. Die Bestimmungen §§ 49 und 50 des Entschädigungsgesetzes (Strafbestimmungen) sind mir bekannt.

Kohlsehrich, Arnhem 8.22/10.52. G. Lager

\*) Nichtzutreffendes



Berlin, den 27. April 1943.

185

Herrn

Felix Israel Lazarus

Da Sie seit dem 17.4. unentschuldigt der Arbeit fernbleiben,  
ersuche ich, um sofortige Nachricht über die Ursache Ihres  
Fehlens.

Sollte ich binnen 3 Tagen keine Nachricht haben, so werde ich  
die Angelegenheit weiter leiten.

*W. W. W. W.*  
Techn. Reichsbahn-Oberinspektor

*W. W. W. W.*  
Karl Gieger / Grünthal



A b s c h r i f t

36

S t e r b e u r k u n d e      G/1  
- . - . - .

(Standesamt II Auschwitz -----Nr.: CL87/1943--  
Der Kaufmann Felix Israel Lazarus,-----  
mosaisch -----wohnhaft Grünau bei Berlin--  
Sachsenstrasse Nr. 18 -----  
ist am 26. August 1943 ----- um 11 Uhr 35 Minuten  
in Auschwitz, Kasernenstrasse --verstorben.  
Der Verstorbene war geboren am 22. September  
1880 in Berlin -----  
(Standesamt -----Nr.: -----  
Vater: Isidor Lazarus, zuletzt wohnhaft in ----  
Berlin-----  
Mutter: Franziska Lazarus geborene Hein,-----  
zuletzt wohnhaft in Berleim -----  
Der Verstorbene war nicht-verheiratet-----

Siegel des Standes-	Auschwitz, den 22.
beamten in Auschwitz	September 1943
Gebühr: RM. --.60	Der Standesbeamte
	In Vertretung:
	gez. Unterschrift

Die Abschrift beglaubigt:

Leoben, den 14. November 1951



*[Signature]*  
Verwalt.-Angestellter



Liebe Gute & Mie!

4/7 43.

Ich bin jetzt am Freitag 2/2 von  
W. hier nach Tel. Päs. Aegypt.  
gekommen. <sup>noch nicht jetzt lebende</sup> Von dort entlassen, muß  
jetzt Schutzsicher. Befehl abmachen,  
d. K. F. verantwortlich für die  
Gesamtaktion des Krieges. vermischt  
habe keine ich Morgen Montag  
d. 5. nach <sup>K. F.</sup> Kischinew. Offiz. Es ist  
sehr schlimm. Ich hoffe, daß ich doch  
in Verbindung mit Euch bleibe.  
den Du mußt sofort versprechen,  
daß Du Pakete (vermutlich alle  
4 Wochen Pakete) in Geld (es ist



Dies sehr wichtig! mindestens mög-  
 lichlich 50 Stk.) an mich gelangen  
 lassen könnt, sonst könnte ich nicht.  
 Ich hoffe im Öhrigen die Sache zu  
 übersehen zu begnügen. Euch herzlich  
 Euch gesund hoffend

Felix

(Der Sicher. Haftbefehl  
 (rot) den ich unterschreiben  
 konnte, da Verkehr mit ge-  
 schied. Frau. Freigang auffall-  
 iger. (Hochgefühlt)  
 Ich hoffe, Euch bald Weiteres  
 mitteilen zu können



189

Fräulein

**JEDER**  
⚡ Volksgenosse ⚡  
Rundfunkhörer



Grete Schild

2-96

0.34

Berlin ~~S.O. 31~~

Simon: Dach St. 22



2133

B V



8/7. 43

Liebe Grete &amp; Marie!

Bis heute bin ich noch hier  
im Polizeipräsidium gelieben, wenn  
es weggeht, weiß ich nun noch  
nicht. Es kann natürlich jeden  
Augenblick passieren. Ebenso kann

es auch ein anderes Kommando  
Lager als Stüschwitz gef. sein,  
vermutlich aber doch Stüschwitz.

Wenn Du noch etwas für mich thun  
willst, kannst Du ja versuchen, ein  
Päckchen für mich herinzubekommen. Ein  
Kamerad von mir hat eins bekommen  
mit Lebensmitteln, Brot, Butter, Wurst  
etc. Es ist alles sehr knapp hier. Den  
größten Teil meiner Wünsche habe ich



verkauft, da mir dort wohin ich  
 komme, alles abgenommen wird, vielleicht  
 war es auch ein Fehler, <sup>zu verkäufeln</sup> das auch et-  
 was zu erreichen, <sup>ist mir möglich</sup> falls ich nicht  
 bald weg komme, vielleicht auch, wenn  
 ich weg bin, ist nur etwas, vielleicht  
 das ich nicht so weit etwa <sup>nach</sup> Tarkow  
 hausein komme, wo, das die Haft ge-  
 kürzt wird, durch den Beamten

der meinen Fall bearbeitet hat.  
 in zwei <sup>im</sup> Zimmern 106 in der Bürg-  
 Str. Ich weiß jedoch nicht, ob Du  
 gerade etwas erreichst. Nun es  
 muß überlegt werden. Ihr seid  
 hoffentl. Alle gesund & geht es Euch  
 gut. Bis jetzt bin ich gesund &  
 halte mich hoffentl. auch noch  
 weiter. Gehe Gott, das der Krieg bald  
 vorbei ist & wir uns Alle gesund

mich so eben, Gruß Allen  
 Felix



193

Fräulein



Grote Schild 4-90

Berlin S O 36  
Simon = Dack Str  
22



Abschrift  
Berlin - Gröna 18. Aug. 43. 194

An die Kommandantur des Kz. Laz.  
Hirschfeld O/Lhl.

Wie mir vom Polizeipräsidenten Berlin mitgeteilt  
wurde ist mein Mann Felix Israel Lazarus  
geb. 22 Sept. 1880 zu Berlin am 16. Juli 43.  
nach Hirschfeld überführt worden. und ist  
bisher über sein Verbleib ohne jede Nachricht <sup>hier</sup> bin.

Denn ich <sup>nach 28 jährl. Ehe</sup> geschieden bin und verbleibe  
und ist einen erwang. Sohn haben welcher sich  
in engl. Gefangenschaft befindet trage ich meine  
Sohn gegenüber eine große Verantwortung über  
das Ergehen in Verbleiben seines Vaters.

Aus diesen Gründen bitte ich die Kommandantur  
ganz ergebenst um Schreibverbleib für meinen  
Mann.

Mit freundlichen Grüßen

Em. Marg. Lazarus

Berlin - Gröna

Sachsenstr. 18



Heinrich Wedemeyer  
Berlin S.W.29  
Fichtestrasse 33

116 195  
Berlin, den 24. Juni 1952.

Erklärung!

Ich verkehrte in der Familie Frau Emilie Lazarus, wohnhaft Berlin Grönuu, Altglienicke Sachsenstrasse 18. cirka 25 Jahre. Und war ein Freund im Hause Lazarus. Ich erlebte die ganze schreckliche Verfolgungszeit mit, da ich stets bemüht war, Frau Lazarus Trost und Mut zuzusprechen. Frau Lazarus war jüdisch verheiratet, hatte von ihrem Mann die Mutter, zwei Schwestern und einen jüdische Freund ihres Mannes im ihrem Hause aufgenommen. Das Haus war mitgebrachtes Heiratsgut der Frau Lazarus, sie kam dadurch in den Verdacht des Judenschutzes. Man verfolgte sie indem mehrere Anzeigen gegen Sie bei der Staatspolizei gemacht wurden. Im Nov. 1943 nachdem die jüdischen Leute bereits alle abgeholt waren, bekam Frau Lazarus zugleich von drei Personen eine Anzeige bei der Staatspolizei. Berlin Burgstrasse, durch Vorladung einer Karte, welche ich gesehn habe, mit dieser Anzeige glaubte man nun Frau Lazarus bestimmt vernichten zu Können. Frau Lazarus hatte das Glück an einen sehr verständigen Beamten zu kommen, der sie frei-liess trotz der drei Zeugen. Die Zeugen erklärten: Frau Lazarus habe abfällige Äusserungen über das Naziregim getan. Nur durch das ausserordentliche Glück, welches Frau Lazarus in ihrem Unglück hatte, ist es zu verdanken, dass Frau Lazarus noch unter den Lebenden weilt. Die Denunzianten waren folgende Leute: die Frau Lazarus gutmütigerweise in ihrem Hause Unterkunft gab. Der Sohn von den betreffenden Leuten Rudi Fritz und seine Frau Eva Fritz geb. Pagel und die Mutter der Frau Fritz, Frau Pagel heute noch dort wohnhaft Berlin Grönuu Schirnerstrasse. Vier Wochen später wurde das Haus der Frau Lazarus durch Bombenangriff zerstört, sie flüchtete nach Dänemark und später nach England, wo sie ihren Sohn wiederfand. Dieses versichere ich an Eidesstatt nach besten Wissen und Gewissen.

Heinrich Wedemeyer



J. m. v.

Ympioniers  
 Heinrich Wedemeyer  
 Berlin G. W. 29  
 Fichtestr. 33



Registrierung im Sinne des  
 des § 10 II, dem 24. Juni 1952

Rodowski Justizobersekretär  
 als Leiter des Reichsarchivs  
 des Reichsarchivs in Berlin  
 2.-St. M. Gebüßer Langst. 6  
 65/3668/52.



V e r m e r k:

Die Witwe des Felix L a z a r u s, Emilie L., geb. Fetting, soll in Aachen, Eifelstr. 1 c bei Imdahl wohnen.

Das LKA Nordrhein-Westfalen wurde um Aufenthaltsermittlung gebeten.

Aus der Ehe des Felix L. mit Emilie L. geb. Fetting, ging ein Sohn hervor, Walter L a z a r u s, 12.4.12 Bln. geb., 70 Crummock Street, Carlisle, England wohnhaft.

In der Entschädigungsakte ist eine Erklärung des Herrn Heinrich W e d e m e y e r, sz. Bln. SW 29, Fichtestr. 33 wohnhaft gewesen, unter der Blattzahl M 6 enthalten, die in Fotokopie zu den Ermittlungsakten genommen wurde.

Herr W e d e m e y e r ist zwischenzeitlich, am 16.6.67 verstorben. Der Tod ist beurkundet beim Standesamt Zehlendorf von Berlin, unter der Reg.Nr.: 1504/1967.

Sterbeurkunden sind für die Ermittlungsakten angefordert worden.

  
(Schultz) KOM



1979

G

# Sterbeurkunde

(Standesamt Zehlendorf - von Berlin Nr. 1504/1967)  
Heinrich Karl August W e d e m e y e r - -  
-/-

wohnhaft in Berlin-Zehlendorf, Rhumeweg 32 -/-

ist am 16. Juni 1967 um 12 Uhr 50 Minuten  
in Berlin-Dahlem -/-  
verstorben.

D er Verstorbene war geboren am 13. Juni 1873  
in Fredelsloh, Kreis Northeim. -/-

D er Verstorbene war nicht verheiratet. -/-

Berlin - Zehlendorf, den 19. Juli 1968



Der Standesbeamte  
In Vertretung

Nur für den Dienstgebrauch

Schg



Berlin, den 27.8.68

10/1978

V e r m e r k:

Die Aufenthaltsermittlung nach Frau Emilie L a z a r u s  
ergab, daß sie im Jahre 1962 in England verstorben ist.

Die Schwester der Betroffenen,

Charlotte I m d a h l, geb. Fetting,  
8.7.03 Berlin geb.,  
Aachen, Eifelstr. 1 c wohnhaft,

gab dies auf Befragen bei der Kripo Aachen an.

Auf eine Vernehmung der Frau I m d a h l wird verzichtet,  
da genügend Dokumente vorliegen, die Auskunft über das Inhaftie-  
rungsdatum geben.

  
(Schultz) KOM



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

198  
1 Berlin 21, den **18. MAI 1967**  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 Js 7/65 (RSHA)

An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;  
hier: Schutzhaftverhängung gegen jüdische Bürger

Sehr geehrte Herren!

Ich darf um Mitteilung bitten, ob sich aus den dortigen Unter-  
lagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Per-  
son ergibt:

**L i c h t e n s t e a d t , Max**

geboren am **27.2.1870** in **Bromberg**

letzter Wohnort: **Berlin W 15,**  
**Kaiserallee Nr. 20**

T 4

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage

*Nagel*  
(Nagel)  
Staatsanwalt

Sch

bitte wenden



Kra.

Antwort des ISD Arolsen

T/D 657 243

Arolsen, den 7. Juni 1967

Sehr geehrte Herren!

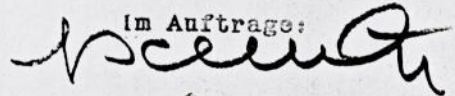
In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

LICHTENSTAEDT, Max, geboren am 27. Februar 1870 in Bromberg, letzter Wohnort: Berlin, Kaiserallee 20, ist am 21. Juli 1943 verstorben (Ort nicht angeführt). Er wurde auf dem Friedhof Heerstr. beigesetzt, Grablage: II Ur 3 40.

Geprüfte Unterlagen: Liste von verstorbenen Juden, aufgestellt am 20. August 1943 von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Berlin; Karteikarte des A.J.D.C. Berlin, ausgestellt nach dem Kriege; Gräberliste des Bezirksamtes Charlottenburg.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage:



G. Fechar

*Paul. Datum?*



G 1, G 2

## Sterbeurkunde

GXXXXVII 191, 1943

(Standesamt IX. Auschwitz Nr. \_\_\_\_\_)

Der Kaufmann Max Israel Lichtenstaedt

mosaisch

wohnhaft Berlin W 15, Kaiserallee Nr. 20ist am 21. Juli 1943 um 21 Uhr 00 Minutenin Auschwitz, Kasernenstrasse verstorben.Der Verstorbene war geboren am 27. Februar 1870in Bromberg

(Standesamt \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_)

Vater: Jakob Lichtenstaedt, zuletzt wohnhaft in  
BerlinMutter: Franziska Lichtenstaedt geborene Kirsstein,  
zuletzt wohnhaft in BerlinDer Verstorbene war nicht verheiratet mit Wanda  
Lichtenstaedt geborene GriescheAuschwitz den 26. Oktober 1943Der Standesbeamte  
In Vertretung

K-C 251, Sterbeurkunde mit Elternangabe bzw. ohne Elternangabe).

Verlag für Standesbeamte G. m. b. H., Berlin SW 61, Gitschiner Straße 109.

Verlag für Standesbeamte Schrifttum und Vordrucke Kurt Gruber, Kattowitz. B/0262

[C 251 | C 252]

Nur für amtliche Zwecke



**Entsch. III G**  
 Eing.: 9. Okt. 1956  
 Zur Bearb. ent

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

**Entschädigungsamt  
 BERLIN**  
 Eing.: 18. SEP. 1956  
 III G

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!

Nichtzutreffendes streichen!

Reg.-Nr. 12745

8. Okt. 1956

mit Anlagen

Nr.

Empfangsbestätigung erteilt am

## Antrag

auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18.9.1953 (BGBl. I S.1387)

### I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: **L i c h t e n s t a e d t geb. Griesche**  
 Vornamen: **Wanda**  
 Geburtstag und -ort (Kreis, Land): **23. Oktober 1885**  
 Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): **Berlin-Charlottenburg, Dornburgstr. Nr. 12**  
 (Straße und Haus-Nr.)  
 Familienstand: ~~led.~~ / ~~verm.~~ / ~~verw.~~ / ~~geschr.~~  
 Anzahl der Kinder: **keine** Alter der Kinder: **entfällt**  
 Staatsangehörigkeit: frühere: **deutsche** jetzige: **deutsche Staatsangehörigkeit**  
 2. Beruf:  
 Erlernter Beruf: **kaufm. Angestellte**  
 Jetzige berufliche Tätigkeit: **Rentnerin**  
 3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / ~~nein~~  
 Wenn ja:  
 Wegen Ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?  
 4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / ~~nein~~  
 Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:  
**der verstorbene Verfolgte war mein Ehemann**

### II. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: **L i c h t e n s t a e d t**  
 Vornamen: **Max**  
 Geburtstag und -ort (Kreis, Land): **27. Februar 1870**  
**in Bromberg/Westpr.**  
 Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): **Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 2**  
 (Straße und Haus-Nr.)  
 gestorben am: **21. Juli 1943**  
 in (Kreis, Land): **A u s c h w i t z**  
 Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:  
 Staatsangehörigkeit frühere: **deutsche** letzte: **verstorben**  
 2. Beruf: **Kaufmann**  
 Erlernter Beruf: **Kaufmann**  
 Letzte berufliche Tätigkeit: **Kaufmann**  
 3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

Anspruchs- berechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:	
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	<del>ja</del> / nein
<del>von</del> <del>-----</del> <del>bis</del> <del>-----</del>	<del>ja</del> / nein
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP:	<del>ja</del> / nein
Bei welchen?	
<del>von</del> <del>-----</del> <del>bis</del> <del>-----</del>	<del>ja</del> / nein
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:	
a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8.5.1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:	<del>ja</del> / nein
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8.5.1945:	<del>ja</del> / nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1.1.1947:	Berlin-Charlotten- burg, Kantstr. 88
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1.1.1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:	war bereits ver- storben
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:	Berlin-Wilmersdorf, Kaiser Allee 20
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:	trifft nicht zu
e) Bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:	trifft nicht zu
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1.1.1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?	trifft nicht zu
Wohin nach dem 31.12.1946 ausgewandert?	trifft nicht zu
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen?	trifft nicht zu
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:	ja / nein
	<del>ja</del> / nein
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgengruppen und deren Hinterbliebenen.	
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin	trifft nicht zu
b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?	
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?	<del>ja</del> / nein



M45  
203

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6)

Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:

~~ja~~ / nein

2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15)

a) Heilverfahren:

~~ja~~ / nein

b) Rente und Kapitalentschädigung:

~~ja~~ / nein

3. Schaden an Freiheit (§ 16) als Sternträger

durch Freiheitsentziehung

ja / ~~nein~~

in ..... vom 19.9.1941 bis 15. Mai 1943

in ..... vom ..... bis .....

in ..... vom ..... bis .....

in ..... vom ..... bis .....

in ..... vom ..... bis .....

insgesamt = ---19--- volle Monate

4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18—24)

a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung:

ja / nein

b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer:

ja / nein

c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten:

ja / nein

d) durch sonstige schwere Schädigung:

ja / nein

5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25—55)

a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit:

ja / nein

b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle:

ja / nein

c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950:

ja / nein

d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:

ja / nein

6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56—63)

durch Schädigung in einer Lebensversicherung:

ja / nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht? ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?

Wann?

Aktenzeichen

Entschädigungsamt Berlin

Reg.Nr. 12 745

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden?

ja / ~~nein~~

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Entschädigungsamt Berlin

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten?

ja / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM
Entschädigungs- zahlung auf Schaden an Leben und Vor- schuss auf Schaden im beruflichen Fortkommen	Entschädigungsamt Berlin			

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht?

~~ja~~ / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:
	trifft nicht zu	



- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden?  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

~~ja~~ / nein

204

trifft nicht zu

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	von welchen Stellen:
entfällt	entfällt

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden?  
ja / nein

**VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:**

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)  
Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Änderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurden bereits an ..... oder  
(Behörde)  
(Gericht) ..... (Aktenzeichen)  
zu ..... -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Berlin

(Ort)

, den 17. September 1956

(Datum)

*Frank Wanda Lichstein*  
(Unterschrift)

Dem Antrag sind ..... Anlagen beigelegt, und zwar:

1. ....
2. ....
3. ....
4. ....
5. ....
6. ....
7. ....
8. ....
9. ....
10. ....



Reg.Nr: 127 45 A  
 Gesch;Z.Entsch.1 /A 9  
 betr. Schaden am Leben Max Lichtenstaedt.

Mein Mann, Max Lichtenstaedt, war der Mitinhaber der Fa. Wormann, Tarnowski und Lichtenstaedt, Textil Engros. Er war in der Konfektion sehr bekannt und beliebt als seriöser Kaufmann. Wir haben 1930 geheiratet und eine glückliche, gutsituierte Ehe geführt. Nun, wie Hitler kam, nahm er uns Existenz, Brot, Wohnung, Gesundheit und meinem Mann zuletzt noch das Leben.

Da mein Mann stark jüdisch aussah, gab es für ihn keine Möglichkeit mehr etwas zu verdienen, und ich musste für den Lebensunterhalt sorgen. Am 15.5.1940 mussten wir binnen acht Tage unsere Wohnung in der Barbarossastr. 30 räumen, und mussten unsere wertvollen Sachen teilweise verschleudern. Wir zogen dann zum Geschäftsfreund meines Mannes, nach Prinzregentenstr. 24, wo wir, nachdem die Familie nach Theresienstadt geschickt wurde, man uns wieder die Wohnung nach 1½ Jahren nahm. Von da aus zogen wir in eine Pension Kaiserallee 20 zu einer Mischehe. Alle Juden wurden von einem Rollkommando am 10.2.1943 nachts abgeholt, nur mein Mann und der Wohnungsinhaber mussten sich am 11.2.43 früh in der Gr. Hamburgerstr melden. Weil mein Mann mit 73 Jahren nicht mehr arbeitete, schickte man ihn ins Arbeitslager nach Wuhlheide, wo er 1 Jahr war. Anfang Mai 43 kam er von dort zurück zum Alexanderplatz, wo er noch Auschwitz transportiert wurde und daselbst am 21.7.43 vergast wurde.

Wanda Lichtenstaedt  
 Charlottenburg 5  
 Cendeburg Str. 1. v. l. r.  
 früher Markt 88 II

Charlottenburg, d. 26. 9. 52



V e r h a n d e l t

Herbeigeholt erscheint die Rentnerin, Frau

Wanda L i c h t e n s t a e d t  
geb. Griesche,  
23.10.1885 Berlin geb.,  
1 Berlin 19, Darnburgstr. 12 wohnh.,  
Tel.: 302 64 72,

und erklärt nach eingehender Vorbesprechung des Sachverhaltes  
und Belehrung gem. §§ 52, 55 StPO g<sup>f</sup>olgendes:

Mir ist gesagt worden, das ich zum Schicksal meines im KZ Ausch-  
witz ums Leben gekommenen Ehemannes

Max L i c h t e n s t a e d t,  
27.2.1870 Bromberg geb.,

gehört werden soll.

Ich bin bereit, dazu Angaben zu machen.

Der NS-Terminologie zufolge lebten wir in sog. Mischehe. Da mein  
Mann Jude war, mußte er den Davidstern tragen. Kinder hatten wir  
keine. Bis etwa 1937 war mein Ehemann selbständiger Textil-  
kaufmann und Mitinhaber eines Stoffengrosgeschäftes. Aufgrund  
der wirtschaftlichen Verhältnisse infolge der NS-Maßnahmen ge-  
gen jüdische Bürger, insbesondere jüd. Geschäftsleute, trat mein  
Mann aus der Firma aus, wobei ich nicht unerwähnt lassen möchte,  
das die beiden Mitinhaber ebenfalls Juden waren.  
Mein/<sup>Mann</sup>arbeitete nicht mehr, da er aus gesundheitlichen Gründen  
-er war körperlich und nervlich am Boden- dazu nicht mehr in  
der Lage war. Hinzu kam, das wir mehrmals unsere Wohnung wechseln  
mußten, da wir durch das NS-Regime bzw. NS-Maßnahmen immer wie-  
der ausgewiesen wurden. Zuletzt wohnten wir dann in einer Pen-  
sion in der Kaiserallee 20 in Berlin-Wilmersdorf.



Die Pensionswirtin und ich waren sog. Arier, die anderen Bewohner -es mögen 5 oder 6 Personen gewesen sein- Juden.

Am späten Abend des 10.2.1943, es mag etwa gegen 22.00 Uhr gewesen sein, erschienen in der Pension 2 Gestapo-Beamte und ein Angehöriger der Jüd. Gemeinde. Die jüdischen Mieter wurden von diesen 3 Männern abgeholt. Der Ehemann der Pensionswirtin und mein Mann mußten sich am 11.2.1943 früh im Sammellager Gr. Hamburger Straße melden. Es waren dies auch die einzigen jüdischen Partnern von Mischehen, die in dieser Pension wohnten.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß diese Abholung bereits in den Mittagstunden des gleichen Tages von einem Gestapo-Beamten angekündigt worden war.

Am 13.2.1943 kehrte Herr F e l d m e i e r (Ehemann der Pensionswirtin) wieder zurück. Auf meine Frage, ob mein Mann auch entlassen worden sei, antwortete er mir, mein Mann würde nach Wuhlheide ins Arbeitslager kommen, weil er bis zum Zeitpunkt der Inhaftierung nicht gearbeitet hat. Man machte ihm von der Gestapo auch den Vorwurf, daß er sich von einer Christin ernähren ließe. Mit der Christin war ich gemeint, denn seit der Zeit der Geschäftsaufgabe sorgte ich für uns beide, weil meinem Mann dies eben nicht mehr möglich war. Es ist dabei zu erwähnen, daß mein Mann zum Zeitpunkt seiner Verhaftung 78 Jahre alt war.

Tatsächlich kam mein Mann in das Arbeitslager Wuhlheide, von dort kam er nach 3 Monaten zurück zum Pol.-Präsidium Berlin, d.h. zu der im Gebäude des Präsidiums untergebrachten Stapodienststelle. Dort blieb mein Mann 5 bis 6 Tage. Ich selbst bin dort gewesen und wollte erfahren, was mit meinem Mann geschehen sollte. Man erklärte mir, daß man mir nichts sagen könne, da noch nicht bestimmt worden sei, wohin er käme. Etwa Mitte Mai 1943 wurde mein Mann in das KZ Auschwitz transportiert, dort kam er am 21.7.1943 ums Leben. Ich habe zwar Post von meinem Mann aus Auschwitz bekommen, besitze heute jedoch keinerlei Unterlagen mehr, da ich 1943 im November total ausgebokst wurde.

Die Todesnachricht wurde mir mündlich von einem Polizeibeamten meines damaligen zuständigen Wohnreviers überbracht. Eine Todesursache nannte mir der Beamte nicht.



Aufgrund der Todesmitteilung bin ich nach Auschwitz gefahren und wollte dort die Urne meines Mannes in Empfang nehmen. Das gelang mir jedoch nicht, sie wurde mir einige Zeit danach dem Krematorium Berlin-Wilmersdorf zugeschickt.

Auf besonderes Befragen erkläre ich, daß ich bei keiner weiteren Stapodienststelle, insbesondere beim RSHA? gewesen bin, um die Freilassung meines Ehemannes zu erwirken, da ein solcher Versuch von vornherein schon zum Scheitern verurteilt war.

Weitere Angaben kann ich nicht machen.

Geschlossen:

selbstgelesen, genehmigt, unterschrieben:

gez. Schultz

.....  
(Schultz) KOM

..gez..Wanda...L.i.e.b.t.e.n.s.t aedt

Ma



I - A - KI 3

Berlin, den 18.7.68

V e r m e r k:

Die Witwe des Betroffenen, Frau Wanda L i c h t e n s t a e d t, geb. Griesche, 23.10.85 Bln. geb., wohnt in Bln. 19, Dernburgstraße 12.

Frau L. ist unter der Telefonnummer 302 64 72 erreichbar.

Fernmündlich wurde mit Frau L. Vereinbart, daß sie am 23.7.68 bei der hiesigen Dienststelle zum Schicksal ihres im KL Auschwitz verstorbenen Ehemannes vernommen wird.

Da die Zeugin stark gehbehindert ist und aufgrund ihres hohen Alters - 82 Jahre - wurde ihr die Gestellung eines Dienstkraftwagens zugesagt.

*Schultz*  
(Schultz) KOM



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

210  
1 Berlin 21, den 18. MAI 1967.  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 Js 7/65 (RSHA)

z. Anlage 2



An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;  
hier: Schutzhaftverhängung gegen jüdische Bürger

Sehr geehrte Herren!

Ich darf um Mitteilung bitten, ob sich aus den dortigen Unter-  
lagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Per-  
son ergibt:

**M a t z n e r , Rudolf**

geboren am 18.2.1881 in Wien

letzter Wohnort: Berlin SW 29,  
Urbanstr. 101

T 63

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage

*Nagel*

(Nagel)

Staatsanwalt

Sch

bitte wenden



Kra.

Antwort des ISD Arolsen

T/D 950 975

Arolsen, den 7. Juni 1967

Sehr geehrte Herren!

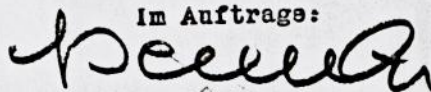
In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

MATZNER, Rudolf, geboren am 18. Februar 1881 in Wien, letzter Wohnort: Berlin SW 29, Urbanstrasse 101, ist am 25. August 1943 verstorben (Ort nicht angeführt).

Geprüfte Unterlagen: Liste von verstorbenen Juden, aufgestellt am 16. Oktober 1943 von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin; Karteikarte des A.J.D.C. Berlin, ausgestellt nach dem Kriege.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage:



G. Pechar



212

VICTORIA zu BERLIN  
Allgemeine Versicherungs-Actien-Gesellschaft  
Berlin SW 68, Lindenstraße 20-25

29. APRIL 1943

*G. H. Hoff 2. 4. 43*  
Berlin, den 17. April 1943.

Herrn

Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg

Vermögensverwertung Außenstelle

Berlin NW.40.

Alt Moabit 143/144

*OU*  
Betr.: 1/4.-Vers. 13 774 807 / Matzner (Leben R 3)  
Anmeldung des gemäß der 11. Verordnung zum Reichs-  
bürgergesetz verfallenen Vermögens.

Gemäß § 7 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz  
vom 25.11.1941 melden wir hierdurch folgende Ansprüche  
aus einem Lebensversicherungsvertrag an:

Name des bisherigen Berechtigten:

Rudolf Matzner

als Versicherungsnehmer, unwiderruflicher  
~~Begünstigter, Zessionar, Pfandgläubiger, Versi-  
chelter~~

Gegenwärtiger Wohnort: unbekannt

früherer Wohnort: Berlin SW 29, Urbanstr. 101

Lebensversicherungsschein Nr.: OU 13 774 807

Versicherungssumme: RM 336,-

Rückkaufswert nach Verrechnung etwaiger Plicedarlehen,  
rückständiger Zinsen usw.: RM 241,94

Bemerkungen: Die Ehefrau des Matzner teilte uns mit,  
daß ihr Ehemann Jude ist und umgesiedelt wurde.  
Frau Matzner besitzt den Versicherungsschein unwandelbar!



1 Anlage.

Allgemeine Versicherungs-Actien-Gesellschaft

Handwritten text on a piece of paper:

Handwritten text is visible but mostly illegible due to fading and bleed-through. The text appears to be:

Handwritten text is visible but mostly illegible due to fading and bleed-through. The text appears to be:



A b s c h r i f t

*Kopie 18.10.53  
Matzner, Rudolf* *20.76*  
A. *84*

Konzentrationslager Auschwitz  
Kommendantur, Abt. II

Az. 14 f 9/43/Qu.- Auschwitz, am 5. September 1943

Betr.: Rudolf J s r a e l M a t z n e r  
Bezg.: ohne  
Anlg.: 1 Sterbeurkunde

*ME4*

Entsch FA - H 6	
Eing.: 13. OKT 53	<i>h</i>
Zur Bearb. an:	

An Frau  
Elisabeth M a t z n e r ,

B e r l i n SW 29  
Urbanstraße Nr. 101

Jhr Ehemann geb. am 18.2. 1881  
ist am 25. 8. 1943 an den Folgen von Herzmuskelschwäche

im hiesigen Krankenhaus verstorben .  
Die Leiche wurde am 29. 8. 1943 im staatlichen Krematorium  
eingeäschert.

Falls Sie die Übersendung der Urne mit den Aschenresten des ver -  
storbenen wünschen, dann ist von Jhnen eine Bescheinigung der dor -  
tigen Friedhofsverwaltung einzusenden. Auß dieser Bescheinigung  
muß hervorgehen, daß dort eine Stätte für die Beisetzung vorhanden  
ist. Nach Eingang der Bescheinigung wird die Urne der Friedhofs -  
verwaltung kostenlos übersandt. Die Friedhofsverwaltung wird recht -  
zeitig von dem Versand verständigt.  
Die Sterbeurkunde wird Jhnen anliegend überreicht. .

Der Leiter der Abt. II

gez. Unterschrift.

SS-Untersturmführer.

Die Übereinstimmung der  
Abschrift mit der Urschrift wird  
hiermit beglaubigt.

Berlin, den 14. OKT. 1953  
Entschädigungsamt Berlin  
2957/5 Im Auftrage  
*Maack*

**Zu den Akten**  
14.10.53. *h*

*15.10.53*



Eng.: 13. JKT. 13 *br*

G1, G2

# Sterbeurkunde

(Standesamt II Auschwitz CXLIX95/1943 Nr.                     )

Der Kellner Rudolf Israel Matzner

\_\_\_\_\_ katholisch früher mosaïsch \_\_\_\_\_

wohnhaft Berlin SW, Urbanstraße Nr. 101

ist am 25. August 1943 um 10 Uhr 10 Minuten

in Auschwitz, Kasernenstraße verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 18. Februar 1881

in **Wien** \_\_\_\_\_

(Standesamt ..... Nr. ....)

Vater: Johann Matzner, zuletzt wohnhaft in Wien

Mutter: Rosa Matzner

— D<sup>er</sup> Verstorbene war — ~~nicht~~ — verheiratet mit Elisabeth —  
Matzner geborene Seiffert —

Amstutz \_\_\_\_\_ den 20. Oktober \_\_\_\_\_ 1943



Der Standesbeamte  
In Vertretung

C 251, C 252: Stiefkinder (mit Elternangabe bzw. ohne Elternangabe).

Verlag für Standesamtswesen G. m. b. H., Berlin SW 61, Gitschiner Straße 109.  
Verlag für kommunales Schrifttum und Vordrucke Kurt Gruber, Kattowitz. B/0262

C 251	C 252
-------	-------

Verlag für kommunales Schrifttum und Vordrucke  
Gebühr R.M. —,60

ME/5/10.530



An das Entschädigungsamt Berlin Wilmerdorf. 18726  
Reg. Nr. 18776(F) F8  
5.11.53  
Mein Lebenslauf.  
am 14. OKT. 1953  
Entsch FA-H I / 6 R.  
Entsch. Anmeldeamt  
Eing.: 13. OKT. 1953  
Zur Beord. an:  
Berlin, den 13. 10. 53  
216

Ich bin am 30. I. 1889 in Dessau - Anhalt geboren und habe dort die höhere Töchterchule besucht. Als ich siebzehn Jahre alt war, starb mein Vater und musste ich mir eine Stellung suchen. Da ich noch keinen Beruf gelernt hatte, nahm ich eine Stellung als Kinderfräulein an. Im Jahre 1910 kam ich nach Berlin und war ich in demselben Beruf auch hier tätig. 1914 lernte ich meinen Mann kennen und wir heirateten am 10. III. 17 in Speyer am Rhein.

Da mein Mann Ausländer war (Österreich Ungarn, nach dem 1. Weltkrieg wurde er Tschechoslowake) besaß er einen Pass, derselbe lief Ende 1939 ~~1940~~ ab und wurden für einen neuen Pass von ihm gewisse Papiere verlangt, welche er nicht beibringen konnte, da er Jude war.

Er mußte am 9. 4. 41 seine Arbeit als Kellner im Cafe "Casa Leon" Hasenheide 69 verlassen und mußte vom 22. 4. 41 in einem Rüstungs-  
betrieb arbeiten (bei Gossen, Bernickendorf - Ort, Flakstr. 1-8).

Am 2. 3. 43 wurde er gewaltsam mit allen Juden, die dort arbeiten mußten, abgeholt. Ich habe meinen Mann nicht wiedergesehen.

Am 9. 9. 43 erhielt ich die Todesanzeige aus Auschwitz, dass mein Mann am 25. 8. 43 dort verstorben ist und seine Leiche im Krematorium verbrannt wurde.

Von dem niedrigen Arbeitslohn, welchen mein Mann bei Gossen erhielt, entstand schon der Schaden, den mein und ich erleiden mußten.

Seit meines Mannes gewaltsamer Entführung habe ich mich ständig in einer wirtschaftlichen Notlage befunden. Ich war nicht in der Lage mir etwas zu verdienen, da ich durch die Aufregungen ein körperlich und seelisch kranker Mensch geworden bin. Ich habe meine Wertsachen veräußern müssen um leben zu können, mein Bruder hat mir weitergeholfen, so gut er konnte. Ich beziehe jetzt eine Witwenrente von

9.10.53 Zu den Akten  
19.10.53 bl



von 57.40 M monatlich und erhalte vom Sozialamt 36.60 monatlich Mietszuschuss.

Mein Mann ist im Konzentrationslager Auschwitz langsam umgebracht worden, damit habe ich meinen Ernährer verloren. Nach der beiliegenden Bescheinigung von Casa Leon hatte er einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 4500 M. Der Schaden besteht in dem Verdienstauffall.

Ich hoffe, dass mein Antrag Erfolg hat und sich meine wirtschaftliche Lage durch die Fürsorge des Entschädigungsamtes etwas bessert.

Frau Elisabeth Matzner, geb. Seiffert

Berlin L.W. 29 Urbanstr. 101 v. III

belegend 1. 1 Sterbeurkunde meines Mannes

2. 1 Arbeitsbescheinigung von Gonen

3. 1 Verdienstbescheinigung von Casa Leon

4. 2 Erklärungen über den früheren Wohnsitz

5. 1 Zusatzfragebogen



# Erklärung

18726  
A 70  
En: 30.10.1937  
Empf: 13. OKT. 1937  
Zur Beacht: 1  
entl: 1

Herr ~~XXXXXXXX~~ Rudolf Matzner geborene  
geb. am 18.2.81 in Wien  
heute wohnhaft in verstorben am 25.8.43 in Auschwitz  
~~XXXXXXXXXXXX~~ Nr. 218  
ist in der Zeit vom 1937 bis zu seiner ~~XXX~~ Festnahme durch die Gestapo  
am 2.3.43  
in Berlin-SW 29, Urbanstr. 101 als Hauptmieter v. III Tr.  
~~XXXXXXXXXXXX~~  
Straße/Allee/Platz Nr. wohnhaft gewesen.

Dieser frühere Wohnsitz des/der Vorbezeichneten ist mir bekannt, weil  
ich noch heute in demselben Hause wohne.

(genaue Angabe des Grundes, z. B. weil er mein Hausnachbar war, oder: weil ich sein Onkel  
bin, der ihn/sie in seiner/ihrer Wohnung häufig aufgesucht hat).

bitte wenden!



219

Ich bin ausdrücklich belehrt worden, daß ich mich durch die Abgabe einer falschen Erklärung strafrechtlicher Verfolgung aussetze.

Berlin- SW 29, den 6. Oktober 1953

Urban Straße ~~XXXXXX~~ Platz Nr. 101 v. IV Tl.

*Alfred Pusch, Pol. Meister*  
(Vor- und Zuname)

Die vorstehende, vor mir geleistete Unterschrift des/der

*Alfred Pusch*

ausgewiesen durch

*Pol. Meister*

*Pers.-Ausweis*

*Nr. 105/17967/46 vom 20. Aug. 1946*

wird hiermit beglaubigt.

Berlin *L.O. 36*, den *6. 10.* 1953

Der Polizeipräsident in Berlin

Polizeiinspektion

*Kreuzberg*

Polizeirevier

*107*



*F.A. Jannich, Pol. Meist.*

(Unterschrift)



**Achtung!**

Bitte, vor Ausfüllung des Vordrucks aufmerksam durchlesen!

Sie ersparen sich und dem Amt Arbeit und Zeit durch sorgfältige, deutliche und vollständige Angaben.

220 177  
Berlin SW 29, den 29. April 1955

An das  
Entschädigungsamt Berlin  
Berlin W 35  
Potsdamer Straße 186

Entsch. A/B	
Eing.	9. MAI 1955
Zur Beerb.	
an	

**Betr.: Antrag auf Entschädigung wegen Schadens an Leben**

nach dem Verstorbenen Rudolf Matzner (Verfolgte[r]).

Vorgang: Ihr Schreiben vom 20. April 1955 (Reg.-Nr.: 18336)

**Erklärung**

**über die wirtschaftliche und soziale Stellung des verstorbenen Verfolgten in den letzten drei Jahren vor der Verfolgung, die zu seinem Tode geführt hat.**

(Diese Erklärung ist nur einmal erforderlich, auch wenn mehrere Hinterbliebene Antrag auf Rente gestellt haben. Der Vordruck ist von dem Anspruchsberechtigten, Vormund, gesetzlichen Vertreter oder Pfleger sorgfältig auszufüllen und zu unterschreiben. Nichtzutreffendes ist zu streichen!)

**Angaben über den Verfolgten (Geschädigten).** (Falls die Verfolgte Hausfrau war, sind hier entsprechende Angaben über deren Ehemann zu machen)

1. Name, Vorname (bei Frauen auch Mädchenname):	<b>M a t z n e r , Rudolf</b>
2. Geburtsdatum und Geburtsort:	<b>18.2.1881 in Wien</b>
3. Sterbedatum und Sterbeort: verschollen — vermißt seit: gerichtlich festgestellter Todestag: Letzte Nachricht vom:	<b>25.8.1943 in Auschwitz</b> <b>6. Sept. 1943 vom KZ-Auschwitz</b>
4. Rechts- bzw. Verwandtschaftsverhältnis zum Antragsteller:	<b>Ehemann</b>
5. Schulausbildung (Art und Abschluß): Berufsausbildung (Lehre, Fachschule usw.): abgelegte Prüfungen: akademische Ausbildung und Prüfung:	<b>Ist A.St. nicht bekannt</b> <b>Kellner (bei Sacher, Adlon</b> <b>Palast-Hotel pp./</b> <b>mit Fremdsprachen-</b> <b>Kenntnissen</b>
6. Berufliche Tätigkeit bis zum Beginn der Verfolgung (Stellung im Beruf, Beschäftigungsart, Namen und Anschriften der letzten Arbeitgeber, bei freiberuflicher oder gewerblicher Tätigkeit sind Art, Ort und Dauer anzugeben):  Die letzte Beschäftigung vor der Verfolgung / Schädigung ist besonders ausführlich zu schildern.	<b>Kellner</b> <b>dann Zwangsarbeiter bei Fa.</b> <b>Gossen, Bln.-Reinickendorf,</b> <b>Flottenstrasse 1-8</b> <b>Kellner bei Casaleon, Hasenheide</b> <b>in Berlin SW 29 -sonst wie vor</b>
7. Soziale Stellung vor der Verfolgung nach der auf Vorbildung, Leistungen und Fähigkeiten beruhenden Geltung im öffentlichen Leben. (Hier ist anzugeben, welche Ämter oder Stellungen der Verfolgte in Staat, Gemeinde, Berufsverbänden, Vereinen usw. bekleidet u. ggf. wann und wie lange er sie innegehabt hat):	<b>Bei dem aufreibenden Dienst</b> <b>als Kellner garnicht möglich</b> <b>gewesen.</b>



221

8. Durchschnittseinkommen in den letzten drei Kalenderjahren vor der Verfolgung, die zum Tode des Verfolgten geführt hat (das ist der Gesamtbetrag der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständiger und nicht selbständiger Arbeit [§ 2 Abs. 3 Ziff. 1—4 des Einkommensteuergesetzes] abzüglich der durchschnittlichen Sonderausgaben [§ 10 des Einkommensteuergesetzes]):

	Art der Einkünfte	Art der Tätigkeit, Stellung im Beruf, Dienst-rang u. dgl.	Das Durchschnittseinkommen betrug jährlich in der Zeit			
			vom	bis	brutto RM	netto RM
a)	Land- und Forstwirtschaft Anschrift:   Anzahl der Beschäftigten: Fin.-Amt: St.-Nr.: St.-Bez.:	entfällt				
b)	Gewerbebetrieb Anschrift:   Anzahl der Beschäftigten: Fin.-Amt: St.-Nr.: St.-Bez.:	entfällt				
c)	selbständige Arbeit Anschrift:   Fin.-Amt: St.-Nr.: St.-Bez.:	entfällt				
d)	nicht selbständige Arbeit: Arbeitgeber:   Fin.-Amt: St.-Nr.: St.-Bez.:	Kellner zuletzt: Casaleon, Bln. SW 29, Hasenheide  Berlin-Hall.-Tor	zuletzt ca. vor der Machtübernahme weitaus höher gelegen.			RM. 4.000,--
e)	sonstige Einkünfte, z. B. auf vertraglicher, arbeitsrechtlicher, privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Ansprüche aus früheren Arbeitsverhältnissen, Grundbesitz, Vermietung, Verpachtung, Wertpapieren, Bankkonten, Beteiligungen u. dgl. <i>sonstige Unterhaltungen:</i> <b>keine</b>  Fin.-Amt: St.-Nr.: St.-Bezirk:		entfällt			



222  
178

f) Vermögen (Angaben über Art und Wert von Grundbesitz, Hypotheken, Wertpapieren, Bank- und Sparkonten):

entfällt

Fin.-Amt:

St.-Nr.:

St.-Bez.:

9. Als Zeugen werden benannt:

Zu den Angaben unter Ziff.	Name	Vorname	Anschrift
	keine vorhanden ausser A.St.		

Ich versichere hiermit die Vollständigkeit und Richtigkeit vorstehender Angaben. Es ist mir bekannt, daß unrichtige oder irreführende Angaben zur Versagung der gesamten Entschädigung und Bestrafung führen können.

Die in dieser Erklärung bezeichneten Personen und Stellen entbinde ich hiermit von ihrer Schweigepflicht und ermächtige sie zur Erteilung aller vom Entschädigungsamt verlangten Auskünfte über die mich oder den (die) vorstehend bezeichnete(n) Verfolgte(n) betreffenden Fragen.

Zur Glaubhaftmachung der Angaben sind beigefügt:

Elisabeth Matzner geb. Seippert

(Unterschrift)



B8

Verfolgungsbericht !  
=====

Mein in Wien / Oesterreich am 18. 2. 1881 geborener Ehemann, Rudolf Matzner, war Volljude im Sinne der sogen. "Nürnberger Gesetzgebung".

Er war von Beruf Kellner, mit der Lehrausbildung bei Sacher. Er war seinen beruflichen Fähigkeiten, seinen vorzüglichen Umgangsformen sowie seiner Fremdsprache-Kenntnisse stets in ersten Häusern, so z.B. im Adlon, im Palast Hotel pp. tätig.

Nach der "Machtübernahme" im Jahre 1933 war er in Berlin SW 29, Hasenheide, im Tanzcafé Casaleon tätig, bis er als Jude im April 1941 diese Arbeitsstelle verlassen mußte und am 22. April 1941 zur Zwangsarbeit im Rüstungsbetrieb, Fa. H. Gossen, in Berlin-Reinickendorf, verpflichtet wurde. -

Mein Mann mußte hier durchlaufend Arbeiten verrichten, die seine körperliche Konstitution weitaus überbelastete. So mußte er, aus meiner Erinnerung heraus, schwere Metallteile an einem über dem Kopfe hängend angebrachten Schleifapparat mit den Armen frei hochgestemmt, abschleifen u.a.m. -

Am 2. März 1943 wurde mein Mann von seiner Arbeitsstelle, der Firma Gossen, weg verhaftet und in das KZ-Auschwitz deportiert. Am 25. August 1943 ist er dortselbst, lt. Mitteilung der KZ-Lagerleitung Auschwitz an Herzmuskelschwäche verstorben. -

Mein Mann war stets ein sehr solider und arbeitssamer Mensch. Ich kann mich bei bestem Willen nicht erinnern, daß er irgend ein organisches Leides hatte oder über Beschwerden, die etwa auf ein solches hindeuten konnten, je geklagt hat. Im Gegenteil stand mein Mann bis zu seiner Zwangsarbeits-Verpflichtung in seinem gewiß nicht leichten Berufe stets voll seinen Mann. Allerdings begann er während der Tätigkeit bei der Rüstungsfirma Gossen in immer zunehmendem Masse zu klagen, daß ihm die Arbeit doch sehr, <sup>schwer</sup> ~~sehr~~ viele und er nicht wüßte, wie er es auf die Dauer durchstehen sollte. Doch wagte er es nie sich krank zu melden oder einen Arzt aufzusuchen, da er stets sagte, er dürfe nicht krank werden, denn dann würde er gnadenlos ins KZ kommen. Und das würde er nie aushalten. Er muß also hinsichtlich seines Gesundheitszustandes schon gewisse Befürchtungen gehabt haben, hat es sich jedoch mir gegenüber nach Möglichkeit nie besonders merken lassen. Er sagte mir auch stets, wenn ich die Frage einmal anschnitt, daß er doch einmal einen Arzt aus Sicherheitsgründen aufsuchen solle, das hätte ja doch keinen Zweck, denn einmal fände er als Volljude überhaupt keinen Arzt der ihn behandeln würde, und helfen könne ihm dann ja doch keiner, wenn es auch notwendig sein sollte, da er ihm als Juden ja nicht helfen dürfe. Man muß eben durchhalten, so gut es ginge, erklärte er mir immer. Aus diesem Grunde verfüge ich naturgemäß auch über keinerlei ärztliche Unterlagen über meinen Mann, die über seinen damaligen zeitweiligen Zustand Auskunft geben könnten.

Vorstehende Angaben versichere ich nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.

Frau Elisabeth Matzner  
geb. Seiffert



I - A - KI 3

Berlin, den 18.7.68

V e r m e r k:

Die Witwe des Rudolf M a t z n e r

Elisabeth M a t z n e r, geb. Seiffert,  
30.1.89 Dessau geb.,

ist am 21.4.68 verstorben.

Der Tod ist beurkundet beim Standesamt Steglitz von Berlin  
unter der Reg.Nr.: 1140/1968; Sterbeurkunde wurde angefordert.Über das Standesamt und das Beerdigungsinstitut konnte fest-  
gestellt werden, daßPeter S e i f f e r t,  
1 Bln. 19, Altenburger Allee 2a wohnh.

die Bestattungsformalitäten erledigt hat.

Herr S e i f f e r t konnte unter der Rufnummer 304 90 42  
erreicht werden. Auf Befragen erklärte er, der Neffe der Ver-  
storbenen zu sein; er erklärte sich bereit, am 22.7.68, 14.00 Uhr  
hier zu einer Vernehmung zu erscheinen.

Der in den Entschädigungsakten genannte Polizeimeister

Alfred P u s c h

ist zwischenzeitlich ebenfalls verstorben. Der Tod ist beim  
Standesamt Kreuzberg von Berlin unter der Reg.Nr. 1396/1964  
beurkundet. Sterbeurkunde wurde angefordert.

(Schultz) KOM

I - A - KI 3

Berlin, den 19.7.68

V e r m e r k:Herr S e i f f e r t teilt fernmündlich mit, daß er  
am 22.7.68 aus beruflichen Gründen nicht zur Vernehmung  
erscheinen kann. Es wurde nunmehr vereinbart, daß Herr  
SEIFFERT am 25.7.68 gegen 14.00 Uhr die hiesige Dienststelle  
aufsuchen wird.

(Schultz) KOM



Berlin -Lichterfelde, den 23. April 1968.

Luise Elisabeth M a t z n e r geborene Seiffert, - - -  
ohne Beruf, - - - - -

wohnhaft in Berlin, Urbanstraße 101, - - - - -

ist am 21. April 1968 - - - - - um -2- Uhr 45 Minuten  
in Berlin-Lankwitz, Gallwitzallee 115, - - - - -  
verstorben.

Die Verstorbene war geboren am 30. Januar 1889 - - - - -  
in Dessau. - - - - -

Die Verstorbene war Witwe von Johann Rudolf - - - - -  
M a t z n e r . - - - - -

Eingetragen auf mündliche — ~~schriftliche~~ — Anzeige des kaufmännischen - - -  
Angestellten Bruno Seering, wohnhaft in - - - - -  
Berlin-Reinickendorf, Antonienstraße 40, - - - - -  
persönlich bekannt — ausgewiesen durch Er erklärte, von dem - - - - -  
Sterbefall aus eigener Wissenschaft unterrichtet zu - - - - -  
sein. - - - - -

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Der Stadesbeamte

I.V.

Die Übereinstimmung der Fotokopie mit dem Eintrag im  
Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



Berlin-Lichterfelde, den 19. JULI 1968  
Der Standesbeamte  
In Vertretung

Nur für den Dienstgebrauch



2259

Berlin

, den 21. Mai 1964

Der Polizeiobermeister außer Dienst Alfred P a u s c h ,

wohnhaft in Berlin, Urbanstraße 101,

ist am 21. Mai 1964 um 11 Uhr 15 Minuten

in Berlin, Urbanstraße 101

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 9. Februar 1900

in Rönfeldholz, Kreis Plön.

Der Verstorbene war verheiratet mit Margarete

P a u s c h geborener Harder.

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige des kaufmännischen

Angestellten Heinz K e f f , wohnhaft in Berlin

Schöneberg, Belziger Straße 30,

persönlich bekannt — ausgewiesen durch Der Anzeigende erklärte, —  
von dem Sterbefall aus eigenen Wissen unterrichtet zu  
sein.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Der Stabsbeamte

## 1. Geburtseintrag des Verstorbenen:

Pausch, Kreis Plön Nr. 11/1900

Standesamt und Nummer

2. Das Familienbuch de Verstorbenen  
der Eltern Familienname des Mannes Mädchenname der Frau  
wird geführt in

3. Eheschließung des Verstorbenen am 24.5.1926 in Schöneberg

Schöneberg in Schöneberg, Kreis Hohenberg Nr. 1

Standesamt und Nummer



1  
Umseitiger Bildabzug (.....Bl. - ..... Randvermerk.....) gilt als beglaubigte Abschrift.

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im - ~~zum Hauptregister~~  
~~erklärten Geburten - Heirats - Sterbe - Nebenregister - Geburtenbuch -~~  
~~Familienbuch - Sterbebuch -~~ des Standesamts .....Berlin, jetzt Kreuzberg  
von Berlin, wird hiermit beglaubigt.

Berlin, den 19. Juli 1968

Der Standesbeamte  
In Vertretung



Nur zum Dienstgebrauch!



V e r h a n d e l t

Bestellt erscheint der Verlagsbuchhändler

Peter S e i f f e r t,  
8.6.1925 Berlin geb.,  
1 Berlin 19,  
Altenburger Allee 2a wohnh.,  
Tel: 304 90 42,

und erklärt nach Belehrung gem. §§ 52, 55 StPO und Erörterung des Sachverhalts folgendes:

Der Verfolgte Rudolf M a t z n e r , 8.2.81 Wien geb., war mein ungeheirateter Onkel. Seine Ehefrau war die Schwester meines Vaters. Sie lebten in sog. Mischehe, Da meine Tante Arierin und mein Onkel Jude war. Mein Onkel war das zweitemal verheiratet. In erster Ehe hatte er ebenfalls eine arische Frau. Aus dieser Ehe ging ein Kind hervor, das ev<sup>8</sup>ngelisch getauft war. Die erste Ehefrau verstarb.

Über das Berufsleben meines Onkels bzw. seinen Arbeitseinsatz während der NS-Zeit kann ich keine Angaben machen, da ich zur fraglichen Zeit in einem Internat in Berlin-Frohnau lebte. Meine Eltern hatten allerdings Kontakt zum Ehepaar M a t z n e r. Durch sie erfuhr ich dann auch, daß Rudolf M a t z n e r Anfang März 1943 von seiner Arbeitsstelle weg verhaftet wurde. Er kam dann zu einem mir nicht bekannten Zeitpunkt in das Konzentrationslager Auschwitz. Ausweilich der Sterbeurkunde, die sich in meinem Besitz befindet, kam er dort am 25.8.1943 ums Leben.

Mir ist nicht bekanntgeworden, warum mein Onkel festgenommen und in ein KZ verbracht worden ist.

Wenn ich gefragt werde, ob jemand aus der Familie oder dem Bekanntenkreis bei irgendwelchen Stapodienststellen den Versuch unternommen hatte, die Freilassung meines Onkels zu erreichen,



so kann ich dazu nichts sagen, da mir davon nichts bekanntge-  
worden ist. Ich möchte lediglich in diesem Zusammenhang erwäh-  
nen, daß mein Onkel Ausländer war -m.W. Tschechoslowake- und  
sich ein Rechtsanwalt einige Zeit vor seiner Verhaftung um Auf-  
hebung eines gegen ihn anhängig gewesenen Ausweisungsbeschlus-  
ses bemühte. Ein diesbezügliches Schreiben habe ich zu Hause  
in meinen Unterlagen. Ich werde dieses Schriftstück nach hier  
senden und bin damit einverstanden, daß Fotokopien davon zu  
den Ermittlungsakten genommen werden. Darüber hinaus werde ich  
noch einmal alle Unterlagen überprüfen, für den Fall, daß ich  
noch Schriftstücke <sup>itze</sup> ~~bestimme~~, die für das Ermittlungsverfahren von  
Interesse sein können. Auch davon können dann Fotokopien für die  
Akten gefertigt werden.

Ich habe heute 2 Postkarten mitgebracht, die mein Onkel aus dem  
Arbeitslager Birkenau geschrieben hat. Auch hiervon können Ab-  
lichtungen für die Akten gefertigt werden.

Geschlossen:	selbst	gelesen, genehmigt, unterschrieben:
gez. Schultz	.....	gez. Peter    S e i f f e r t
.....		.....
(Schultz) KOM		







228a

Dr. Kurt Israel Machol  
Konsulent

zugelassen nur zur rechtlichen Beratung  
und Vertretung von Juden

Zugelassen für die Landgerichtsbezirke  
Berlin, Magdeburg, Stendal,  
Dessau, Halberstadt

Fernsprecher: 667436

Postfachkonto: Berlin 174637

Kennkarte: Berlin A 267795

Abfertigung

Berlin SW 61, den 17. 7. 1941.  
Yordstraße 88

Dr. A/M.

Abf.: Dr. Machol, Berlin SW 61, Yordstraße 88

An  
den Herrn Polizeipräsidenten Berlin,  
Abteilung II,  
zu Händen von Herrn Regierungsrat  
Weskamp,  
Berlin C. 2  
Burgstrasse 30.

Betrifft : Matzner, Rudolf - 81 - .

Dem vorbezeichneten slowakischen Staatsbürger ist am 4. Juli 1941 ein Aufenthaltsverbot zugestellt worden. Unter Bezugnahme auf beiliegende Vollmacht erhebe ich gegen dieses Aufenthaltsverbot hiermit Einspruch.

Rudolf Matzner ist staatsangehörig in der Slowakei, hat aber niemals dort gelebt, sondern seine Jugend in Wien verbracht und sich seit 1903 in Berlin aufgehalten. Soweit ermittelt werden konnte, ist er niemals bestraft worden und hat auch sonst seine öffentlichrechtlichen Verpflichtungen prompt erfüllt.

Mein Auftraggeber ist im 15. Lebensjahr katholisch getauft worden. Er hat daher bis vor kurzer Zeit nicht als Jude gegolten.

Die Wahrheit über seine jüdische Abstammung wurde erst vor wenigen Wochen oder Monaten aufgeklärt. Hierüber wird noch weiter unten im anderen Zusammenhang weiteres zu erörtern sein.

Matzner war in erster Ehe verheiratet mit Frau Jda geb. Ernst, die deutschblütig war. Aus dieser Ehe ist ein Sohn, Gustav Matzner, hervorgegangen, der nicht als Jude gilt. Gustav Matzner ist



wiederm mit einer deutschblütigen Frau verheiratet . Aus dieser Ehe ist ein Sohn vorhanden, der Mischling 2. Grades ist .

Mein Auftraggeber ist jetzt verheiratet mit der am 30. I. 1889 in Dessau geborenen Elisabeth Matzner geb. Seiffert. Diese ist ebenfalls deutschblütig .

Wie mir aus anderen Fällen bekannt wurde, sind Juden, die in sogenannten privilegierten Mischehen leben, auch von der Fremdenpolizei vielfach anders behandelt worden als solche Juden, die nicht in privilegierter Mischehe leben. Bei Rudolf Matzner liegt ein Fall privilegierter Mischehe vor, weil der Sohn aus seiner ersten Ehe, Gustav Matzner, nicht als Jude gilt.

Unter Bezugnahme auf die mit Herrn Regierungsrat Weskamp am 16. Juli. 1941 geführte Unterredung bitte ich, prüfen zu wollen, ob nicht aus diesem Grunde das Aufenthaltsverbot für Rudolf Matzner aufgehoben werden kann . Matzner ist eines solchen Entgegenkommens nicht unwürdig. Wie die beigelegten Zeugnisse ergeben, war er früher Kellner bei Adlon, bei der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft, bei der Konditorei Leon ( 13 Jahre ), im Café Passage u.a.m. Er hat sich stets gut geführt. Seit kurzer Zeit ist er als Arbeiter bei der Firma H. Gossen, Stahl-Hoch-und Brückenbau in Berlin - Reinickendorf, beschäftigt.

Rudolf Matzner besitzt einen Pass der slowakischen Republik. Bevor die Geltungsdauer dieses Passes ablief, hat er sich Mitte Februar um die Verlängerung des Passes bemüht. Er hat daraufhin eine schriftliche Bestätigung des slowakischen Konsulats erhalten, aus welcher hervorgeht, dass die Verlängerung des Passes noch nicht erfolgen könne. Mit dieser Bescheinigung hat er im Polizeipräsidium, Abteilung II, vorgesprochen, und darum gebeten, dass ihm vorläufig ein Fremdenpass ausgestellt werde, weil er nicht ohne Pass sein willt .



Auf Grund dieses mündlich gestellten Antrages hat der mit der Sache befasste Beamte die Akten eingesehen. Er hat bei flüchtiger Prüfung festgestellt, dass Rudolf Matzner schon viele Jahre in Deutschland lebt, und dass er katholisch getauft ist. Aus den Akten ging damals nicht hervor, dass Matzner mehr als 2 jüdische Grosseltern hat. Der Beamte hat deshalb Herrn Matzner erklärt, er werde einen Freudenpass überhaupt nicht benötigen, falls er sich einbürgern lassen wolle. Auf Grund dieser Anregung hat Rudolf Matzner sofort den Antrag auf Einbürgerung gestellt. Da nun aber für diesen Antrag der Nachweis der arischen Abstammung verlangt wurde, und da Rudolf Matzner diesen Nachweis nicht erbringen konnte, ist das Gesuch um Einbürgerung vor wenigen Wochen abgelehnt worden.

Im Namen des Herrn Rudolf Matzner ~~kann ich mich nicht~~ früher mündlich gestellten Antrag auf Ausstellung eines Freudenpasses für ihn erneuern.

Vorsorglich wird gebeten, Herrn Rudolf Matzner eine genügende Abzugsfrist zu bewilligen. Mit Rücksicht darauf, dass ein Antrag auf Einbürgerung gestellt war, hat Rudolf Matzner das Verfahren um Ausstellung eines slowakischen Passes bei der Slowakischen Gesandtschaft (Konsularabteilung) nicht mehr gefördert. Er hat sich erst jetzt wieder nach Ablehnung seines Einbürgerungsantrages darum bemüht, und es ist durchaus zweifelhaft, ob ihm jetzt noch ein slowakischer Pass ausgestellt wird, nachdem er sich um die Aufnahme in das Deutsche Reich bemüht hat. Bis zur Ausstellung eines slowakischen Passes ist es jedenfalls Herrn Matzner nicht möglich, in das Heimatland zurückzukehren.

gez. Dr. Paul Israel Machol



Linba Hse!

Bin ins Präsidium mangelhaft  
worden, und ohne Verhöre auf 8 Tagen  
mit dem Transport auf der Schwabe über  
die Grenze geführt worden habe und  
dort gemeldet und wieder zurück  
geführt werden mußte mit dem Grenz wächter  
3 Stunden lang der Schwabische  
Gebirge bis Lawentz gebrachte  
Güter jetzt zur Hage und von  
hier auf nach Preburg transportiert  
werden ob sie und wieder nach  
Berlin zurück führen soweit  
geht es mir gut, ich hatte heute  
mir 4 Mark mit mir für alle  
geworden soll ich nach Preburg kommen  
wobei sie gleich Nachricht geben und  
ich muß zum Consul und mit  
Ihr telegraphisch finden



Frau Else Matzner

Berlin S.W. 29

Arbanstrasse 101/III



228

oder per Post müßt schon wegen  
Dewisen oder Brief der Bank.

überweisen lassen auf Telegraph Wege.  
Jetzt geht es zur Luftpost bleibt  
gerade hoffentlich kommen sie  
bald wieder.

Mit freundl.  
Gruß

Freundliche Grüße mit Tante  
und alle von uns

Ich hoffe die Zeit nicht schon  
von uns den in Erfahrung in  
unsern Lager der darf man nicht  
gleich kommen.

Hast du die Hausnummer bekommen?  
Wen müßt ich auf das Prätorium  
Vort vor mir Nr. 242.  
/ Schlußhefte





Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21, den 18. MAI 1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 Js 7/65 (RSHA)

An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;  
hier: Schutzhaftverhängung gegen jüdische Bürger

Sehr geehrte Herren!

Ich darf um Mitteilung bitten, ob sich aus den dortigen Unter-  
lagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Per-  
son ergibt:

M e n d e l s o h n , Martin

T 406

geboren am <sup>11.12.96</sup> ~~1.7.1894~~ in Graudenz

letzter Wohnort: Berlin - Wilmersdorf,  
Landhausstr. 25 a

*Geburtsdatum geändert  
3.1.68 Stuttgart, Kitz*

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage

*Nagel*

(Nagel)

Staatsanwalt

Sch

bitte wenden



Kra.

Antwort des ISD Arolsen

T/D 950 976

Arolsen, den 7. Juni 1967

Sehr geehrte Herren!

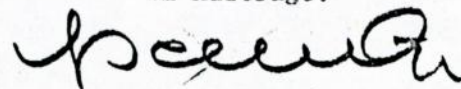
In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

MENDELSON, Martin, letzter Wohnort: Berlin-Wilmersdorf, Landhausstr. 25a, (keine weiteren Personalangaben), ist am 13. Februar 1944 im KL. Auschwitz verstorben.

Geprüfte Unterlagen: Liste von verstorbenen Juden, aufgestellt am 23. Oktober 1944 von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin; Karteikarte des A.J.D.C. Berlin, ausgestellt nach dem Kriege.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage.



G. Pecher



0 5205-1<sup>4</sup> - 406

231 2

Beglaubigte Abschrift.

20 VI 816.44.

Gemeinschaftlicher Erbschein.

Die Erben des Martin Israel M e n d e l s o h n , der zuletzt in Berlin-Wilmersdorf, Landhausstrasse 25 a wohnte und am 13. Februar 1944 in Auschwitz starb, sind:

I. seine Witwe Frau Siegrid Karola Nanni Mendelsohn geborene Geyer, geboren den 29. April 1907 zu Köln/Rhein,

zu zwei Achten des Nachlasses.

II. seine Kinder:

1.) Horst Mendelsohn, geboren den 8. Februar 1930 in Berlin-Charlottenburg.

2.) Klaus Heinrich Mendelsohn, geboren den 27. Juli 1934 in Berlin-Wilmersdorf.

zu je drei Achten des Nachlasses.

Die Erben wohnen in Berlin-Wilmersdorf, Landhausstrasse 25a.

Nach der Verordnung vom 1. Juli 1943 ist das Vermögen des Erblassers dem Reiche gefallen.

Berlin-Charlottenburg, den 18. November 1944.

Das Amtsgericht, Abteilung 20.

gez. Altmann, Amtsgerichtsrat.



Beglaubigt:

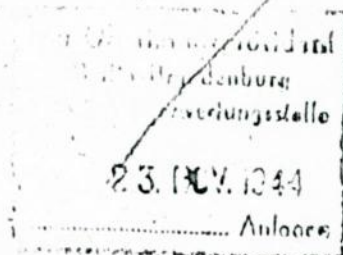
*[Signature]*, Justizobersekretär  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Herrn Oberfinanzpräsidenten

Berlin-Brandenburg,

Vermögensverwaltungsstelle

Berlin NW 40.





V e r m e r k :

Der in dem Gemeinschaftserbschein vom 18.11.1944 unter Ziff. 2 genannte

Klaus-Heinrich M e n d e l s o h n ,  
27.7.34 Berlin geb.,

konnte unter der Anschrift 1 Berlin 21, Studentenwohnheim Sigmundshof 17, Haus B, Tel.: 39 52 01, App. 336, ermittelt werden. Mit Herrn MENDELSON wurde fernmündlich Rücksprache genommen. Er selbst konnte aus eigener Erinnerung keine näheren Angaben zum Verbleib seines Vaters machen, insbesondere wußte er nicht zu sagen, wann sein Vater von der Gestapo verhaftet wurde. Er versprach, mit seiner in Köln lebenden Mutter zu telefonieren, sie entsprechend zu befragen und nach hier Mitteilung zu geben. Da Herr M. sich nicht meldete, wurde er angerufen und um Auskunft gebeten. Er schilderte, daß nach Angaben seiner Mutter sein Vater insgesamt dreimal verhaftet worden sei; erstmalig 1942, dann 1942/43 und letztlich am 8.7.1943. Bei der letzten Verhaftung wurden auch seine Mutter und die Hausgehilfin mitgenommen. Man brachte sie zur Burgstraße, von dort kehrten sie nicht zurück. Er bestätigte, daß sein Vater am 13.2.1944 in Auschwitz verstorben ist. Die detaillierten Fragen an Herrn M., die dieser seiner Mutter stellen sollte, beantwortete er dahingehend, seiner Mutter sei erinnerlich, daß sein Vater einen Schutzhaftbefehl, der mit K a l t e n b r u n n e r unterzeichnet war, unterschreiben mußte. Seiner Mutter habe mit den Gestapobeamten S a s s e oder S a t z e - es dürfte sich hierbei um den Angehörigen des Judenreferats der Stapoleitstelle Berlin S a s s e handeln - und K r y s c h a k verhandelt. An S a s s e habe seine Mutter keinerlei Erinnerung mehr, ihr war lediglich der Name irgendwie in diesem Zusammenhang noch im Gedächtnis. K r y s c h a k habe seiner Mutter in übelster Form behandelt, u.a. habe er gesagt "Lassen Sie sich von dem Juden scheiden, Sie sehen ihn doch nicht wieder".



Herr MENDELSON wurde gebeten, die hiesige Dienststelle aufzusuchen, um seine Angaben protokollieren zu lassen. Er war nach längerem Zögern bereit, am 15.12.1967 mit dem Unterzeichner fernmündlich einen Termin zu vereinbaren. Er rief jedoch hier nicht an. Ein Versuch, ihn am heutigen Tage unter der angegebenen Rufnummer zu erreichen, schlug fehl. Die Frage, wann Herr M. erreichbar sein würde, wurde mit den Worten beantwortet, "das kann ich Ihnen auch nicht sagen".

Herr M. war ohnehin nur nach längerem intensivem Zureden bereit, sich in dieser Angelegenheit als Zeuge vernehmen zu lassen, nachdem er mehrmals eindringlich darauf hinwies, daß seine Mutter sich von niemanden und zu keiner Zeit zum vorliegenden Sachverhalt vernehmen lassen würde, da sie nervlich und körperlich dazu nicht in der Lage wäre. Er selbst unterstütze seine Mutter in dieser Meinung und habe ihr auch nachdrücklich von einer solchen Vernehmung abgeraten.

Aufgrund des gewonnenen Eindrucks muß angenommen werden, daß Herr M. nicht bereit ist, sich vernehmen zu lassen.

*Schultz*  
(Schultz) KOM



Ich, Siegmund Heeger, geb. Heeger, verw. Handel-  
 schen, bin als Tochter des Kaufmanns Walter Heeger  
 und seiner Ehefrau Luise, geb. Heeger, am 24. April  
 1918 in Berlin a. Rh. geboren. Ab 1913 besuchte ich  
 im Besonderen die Prinzess-Luise-Schule, später das  
 Gymnasium des Lyzeums Harkgräbe in Königs-  
 berg/Pr. 1937 ging ich nach Berlin, wo ich mich  
 1938 mit dem Finanzwirtschaftlichen Handelsschule ver-  
 kehrte. Aus dieser Ehe entstammte S. Heeger, geb. am 8. II. 31  
 und 24. II. 34. Am 8. Juli 1943 wurden meine Eltern  
 und ich von der Gestapo abgeholt. Mein Name kam  
 nach dem belagerten Wehrkreis und später nach  
 Buchenwald, wo ich am 13. II. 44 verhaftet wurde. Ich kam  
 nach dem Buchenwaldlager in Weimar, wo ich die  
 letzten Monate meines Lebens verlebte. Im November 1945  
 wurde meine Befreiung zum Teil und im April 1948  
 total erreicht. Da ich meine Eltern nicht mehr  
 finden konnte, habe ich mich entschlossen, nach  
 Berlin zu kommen. Ich habe mich in Berlin  
 niederlassen und ist es mir gelungen, meine  
 Angehörigen mit gelungener nach Berlin zurückzuführen.



33. Heutige für mich eine besondere. Ange-  
winnende Kollaboration 1955, und ein neuer  
Ffilm eines Kollaboranten.

Es sollte nun baldmöglichst gemindert werden  
meines Kollaboranten, die große Geschäftlichkeit ver-  
längert. Das Einkommen meines jetzigen Kollaboranten  
besteht 10.000 RM (Lohn) und außer meinem  
neunjährigen Jungen ist noch meine Mutter.  
Selbst bereits das achtzigste Lebensjahr überwinden  
hat und eine Trübsal mehr von 15.000 RM erhält,  
zu unterstützen.

Friedrich Heeger, geb. 1908  
v. M. Heeger.



K. K. Friedrich B.

C

## Schaden an Freiheit (§§ 16 und 17 BEG)

## I. Angaben über den Verfolgten:

Familiennam:

Mendelsohn

Vorname:

Martin

Bei Frauen Mädchenname:

geb. am

11. XII 96

in

Jankenburg

Kreis:

Polgar

Gegenwärtige Anschrift:

verstorben am 13. II. 1944 KZ Auschwitz

## II. Angaben über den Freiheitsentzug:

## 1. Ich war meiner Freiheit beraubt:

Art der Haft (Anstalt, Lager, Strafbat.)

von

8. VI. 43

bis

9. VII. 43

in

Kaufmännische Wirtliche

von

10. VII. 43

bis

23. XI. 43

in

Polizeihaft - KZ Auschwitz

von

23. XI. 43

bis

13. I. 44

in

KZ Auschwitz

## 2. Ich habe illegal gelebt:

von

bis

in

von

bis

in

## III. Nachweise:

1. Ich bin Inhaber des PrV-Ausweises auf Grund des Gesetzes vom 20. 3. 1950 über die Anerkennung als politisch, rassisch oder religiös Verfolgte(r) \*)

des amtlichen Ausweises als Opfer der nationalsozialistischen Sondergesetzgebung (graue Karte) \*)

ausgestellt am:

mit der Nummer:

Sämtliche Unterlagen werden beigelegt  
liegen bei meinen Anerkennungsakten \*)

2. Ich besitze keinen der vorgenannten Ausweise und lege folgende Nachweise für die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen erlittene Haft vor:

## IV. Antrag:

Ich beantrage für die erlittene Freiheitsberaubung bzw. Aufenthalt in der Illegalität von insgesamt  
215 Tagen Haftentschädigung.

Ich erkläre hiermit, daß alle in der vorstehenden Anmeldung enthaltenen Angaben nach meinem besten Wissen und Gewissen genau, vollständig und der Wahrheit entsprechend gemacht worden sind. Die Bestimmungen des § 2 des Bundesergänzungsgesetzes (Verwirkungsvorschriften) sind mir bekannt.

Jankenburg, den 20. II. 1956.  
(Ort und Datum)

Ludwig Heege, v. Mendelsohn  
(Unterschrift)  
geb. Jäger.

Anlagen:

\*) Nicht:

Entsch II 1  
Mot. 12917



I - A - KI 3

Berlin, den 10.1.1968

V e r m e r k:

Die gesamten Entschädigungsakten nach

Martin M e n d e l s o h n

befinden sich bei dem Landgericht Berlin - Entschädigungs-  
kammer - 1 Berlin 20, Altstädter Ring 7 und tragen das  
Aktenzeichen 198 O Entsch. 184/66.

Es ist dort eine Klage wegen Schaden an Eigentum und Ver-  
mögen anhängig.

Antragstellerin ist die frühere Ehefrau des o.G., Frau

Siegrid S t e e g e r, verw. Mendelsohn,  
geb. Geyer,

Köln-Klettenberg, Petersbergstr. 90 wohnhaft,

sowie die Söhne des Verstorbenen

Horst M e n d e l s o h n,  
wohnhaft in der SBZ und

Klaus-Heinrich M e n d e l s o h n,  
1 Berlin 21, Studentenwohnheim Sigmundshof 17,  
Haus B, Tel. 39 52 01 App. 336.

*Schultz*  
(Schultz) KOM

I - A - KI 3

Berlin, den 11.1.68

V e r m e r k:

Fernmündlich wurde das Landgericht Berlin - Entschädigungskammer-  
um kurzfristige leihweise Überlassung der E.-Akten MENDELSONN  
gebeten. Die Einsichtnahme wurde von dem sachbearbeitenden  
Richter für zwei Tage genehmigt. Die Akte wird durch Boten  
abgeholt und zurückgebracht.

*Schultz*  
(Schultz) KOM



Berlin, den 29.1.68

V e r m e r k:

Am heutigen Tage rief Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. S t a r k, Berlin 15, Emser Str. 21, Tel.: 881 41 96 hier an und bat um Auskunft, warum die Entschädigungsakten MENDELSONN angefordert wurden. Herr Dr. STARK vertritt die Hinterbliebenen des im KL Auschwitz verstorbenen Martin MENDELSONN.

Herrn Dr. Stark wurde die gewünschte Auskunft erteilt. Er erklärte sich bereit, jederzeit etwa notwendige Fragen zu beantworten bzw. zu klären, die in bezug auf die Angehörigen des Verstorbenen gewünscht werden.

*Schultz*  
(Schultz) KOM



Landgericht Berlin  
**Amtsgericht Tiergarten**  
 Untersuchungsrichter II

IV VU 4.67

z.Zt. Köln,  
 1 Berlin 21, den 27. Februar 1968.  
 Turmstraße 91 6. März 1968

## Strafsache

Gegenwärtig:

Landgerichtsrat Dr. Glöckner  
 als Richter,  
 Untersuchungs-  
 Just. Ang. Vollmary  
 als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

gegen

Kd Wöhren und Andere

wegen Mordes.

Es erschien

die nachbenannte — Zeugin — Sachverständige —

Die — Zeugin — Sachverständige —  
 wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und der Person der Beschuldigten bekannt gemacht. Er — Sie — wurde zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß die Aussage zu beeiden ist, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Er — Sie — wurde ferner auf die Bedeutung des Eides, die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen eidlichen und auch uneidlichen Aussage sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung der Fragen zur Person und der sonst im § 68 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Umstände beziehe.

Die Erschienene wurde, — und zwar die Zeugen — einzeln und in Abwesenheit der später abzuhörenden Zeugen — wie folgt vernommen:

I. Zeugin — Sachverständige — Steeger.

Zur Person:

Ich heiße Siegrid Steeger verw. Mandel-  
 bin 60 Jahre alt, sohn geb. Geyer,  
 in Hausfrau

Köln, Klettenberg,  
 Petersbergstr. 90

nicht verwandt u. nicht verschwägert  
 mit den Angeeschuldigten.



Ich war seit 1934 verheiratet mit dem Juristen u. Fabrikanten Martin Mendelsohn, mein Ehemann war nach den damaligen Bestimmungen ~~folgende~~ Volljude, ich selbst bin Arierin. Unsere Ehe war somit eine "Mischehe". Aus dieser Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen, die bis Anf. 1940 der mosaischen Konfession angehörten. Ich ließ sie dann Anf. 1940 auf Anraten einer Angestellten in der Berliner Lebensmittelkartenstelle taufen, so daß sie danach evgl. Konfession waren u. als Mischlinge 1. Grades galten. Die erwähnte Angestellte riet mir hierzu, da eine Aktion ~~der~~ ~~Juden~~ gegen jüd. Kinder bevorstehe, (Lubliner Aktion) (Transport nach Lublin).

Anf. 1942 wurde mein Ehemann von Angehörigen der Stapo-Leitstelle Berlin eines Tages aus der Wohnung abgeholt u. mitgenommen. Den Grund hierfür kenne ich nicht, man hat ihn mir nicht genannt. Nach etwa 4 Tagen kehrte mein Ehemann zurück. Mein Ehemann ~~nannte~~ <sup>konnte</sup> mir den Grund für die Abholung nicht nennen, da man ihm nichts gesagt hatte, sondern nur seine Papiere überprüfen wolle. Zu der Zeit, <sup>war</sup> ~~da~~ mein Ehemann dienstverpflichtet in der Nordland-Schneekettenfabrik, in Berlin, Kurfürstenstr.

Ende 1942 etwa wurde mein Ehemann erneut von der Gestapo abgeholt, diesmal wurde er in einem Lastwagen abtransportiert u. wurde in das Lager Schulstr. verbracht, wo er mit vielen anderen zur Deportation bestimmten jüd. Bürgern einsaß. Auch ~~hier~~ diesmal wurde er nach etwa 4 Tagen entlassen, ohne daß ihm eine Begründung für seine Festnahme gegeben wurde. Wenigstens vermochte mir mein Ehemann nichts zu sagen, weshalb er das 2. Mal abgeholt worden war.

Ich nehme an, daß mein Ehemann diese beiden Male aufgrund einer Denuntiation unseres Blockleiters festgenommen worden ist. Der Blockleiter wohnte imselben Haus wie wir. Im gleichen Hause wohnte eine jüd. Familie Jacobi, die auch abgeholt worden ist.

Da mein Ehemann in das Lager Schulstr. verbracht wurde, nehme ich an, daß er deportiert werden sollte, u. daß man ihn vermutlich deshalb wieder entlassen hat, weil er in privilegiert Mischehe verheiratet war u. Kriegsteilnehmer des 1. Weltkriegs mit Auszeichnung u. ~~Für~~ Fronteinsatz gewesen ist. Mein Ehemann hat als Kriegsfreiwilliger den Weltkrieg mitgemacht u. hat zum Schluß den Dienstgrad eines Leutnants erreicht; er war Inhaber des EK 1 und 2.

Gleichwohl erfolgte am 8.7.43 eine erneute Festnahme,



nicht nur meines Ehemannes; ich selbst u. unser Dienstmädchen, welches 30 Jahre in der Familie meiner Schwiegermutter bedienstet gewesen war und nach der Deportation meiner Schwiegermutter nach Theresienstadt im Jahre 1942 bei uns Dienst tat. Alle drei wurden wir <sup>in</sup> von einer Gestapo-Dienststelle am Bahnhof Börse verbracht, und dort einzeln vernommen.

Vor dem Abtransport hatte man eine Haussuchung in unserer Wohnung vorgenommen. Die Gestapo-Leute warfen uns vor, wir hätten "und das im 4. Kriegsjahr" von unserer Wochenendreise nach Neu-Strelitz, wo wir unsere Kinder <sup>aus Sicherheitsgründen</sup> in Pension gegeben hatten, Lebensmittel mitgebracht, die wir gehamstert hätten. Tatsächlich hatten wir aus Neu-Strelitz überhaupt keine Lebensmittel mitgebracht. In unserer Wohnung verwahrten wir lediglich in größerer Menge Artikel, ~~z.B.~~ wie Eau de Cologne, Seife, Cremes u. ähnliche Toilettenartikel. Diese Dinge hatten wir kurz vor Kriegsausbruch eingekauft, weil wir beabsichtigten, nach Montevideo auszuwandern. Wir hatten die Ausreiseerlaubnis, die Schutzimpfungen u. die Einreisebewilligung von der Regierung in Uruguay, ein Teil unserer Koffer befand sich bereits im Hamburger Hafen. Dann kam der Krieg dazwischen. Das Schiff sollte ursprünglich am 29. Okt. auslaufen; wegen des Kriegsausbruchs lief es aber nicht aus. Wir konnten nunmehr nicht mehr auswandern.

Mir wurde von dem vernehmenden Richter gesagt, daß es damals eine Sonderverordnung gab, welche Juden unter Androhung von Schutzhaft Hamsterkäufe untersagte. Auch nach dieser Erklärung vermag ich nicht zu sagen, ob das Auffinden der div. Toilettenartikel der Anlaß für die Festnahme u. spätere Lagereinweisung meines Ehemannes gewesen ist.

Jedenfalls wurden wir drei, wie schon gesagt, in dem Dienstgebäude der Gestapo am Bahnhof Börse einzeln vernommen. Bei meiner Vernehmung sagte der Vernehmungsbeamte dem Sinne nach: Sehen Sie mal, was Sie alles da hatten, und dann auch noch die Lebensmittel. Ich erwiderte ihm, daß sie ja keine Lebensmittel gefunden hätten, weil wir keine gehamstert hatten. Das Vorhandensein der Toilettenartikel erklärte ich ihm.



Ich wurde als letzte vernommen. Der Vernehmende sagte am Schluß meiner Vernehmung dem Sinne nach: Es kommt ja doch nichts raus, die sagen alle dasselbe, sie haben sich abgesprochen. Was allerdings nicht möglich war, da wir drei uns nach der Festnahme nicht mehr verständigen konnten, weil wir bewacht wurden. Bei dem Vernehmenden handelte es sich um den Stapo-Beamten Sasse. (~~jetzt~~-Angehöriger des Judenreferats der Stapo-Leitstelle Juden). Nach der Vernehmung kamen wir drei in den Keller, das Mädchen u. ich in einem Raum, in dem nur Frauen waren, mein Ehemann woanders. Im Keller habe ich das Schreien von Gefangenen gehört, die offenbar für die Vernehmung "reif" gemacht wurden. Die Mitgefangenen sprachen hiervon; wahrscheinlich saßen sie schon eine Zeitlang im Keller. Um das Geschrei der Gefangenen zu übertönen, liefen die Ventilatoren.

Im Keller blieb ich bis zum Abend. Dann wurde ich u. das Mädchen in ein Barackenlager am Schwarzen Weg in der Nähe des Bahnhofs Schöneberg verbracht. Zunächst wußte ich natürlich nicht, wo ich hin verbracht wurde. Das stellte ich erst nach einiger Zeit fest. Während meiner insges. etwa 6 Wochen dauernden Inhaftierung sah ich zufällig eines Tages auf dem Gelände des Lagers meinen Ehemann, der an der Aufstellung einer neuen Baracke mitarbeitete. Ich hatte jedoch keine Gelegenheit, ihn zu sprechen. In dem Lager, in dem ich war, saßen auch zur Deportation bestimmte Juden. Wie mir mein Ehemann später bei einem meiner Besuche erzählte, wurden die zum Abtransport bestimmten Juden aufgerufen, ; man mußte sich draußen anstellen. Während der Arbeit habe er einmal den Namen Mendelsohn rufen hören und einen gewaltigen Schreck bekommen. Er hatte gedacht, ~~er~~ ich sei gemeint.

Nach meiner Entlassung, es kann September gewesen sein, habe ich meinen inzwischen im Pol.Präsidium einsitzenden Ehemann etwa 5 - 6 mal besuchen dürfen. Ich sah von Besuch zu Besuch wie mein Ehemann schwächer und elender wurde. Er war 1,72 m groß und wog <sup>vgr.</sup> bei seiner Festnahme etwa 180 Pfd, während er bei meinem letzten Besuch etwa im November 1943 höchstens 1 Zentner nach meiner Schätzung wiegen konnte. Er sah aus wie ein Skelett u. sagte zu mir, er könne kaum sitzen, er habe nur noch Knochen am Gesäß. Mein Ehemann hat mir den Grund seiner Festnahme nicht gesagt, er wußte ihn selbst nicht, er sagte immer wieder zu mir, daß gar kein Grund vorläge, ihn festzuhalten, er würde sicher bald entlassen werden.



Die Besuchsmöglichkeit entfiel in dem Augenblick, als im November 1943 der Bahnhof Börse mit den umliegenden Gebäuden völlig zerbombt wurden. Ich erhielt zu der Zeit ein Zettel von meinem Ehemann, auf welchem er mir mitteilte, er habe einen Schutzhaftbefehl, unterzeichnet von Kaltenbrunner, unterschreiben müssen u. komme jetzt nach Sachsenhausen oder Auschwitz. Diesen Zettel überbrachte mir ein Wachtmeister. Seitdem hörte ich nichts mehr von meinem Ehemann bis mir im März 1944 der Portier des Hauses, in dem ich wohnte, sagte, ich solle mal rüber gehen (gemeint war das Pol.Revier), mein Ehemann sei tot. Ich ging zum Revier hinüber, wo mir der Obermeister des Reviers die Mitteilung von Tode meines Ehemanns machte u. mir die Sterbeurkunde aushändigte. In dieser Sterbeurkunde, welche den Stempel des KL Auschwitz trug, stand, daß mein Ehemann am 13.2.1944 im KL an Darmkolik u. Herzschwäche verstorben sei. Ich war sofort der Ansicht, daß mein Ehemann im KL zu Tode gebracht worden war. Er war vor seiner Festnahme kerngesund und litt an keiner Herzkrankheit. Ich erinnerte mich auch wieder der Worte Kryschaks. Als ich nämlich aus dem Lager Schwarzer Weg entlassen worden war, forschte ich sofort nach dem Verbleib meines Ehemannes u. wurde u.a. auch auf der Dienststelle Kurfürstenstr. vorgestellt und an einem der Stapobeamten namens Kryschak verwiesen. Ich sagte ihm, mein Mann habe nichts verbrochen, ich möchte wissen wo er sei u. um seine Entlassung bitten. Kryschak antwortete mir etwa wie folgt: Was wollen Sie denn, eine blonde Frau wie Sie und mit einem Juden verheiratet. Lassen Sie sich scheiden, den Juden sehen Sie doch nicht wieder. Diese Worte waren nicht etwa als schlechter Scherz gemeint, sondern in völligem Ernst gesprochen. Aus diesen Worten entnahm ich, daß mein Ehemann umgebracht werden wird u. dies wußte. Ich hatte den Eindruck, Kryschak hat ganz genau gewußt, was meinem Ehemann bevorstand.

selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben.

Liegnid Heeger, vrs. Mewellbphen,  
geb. Luger.



Heumann



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21, den 18. MAI 1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 Js 7/65 (RSHA)

An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;  
hier: Schutzhaftverhängung gegen jüdische Bürger

Sehr geehrte Herren!

Ich darf um Mitteilung bitten, ob sich aus den dortigen Unter-  
lagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Per-  
son ergibt:

**S a m e l s o n , Raphael**

geboren am 20.12.1889 in **Pakosch**

letzter Wohnort: **Blm.-Wilmersdorf,**  
**Prinzregentenstr. 6**

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage

*Nagel*  
(Nagel)  
Staatsanwalt

Sch



Kra.

Antwort des ISD Arolsen

T/D 950 980

Arolsen, den 7. Juni 1967

Sehr geehrte Herren!

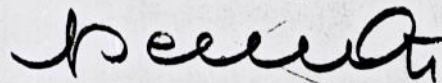
In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

SAMELSON, Raphael, geboren am 20. Dezember 1889 in Pakosch, letzter Wohnort: Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstr. 6, ist am 14. September 1943 verstorben (Ort nicht angeführt).

Geprüfte Unterlagen: Liste von verstorbenen Juden, aufgestellt am 13. November 1943 von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin; Karteikarte des A.J.D.C. Berlin, ausgestellt nach dem Kriege.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage:



G. Pechar



# Geheime Staatspolizei

## Staatspolizeileitstelle Berlin

Berlin C 95, Grunerstraße 12, Ecke Dicksenstraße

Eingang und Bearbeitungsvermerk

23  
AUG 1944  
Schutzamt  
Berlin

An den

Herrn Oberfinanzpräsidenten  
Berlin-Brandenburg  
- Vermögensverwertungsstelle -

Berlin NW 40

Alt-Moabit 143

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens

Geschäftszeichen und Tag meines Schreibens

- IV 4.b - S 504/43 -  
Berlin, den 31. Juli 1944

Betrifft:

Gewährung eines Härteausgleichs in  
Sach. Raphael Israel Samelson,  
geb. 20.12.89, verst. 14.9.43 -

Bezug:

Ihr Schreiben vom 9.5.1944 - An/Fi. -  
O 5205 - T 89 -

Heftrand

Gegen die Freigabe von RM 6.000  
4 1/2 % Deutsche Schatzanweisungen aus  
dem Nachlaßvermögen des verstorbenen  
Juden Samelson an seine Ehe-  
frau erhebe ich Bedenken.

Im Auftrage:

*[Handwritten signature]*

Pol. Nr. 3  
C/0080

Anlagen

Fernruf 810023

Postcheckkonto Berlin 2386  
Kasse des Geheimen Staatspolizeiamtes

RM/Kla



# Sterbeurkunde

(Standesamt II Auschwitz \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_)

Der berufsslose Raphael Israel Samelson \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ mosaisch \_\_\_\_\_

wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Prinz Regentenstraße  
Nr. 6 \_\_\_\_\_

ist am 14. September 1943 \_\_\_\_\_ um 09 Uhr 35 Minuten

in Auschwitz, Kasernenstraße \_\_\_\_\_ verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 20. Dezember 1889 \_\_\_\_\_

in Pakosch \_\_\_\_\_

(Standesamt \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_)

Vater: Hermann Samelson, zuletzt wohnhaft in  
Pakosch \_\_\_\_\_

Mutter: Doris Samelson geborene Holländer, —  
zuletzt wohnhaft in Pakosch \_\_\_\_\_

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet — mit Johanna  
Samelson geborene Hoppe \_\_\_\_\_



Auschwitz, den 25. September 1943

Der Standesbeamte  
In Vertretung

Gebühr RM \_\_\_\_\_

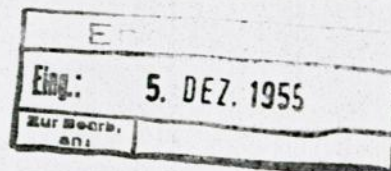
Gebührenfrei



Johanna Samelson  
Regist.Nr.: 21282

Berlin-Wilmersdorf, den 28. November 1955  
Jenaerstr. 4 Tel.: 872373

Lebenslauf!



Am 24.8.1902 wurde ich als Tochter des Landschaftssekretärs Franz Hoppe und seiner Ehefrau Auguste geb. Eiermann in Stettin geboren. Ich besuchte dort die Steffensche Höhere Töcherschule. Bis zu meiner Heirat war ich als kaufmännische Angestellte tätig.

Am 19.12.1933 ging ich mit meinem Mann Raphael Richard Samelson die Ehe ein. Mein Mann war Mitinhaber und alleiniger Geschäftsführer der Sambach Edellikörfabrik u. Weingrosshandlung G.m.b.H. Berlin W50, Passauerstr. 14.

In der Kristallnacht (9.u.10.Nov.1938) wurde unser Geschäft zerstört. Am nächsten Tage wurde mein Mann verhaftet und kam in das Konzentrationslager Sachsenhausen. Während seiner Abwesenheit versuchte man auf mich den Druck auszuüben das Geschäft abzugeben. Ich weigerte mich und reichte bei der Gestapo ein Gesuch ein, meinen Mann zwecks Arisierung der Firma freizugeben. Nach einigen Vorsprachen bei der Gestapo, bei denen man auch von mir unter anderem verlangte mich scheiden zu lassen, wurde mein Mann am 1.12.1938 entlassen. Nachdem mein Mann in einem schlechten gesundheitlichen Zustand (Angina pectoris) zurückkam und man uns bereits unsere Existenz genommen hatte (Firma wurde Anfang 1939 liquidiert), ausserdem Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe geleistet worden waren, mussten wir im August 1942 per sofort unsere Wohnung räumen. Man gab mir zu verstehen, dass bei einer Weigerung meinerseits (Wohnung gehörte mir) mein Mann sofort wieder würde inhaftiert werden. Mein Mann war Sternträger, mein Haushalt galt als jüdisch und war durch den Stern gekennzeichnet. Meine Einkäufe durfte ich nur zwischen 16 und 17 Uhr tätigen.

Am 16. Januar 1943 wurde mein Mann bei der Kaltenbrunner Aktion zur Schulstr. bestellt und kam von dort nach Gr.Beeren. Mit Aufbietung meiner letzten Kräfte versuchte ich bei der Gestapo Burgstr., Alexanderplatz und dem Reichssicherheitshauptamt Wrangelstr. die Freilassung meines Mannes zu erwirken. Trotz furchtbarer Auftritte setzte ich mein Bemühen fort und verschaffte mir eine Unterredung mit dem Polizeiarzt vom Alexanderplatz (Dr. Fritz Meyer, Schwedenstr.1), um durch ihn die Einlieferung meines kranken Mannes in das jüdische Krankenhaus zu veranlassen. Dr.M. sagte mir, nachdem er meinen Mann im Gefängnis untersucht hatte, dass die Einweisung in ein Krankenhaus sofort geschehen könnte, wenn mein Mann nicht Jude wäre. Einige Tage später wurde er nach Auschwitz transportiert. Am 1. August 1943 bekam ich von der Gestapo Burgstr. den Bescheid, dass mein Mann nach Berlin entlassen würde. Leider hat sich dieses nicht bewahrheitet. Ich bekam die Nachricht, dass mein Mann am 14. Sept.1943 in Auschwitz verstorben ist.

Hanni Samelson



An das  
Entschädigungsamt Berlin



Register-Nr.:

21 282

248

61

## Schaden an Freiheit (§§ 16 und 17 BEG)

### I. Angaben über den Verfolgten:

Familienname: SAMELSON Vorname: RAPHAEL RICHARD

Bei Frauen Mädchenname:

geb. am 20. 12. 89 in PAKOSCH

Kreis: HOHENSALZA

Gegenwärtige Anschrift: VERSTORBEN AM 14. 9. 1943, KONZENTRATIONSLAGER AUSCHWITZ

### II. Angaben über den Freiheitsentzug:

#### 1. Ich war meiner Freiheit beraubt:

Art der Haft (Anstalt, Lager, Strafbat.)  
von 10. NOV. 1938 bis 1. DEZ. 1938 in KONZENTRATIONSLAGER SACHSENHAUSEN  
von 16. JAN. 1943 bis 14. SEPT. 1943 in " " AUSCHWITZ  
von        bis ZUM TODE in       

#### 2. Ich habe illegal gelebt:

von        bis        in         
von        bis        in       

Spertragen: siehe Blatt 2.

### III. Nachweise:

#### 1. Ich bin Inhaber des PrV-Ausweises auf Grund des Gesetzes vom 20. 3. 1950 über die Anerkennung als politisch, rassisch oder religiös Verfolgte(r) \*)

~~des amtlichen Ausweises als Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Grau Karte) \*)~~

ausgestellt am: 13. Dez. 1951 mit der Nummer: 00 986

Sämtliche Unterlagen werden beifügt  
liegen bei meinen Anerkennungsakten

#### 2. Ich besitze keinen der vorgenannten Ausweise und lege folgende Nachweise für die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen erlittene Haft vor:

### IV. Antrag:

Ich beantrage für die erlittene Freiheitsberaubung

MEINES EHEMANNES

Tagen Haftentschädigung.

Ich erkläre hiermit, daß alle in der vorstehenden Anmeldung enthaltenen Angaben nach meinem besten Wissen und Gewissen genau, vollständig und der Wahrheit entsprechend gemacht worden sind. Die Bestimmungen des § 2 des Bundesergänzungsgesetzes (Verwirkungsvorschriften) sind mir bekannt.

BERLIN, den 9. Sept. 1956  
(Ort und Datum)

JOHANNA SAMELSON geb. Hoppe  
(Unterschrift)  
Johanna Samelson geb. Hoppe

Anlagen:

\*) Nichtzutreffendes streichen!



III K 23

Zim.: 501

App.: (965) 501

Reg.Nr. 21 282

Samelson, Raphael

Antragst.: Johanna Samelson

V e r h a n d e l t

zu Berlin W 35, am 5. Oktober 1956

Vorgeladen erscheint:

Frau Johanna Auguste Samelson geb. Hoppe,

geb.am: 24. August 1902

Wohnung: Berlin-Wilmersdorf, Jenaer Str. 4

ausgewiesen durch Personalausweis Nr.: Wi 679/52 GB.

ausgestellt durch den Pol.Präs.in Berlin am: 27.5.1952

und erklärt:

Mein Mann war Volljude, ich Arierin im Sinne der Nürnberger Gesetze. ~~Unsere Ehe war kinderlos.~~ Mein Mann war Mitinhaber und Geschäftsführer der Firma SAMBACH Edellikörfabrik und Weingroßhandlung GmbH. in der Passauer Straße 14. ~~Unsere Wohnung war in der Geissbergstraße 27. .~~

Am 10. November 1938 wurde mein Mann von der Firma aus verhaftet und ins KZ. Sachsenhausen gebracht, wo er am 1. Dezember <sup>1938</sup> wieder entlassen wurde. Der Entlassungsschein befindet sich vermutlich im Safe der Commerzbank Tauentzien Ecke Nürnberger Straße, die durch Kriegseinwirkung vernichtet wurde.

Mein Mann war beim Arbeitsamt Fontanestraße gemeldet, wurde aber nicht zur Arbeit eingesetzt, da er an einem schweren Herzleiden (Angina Pectoris) litt und ein Befreiungsattest besass.

Mein Mann war Sternträger und unsere Wohnung mußten wir Anfang August 1942 räumen. Am 15. Januar 1943 abends erschienen Gestapoleute und bestellten meinen Mann für den nächsten Tag zur Schulstraße. Mir wurde zugesagt, daß mein Mann bis Kriegsende nicht deportiert würde, was aber nicht der Fall war, sondern er wurde nach einer gewissen Zeit nach Großbeeren transportiert, von dort weiter nach Auschwitz. Soweit ich mich erinnere, war es Anfang Juni 1943. Es handelte sich um die sogenannte Brunner-Aktion. Man legte meinem Mann zur Last, nicht im Arbeitseinsatz gewesen zu sein.

Mein Mann ist aus der Deportation nicht zurückgekehrt, sondern nach



einer Mitteilung am 14. September 1943 in Auschwitz verstorben.  
Man hat mir mehrmals anheimgestellt, mich scheiden zu lassen, was  
ich natürlich abgelehnt habe.

Ich bin jederzeit bereit, die vorstehend gemachten Angaben an  
Eides Statt zu wiederholen.

v. g. u.

Hanni Sarnubom

g. w. o.

Feldmann, Hildegard



19 VI. 723/1943



E r b s c h e i n .

Die Erbin des Raphael-Jsrael S a m e l s o n , der zuletzt in Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstrasse 6 wohnte und am 14. September 1943 in Auschwitz starb, ist

seine Witwe Frau Johanna Samelson geborene Hoppe in Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstrasse 6, geboren den 24. August 1902 in Stettin.

Das Vermögen des Erblassers ist gemäss der Verordnung vom 1. Juli 1943 dem Reich verfallen.

Berlin-Charlottenburg, den 24. Februar 1944.

Das Amtsgericht, Abt. 19.

gez. Altmann, Amtsgerichtsrat.

Vorstehender Erbschein wird ausgefertigt und der Erbin Frau Johanna Samelson erteilt.

Berlin-Charlottenburg, 24. Februar 1944.

*E. Altmann*, Justizangestellte  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle, Abt. 19.



V e r n e h m u n g

In ihrer Wohnung wurde die Ehefrau

Margarete S c h i n d l e r geb. Müller,  
geb. am 12.6.06 in Berlin,  
wohnhaft in Haintchen, Kr. Limburg,  
Untere Bachstraße 3 a,

aufgesucht.

Der Grund der Vernehmung wurde ihr bekanntgemacht.

Nach Belehrung macht sie folgende Angaben:

Ich weiß, zu welchem Komplex ich vernommen werden soll und bin bereit Aussagen zu machen, soweit ich mich noch erinnern kann.

Ich bin die Tochter des ehemaligen Kriminalbeamten Hugo Müller. Mein Vater versah Dienst im Polizeipräsidium Berlin und ist seit 1925 pensioniert. Ich war als Telefonistin beim Fernamt Berlin beschäftigt und zwar bis Anfang 1943. Krankheitshalber mußte ich die Tätigkeit aufgeben und wurde nach Untersuchung durch den Amtsarzt an eine Stelle des Hauptarbeitsamtes verwiesen. Ich war als verwendungsfähig für eine kleine Zentrale arbeitsfähig geschrieben und bekam die Dienstverpflichtung zur Stapoleitstelle Berlin als Telefonistin. Im Jahre 1941 heiratete ich den Paul Schindler in Berlin. Die Ehe wurde 1960 geschieden. Zur Zeit wohne ich mit meinen Eltern in Haintchen.

Meine Tätigkeit bei der Stapoleitstelle Berlin begann im Februar 1943. Hauptsächlich arbeitete ich als Telefonistin in der Zentrale, wurde aber auch zeitweilig mit Büroarbeiten beschäftigt. Meine dortige Tätigkeit dauerte bis Ende April 1945 bis zum Zusammenbruch. Wie bereits erwähnt wurde ich vom Arbeitsamt zu dieser Arbeit dienstverpflichtet.



Als ich bei der Stapoleitstelle begann, befanden sich die Diensträume im Präsidium. Infolge der laufenden Bombenangriffe sind wir mehrmals umgezogen. Wo dies im Einzelnen war, weiß ich heute nicht mehr. Nach mehreren Umzügen befand sich die Dienststelle zuletzt in der Französischen Straße.

Mein eigentlicher Vorgesetzter war ein Direktor Baumann. Weiterhin sind mir noch die Angehörigen der Stapoleitstelle M ö l l e r , S t a r k , S c h w ö b e l , S a f r a n , M a r t a c h und K ü h n e l bekannt. Welche Dienstgrade die Personen hatten, weiß ich nicht. Welche Aufgaben diese im Einzelnen hatten, kann ich nicht sagen. Ich habe wohl für den Einzelnen hier und da - neben meiner Tätigkeit als Telefonistin - Schreibarbeiten verrichten müssen. Hierbei ging es im allgemeinen um die Einstufung der Berliner Juden, d.h. ob sie Geltungsjuden oder Juden 1. oder 2. Grades waren. Ich weiß, daß laufend Haftbefehle aus dem RSHA kamen, die von den Angehörigen der Stapoleitstelle vollstreckt wurden. Ich hatte hiermit dienstlich nichts zu tun, weiß dies aber noch vom Hörensagen.

Ich weiß, daß in der Kl. Hamburger Straße und in der Schulstraße jüdische Sammellager waren. Was in diesen Sammellagern mit den Häftlingen geschah und über die dortigen Zustände kann ich keine Angaben machen, weil ich mit den Lagern oder den dortigen Personen keinen persönlichen Kontakt hatte.

Dem obengenannten K ü h n e l war ich zeitweilig als Schreibkraft zugeteilt und mußte Vernehmungen schreiben, die diktiert wurden. Bei den Personen, die vernommen wurden, handelte es sich um festgenommene Juden und auch um Nichtjuden, die zu Ermittlungsvorgängen gehört wurden. Über die Art der Ermittlungsvorgänge kann ich nichts sagen; ich hatte hierin keinen Einblick. Ich wurde nur im Einzelfall zum schreiben gerufen und wußte nie, um was es sich handelt. Mit sonstigen Schreibarbeiten, wie Transportlisten pp. bin ich nicht beschäftigt worden.

Über Abholaktionen jüdischer Bürger aus ihren Wohnungen kann ich ebenfalls keine Angaben machen.



Ich weiß, daß innerhalb der Dienststelle oft darüber gesprochen wurde, daß wieder Juden abgeholt worden waren. Aber das hörte ich nur bei Gesprächen. Mit irgendwelchen Maßnahmen, die mit diesen Aktionen im Zusammenhang standen, bin ich nie in Berührung gekommen und weiß auch nicht, wie derartige ablief.

Wer derartige Aktionen leitete, d.h. wer Hauptverantwortlich oder im Einzelfall die Leitung hatte kann ich auch nicht sagen. Ich habe die vorerwähnten Namen noch im Gedächtnis, weiß aber nichts über die Art, wie sich betätigten.

An den S c h w ö b e l kann ich mich insofern noch erinnern, daß er ein äußerst brutaler Mensch war. Schwöbel war bekannt dafür, daß er jüdische Häftlinge brutal schlug. Ich mußte mit Schwöbel einmal in das Lager Kl. Hamburger Straße um bei einer Vernehmung zu schreiben. Ich kann mich noch erinnern, daß ein junges Mädchen vernommen wurde. Während der Vernehmung hat Schwöbel das Mädchen - wahrscheinlich weil ihm die Aussage nicht paßte - so geschlagen, daß es bewußtlos wurde. Dies habe ich selbst gesehen. Der Vater ~~war~~ des Mädchen war Musikdirektor im Opernhaus Berlin gewesen. Nach Rücksprache mit K ü h n e l der mir als anständiger Mensch, der die Häftlinge meines Erachtens gut behandelte, bekannt war, brauchte ich mit dem S c h w ö b e l nicht mehr zusammenarbeiten. Weitere Fälle von Gewalttätigkeiten gegen jüdische Häftlinge habe ich persönlich nicht erlebt. Vom Hörensagen weiß ich aber, daß diese Gewalttätigkeiten an der Tagesordnung waren. Ich kann aber keine bestimmten Namen nennen von Angehörigen der Stapoleitstelle die daran beteiligt waren. Nur an S c h w ö b e l kann ich mich erinnern. Über das weitere Schicksal des Schwöbel ist mir nichts bekannt. Ebenso weiß ich nichts über alle anderen Angehörigen der Stapoleitstelle Berlin.

Über die von mir vorerwähnten M ö l l e r , S t a r k , S a f r a n , M a r t a c h und K ü h n e l kann ich nichts Nachteiliges sagen. Soweit meine Erinnerung reicht, ist mir nichts über Gewalttätigkeiten dieser Personen gegenüber den jüdischen Häftlingen bekannt.



Über das Schicksal der verhafteten und deportierten Juden habe ich erstmals authentisch bei meinem Tätigkeitsbeginn bei der Stapoleitstelle Erfahrungen gesammelt. Vorher war mir hierüber nichts bekannt, bis auf das, was man bei Gesprächen hörte.

Mir ist eine Aussage des Zeugen Curt N a u m a n n , ehemaliger jüdischer Häftling, vorgelesen worden. Hierzu habe ich folgendes zu sagen:

Naumann war kein inhaftierter Häftling, sondern konnte sich frei bewegen. Aus welchem Grunde dies geschah, weiß ich nicht. Ich habe Naumann öfters Nahrungs- und Genußmittel gegeben, die er für andere Häftlinge verteilen sollte. Dadurch hatte ich näheren Kontakt zu Naumann.

Ich kann mich an folgendes erinnern: Es war einen Tag vor dem allgemeinen Zusammenbruch (Auflösung der Dienststelle) als ich in der Zentrale Telefondienst hatte. Es kamen mehrere Anrufe für M ö l l e r . Er war aber nicht im Hause und niemand wußte, wo er sich aufhielt. Ich glaube, er hatte sich bereits abgesetzt. Ich schaltete mich einmal in die Leitung des Dienstzimmers von M ö l l e r ein und hörte ein lautes Stimmengewirr. Der Hörer des Apparates von Möller war aufgehängt, so daß ich die dortigen Gespräche hören konnte. Mir war dies möglich, weil die Telefonanlage so geschaltet war, daß die Zentrale abhören konnte. Ich hörte eine Stimme die laut schrie: "Die Juden werden alle umgelegt". Es gab eine lautstarke Diskussion. Jemand sagte: "Das kann man doch nicht machen". Die Stimmen die ich hörte, waren keinesfalls die von M ö l l e r oder B a u m a n n . Ich schaltete mich aus und rief den Pförtner an. Von diesem erfuhr ich, daß im Zimmer von M ö l l e r Morren vom RSHA seien. Einige Minuten später kam N a u m a n n zu mir und sagte aufgeregt "Frau Schindler, ich habe eben erfahren, daß alle Juden erschossen werden sollen". Im Zimmer von M ö l l e r habe ich das gehört." N a u m a n n machte den Vorschlag, das Lager anzurufen und dort zu sagen, daß die Juden auf Befehl Möllers sofort zu entlassen sind.



Ich hatte Bedenken, daß Gespräch von hier aus zu führen. Naumann sprach von einem in der Nähe befindlichen Postamt. Ich weiß jetzt nicht mehr, ob ich mit Naumann zu diesem Postamt gegangen bin oder ob er allein hinging. Ich weiß nur noch, daß ich etwas später mit dem Lager Schulstraße telefonisch sprach, und man von mir wissen wollte, ob es stimmt, daß M ö l l e r angeordnet habe, die Juden zu entlassen. Naumann hätte daß angeblich auf Befehl von Möller mitgeteilt. Ich habe dann die Angaben Naumanns bestätigt, daß ich das auch von Möller gehört hätte. So hatte ich es mit Naumann vorher abgesprochen.

Ich weiß heute nur nicht mehr, ob ich mit Naumann zu dem Postamt gegangen bin oder ob das Lager Schulstraße bei mir anrief.

Als ich mit dem Lager sprach - wer es war weiß ich nicht - sagte ich, man solle das Lager ganz schnell räumen, sonst werden alle erschossen.

gelesen, genehmigt, unterschrieben:

.....  
*Margarete Schmitt*  
.....

Geschlossen:

*Kröger*  
(Kröger) KOM



Dr.

Der Untersuchungsrichter IV  
bei dem Landgericht Berlin

z.Zt. Braunschweig, den 6.6.1967  
Am Wendentor.

Gegenwärtig:

Landgerichtsdirektor  
Klamroth  
als Untersuchungsrichter,

Justizangestellte Drews  
als Urkundsbeamter der  
Geschäftsstelle.

Voruntersuchungssache

g e g e n

Bovensiepen u.a., hier nur

gegen den Polizeiangeestellten

Ernst Werner S a s s e ,

geboren am 21. Februar 1909 in

Bernburg/Saale,

wohnhaft in Braunschweig, Kaiser-  
straße 36,

wegen

Verdachts der Beihilfe zum  
Mord.

Auf Ladung erscheint der Angeschuldigte Sasse; er teilt mit,  
daß sein Rechtsanwalt Dr. Kahn nicht erscheinen wird.

Zur Person:

Ich heiße Ernst Werner S a s s e , geboren am 21. Fe-  
bruar 1909 in Bernburg/Saale,

wohnhaft in Braunschweig, Kaiserstraße 36. Ich bin verheira-  
tet mit Elfriede Sasse, geb. Hoffmann. Wir haben vier er-  
wachsene Kinder.

Die Verfügung vom 10. März 1967, durch welche die Vorunter-  
suchung eröffnet worden ist, wurde dem Angeschuldigten be-  
kanntgemacht.

Belehrt nach § 136 StPO erklärt der Angeschuldigte: Ich will  
aussagen.



- 2 -

Zur Sache:

Mir sind soeben meine Angaben zu meinem Lebenslauf Bl. 17 bis 18 1. Absatz in meinem Personalheft Pst s 13 Gerichtsakten Bd. XII Bl. 145 ff vorgelesen worden. Diese Angaben sind richtig und vollständig. Ich mache sie daher, um Wiederholungen zu vermeiden, nach Form und Inhalt zum Gegenstand meiner heutigen Aussage. Der weitere Gang meines Schicksals ist in der Vernehmung vom 22. Juni 1966 Bl. 31 bis 32 2. Absatz a.a.O. und Gerichtsakten Bd XIX Bl. 159 ff dargestellt worden.

Nachdem mir auch diese Angaben vorgelesen worden sind, mache ich sie ebenfalls nach Form und Inhalt zum Gegenstand meiner heutigen Aussage.

Da ich am 22. Juni 1966 eingehend zur Sache vernommen worden bin und auch diese Angaben nach meinem besten Wissen gemacht habe, bin ich einverstanden, wenn mir auch diese Vernehmung nun vorgelesen wird. Ich werde etwa notwendig werdende Berichtigungen dabei laufend geben und anschließend Ergänzungsfragen beantworten.

1. Absatz,

Zu Bl. 33, meines Personalheftes (Bd. XIX Bl. 159 ff der Gerichtsakten ), möchte ich heute doch meinen, daß der Bewachungsdienst am Alexanderplatz damals nicht nur vier Wochen betragen hat. Er muß meiner Meinung nach länger gedauert haben. Er kann sich durchaus über Monate erstreckt haben.

Zu Bl. 34 = Seite 5 und 6 meiner Vernehmung möchte ich allgemein vorausschicken, daß ich damals als ausgesprochener Kleinstädter erstmalig in die Hauptstadt gekommen bin. Für mich war



- 3 -

das Leben in Berlin also völlig ungewohnt, die Tätigkeit völlig neu und die Fliegerangriffe bedingten a) eine technische Erschwerung der Einarbeitung und b) für mich zusätzlich eine seelische Belastung, weil ich sie ja nicht gewohnt war. Ich will damit sagen, daß eine Reihe neuer Eindrücke geradezu auf mich einstürzten, so daß ich heute kaum in der Lage bin, die Dinge noch recht zu erinnern. Wenn ich damals gesagt habe, daß die Schlußberichte, die auf Seite 6, 2. Absatz, erwähnt sind, an den Dienststellenleiter gingen, so ist das sicher. Das weitere Schicksal der Betroffenen ist mir nie mitgeteilt worden. Wenn ich seinerzeit also gesagt habe, daß die Betroffenen auf Veranlassung von Dobberke ins Sammellager gebracht worden sind, so ist das eine reine Vermutung von mir. Konkret festgestellt habe ich das nie.

Zu Seite 7, 2. Absatz, ergänze ich, daß der Gang der Ereignisse zwar so gewesen ist, die Darstellung ist aber insofern mißverständlich, als man nach diesem Wortlaut annehmen könnte, daß ich selbst die Verhaftung durchgeführt hätte. Hierzu war ich zu keinem Zeitpunkt befugt. Der Vorgang ging an den Dienststellenleiter, und zwar erinnere ich mich in diesem Zusammenhang eigentlich nur an Möller, dagegen an Stock weniger. Möller traf die Entscheidung. Es ist vorgekommen, daß Möller solche Entscheidungen erst nach Rücksprache traf. In derartigen Fällen wurde ich zur Rücksprache bestellt. Auf die Entscheidung selbst hatte ich schon stellungsmäßig keinen Einfluß. Man darf nicht übersehen, daß ich damals gerade zum planmäßigen Krimi-



nalasisstenten ernannt worden war, d.h. also der unterste Dienstgrad der Beamtenlaufbahn, und so "kleine Kirchenlichte" pflegte die Gestapo bekanntlich nicht zu fragen.

Zu Seite 8, 1. Absatz, erkläre ich auf Befragen, daß ich nur Abholungen aus Wohnungen, also insbesondere nicht aus Altersheimen, erlebt habe. Nach meiner Erinnerung wären solche Abholungen schon deshalb unnötig gewesen, weil die Altersheime, soweit ich weiß, ja in der Großen Hamburger Straße und in der Schulstraße waren.

Zu Seite 8, letzter Absatz, ist zu sagen, daß die Ereignisse zwar richtig dargestellt sind. Ich kann aber heute nicht sagen, daß ich fünfzig bis sechzig jüdische Personen im Verlaufe dieses Jahres abgeholt hätte. Zahlenmäßig kann ich mich nicht festlegen. Es können ebensogut nur zehn oder zwanzig Personen gewesen sein. Man darf nicht übersehen, daß dieser Abholdienst ja nicht meine Hauptaufgabe gewesen ist. Wir hatten diesen Dienst zusätzlich zu erledigen. Seinerzeit habe ich fünfzig bis sechzig Personen eigentlich nur willkürlich gesagt; denn einmal schien es mir auf die Zahl nicht so entscheidend anzukommen und zum anderen war ich, der ich erstmalig von einer Staatsanwaltschaft als Beschuldiger vernommen wurde, so nervös und, ich muß es ehrlich sagen, verängstigt, daß ich wahrscheinlich auch jede andere Zahl als richtig anerkannt hätte, nur um diese Vernehmung hinter mich zu bringen. Zahlenmäßig kann ich also zu diesem Punkt keine Angaben machen.



153c  
261

Danach befragt, welche Erinnerung ich an die Personen, die ich damals in die Große Hamburger Straße bringen mußte, noch habe, so muß ich erklären, daß es überwiegend ältere Ehepaare oder auch alleinstehende Personen gewesen sind. Kinder war in keinem Falle darunter. Ob die Betroffenen von dieser Abholung vorher benachrichtigt worden sind, kann ich nicht sagen. Ich erinnere mich aber daran, daß sie erst die Koffer packten, wenn wir erschienen.

Zu Seite 9, 1. Absatz: Auf Befragen kann ich nicht sagen, ob die Juden beschimpft worden sind. Möller war alter Pg und war gehässig, und zwar nicht nur gegen die Juden, sondern auch gegen seine Beamten.

Zu Seite 9, 2. Absatz: kann ich auf Befragen erklären, daß ich mit den Eheleuten K e e m s noch heute in Verbindung stehe. Sie betreiben wieder einen Gemüsehandel in der Großen Hamburger Straße 15 bis 16. Der Ehemann K e e m s ist jetzt im Rentenalter und kann demzufolge eine sogenannte Rentnerreise nach hier unternehmen. Er hat mich bei einer solchen Reise, es kann im Jahre 1964 oder 1965 gewesen sein, hier in Braunschweig besucht. Natürlich haben wir bei dieser Gelegenheit über die damaligen Ereignisse gesprochen, und durch diese Gespräche habe ich erst bemerkt, daß ich von vielem eine falsche Vorstellung gehabt habe. Das mag daran liegen, daß ich ja zwischenzeitlich jahrelang in russischer Gefangenschaft gewesen bin, während die Eheleute K e e m s stets in der Großen Hamburger Straße geblieben sind.



- 5 -

Auf Befragen erkläre ich zum 2. Absatz Seite 11 aa.O., daß ich zwei- oder dreimal einen Transport zum Bahnhof begleitet habe. Auf dem Bahnhof wurden die Juden in Personenzugwagen verladen. Es waren keinesfalls Güterwagen. Ob der Bahnhof während der Verladung polizeilich gesichert war, weiß ich nicht, halte es aber für wahrscheinlich.

Zu Seite 11, letzter Absatz, ergänze ich auf Befragen, daß die Transportpapiere nach meiner Erinnerung mir in einem Briefumschlag übergeben worden sind. Ich habe vom Inhalt dieses recht großen Briefumschlages niemals Kenntnis genommen, sondern habe ihn, so wie ich ihn erhalten hatte, dem Empfänger übergeben.

Zu Seite 13/14 a.a.O. erkläre ich, daß ich mich ebensowenig an die sogenannte Fabrikaktion wie an österreichische Gestapo-beamte erinnern kann. Ich höre heute zum ersten Male, daß eine Zeitlang in Berlin Wiener Gestapobeamte das große Wort geführt haben.

Zu Seite 17. a.a.O. ist folgendes zu sagen:

Der Vorgang mit Gerda S c h o t t l ä n d e r hat sich ereignet. Er ist nur unglücklich formuliert worden, so daß Mißverständnisse nicht ausgeschlossen sind. Ich will diesen Vorgang deshalb heute noch einmal geschlossen darstellen.

Wie bereits bekannt, war seinerzeit die Firma Scheffler in der Präsidentenstraße damit beauftragt, die Transporté für die Gestapo zu erledigen. Die Firma Scheffler hatte die Erlaubnis, Juden als Angestellte zu beschäftigen. Dazu gehörte auch Fräu-



lein Schottländer. Im gleichen Hause wie die Firma Scheffler hatte auch der heutige Ehemann des Fräulein Schottländer, Herr Kühnel, einen von seinem Vater geerbten Tabak-Groß-Handel.

Kühnel ist sogenannter Halbjude. Fräulein Schottländer ist ebenfalls <sup>Halb-</sup>Jüdin, aber mosaischen Glaubens, und war daher sogenannte Sternträgerin. Kühnel und Fräulein Schottländer konnten sich schon damals. Ich selbst kannte Scheffler, während mir Fräulein Schottländer anfangs überhaupt kein Begriff war. Wie ich nun an Fräulein Schottländer gekommen bin oder sie an mich, kann ich heute nicht mehr genau sagen.

Ich nehme an, daß Scheffler das Fräulein Schottländer an mich verwiesen haben wird. Scheffler kannte ja eine Reihe von Gestapobeamteten und wußte, daß ich zu den gemäßigten gehörte. Jedenfalls trat Fräulein Schottländer eines Tages an mich heran und bat mich, ihr zu helfen. Dabei bemerkte ich deutlich, daß Fräulein Schottländer, <sup>die</sup> von den Transporten wußte, und zwar durch ihre Mitarbeit bei Scheffler, eine panische Angst hatte, ebenfalls abtransportiert zu werden. Der Gedanke, nach Theresienstadt zu kommen, war für sie als jungem Menschen offenbar unerträglich. Hinzukommt, daß ihre Schwester in ein Lager gebracht worden war -in welches kann ich nicht sagen- und dort alsbald verstorben ist. Über die Todesursache wußte Fräulein Schottländer nichts. Sie hatte aber keinesfalls die Vorstellung, daß ihre Schwester ermordet worden war. Vielmehr führte sie deren plötzlichen Tod auf die schweren Lagerbedingungen zurück, denen ihre Schwester nicht gewachsen war. Fräulein Schott-



- 7 -

länder, mit der ich mich dann häufiger unterhalten habe, tat mir leid. Ich wollte deshalb nicht, daß sie in unwürdige Lagerverhältnisse kommen sollte. Aus diesem Grunde habe ich dann ihre Karteikarte aus beiden Karteien entfernt. Diese Entfernung der Karten war nicht einfach und das Risiko nicht unerheblich. Was zunächst die große Kartei anging, war es nicht so schwierig an diese heranzukommen; denn als Gestapo-beamter kam <sup>an</sup> man ~~an~~ diese Unterlagen verhältnismäßig leicht. Die Schwierigkeit lag bei der sogenannten kleinen Kartei, die in der Großen Hamburger Straße oder in der Schulstraße von Fräulein Raffael unter der Aufsicht von Dobberke geführt wurde. Hier konnte man grundsätzlich nicht heran. Ich weiß heute nicht mehr, wie ich es fertiggebracht habe, Fräulein Raffael zu veranlassen, den Raum zu verlassen. Tatsache ist jedenfalls, daß sie mich eines Tages mit ihrer Kartei allein ließ. Das Auffinden der Karteikarte des Fräulein Schottländer war dann keine Schwierigkeit, denn die Kartei war übersichtlich gegliedert, so daß es mir schnell gelang, die Karteikarte zu finden. Beide Karteikarten, also die aus der großen und kleinen Kartei, habe ich alsdann vernichtet. Damit war Fräulein Schottländer außer Gefahr.

Auf Seite 18. die ersten beiden Absätze, ist die Formulierung mehrdeutig. Es trifft zu, daß wir mit K e e m s diese Gespräche geführt haben. Es trifft auch zu, daß ich ein ungutes Gefühl gehabt habe, und daß Keems und ich die Befürchtung hatten, die Juden würden nicht zurückkommen. Nun aber



- 7a -

nicht etwa deshalb, weil sie am Zielort ermordet werden würden, sondern aus dem Grunde, weil die immer schwerer werden- den Kriegsbedingungen und die für nüchtern denkende Menschen bereits erkennbare absolute Niederlage und die dann eintretenden Verhältnisse es verhindern würden, daß die Juden in ihre Heimat zurückkehren könnten.

So also müssen diese Absätze verstanden werden.

Die auf Seite 21 a.a.O. gegebene Darstellung ist wiederum unglücklich formuliert. Es sind im übrigen Tatsachen nachzu- tragen.

Zur Aussage des Zeugen Z a j d m a n Bl. 83 bis 84 meines Personalheftes, soweit rote Eckklammer, muß ich erklären, daß dieser Zeuge sicher das, was er schildert, erlebt haben wird. Er muß mich jedoch mit jemand anderem verwechseln. Dies schon deshalb, weil die zweite Festnahme dieses Zeugen, die nach seiner Darstellung frühestens im Sommer 1944 erfolgt sein kann, also zu einer Zeit, als ich dienstlich gar nichts mehr mit der Vernehmung ergriffener Juden zu tun gehabt habe. Wie gerade kurz zuvor dargestellt, war ich während dieser Zeit zusammen mit R o t h e damit beauftragt, mich um Mischlingsfragen zu kümmern. Es gab bei der Gestapo Verneh- mungsbeamte, die als Schläger bekannt waren. Nach meiner Er- innerung gehörte ein gewisser S c h n e i d e r dazu, den ich persönlich kaum kennengelernt habe. Mit diesem oder einem anderen muß mich Zajdman verwechselt haben.

Die Aussagen des Zeugen S c h n a p p Bl. 103 rote Eckklam-



mer, bei der er mich und einige andere Beamte allgemein als Schläger bezeichnet, ist sehr wenig konkret. Herr Schnapp behauptet nicht, geschlagen worden zu sein. Er spricht nur davon, daß die erwähnten Beamten als Schläger bekannt gewesen seien. Er mag bei solchen "Latrinenparolen", die es bei einem derartigen Lagerleben leicht gibt, auch einmal meinen Namen gehört haben. Das war dann aber Lagerklatsch, der keinen konkreten Hintergrund hat. Jedenfalls habe ich Schnapp ebensowenig wie irgendeinen anderen geschlagen.

Demzufolge trifft auch nicht zu, was der Zeuge S i n a - s o h n bei seiner Vernehmung Bl. 105 meines Personalheftes, soweit rote Eckklammer, ausgeführt hat. Der Zeuge irrt sich zumindest in der Person. Wenn er getreten worden ist, so keinesfalls von mir.

Diesen Zeugenbehauptungen stehen schließlich die Aussagen der Zeuginnen Frau Kühnel auf Bl. 241 meines Personalheftes und die der Frau E h r l i c h Bl. 92 a.a.O. gegenüber, und es will mir ausgeschlossen erscheinen, daß jemand, der als Schläger im Lager verrufen war, andererseits hingeht und Karteikarten einer Betroffenen vernichtet und einer anderen Person gegenüber, wenn auch nur indirekt, zu verstehen gibt, daß man nur widerwillig diesen Dienst verrichtet. Wenn ich ein Schläger gewesen wäre, hätte ich niemals die Karteikarten vernichtet. Da ich das aber getan habe, wie ich noch heute beweisen kann, bin ich nicht derjenige gewesen, von dem die betreffenden Zeugen in ihren Aussagen sprechen. Soll-



ten hier noch Zweifel herrschen, muß ich Wert darauf legen, mich den betreffenden Zeugen gegenüberzustellen. Ich bin überzeugt, daß sie dann ihre Aussagen in ihrer hier vorliegenden Form nicht aufrecht erhalten werden.

Wenn ich nun gefragt werde, warum ich die heute gegebene Erklärung nicht bereits bei der Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft abgegeben habe, so muß ich sagen, daß zunächst das gilt, was ich bereits vorhin gesagt habe, und zwar daß ich nämlich erstmalig als Beschuldigter vernommen wurde und entsprechend aufgeregt und angsterfüllt gewesen bin. Aus diesem Gefühl heraus kam mir die Idee "die glauben dir doch nicht", sie werden vielleicht einmal gar nicht so zu Unrecht zunächst den Aussagen der Betroffenen mehr folgen, und deshalb habe ich, hiervon ausgehend, aus meiner Angst heraus die Erklärung abgegeben, die auf Seite 21,2. Absatz dieser Vernehmung dann formuliert worden ist. Richtig an dieser Erklärung ist, daß wir alle damals in einem nervösen und seelischen Ausnahmezustand gewesen sind. Das ging zurück auf die bereits angegebenen Gründe und weiter darauf, daß man ja in der Dienststelle nur dem wirklich vertrauen konnte, den man tatsächlich gut kannte, wie z.B. meinem Kollegen R o t h e . Sonst kannte man sich kaum, sondern beargwöhnte einander und jeder hütete sich, ein Wort zuviel zu sagen.

Ich will aber abschließend noch einmal sagen, daß ich mit gutem Gewissen behaupten kann, niemals einen Betroffenen mißhandelt zu haben.



- 10 -

Wenn ich in diesem Zusammenhang nach der sogenannten verschärften Vernehmung gefragt werde, so kann ich ebenso guten Gewissens sagen, daß ich von dieser Einrichtung niemals etwas gehört habe. Ich höre von diesem Begriff überhaupt heute zum ersten Mal.

Nachdem mir nun meine früheren Vernehmungen Seite 2 bis 22 a.a.O. vorgelesen worden sind, mache ich diese nach Form und Inhalt mit den heute gegebenen Ergänzungen und Berichtigungen zum Gegenstand meiner heutigen Anhörung.

Darüber hinaus erkläre ich auf Befragen weiter:

Als Leiter der Behörde, solange ich dort tätig war, sind mir die Namen **B o v e n s i e p e n** und **B o c k** in Erinnerung. Gesehen habe ich die Betreffenden wahrscheinlich auch. Sonst kann ich über ihre Tätigkeit und ihren Pflichtenkreis Angaben nicht machen. Durch wen die Chefs vertreten worden sind, kann ich nicht angeben. Namen wie **P a n z i n g e r** und **Dr. V e n t e r** sagen mir nichts.

Ich kann auch nichts dazu sagen, ob den betroffenen Juden nach ihrer Einlieferung in das Sammellager Wertsachen und dergleichen abgenommen worden sind; denn mit diesen Dingen hatte ich nie zu tun. Ich hatte, soweit ich herangezogen wurde, nur die betroffenen jüdischen Personen abzuliefern, und zwar geschah dies im Eingangsraum des Sammellagers. Hier kamen jüdi-



sche Ordner, die dort auch Aufgaben zu erfüllen hatten. In diesem Zusammenhang ist mir der Name R e s c h k e besonders in Erinnerung. Was sich aber im einzelnen dort abspielte, habe ich nicht erfahren, mich auch nicht darum gekümmert; denn da mir dieser ganze Dienst widerwärtig war, war ich ständig bemüht, mich möglichst viel "zu drücken" und nicht sehen zu lassen.

Wenn ich in diesem Zusammenhang gefragt werde, welche Gedanken sich ein Polizeibeamter eigentlich darüber gemacht hat, wie diese ganzen gegen die Juden gerichteten Maßnahmen mit dem vereinbar gewesen sind, was er in der polizeilichen Ausbildung gelernt hat, so muß ich zunächst dazu sagen, daß diese Frage berechtigt ist. In der Tat sind wir bei der Polizei anders ausgebildet worden, als sich die Parxis nachher für uns dargestellt hat. Wenn man diese Frage beantworten will, muß man sich zunächst in die Situation vor 25 Jahren zurückversetzen. Ich war als junger Polizeibeamter nach Rußland gekommen. Wer in Rußland war, weiß, was man erlebt hat. Mit diesen Eindrücken kam ich zur Gestapo Berlin, und nun drangen wieder neue Eindrücke auf mich ein, die sicher manchem geltenden Gesetz widersprochen haben. Aber in meiner Unerfahrenheit bin ich nie auf den Gedanken gekommen, diese Maßnahmen einmal unter dem Gesichtspunkt eines Gesetzes zu prüfen. Es war Krieg und Hitler und Himmler konnten machen was sie wollten. Wer ein Wort dagegen sagte, riskierte zumindest die persönliche Freiheit, wenn nicht noch mehr. Man war ja auch auf sich allein gestellt. Wenn man jemand gehabt



hätte, der möglichst noch älter und erfahrener gewesen wäre, mit dem man wenigstens einmal hätte sprechen können, wären die Dinge vielleicht anders gewesen. So war ich auf mich allein gestellt, eigentlich mißtrauisch gegen meine Umwelt und bestrebt, selbst mit meiner Familie möglichst heil aus dieser Misere wieder herauszukommen. Ich hätte auch gar nicht gewußt, was ich gegen diesen Machtapparat hätte unternehmen können.

Eine NS-Schulung fand während meiner Zeit bei der Behörde nicht statt. Ich habe so etwas nie erlebt. Ich bin auch niemals bedroht worden, daß ich ins KZ käme, wenn ich nicht Order pariere. Ich bin nur belehrt worden, daß ich die Schweigepflicht einzuhalten hätte.

Von anderen Beamten, die älter waren als ich, habe ich damals gehört, wie sie sich bemüht haben, von der Gestapo wegzukommen, j-edoch ging man auf ihre Gesuche nicht ein. Keiner dieser Beamten, von denen ich solches hörte, hat es erreicht, von der Gestapo wegversetzt zu werden. Wer einmal dort hingeraten war, mußte bis zum bitteren Ende dabei bleiben. Persönliche Wünsche wurden nicht berücksichtigt.

Auf Seite 6 meiner Vernehmung habe ich in der Tat neben anderen auch G o h l k e als Sachbearbeiter des Judenreferats angegeben. Auf den Namen Gohlke wäre ich im Zeitpunkt meiner damaligen Vernehmung von allein nicht gekommen. Ich bin seinerzeit nach Mitarbeiterngefragt worden. Dabei wurden mir einige



- 13 -

Namen genannt, die mir auch bekannt vorkamen. Zu diesen gehörte auch Gohlke. Gohlke war bei der Gestapo, und ich habe damals diesen Namen mitbestätigt, weil er Gestapo-Mann war, habe dabei aber nicht bedacht, daß ich nach Mitarbeitern des Judenreferats befragt worden war. Hier muß mich der Staatsanwalt oder ich ihn falsch verstanden haben. Jedenfalls kann ich Gohlke nicht als Sachbearbeiter des Judenreferats bezeichnen. Was er bei der Gestapo gemacht hat, kann ich nicht sagen. Zu dieser Erklärung komme ich, nachdem mir eröffnet worden ist, was Gohlke aus Anlaß seiner Anhörung vom 16. Mai 1967 Bd. XXIX Bl. 44 Rücksl. d. Gerichtsakten zu diesem Punkt erklärt hat. Dienstlich bin ich mit Gohlke nie in Berührung gekommen. Es ist zutreffend, daß wir Sport getrieben haben. Vielleicht bin ich ihm damals bei dieser Gelegenheit auf dem Sportplatz begegnet.

Auf Vorhalt der Aussage des Zeugen R o n s f e l d Bl. 108 und 183, jeweils soweit Rotklammer, in meinem Personalheft kann ich nur sagen, daß ich niemals im sogenannten Kirchenreferat tätig gewesen bin. Ich wüßte nicht einmal zu sagen, wo dieses Referat seinen Sitz gehabt hat. Diese Behauptung ist für mich völlig neu.

In diesem Zusammenhang danach befragt, ob bei der Gestapo Berlin darauf hingewirkt worden ist, daß die Beamten aus der Kirche austreten sollten, muß ich sagen, daß die Bestrebungen tatsächlich dahin gegangen sind; denn das war ja mit eins der Ziele aller NS-Organisationen.

Die mir nun genannten Namen B ü r g e r und S a r t o r i u s



und die bekanntgegebenen Auszüge aus ihren Vernehmungen Pst b 57 vom 3. August 1965 Bl. 53 und Pst s 10 vom 10. Dezember 1965 Bl. 25 sagen mir nichts. Beide Zeugen stellen Behauptungen auf, die sie nicht erhärten können. Sie mögen selbst diese Überzeugung gehabt haben. Woher sie jedoch ihre Kenntnisse haben wollen, kann ich nicht übersehen. Ich kann hier nur wiederholen, was ich schon öfter gesagt habe: mir war das wahre Schicksal der Juden tatsächlich nicht bekannt. Wenn wir, d.h. Rothe und ich, uns gelegentlich über das künftige Schicksal der Juden unterhalten haben, so haben wir höchstens Vermutungen über das Lagerleben angestellt, und zwar wie schwer oder leicht das wohl sein mag. Wir sind auch nie auch nur auf den Gedanken gekommen, daß Mord dahinter stehen könnte. Das hätten wir, selbst wenn uns das jemand gesagt hätte, nicht für möglich gehalten.

Ich habe auch weder ausländischen Rundfunk gehört noch ausländische Zeitungen gelesen. Auch auf diesem Wege bin ich also nicht informiert worden.

Kontakt mit Urlaubern oder sonstigen aus den Einsatzgebieten zurückkehrenden Personen habe ich ebenfalls nicht gehabt.

Zur Frage, ob das Reichssicherheitshauptamt in den alltäglichen Dienst direkt eingegriffen hätte, kann ich nichts sagen. Ich habe so etwas nicht erlebt.

Daß Zigeuner aus Berlin deportiert worden wären, habe ich nicht gehört, so daß ich Angaben hierzu nicht machen kann.

Ebensowenig ist mir die "Gemeindeaktion", was darunter zu ver-



stehen ist, ist mit mir besprochen worden, bekannt. Alles das höre ich heute zum ersten Male.

Nach den Zuständen im Sammellager befragt, so möchte ich meinen, daß diese nicht als menschenwürdig bezeichnet werden können, wobei ich mir darüber im klaren bin, daß man von diesem Begriff verschiedene Vorstellungen haben kann. Für meine Begriffe ist es aber menschenunwürdig, wenn man Männer und Frauen willkürlich zusammenwürfelt und sie in beengtem Raum zusammenleben läßt. Später in Sachsenhausen und Sibirien habe ich meine eigenen Lagererfahrungen gemacht und habe infolgedessen über die Menschenwürde eines Lagers andere Vorstellungen als jemand, der über solche Erfahrungen nicht verfügt.

Soeben habe ich die beiden Lichtbildmappen durchgesehen und dabei die gleichen Personen mit den gleichen Einschränkungen wiedererkannt, wie ich es bereits auf den Seiten 22 und 23 meiner früheren Vernehmung angegeben habe. Zusätzlich ist mir heute aus Bd. II der Lichtbildmappen W e n z e l bekannt vorgekommen. Diese Vermutung ist anschließend bestätigt worden. Zu dem Vorhalt aus der Vernehmung Z w i r n Bl. 258 meines Personalheftes kann ich keine Angaben machen; ein solcher Vorfall ist mir nicht erinnerlich.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

gez. Ernst Sasse.

G e s c h l o s s e n :

gez. Klamroth.

gez. Drews.

Für die Richtigkeit der Stenogrammübertragung:

Justizangestellte  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.